

Stenographisches Protokoll

21. Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 30. November 2000

Inhalt

Fragestunde (S. 2347)

Aktuelle Stunde

Thema: „Tourismuspolitik in Kärnten“; Antragsteller: ÖVP-Klub

Redner: Hinterleitner (S. 2365), Mitterer (S. 2367), Ing. Rohr (S. 2368), Dr. Wutte (S. 2369), Ing. Pfeifenberger (S. 2371, 2374), Ferlitsch (S. 2372), Sablatnig (S. 2373), Unterrieder (S. 2376), Ramsbacher (S. 2377), Stangl (S. 2378)

Erweiterung der Tagesordnung (S. 2379)

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 177-29/28:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2001 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2001, dem Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG, Änderungen zum Budgetprogramm 2002 bis 2004 gem. Art. 61 Abs. 2 K-LVG sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum LVA 2001 erteilt werden

Einbegleitung durch den Landesfinanzreferenten LR Ing. Pfeifenberger (S. 2379)

2. Ldtgs.Zl. 238-5/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend den 1. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000

Berichterstatter: Gritsch (S. 2391)

Redner: Dr. Strutz (S. 2391), Unterrieder (S. 2397), Dr. Wutte (S. 2400), Arbeiter (S. 2404), Dr. Ambrozy (S. 2407), Mag. Dr. Schaunig-Kandut (S. 2410), Kollmann (S. 2412, 2421), Sablatnig (S. 2414), Jost (S.

2416), Scheider (S. 2418), Mag. Scheucher-Pichler (S. 2419), Ing. Rohr (S. 2420)

Ablehnung des Abänderungsantrages (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: nein) (S. 2423)

Annahme mit Mehrheit (FPÖ: ja, SPÖ: nein; ÖVP: ja) (S. 2423)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 134-4/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Krško-Arbeitskreis

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Rohr (S. 2424)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 2424), Lutschounig (S. 2425)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: nein) (S. 2426)

Zuweisung: Ausschuß für Umwelt und Energie (S. 2426)

2. Ldtgs.Zl. 376-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Verbesserung der Tourismussituation in Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Rohr (S. 2426)

Zur Dringlichkeit: Mitterer (S. 2427), Hinterleitner (S. 2427)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: nein) (S. 2427)

Zuweisung: Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß (S. 2427)

3. Ldtgs.Zl. 238-7/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Jugendwohlfahrt (Heime, Wohngemeinschaften und betreutes Wohnen)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Koll-

mann (S. 2428)

Zur Dringlichkeit: Scheider (S. 2428), Dr. Wutte (S. 2428)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: nein) (S. 2429)

Zuweisung: Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß (S. 2429)

4. Ldtgs.Zl. 238-8/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes

Zur Begründung der Dringlichkeit: Wulz (S. 2429)

Zur Dringlichkeit: Jost (S. 2430), Dr. Wutte (S. 2431)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: nein) (S. 2431)

Zuweisung: Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß (S. 2431)

5. Ldtgs.Zl. 238-9/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Hilfe zur Eingliederung Behinderter (Beschäftigungstherapie)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Kollmann (S. 2431)

Zur Dringlichkeit: Jost (S. 2432), Unterrieder (S. 2432)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: nein) (S. 2432)

Zuweisung: Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß (S. 2432)

6. Ldtgs.Zl. 374-3/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend generelles Verbot der Tiermehlfütterung in Österreich (zurückgezogen) (S. 2432)

7. Ldtgs.Zl. 91-4/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Gebärdendolmetsch bei Landtagssitzungen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Volautschnig (S. 2433)

Zur Dringlichkeit: Scheider (S. 2433), Mag. Scheucher-Pichler (S. 2433)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: nein) (S. 2433)

Zuweisung: Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit (S. 2433)

8. Ldtgs. Z. 374-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Klubs betreffend generelles Verbot der Tiermehlfütterung in Österreich

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Rohr (S. 2434)

Zur Dringlichkeit: Lobnig (S. 2434), Lutschounig (S. 2436)

Redner: Wurmitzer (S. 2437)

Einstimmige Annahme (S. 2438)

B. Antrag zur GO von Abgeordneten des SPÖ-Klubs (S. 2438)

Ldtgs.Zl. 375-1/28:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 30. 11. 2000 auf Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Veterinärmedizinische Untersuchungsanstalt Ehrenthal - Überprüfung durch den Landesrechnungshof

Einstimmige Annahme (S. 2439)

C. Anträge von Abgeordneten (S. 2439)

Beginn: Donnerstag, 30.11. 2000, 9.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 30. 11. 2000, 16.02 Uhr

Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**,

Dritter Präsident **Mitterer**
E n t s c h u l d i g t: **Mag. Cernic**

Anwesend: 35 Abgeordnete

Mitglieder des Bundesrates:
Ing. Klamt, Mag. Neuner, Mag. Trunk, Ing. Gruber

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Ing. Pfeifenberger**, Landesrat **Schiller**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Wurmitzer**;

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Sitzung des Kärntner Landtages und begrüße Sie alle aufs herzlichste! Ich begrüße die Mitglieder der Landesregierung! Ich begrüße die Beamtinnen und Beamten des Amtes, die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Pressevertreter! Ich möchte mitteilen, daß sich Frau Abgeordnete Mag. Cernic entschuldigt hat. Ansonsten liegt keine Entschuldigung vor. Wir sind beschlußfähig!

Wir kommen am Beginn unserer Sitzung zur Fragestunde.

Fragestunde

Ich rufe die 1. Anfrage auf:

1. Ldtgs.Zl. 141/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold

Ich ersuche, die Anfrage zu stellen! (*Lärm im Hause*) Ich bitte um Aufmerksamkeit!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und Sportreferent! Im September, und nicht nur im September: Events sind ein Jahresthema in Kärnten geworden. Aber vor allem im September beschäftigten sich viele Kommentatoren mit der Frage, ob der Mitteleinsatz für die „Sportiade“ vom 17. September - der ja auch in der Berichterstattung von Ihnen selbst als „überzogen“ angesprochen war - gerechtfertigt war. Mich beschäftigt in diesem Zusammenhang allerdings die Frage, welche Gastronomie die Teilnehmer, Sportler und die VIP bei dieser Veranstaltung verköstigt hat.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Bei dieser Großveranstaltung am 17. 9. verköstigte der dort ansässige Heimverein FC Kärnten die Sportler und Teilnehmer, wobei über 400 freiwillige Helfer mitgeholfen haben.

Was das VIP-Zelt betrifft, gab es eine beschränkte Ausschreibung. Der Bestbieter hat das gewonnen und auch abgewickelt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Anfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Von SPÖ-Seite wird immer wieder kolportiert, es wäre ein Landesbeitrag von 6 Millionen Schilling geflossen. Ich frage Sie: Wie hoch waren die Geldmittel von Landesseite tatsächlich?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Zahl ist völlig falsch und aus der Luft gegriffen! Es gab für die Festveranstaltung, die ja auch im Rahmen der 10.-Oktober-Feierlichkeiten abgewickelt worden ist, einen Zuschuß von 1,6 Millionen plus 100.000 Schilling aus dem Sportbudget. Diese 100.000 Schilling sind allerdings wieder den Fachverbänden zurückgeflossen, die bei dieser Veranstaltung mitgewirkt haben. *(Abg. Ing. Rohr: Das ist aber nicht wenig!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Dann hat der Anfragesteller noch eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ganz abgesehen von den nicht erfüllten Erwartungen (geringe Besucherzahl) und dem im Gegensatz von Ihnen jetzt genannten Betrag von etwas mehr als einer Million haben Sie selbst in Zeitungskommentaren von anderen, und zwar wesentlich höheren Kosten gesprochen.

Daher frage ich Sie, ob bei so viel Mitteleinsatz von Kärntner Steuergeldern die Verköstigung der VIP nicht durch eine Kärntner Gastronomie möglich gewesen wäre - denn der von Ihnen angesprochene Bestbieter ist keine Kärntner Firma.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Abgeordneter! Zunächst darf ich Ihnen sagen, daß die Veranstaltung wesentlich mehr gekostet hat, daß aber Sponsoren gewonnen werden konnten, die diese Kosten abgedeckt haben.

Was den Gastronomiebetrieb betrifft, der das VIP-Zelt betreut hat, so ist sein Firmensitz zwar

in Wien, doch er selber und seine Mitarbeiter sind Kärntner. Der Firmensitz ist deshalb in Wien angemeldet, weil er nicht nur in Kärnten seine Geschäftstätigkeit entfaltet sondern auch in Wien.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die erste Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 2. Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 146/M/28:

Anfrage des Abgeordneten **Dipl.-Ing. Gallo** an Landesrat **Ing. Pfeifenberger**

Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat! Kärnten ist eines der walddreichsten Bundesländer Österreichs und die Holzbranche eines der wichtigsten Standbeine der Kärntner Wirtschaft.

Daher meine Frage, Herr Landesrat, lieber Freund! *(Heiterkeit im Hause)* Was oder welche Aktivitäten setzt die Landesregierung zur Einführung eines Holznetzwerkes in Kärnten?

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Hohes Haus! Geschätzte Herren Abgeordnete! *(LR Wurmitzer: Jetzt mußt du aber auch „Lieber Freund!“ sagen! Oder? - Heiterkeit im Hause.)* Das „Holznetzwerk Kärnten“ ist bereits eingesetzt. Es gab in den vergangenen Jahren *(Abg. Dr. Wutte: Das ist sonst eine einseitige Freundschaft!)* einen Anlauf, der leider schiefgegangen ist. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo zu Abg. Dr. Wutte: Du bist ja überall dagegen!)* Dieser Anlauf wurde auch aufgrund fehlender Bereitschaft der Vertreter der Wirtschaftskammer nicht umgesetzt. Es waren dort leider Gottes Kriterien und Voraussetzungen geschaffen, daß die kleinen Betriebe, die in Kärnten vor allem große Bedeutung haben, nicht eingebunden waren. Deshalb wurde die erste Initiative eigentlich wieder eingestellt.

Ing. Pfeifenberger

Wir haben im Vorjahr noch einmal einen Versuch gemacht. Aus dieser zweiten Initiative ist das Holznetzwerk Kärnten initiiert worden. Es gibt eine Steuerungsgruppe von 14 Unternehmensvertretern aller Schattierungen, das heißt es sind die Holzindustrie, die Möbelbauer, die Tischler, die Zimmerer, die Holzwirtschaft insgesamt und auch die Forstbetriebe inkludiert. Es ist auch unsere Ausbildungsstätte in Ossiach ein wesentlicher Partner mit der Fachhochschule Spittal, mit Dr. Dipl.-Ing. Pock, der sozusagen auch den wissenschaftlichen Part dabei übernimmt.

Es gab jetzt eine Reihe von Veranstaltungen. Es wurde eine Datenbank eingerichtet. Es haben bei diesem Holznetzwerk insgesamt 80 Betriebe mitgemacht. Diese 80 Betriebe haben ernsthaftes Interesse, gemeinsam Projekte zu entwickeln. Es wurde eine Datenbank aufgebaut, und es wurde im Rahmen von 50 Firmenbesuchen und Interviews eine Potentialanalyse gemacht, die auch sehr wesentliche Erkenntnisse gebracht hat. Es wurde vor allem abgefragt, welche Aufgaben dieses Holznetzwerk machen sollte und ob die Betriebe bereit sind, mitzutun. Es geht hierbei um die Initiierung von Kooperationsprojekten, den Aufbau einer Kontaktbörse für Projekte, den Aufbau einer Kommunikationsplattform, einen schnelleren Zugang zu allen Informationen, PR-Arbeit durch das Netzwerk und eine Projektunterstützung durch Forschungsförderungsmittel.

Der Fragebogen, der hier bearbeitet wurde, hatte folgendes Ergebnis: Es waren 100 % der 80 Betriebe absolut interessiert, dieses „Netzwerk Holz Kärnten“ mitzutragen. 57 % wollen dieses Netzwerk aktiv mitgestalten. 51 % wollen gemeinsame Projekte durchführen. 49 % wollen strategische Kooperationen eingehen. Es wird sozusagen schon in einer Rahmenveranstaltung am 1. und 2. Dezember dieses Jahres (am Freitag und am Samstag) eine weitere Klausur stattfinden, wo es darum geht, Vorschläge zu machen, daß der Aufbau von Kärnten-Häusern in Ballungsräumen analog dieser Möbel in Annabichl eingerichtet wird, wo auch eine Vermarktungsmöglichkeit von Möbeln und Holzbauprodukten zu initiieren ist.

Es geht auch um die Forstwirtschaft; es geht um die gemeinsame Erschließung von Forstflächen mit einem Projekt „Logistik in der Forstwirtschaft“.

Es geht vor allem auch um den Alternativenenergiebereich, das heißt es geht um die Errichtung von Hackschnitzelheizungen vor Ort als direkte Anlage, angeschlossen an Sägewerke, um damit auch der Bedeutung des Öko-Landes Kärnten einen Inhalt zu geben. Es ist eine Reihe von anderen Projekten wie zum Beispiel ein TQM (ein Total Quality Management) für alle holzverarbeitenden Betriebe in Kärnten das Thema.

Ich glaube, wir sind hier in einer sehr guten Position, daß wir in Übereinstimmung mit anderen Ländern sozusagen mit Strukturen das „Thema Holz“ in Kärnten zu einer Schwerpunktinitiative machen und damit auch die Möglichkeit schaffen, daß Holz zukünftig wesentlich stärker eingesetzt wird; auch im öffentlichen Wohnbau. Der Wohnbaureferent hat dankenswerterweise die Förderung umgestellt.

Ich glaube, wir haben beste Voraussetzungen dafür, daß Holz in Kärnten in Zukunft eine Strategie ist, wo wir sehr viele Arbeitsplätze, auch sehr viele Alternativenenergieprojekte und derartige Wertschöpfungsstrategien umsetzen können. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht die SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter Schlagholz, bitte!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Referent! Sie haben von Problemen im Anlauf mit der Kärntner Wirtschaft im Zusammenhang mit einer besseren Positionierung unseres Rohstoffes Holz gesprochen.

Ich frage Sie: Ihr Anlauf mit der Steiermark in der Frage einer Schaffung eines Fachhochschulstudienlehrganges, der auch andiskutiert worden ist, im Bereich Holzverarbeitung, Holzdesign, und zwar ein grenzüberschreitender - ob in dieser Anlaufphase Sie uns Erfreuliches berichten können.

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Ich bin zwar nicht zuständig für den Ausbildungsbereich, aber ich darf trotzdem erwähnen, daß wir auch mit der Fachhochschule, mit dem Technikum Spittal jetzt übereingekommen sind, daß wir planen eine kleine Gruppe von Experten hier einzusetzen, um auch die Ausbildung für Holzdesign, Holzwerkstoffforschung und ähnliches dort zu implantieren und damit auch jene wissenschaftliche Struktur schaffen, die notwendig ist, um in der gesamten Aufbereitung des Rohstoffes Holz weiterzukommen. Aber konkret gesagt, müssen diese Dinge mit dem Konzept unseres Fachhochschulstudienprogrammes in Übereinstimmung gebracht werden und damit wird auch der Herr Landeshauptmann als Bildungsreferent die nächste Initiativen setzen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, sich zu entscheiden. - Herr Abgeordneter Eberhard, bitte!

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Herr Landesrat! Bei den Besprechungen in Wolfsberg - bei diesen Besprechungen waren auch Sie, Herr Landesrat, anwesend - wurde wiederholt angekündigt: Landesgrenzen überschreitend mit der Steiermark einen Holzcluster einzurichten. Herr Landesrat, ich frage Sie daher: Inwieweit sind diese Überlegungen gediehen?

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Wir haben sowohl mit der Steiermark als auch mit Oberösterreich intensive Gespräche geführt. In der Bewertung dieser Verhandlungen sind wir soweit gekommen, daß wir mit unserer Initiative absolut am richtigen Weg sind und wir gleichen sozusagen auch unsere Programme der Gesamtstrategie "Holz - Netzwerk Österreich" an. Natürlich wollen wir auch versuchen, daß wir in Kärnten eine eigene Identität bekommen. Das

heißt, wir brauchen auch einen Schwerpunkt in diesem Bereich, weil wir ja auch mit verschiedensten Strukturen und auch im Bereich des Exports hier in Kärnten zukünftig wesentliche Umsatzpotentiale ausschöpfen wollen. Aber gesamt gesehen ist dieses Projekt selbstverständlich grenzüberschreitend. Es sind auch die Steirer und die Oberösterreicher bereit, ganz massiv mit uns zusammenzuarbeiten, vor allem auch im wissenschaftlichen Bereich, weil es darum geht, vor allem den Bereich der Forschung und Entwicklung für Holzwerkstoffe und Erarbeitung von neuen Holzbearbeitungstechnologien gemeinsam zu initiieren.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? - Bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat, was ist der aktuelle Stand im Bereich Forschung und Entwicklung auf dem Holzsektor?

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Ich darf dem Hohen Haus hier zur Kenntnis bringen, daß die Landesregierung am 27.07.2000 beschlossen hat, gemeinsam mit der Firma Funder ein Programm zu entwickeln und zwar im Bereich der "K+ Initiative" unter Einbindung des "K-Net-Holz" - das ist das österreichische Kompetenzzentrum für Holzwerkstoffe und Chemie - gemeinsam eine Forschungseinrichtung zu platzieren, wo es darum geht, daß wir vor allem den Bereich, den wir auch benötigen um in der Holzwirtschaft wissenschaftlich und forschungstechnisch weiterzukommen. Daß wir hier eine Struktur aufbauen, wo auch alle namhaften Holzindustrieunternehmen Österreichs Partner sind. Es ist die oberösterreichische Technologie- und Marketinggesellschaft in Linz Partner. Es ist die Universität für Bodenkultur hier dabei. Und es sind auch alle namhaften Firmen wie Egger, Agro Linz, Funder, Faserlex und die Patria hier als Partner in einem Pro-

Ing. Pfeifenberger

jekt drinnen. Es gibt dort auch die Möglichkeit, daß vor allem für Klein- und Mittelbetriebe ein Zugang geschaffen wird Forschungsprojekte, Kooperationsprojekte in diesem K+ Programm, das eine Dependence in St. Veit bei der Firma Funder haben wird, abzuwickeln. Damit ist auch unsere Strategie, daß wir gerade die Infrastruktur für Forschung und Entwicklung ausbauen wollen, in einem wichtigen Segment erfüllt.

Ich glaube, daß hier auch der Beitrag den das Land leistet - es sind dies in etwa sechs Millionen Schilling, bei einem Gesamtbudget von 60 Millionen Schilling - dazu dienen wird, daß wir dort auch neue Arbeitsplätze schaffen. Denken wir nur daran, was die Firma Funder im Bereich der Holzstoffforschung in letzter Zeit an Projekten in St. Veit umgesetzt hat. Es sind dadurch viele Arbeitsplätze geschaffen worden. Es sind auch jetzt in der nächsten Ausbaustufe bereits wieder neue Produkte in Vorbereitung.

Wir haben verhandelt, ein Hanfprojekt in Kärnten gemeinsam mit der Landwirtschaft zu realisieren. Das werden wir höchstwahrscheinlich auch mit der Firma Funder über diese Forschungseinrichtung erfolgreich abschließen können. So gesehen darf diese Initiative als zukunftsweisendes Projekt angesprochen werden. Es ist zu erwarten, daß wir in diesem Bereich natürlich noch eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Kleinbetrieben mit der Industrie in die Wege leiten müssen und damit auch den Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zu den Förderungstöpfen - die ja auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene in einem Ausmaß vorhanden sind - ermöglichen, wo durchaus auch sehr viel Geld nach Kärnten kommen kann.

So gesehen ist eigentlich das ganze Programm rundherum abgeschlossen. Wir haben mit der Initiative des Holznetzwerkes und dieser Forschungsinfrastruktur jene Basis geschaffen, daß wir auch im Technologiebereich "Holz" in Zukunft sehr gut voran kommen werden. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es ist damit die 2. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 3. Anfrage.

3. Ldtgs.Zl. 148/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold, nachdem die Wohnbauförderungsmittel im laufenden Jahr vom Rückfluß her nicht immer von Anbeginn an genau bestimmt werden können, weil teilweise durch verstärkte Tilgungen entsprechend mehr hereinkommt, frage ich Sie: Wie viele Mittel in genauer Höhe aus dem Titel Wohnbauförderung werden Sie im Jahr 2000 nicht verbrauchen bzw. wie viele Mittel davon beabsichtigen Sie nicht zweckgebunden, also anderwärtig zu verwenden? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das sind zwei Fragen!)*

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst einmal muß ich Ihnen mitteilen, daß derzeit das Zweckbindungsgesetz voll aufrecht ist und wir die Mittel bis zum jetzigen Zeitpunkt zweckgebunden verwenden. Außerdem ist Punkt zwei das Jahr 2000 noch nicht vorbei. Deswegen kann ich Ihnen nicht sagen, in welcher genauen Höhe - so wie Sie das in Ihrer Anfrage verlangen - die Mittel jetzt übrig bleiben werden. Das ist einfach nicht möglich. Es sind Schätzungen möglich. Zum 31.10. betrug der Stand der Einnahmen an Wohnbauförderungen 1,85 Milliarden, die Ausgaben betragen 1,58 Milliarden. Derzeit erfolgen überplanmäßige Einnahmen auch durch die vorzeitig begünstigte Rückzahlung. Das ist das, was Sie angesprochen haben. Gemäß dem Beschluß des Kärntner Landtages über den Forderungsverkauf, sind diese Zahlungen in den Forderungsverkauf einzurechnen. Es ist davon auszugehen, daß das Wohnbauetat mit Ende des Jahres "nicht verbrauchte Wohnbauförderungsmittel" zumindest in der Höhe des vorjährigen Betrages ausmachen wird. Im vergangenem Jahr

Ing. Reichhold

waren das rund 877 Millionen Schilling. Allerdings gibt es für diesen offenen Betrag bereits Verpflichtungssummen. Das heißt, Zusagen für Projekte, die sich derzeit in Bau befinden oder wo der Wohnbauförderungsbeirat schon den Bau empfohlen hat und von der Regierung bereits abegesenet ist. Der Grund für diese hohen Liquiditätsreserven gegen Ende dieses Jahres liegen einerseits darin, daß es zu Bauzeitverzögerungen im mehrgeschoßigen Wohnbau kam oder aber ganz einfach in der Natur der Sache, weil viele Projekte eben erst später abgerechnet werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wir seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Seitens der ÖVP? - Auch nicht. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, nachdem Sie gesagt haben, daß mit 31.10. 1,85 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen, 1,58 Milliarden verbraucht wurden oder zugesagt sind, bleiben ungefähr 170 Millionen Schilling offen. Ich frage Sie daher: Gibt es Ihrerseits die Absicht, noch offene Förderungsanträge im Bereich des mehrgeschoßigen aber auch des Einfamilienhausbaues mit diesen Mitteln zusätzlich zu bedecken?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, wie gesagt, das ist der Stand 31.10. Natürlich gibt es jetzt im Wohnbauförderungsbeirat abegesene Projekte, die in der Zwischenzeit ja auch - so wie in der letzten Regierungssitzung beschlossen - schon vergeben worden sind. Es gibt natürlich auch laufend Anträge aus dem privaten Wohnbau heraus, die natürlich ganz ordnungsgemäß bearbeitet und ausbezahlt werden.

Was ich noch ergänzen möchte, daß ist das, daß mit dem neuen Gesetz, das wir hier gemeinsam

beschlossen haben - wo auch die SPÖ zu 95 % die Zustimmung gab, auch die allgemeine Wohnbauhilfe, die bisher aus Landesmitteln bezahlt wurde, nicht mehr aus den Haushaltsmitteln des Landes erfolgen sondern auch aus Bundesmitteln übernommen werden kann. Das ist natürlich für das Landesbudget einerseits eine Erleichterung und andererseits bringt das auch eine Harmonisierung der allgemeinen Wohnbeihilfe mit der normalen Wohnbeihilfe mit sich. Es war ja auch der Wunsch und das Ziel dieses Hauses, das so zu lösen. Ich glaube, das alles ist jetzt in Umsetzung und wird natürlich auf die verbleibenden Mittel auch einen Einfluß haben. Aber grundsätzlich muß ich oder kann ich Ihre Frage mit Ja beantworten.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 3. Anfrage beantwortet. Wir kommen zur Anfrage 4.

4. Ldtgs.Zl. 149/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Landesrat Ing. Pfeifenberger**

Ich ersuche, die Anfrage zu stellen.

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Landesrat, diese Frage steht im engen Zusammenhang mit der Anfrage 2 des heutigen Tages. Ich stelle voraus, daß wir in Kärnten derzeit elf Fachhochschulstudiengänge haben. Einer davon ist im Bereich Bauingenieurwesen angesiedelt und hat einen Schwerpunkt "Holzverarbeitung - Holz am Bau". Ein Antrag im Schulausschuß und auch die Intentionen in der zweiten Frage zielen daraufhin ab, in Kärnten in Zusammenarbeit mit der Steiermark den Bereich der Holzveredelung und des Holzdesignes zu verbessern. Das heißt, in Richtung Möbelbau den Rohstoff Holz in Kärnten, bis in die Wohnstube hinein zu nutzen, ihn zu veredeln. Der Antrag steht auch im Lichte Ihrer Verhandlungen und auch im Lichte der Bemühungen von Kärnten und der Steiermark hier in diesem Bereich eine Zusammenarbeit,

Schlagholz

eine Nutzung der gemeinsamen Kompetenzen, eine bessere Nutzung zu erreichen. Ich frage Sie daher: Wie weit sind die Bemühungen des Landes Kärnten gemeinsam mit dem Bundesland Steiermark, nach Vorbild des steirischen Auto-clusters, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Holzverarbeitung voranzutreiben gediehen?

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Wir haben am 10. November 2000 eine Strategiesitzung dieses Lenkungsausschusses gehabt. Zu diesem Termin ist Herr Ing. Joachim Reitbauer - der Proponent des steirischen Holzclusters - eingeladen worden und hat dort ein Impulsreferat gehalten. Das heißt, wir sind da sozusagen gemeinsam auf dem Weg einer grenzüberschreitenden Kooperation. Es ist auch zur gleichen Zeit Herr Dipl.-Ing. Peter Schörghofer von der FFF-Programminitiative "Carnet-Holz" vom Bundesministerium anwesend gewesen und hat dort auch die Bereitschaft erklärt, daß alles unternommen wird um diese Holzinitiativen über diese Bundesländergrenzen hinweg aufzubauen und gemeinsam zu unterstützen. Mehr ist im ersten Anlauf nicht zu sagen. Den Bereich der Fachhochschulen kann ich nicht beantworten, weil es nicht mein Zuständigkeitsbereich ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Seitens der ÖVP? - Herr Abgeordneter Lutschounig, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landesrat! Die Frage drängt sich natürlich in diesem Zusammenhang auf. Kooperationen, die das Holznetzwerk bzw. Holzcluster betreffen sind sehr lobenswert. Ich muß dazu aber erwähnen, daß es sicherlich nicht eine Idee war, die du Herr Landesrat geboren hast. Ich bin sehr froh, daß du diese Initiativen, die eingeschlagen worden sind, weiterführst,

weil es eine gute Idee war. Nur der Ordnung halber will ich das sagen.

Aber meine konkrete Frage: Wieviel Mittel sind eigentlich für diese Kooperation aufgewendet worden? Ich glaube, Kooperation ist das Schlagwort. Wenn man hier Feindschaft oder Feindbilder, sprich Wirtschaftskammer, aufbaut - wie es du auch bei der ersten Fragebeantwortung bei der Frage 2 gesagt hast -, sind die sicherlich der Sache nicht dienlich. Aber nochmals meine konkrete Frage: Wieviel Mittel sind eigentlich für diese Kooperation Holznetzwerk bzw. Holzcluster aufgewendet worden?

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Ich darf schon der Ordnung halber hier auch mitteilen, daß die erste Initiative unter Führung vom Herrn KR Ofner sozusagen eingestellt wurde. Das sind Fakten, die bekannt sind. Ich habe hier keine Kritik oder sonstwas angebracht, sondern nur Sachverhaltsdarstellungen dem Landtag übermittelt. Meine Vorgangsweise war die, daß ich diese Initiative wieder ins Leben gerufen habe. Es war nicht möglich, unter der ersten Initiative weiterzukommen, weil kein Kleinbetrieb - auch nicht die Gewerbebetriebe - hierbei berücksichtigt wurde. Es war dies ausschließlich eine Initiative der Industrie. So gesehen würde das in Kärnten ja nicht funktionieren, wenn wir die wesentlichen Mitspieler (das sind nun einmal die kleinen und mittleren Unternehmen in der Holzverarbeitung) ausschließen.

Deshalb habe ich diese Strategie noch einmal ins Leben gerufen. Wir haben jetzt einen Status quo, wo alle Industrien mit kleinen und mittleren Unternehmen und auch alle Branchen, die sich mit Holz beschäftigen, an einem Strang ziehen und es eine sehr gute, produktive Diskussion gibt. Es ist auch so, daß wir diese Netzwerke unterstützen. Wir haben einen Regierungsbeschluß, wo wir drei Jahre hindurch den Aufbau von Netzwerken in einer Form unterstützen, der im ersten Jahr zwei Millionen, im zweiten Jahr auch zwei Millionen und im dritten Jahr eine Million öffentliche Mittel bereitgestellt bekommt. Nach diesen drei Jahren Anlaufphase muß ein derartiges Netzwerk auch mit Eigenbeiträgen der Wirtschaft und der Unternehmen weitergetragen und weiterorganisiert werden.

Ing. Pfeifenberger

Das ist, glaube ich, eine sehr große Unterstützung, die das Land hier leistet. Zudem kann ja dieses Netzwerk jedes Forschungs- und Entwicklungsprojekt auch beim KWF - beim Technologiefonds - einreichen und kann mit Unterstützung von Bundes- und EU-Fördermitteln für die Forschungsinitiative auch noch aufgestockt werden, das heißt, hierfür ist genügend Geld vorhanden. Es geht darum, daß produktiv und konstruktiv an dem Projekt und an der Kooperation dieser Initiative gearbeitet wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 4. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 5. Anfrage:

5. Ldtgs.Zl. 151/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Schober an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold**

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie wir ja wissen, haben Sparmaßnahmen, Privatisierungen und zum Teil Ausgliederungen zur Einstellung und zur Reduktion von Buslinien geführt, die vor allem den ländlichen Raum und dort eigentlich alle Bevölkerungsgruppen betreffen: von den Schülern bis zur älteren Generation.

Es gibt Vorhaben, den Verkehrsverbund neu zu organisieren. Ich frage Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und Verkehrsreferent: Wie weit sind diese Verhandlungen einerseits gediehen und ist andererseits daran gedacht, in diese Pläne auch private Busunternehmen miteinzubinden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die von Ihnen erwähnten Privatisierungsmaßnahmen und Um-

strukturierungen, vor allem bei der ÖBB und Post, die jetzt zu Einsparungsmaßnahmen im ländlichen Raum führen, reichen noch in jene Zeit zurück, als Ihre Fraktion im Bund in der Regierung gesessen hat; weil die Post und die ÖBB jetzt verpflichtet ist, nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten ihre Verkehrsleistungen zu erbringen.

Die Frage, die Sie mir gestellt haben, ob in Zukunft auch private Unternehmungen in die Verkehrsverbände eingebunden werden können, kann ich mit einem Ja beantworten. Wenn private Unternehmen Konzessionen vorlegen können, die natürlich auch entsprechend geprüft sind und eine gesetzliche Grundlage benötigen.

Die Verhandlungen zum neuen Verkehrsverbund sind - wie Sie auch richtig erwähnten - jetzt im Gange. Die neue Gesellschaft ist gegründet; der neue Geschäftsführer ist installiert. Seit Oktober hat er seine Arbeit aufgenommen. Die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen für den Verkehrsverbund sind mittlerweile vorhanden. Es wird das nächste Jahr dafür verwendet werden, um nicht nur den Tarifverbund sondern auch den Verkehrsverbund wirklich neu zu organisieren. Innerhalb dieses Verbundes werden private Verkehrsträger und alternative Verkehrslösungen natürlich einen sehr hohen Stellenwert haben.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Es hat sich Abgeordneter Ramsbacher für die Zusatzfrage gemeldet. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Verkehrsreferent! Voriges Jahr haben Sie gesagt: „Der Verkehrsverbund ist gescheitert.“ - Heuer sehen wir im Budgetvoranschlag ein Plus von 90 auf 140 Millionen Schilling, also fast 50 Millionen mehr wollen Sie haben. Man hört, Sie wollen flächendeckend das Go-Mobil einführen.

Ramsbacher

Ich frage Sie: Wieviel wird das kosten? Können wir uns das leisten, und was haben Sie vorgesehen? Können Sie mit dem derzeitigen Budget (mit diesen 46 Millionen Schilling) auskommen? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hast du nicht vielleicht noch zehn Fragen?! - Vorsitzender: Ich bitte, nur eine Frage zu stellen! Sie haben jetzt drei Fragen gestellt. Ich bitte um die Antwort! - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt weiß er nicht, welche!)*

Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold (FPÖ):

Herr Präsident! Ich werde versuchen, drei Fragen in einer Antwort unterzubringen. Jedenfalls kann ich das so beantworten: Der Verkehrsverbund - Herr Abgeordneter, dazu stehe ich! - war nicht "das Gelbe vom Ei". Es hat große Unzufriedenheit gegeben. Aber noch einmal: Die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene sind geändert. Das ermöglicht uns jetzt die Neuorganisation des Verkehrsverbundes im nächsten Jahr. Die Verhandlungen mit der ÖBB für das heurige Jahr sind so abgeschlossen, daß die Zuschubleistungen für die ÖBB gedeckelt werden, das heißt, daß auch für das nächste Jahr keine höheren Zahlungen veranschlagt werden können.

Zweiter Punkt: Das Go-Mobil ist eine zentrale Säule alternativer Verkehrslösungen. Es gibt ein Pilotprojekt in Moosburg, das sehr erfolgreich angelaufen ist. Es haben jetzt Gemeinden - ich kann Ihnen die genaue Zahl gar nicht sagen; die kann ich Ihnen nachliefern, aber es dürften zwischen 25 und 30 Gemeinden sein - ihr Interesse bekundet, solche alternative Verkehrslösungen mitzufinanzieren und auch anzubieten.

Die Steigerung, die Sie erwähnt haben, kommt deshalb zustande, weil eben das Go-Mobil mit 17,5 Millionen Schilling veranschlagt wurde. Dieses Projekt ist allerdings auch in der Kärntner Landesregierung diskutiert und vom Kollegium beschlossen worden.

Dritter Punkt: Die Erhöhung resultiert weiters aufgrund der Umstellung des Tarifsystems auf den Euro, und zwar werden 15 Millionen Schilling für den Ankauf von speziellen Geräten für die Abrechnung der Karten notwendig sein. Dann gibt es 16,3 Millionen Schilling, die für

die Abdeckung der Differenz der Akontozahlungen und tatsächlichen Aufwendungen bei Bahn und Post sind, weil ja die Bahn bisher immer nur geschätzte Budgetzahlen am Jahresanfang bekanntgegeben hat und dann, am Jahresende, die eigentliche Jahresrechnung gemacht hat. Das habe ich vorhin schon erwähnt. Hierüber gab es immer harte Verhandlungen. Aber ich glaube, wir haben das recht erfolgreich gemeistert, weil die ursprüngliche Forderung der ÖBB von 65 Millionen Schilling auf gut 40 Millionen Schilling Zuschuß herunterverhandelt werden konnte. Das war ein schöner Erfolg! Noch dazu konnte das gedeckelt werden. Das sind jene 16,3 Millionen Schilling.

Dann gibt es noch eine Teilsubvention für Gemeinden zur Abfederung des Gemeindeanteiles. Das ist eine Zusage, die ich anlässlich einer Tagung der Gemeinden in Straßburg getätigt habe, weil ich einsehe, daß die Gemeinden mit der Finanzierung ihrer vor allem Marketingkosten in der Höhe von 1,3 Millionen Schilling Schwierigkeiten haben und die soziale Stützung für Studenten durch den Verkehrsverbund in der Höhe von 2 Millionen Schilling gegeben ist. Das ist die Erhöhung, die Sie vorhin eben angeführt haben.

Wie gesagt, es ist davon auszugehen, daß mit dem Jahr 2002 nach einer erfolgten Reorganisation des Verkehrsverbundes ein neues System greifen wird. Ich möchte der Vollständigkeit halber noch hinzufügen, daß ja auch die Schülerfreifahrten berücksichtigt werden sollen und es jetzt auf Kärntner Seite eine Verhandlungsschiene gibt, um auch die Schülerfreifahrten in den Verkehrsverbund einzubinden.

Der nächste Bereich ist, daß es darum geht, den Öko-Bonus der ÖBB, der bisher zentral verwertet und ausgezahlt wurde, auch zu regionalisieren. Dies deshalb, weil wir der Meinung sind, wir hätten die Möglichkeit, regional flexibler auf die Bedürfnisse der Kunden eingehen zu können.

Aber das sind vielleicht schon Details, die jetzt noch in Verhandlung stehen. Wichtig ist, daß die neue Geschäftsführung des Verkehrsverbundes dieses Reorganisationskonzept im nächsten Jahr mit allen im Verkehrsverbund tätigen und eingebundenen Partnern verhandeln wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! Wir kommen somit zur 6. Anfrage:

6. Ldtgs.Zl. 158/M/28:

Anfrage des Dritten Präsidenten Mitterer an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Eisenbahn war Ende des 19. Jahrhunderts der Inbegriff des Aufschwunges, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht auch in Kärnten. In der Zwischenzeit hat sich die Entwicklung dieser Bahn in eine Richtung entwickelt, daß es auch Belastungen für die Bevölkerung gibt. Das gilt sowohl für das Rosental als auch den Ossiacher See, aber im speziellen Fall auch für den Wörther See. Es fahren immer mehr Züge, vor allem mehr Güterzüge. Sie fahren durch den technischen Fortschritt schneller und dadurch lauter als vorher. Diese Belastungen für Einheimische und Gäste sind zum Teil unerträglich. Deshalb sind auch Schutzmaßnahmen geplant.

Daher die Frage an Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter: Wie lautet der aktuelle Stand hinsichtlich der Lärmschutzmaßnahmen an der Bahn im Bereich des Wörther Sees, insbesondere im Zusammenhang mit der Finanzierung?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Die Lärmschutzproblematik am Wörther See begleitet uns schon sehr lange. Wir versuchen, gemeinsam mit dem Bund und mit den Gemeinden wirklich Initiativen zu setzen.

Ich möchte Ihnen nun einen Bericht über den aktuellen Stand geben. An der Bahnstrecke im

Bereich des Wörther Sees sind in fünf Gemeinden Lärmschutzmaßnahmen erforderlich. Vielleicht darf ich vorausschicken, daß es sehr umfangreiche Erhebungen betreffend „Lärmschutzkataster“ gegeben hat, auf deren Grundlage jetzt die einzelnen Maßnahmen verwirklicht werden sollen. Daran sind die Gemeinden Klagenfurt, Krumpendorf, Pörtschach, Techelsberg und Velden beteiligt.

Zur Finanzierung: Im September 1997 wurde zwischen dem Bund und dem Land Kärnten ein Generalübereinkommen über die Sanierung dieser Eisenbahnstrecke unterzeichnet. Es sieht folgende Kostenbeteiligung vor: Der Bund übernimmt 50 % der Gesamtkosten - allerdings nur dann, wenn bestimmte, sehr genau umrissene Lärmschutzrichtlinien eingehalten werden. Die restlichen 50 % werden zwischen den Gemeinden und dem Land zu je 25 % (also je zur Hälfte) aufgeteilt.

Stadt Klagenfurt: Hier wurde bereits 1995, also noch vor diesem Generalübereinkommen, eine Pilotstrecke errichtet. Es wurden verschiedene Lärmschutzstrecken aufgebaut und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auch untersucht. Die Gesamtkosten dieser damaligen Maßnahme beliefen sich bereits auf 25 Millionen Schilling. Für den Rest der in Klagenfurt notwendigen Investitionen wurde am 18. 5. 2000 ein Planungs- und Bauvertrag mit der Stadtgemeinde unterzeichnet. Dieser Planungs- und Bauvertrag umfaßt insgesamt 32 Millionen Schilling Gesamtkosten. Auch bei diesem Vertrag wurde ursprünglich 25 % Gemeindebeteiligung ins Auge gefaßt - allerdings wurde vom damaligen Landeshauptmann Zernatto und vom damaligen Verkehrsreferenten Mag. Grasser ein Erstlingsbonus von 3 % gewährt, das heißt die Stadt Klagenfurt konnte einen Bonus von 3 % in Anspruch nehmen und mußte nur 22 % zahlen.

Die nunmehr vorliegenden Planungen sehen im eigentlichen Seebereich drei Maßnahmen vor, mit Kosten von insgesamt 16 Millionen Schilling: Maßnahmen, die Priorität haben, weil sie gerade in diesem Bereich aus touristischen Gründen gefordert sind.

Die weiteren Planungen betreffen die Gemeinden Krumpendorf, Pörtschach, Techelsberg und Velden. Diese Planungen für die wichtigsten

Ing. Reichhold

Lärmschutzmaßnahmen liegen bereits vor und wurden ohne Kostenbeteiligung der Gemeinden durch den Bund und durch das Land finanziert; weil die Gemeinden sich aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage sahen, diese Kosten zu übernehmen.

Es sind aber jetzt die Planungen abgeschlossen und fertig und wir könnten mit den notwendigen Baumaßnahmen auch beginnen. Allerdings gibt es hier seitens der Gemeinden Probleme, weil sie sich einfach nicht in der Lage sehen diese 25 % zu finanzieren. Es gab daher im Februar dieses Jahres schon eine diesbezügliche Besprechung im Beisein des Gemeindeferenten Wurmitzer, der damals gemeinsam mit mir den Gemeinden signalisiert hat, daß wir eine Lösung anstreben, wonach die Gemeinden nicht 25 % sondern nur 10 % der Gesamtkosten zu zahlen hätten. Das würde natürlich jetzt nach der Beschlußfassung des Budgets noch Verhandlungsgegenstand sein, weil es hier mit Sicherheit für das nächste Jahr eine Lösung geben muß, um hier weiterzukommen.

Ich möchte nun im einzelnen auflisten, wie hoch die Finanzierungskosten in den einzelnen Gemeinden sein würden: In Krumpendorf gibt es Gesamtkosten in der Höhe von 24 Millionen Schilling für baureife Projekte und sechs Millionen für solche, die sich noch in Planung befinden; in Pörtschach 30 Millionen Schilling für baureife Projekte und 20 Millionen für solche, die sich noch in Planung befinden; in Techelsberg fünf Millionen fertige Projekte, Restabschnitte 10 Millionen; in Velden 10 Millionen Schilling für fertige Projekte und 10 Millionen für in Planung befindliche. Das ergibt rund 115 Millionen Schilling Gesamtvolumina. Davon müßten je 28 % die Gemeinden und das Land zahlen. Würde diese, von Wurmitzer und mir in Aussicht gestellte Förderung schlagend werden, dann würde das einen 40 prozentigen Anteil des Landes mit Gesamtkosten von 46 Millionen Schilling ergeben. Diese Reduktion des Gemeindeanteiles würde somit Mehrkosten von 17 Millionen Schilling ergeben. Würden jetzt noch die 15 Millionen von Klagenfurt hinzukommen, dann ergibt das eine Summe von insgesamt 32 Millionen Schilling die hier zu finanzieren wäre. Und ich glaube das ist ein Betrag, von dem ich als Verkehrsreferent meine, daß wir ihn im

nächsten Jahr mit Sicherheit aufbringen werden können, um dann endlich mit den schon lange geforderten Maßnahmen auch in die Umsetzung gehen zu können. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Der Herr Abgeordneter Schober hat sich gemeldet. Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Verkehrsreferent! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gemeint, die Planungen zur Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen wären abgeschlossen und man könnte - so wie Sie es bezeichnet haben - damit beginnen. Sie haben gemeint, die betroffenen Gemeinden haben Finanzierungsprobleme, um diese Maßnahmen mitunterstützen zu können.

Nun, man weiß, die HL-AG hat sich jetzt gemeinsam mit der Bevölkerung mehr oder weniger darauf geeinigt den Korridor nördlich des Wörther Sees zu errichten und dem die Priorität eingeräumt. Nun meine Frage: Will man die Untersuchungen, wo man letztendlich diese HL-Strecke errichten wird, abwarten oder will man mit der Errichtung dieser Lärmschutzmaßnahmen ohne diese Untersuchung abzuwarten beginnen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, was die HL-Strecke betrifft, so haben wir durch eine Entscheidung, die auch von der Bevölkerung mitgetragen wurde, erreicht, daß nicht zwei Korridore untersucht werden - nämlich Glantal und Wörther See - sondern wir haben nur einen Grobkorridor zur Feinuntersuchung freigegeben und das wird uns ein bis zwei Jahre bringen. Das zu beschleunigen war auch ein wichtiges politisches Anliegen von Kärnten, weil wir einfach sicherstellen müssen, daß nach Abschluß der Voruntersuchungen

Ing. Reichhold

von der Bundesregierung auch das gesamtwirtschaftliche Interesse für diesen Abschnitt beschlossen wird. Für den Teil Klagenfurt Richtung Graz haben wir dieses gesamtwirtschaftliche Interesse ja erfreulicherweise von der neuen Regierung bekommen. Deshalb wird sich der Planungszeitraum verkürzen und - so wie wir hoffen - dann letztlich auch der Umsetzungszeitraum. Dennoch wird eine Perspektive von zehn bis 15 Jahren in Aussicht genommen, um dann wirklich sagen zu können, dieser Abschnitt bis zur Staatsgrenze, bis zur "Pontebbana" ist umgesetzt. Das heißt, es wird fast eine Generation dauern, bis diese neue Entlastungsstrecke - auch für den Wörther See - dann tatsächlich dem Verkehr übergeben werden kann. Und deshalb ist es von uns aus politischen Gründen überhaupt keine Frage, jetzt auch so schnell wie möglich mit noch ausstehenden Lärmschutzmaßnahmen zu beginnen, weil wir ja wissen, daß sich die Taktfrequenz in diesem Bereich von derzeit 180 noch deutlich erhöhen wird. Sie wird sich auch deshalb deutlich erhöhen, weil im Zuge der Sanierungs- und Baumaßnahmen im Tauerntunnel jetzt auch eine Zunahme des Verkehrs zu erwarten sein wird, da sowohl Güter als auch Personenverkehr nur mehr beschränkt über den Shuttle durch die Tauernschleuse gehen werden können.

Das ist also ein Grund, weshalb wir uns zu diesen Maßnahmen bekennen und wir jetzt den Gemeinden mit einer Neuregelung der gesamten Finanzierung auch ein Angebot machen, um hier die dringlichsten Maßnahmen auch umzusetzen und um der Bevölkerung und dem Tourismus zu helfen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Lutschounig, bitte!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wir haben gehört, wie dringend notwendig Lärmschutzmaßnahmen

sind. Wir haben aber auch gehört, welche Schwierigkeiten dabei vor allem die Gemeinden haben, diesen Finanzierungsplan erfüllen zu können. Jetzt meine konkrete Frage: Im Bereich der Autobahnen werden die Lärmschutzmaßnahmen vom Bund, sprich, von der ASFINAG finanziert, wieso muß eigentlich bei Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecke Land und Gemeinde mitfinanzieren?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das ist ein Umstand, der auf die völlig unterschiedliche gesetzliche Situation zurückzuführen ist, weil ja wir bei der Eisenbahn nach dem Eisenbahngesetz 1957 vorzugehen haben. Das heißt also, daß diese Lärmschutzmaßnahmen eine freiwillige Leistung des Bundes, des Landes und der Gemeinden darstellt und die ÖBB aufgrund dieser gesetzlichen Situation keine Verpflichtung hat, das zu übernehmen. Es ist auch kaum möglich, das Eisenbahngesetz 1957 rückwirkend zu verändern. Daher waren wir von Kärnten aus immer sehr bemüht, mit dem Bund die entsprechenden Rahmenverträge zu erreichen, um wenigstens eine Mitfinanzierung des Bundes zu bekommen. Mit dem Generalvertrag, der ja schon in den frühen 90er Jahren mit dem damaligen Verkehrsminister Klima unterzeichnet wurde, ist es von Kärnten aus möglich gewesen, zumindest einen 50 prozentigen Anteil des Bundes bei Eisenbahnen zu bekommen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? - Ich bitte, sie zu stellen!

Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung auch den Tauerntunnel angezogen und damit gemeint, daß es in der nächsten Zeit Beschränkungen geben wird. Aus aktuellem Anlaß darf ich Sie vielleicht fragen, nachdem ja jetzt der Autosshuttle vorüber-

Mitterer

gehend eingestellt wird - vermutlich über den Winter - und die Tourismuswirtschaft im Mölltal Schaden erleiden wird: Planen Sie Maßnahmen, um eine Entlastung dieser Zufahrten in das Mölltal voranzutreiben?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mich hat gestern um etwa 17.00 Uhr die Information der ÖBB Kärnten erreicht, daß der Shuttleverkehr eingestellt wird. Das ist natürlich eine Hiobsbotschaft für Kärnten und den Kärntner Tourismus. Ich habe danach sofort mit der Frau Bundesminister Forstinger Kontakt aufgenommen. Sie war informiert, hat mir aber zugesichert, daß diese Maßnahme nur befristet eingeleitet wird, weil die ÖBB aufgrund eines Verhandlungstermines im Verkehrsministeriums einfach Auflagen bekommen hat. Diese Auflagen hängen nicht direkt aber indirekt auch mit den tragischen Ereignissen im Kaprunntunnel zusammen. Und deshalb muß jetzt die ÖBB binnen einer bestimmten Frist zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen im Tunnel schaffen. Ich hoffe, daß nach einer jetzt mir nicht bekannten Zeit, diese Restriktionsmaßnahmen im Tunnel wieder aufgehoben werden können. Ich habe aber nichtsdestotrotz für heute die Verantwortlichen der ÖBB in Kärnten zu einem Gespräch eingeladen, um gemeinsam mit den Verantwortlichen der Tourismusregion im Mölltal und den Bürgermeistern - die ich auch eingeladen habe - einmal abzuklären, welche Auswirkungen es jetzt tatsächlich hat, welche Regionen besonders davon betroffen sind, in welchem Umfang die Tourismuswirtschaft in unserem Land Schaden erleiden könnte. Was man auch nicht ganz vergessen darf das ist, daß auch sehr viele Pendler aus dieser Region den Shuttleverkehr in Anspruch nehmen.

Wie gesagt, die Details zur gestrigen Information werden heute im Verlauf des Tages geklärt werden können und ich kann den Abgeordneten, auch dem Hohen Haus, wenn es gewünscht ist, dann über die Ergebnisse dieser heutigen Aussprache Bericht erstatten.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, meine Damen und Herren, ist die 6. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 7. Anfrage.

7. Ldtgs.Zl. 159/M/28:**Anfrage der Abgeordneten Steinkellner an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen.

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann! Welche Anordnungen wird der Landeshauptmann von Kärnten dem zuständigen Regierungsmitglied erteilen, damit die Situation bei den Zahnambulatorien der Gebietskrankenkasse entschärft werden kann?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es gibt hier eine Reihe von Möglichkeiten, im Zusammenhang mit der Einführung der Ambulanzgebühren, Vorsorge zu treffen, daß die sozial Schwächeren entsprechende Schutzmaßnahmen bekommen, wobei noch nicht klar ist, ob dieser Behandlungsbeitrag oder diese Ambulanzgebühr eingeführt wird. Wenn es dazu kommt, gibt es die Möglichkeit, im Wege der Anweisung an das zuständige Organ der Aufsicht bei der Gebietskrankenkasse, das vom Land Kärnten entsandt ist, und im Wege der Aufforderung an den Gesundheitsreferenten Vorsorge zu treffen, daß erstens einmal Ambulanzgebühren nicht eingehoben werden, dort wo ein Notfall vorliegt. Das heißt, wenn ein Patient wegen akuter Zahnschmerzen das Ambulatorium aufsucht, was ja meistens dann der Fall ist, wenn die niedergelassenen Ärzte nicht mehr im Dienst sind und das Ambulatorium hat ja wesentlich längere Dienstzeiten, dann liegt hier im Sinne des Gesetzes ein Notfall vor und darf kein Behandlungsbeitrag eingehoben werden.

Zum zweiten besteht die Möglichkeit, sozial Schwächere - das sind all jene, die von der Re-

Dr. Haider

zeptgebühr befreit sind bzw. die Ausgleichszulagenrentner sind - von dieser Beitragsleistung freizustellen. Das steht im Gesetz.

Zum dritten hat die Selbstverwaltung die Möglichkeit, einen eigenen Härteausgleich zu tätigen. Das heißt wiederum, daß beispielsweise kinderreiche Familien von der Entrichtung solcher Beiträge freigestellt werden können. Das ist eine Möglichkeit, die die Gebietskrankenkasse für sich schaffen kann, diesen Härteausgleich einzuführen. Es bestünde hier die Möglichkeit, nach den Richtlinien des jetzt mit 1. Jänner des kommenden Jahres eingeführten Kindergeldes vorzugehen, daß wir die Einkommensrichtlinien nach der Wohnbauförderung auch für die Frage der Befreiung von der Ambulanzgebühr nehmen, die Kärntner Gebietskrankenkasse in dieser Richtung agiert. So würden Familien mit einem Einkommen zwischen 15.000 und 20.000 Schilling monatlich auch in diesem Bereich nicht von einer Beitragsleistung erfaßt sein.

Dann gibt es die Möglichkeit, daß die Krankenkassen dort, wo sie selbst billigere Leistungen als die, die am Markt angeboten werden, in Rechnung stellen, keine Ambulanzgebühren einheben, weil sonst müßten sie ja Marktpreise verlangen.

Zum fünften gibt es die Möglichkeit, daß dort, wo Zuzahlungen verlangt werden - vor allem bei prothetischen Leistungen sind Zuzahlungen vorgesehen, wo der Patient bis zum 50 % Eigenleistungen und Eigenbeiträge bereits jetzt bezahlen muß, ... Beispielsweise gibt es jetzt für eine Zahnkrone eine Zuzahlung von 5.500 Schilling durch den Patienten in der Gebietskrankenkasse. Hier besteht die Möglichkeit, daß die Gebietskrankenkasse den Behandlungsbeitrag einrechnet und in die Verrechnungspositionen einnimmt, Eigenbeitrag inklusive Behandlungsbeitrag und damit keine weitere Belastung für den Patienten entsteht.

Zum sechsten gibt es die Möglichkeit nach dem allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dort wo es nicht unmittelbar eine ausreichende Versorgung durch niedergelassene Zahnärzte gibt, als Alternative das Zahnambulatorium aufzumachen und in dieser Richtung ist vor allem der ländliche Raum betroffen.

Es gibt ja in Kärnten nicht überall in den Ein-

zugsbereichen ausreichend Zahnbehandler, so daß auch in diesem Fall keine Behandlungsbeiträge gemäß dem ASVG eingehoben werden dürfen. Das muß die Gebietskrankenkasse von sich aus festlegen. Wir werden in entsprechenden Aufforderungen dafür sorgen, daß die Menschen davon nicht betroffen sind.

Siebentes gibt es die Möglichkeit, daß die Gebietskrankenkasse in Zukunft aufgrund unserer Vorgaben nicht mehr Behandlungen im Ausland finanziert. Auch das ist wichtig! Denn derzeit haben wir eine Situation, daß Patienten nach Ungarn oder nach Slowenien fahren, weil dort günstigere Tarife bei den Zahnbehandlungen festzustellen sind. Es ist nicht ganz einzusehen, daß eigentlich eine österreichische Krankenversicherungseinrichtung für ausländische Leistungen Beiträge bzw. Kostenersätze leistet.

Wenn wir auch das stoppen, dann gibt es zweifelsohne die Möglichkeit, hier bei den Behandlungsbeiträgen diese große Gruppe der Notfälle der sozial Bedürftigen, der Ausgleichszulagenrentner, jene, die von der Rezeptgebühr befreit sind, jene, die im Rahmen der Familien- und Kinderförderung bei uns in Kärnten erfaßt sind, davon freizustellen. Das bedeutet, daß eigentlich der große Teil der Bevölkerung dann nicht erfaßt ist. Der Bund muß sich überlegen, ob der Behandlungsbeitrag unter diesen Bedingungen überhaupt Sinn macht. Aber wir werden auf alle Fälle dafür sorgen, daß eben jene große Gruppe der sozial Schwächeren und einkommensschwächeren Familien und Einzelpersonen jedenfalls keinen Nachteil durch geplante Behandlungsbeiträge erleiden wird. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Klubobmann Unterrieder, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Normal zuständig wäre der Gesundheitsreferent, weil der hätte dann festge-

Unterrieder

stellt, daß die Anfragebeantwortung ... (*Abg. Dr. Strutz: Frage!*) Ich darf schon drei Sätze sagen, weil es sonst üblich ist, beim Herrn Präsidenten, daß einige da ganze Referate halten, in der Fragestunde.

Erstens ist Vorsorge zu treffen, im Notfall, steht im Gesetz drinnen, daß das so geregelt ist. Die Befreiung steht im Gesetz drinnen. Der Härteausgleich ist abgeschafft worden; damit man weiß, wovon man redet. Wo Zuzahlungen verlangt werden? - Erstens muß man wissen, daß die ganze Materie der Zahnambulatorien jetzt in die Situation gekommen ist, weil man eben nicht den Mut hatte, den Krankenversicherungsbeitrag einmal anzuheben. (*Abg. Dr. Strutz: Frage!*) Das zweite ist, daß man die Ambulanzgebühr nicht erfunden hat von irgendeiner anderen Fraktion, sondern daß das eine Erfindung der jetzigen Regierungskoalition auf der Bundesebene ist. (*Abg. Dr. Strutz: Das hättet ihr auch machen können!*)

Herr Landeshauptmann, ich stelle Ihnen die Frage: Werden Sie bereit sein, die Beitragsfrage zu diskutieren und vor allem die Ambulanzgebühren abzuschaffen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt überhaupt kein Problem, etwas abzuschaffen, das es noch nicht gibt! Denn es gibt keinen Beschluß auf Einführung der Ambulanzgebühren. Daher kann man etwas, das es nicht gibt, nicht abschaffen. Für den Fall, daß es aber kommen sollte, habe ich Ihnen gesagt, werden wir auch Anweisungen treffen, denn ich entnehme Ihren Äußerungen, daß der Ihrer Fraktion angehörende Gesundheitsreferent nicht bereit ist, derartige Maßnahmen zur Entlastung der sozial schwachen Bevölkerung zu setzen. Daher kriegt er von mir die Anweisung, das zu tun, weil ich das dafür zuständige Aufsichtsorgan in der Landesregierung betreffend die Gebietskrankenkasse bin. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Wir haben zusätzlich noch Vorsorge getroffen, daß eben die sozial Schwächeren auch entlastet werden - auch wenn der Herr Gesundheitsreferent sein müdes Haupt schüttelt. (*LHSv. Dr. Ambrozy: Die Leute werden geschröpft, von der*

FPÖ!) Das irritiert Sie ein bisserl.

Es darf festgehalten werden, daß soeben im Ausschuß auch im Parlament Übereinstimmung erzielt worden ist, daß auch für die sozial Schwachen, die Ausgleichszulagenrentner, bei der Pensionsanpassung eine einmalige Leistung zusätzlich zur prozentuellen Anpassung von 500 Schilling passiert; bei den Ausgleichszulagenrentnern und bei allen anderen Pensionisten ein einmaliger Beitrag von 1.300 Schilling gezahlt wird. Ich glaube, daß das eine schöne Leistung ist, um allfällige Kosten abzufangen! (*Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Dann hat die Anfragestellerin noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Ich habe keine Frage mehr. Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für die umfassende, besonderes für Kärntens ärmere Bevölkerung positive Beantwortung! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 7. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 8. Anfrage:

8. Ldtgs.Zl. 160/M/28:**Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Zweiten Landeshauptmann-Stellverteter Dr. Ambrozy**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Gesundheitsreferent! (*Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) In der Sozialausschußsitzung vom 17.

Warmuth

August 2000 wurden Sie ersucht, in der Plattform "Gesundheitsland Kärnten" einen eigenen Tagesordnungspunkt für die Planstellenpolitik in Kärnten anzusetzen.

Ich frage Sie daher: Welche Maßnahmen haben Sie bereits getroffen, um die in den Kärntner Landtag eingebrachten Anträge betreffend Schaffung von Planstellen für Fachärzte und Praktiker in die Realität umzusetzen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Erlauben Sie mir, vorweg zu sagen: Nach dieser sehr schwindligen Anfragebeantwortung des Landeshauptmannes, die die Unkenntnis des derzeitigen Gesetzes zum Ausdruck gebracht hat, muß festgestellt werden, daß wir über solche Fragen nicht einmal reden müßten, würde nicht die Koalition von FPÖ und ÖVP auf der Bundesebene diese Ambulanzgebühren eingeführt haben - das ist die Realität - *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* oder zumindest die Absicht haben, sie einzuführen. Alles andere, was hier passiert, ist jetzt der Versuch, durch Heuchelei wieder Sand in die Augen der Bevölkerung zu streuen. *(Abg. Warmuth: Das ist aber nicht die Anfrage! - Vorsitzender: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich bitte, die Frage zu beantworten und nicht andere Themen anzuschneiden! Ich bitte Sie, fortzusetzen! - Abg. Ing. Rohr. Wenn der Landeshauptmann gegen das Gesetz redet, wird er wohl eine Stellungnahme abgeben können! - Lärm im Hause.)* Herr Präsident! *(Vorsitzender: Sie haben eine Anfrage zu beantworten, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, und ich habe Sie aufmerksam gemacht, zu dieser Anfragebeantwortung zu kommen!)* Das werde ich machen, Herr Präsident! *(Vorsitzender: Dann, bitte, beginnen Sie mit der Anfragebeantwortung!)* Aber nachdem das ein Gesundheitsthema ist, kann man es ja hier einflechten. Es geht immerhin, Herr Präsident, um eine Zahnarztstelle. Es ist sehr wichtig, im Zusammenhang zu erwähnen, daß die Ambulatorien im Zuge der Zahnarztstellen jetzt eine wichtige Rolle spielen werden und aufgrund dessen wohl klargestellt werden muß, daß jetzt das Aufsuchen der Ambulatorien durch die er-

höhten Ambulanzgebühren für die Bevölkerung äußerst erschwert und verteuert wird, und - wie ich eigentlich eher der Meinung bin - man sollte die Ambulanzgebühren nicht einführen, anstatt Heuchelei vor der Öffentlichkeit zu betreiben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich auch ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Planstellenvergabe machen, was die Ärzteschaft betrifft. Denn es wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, daß der Kärntner Landtag die Möglichkeit hat, hierüber Entscheidungen zu treffen oder daß der Gesundheitsreferent des Landes hier die Möglichkeit hat, Entscheidungen zu treffen. Ich darf Ihnen nur sagen, daß die Frage der Planstellen auf der Grundlage eines Vertrages zwischen der Ärztekammer und der Kärntner Gebietskrankenkasse aus dem Jahre 1972 erfolgt, in dem festgelegt wird: „... daß unter Berücksichtigung der örtlichen und der Verkehrsverhältnisse sowie einer allfälligen Verschiedenheit von Wohn- und Beschäftigungsorten die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Behandlung gesichert sein muß. In der Regel soll die Auswahl zwischen zwei in angemessener Zeit erreichbaren Vertragsärzten freigestellt sein.“ Das ist ein Zitat aus der Grundsatzvereinbarung zwischen der Ärztekammer und der Kärntner Gebietskrankenkasse. „Wird ein Einvernehmen über die Zahl der Vertragsärzte, ihre örtliche Verteilung sowie über die beantragte Änderung der festgesetzten Zahl und der Verteilung nicht erzielt, so entscheidet darüber eine Landesschiedskommission.“

Wenn die beiden sich nicht einigen, wird also zur Entscheidung darüber, ob eine Planstelle eröffnet wird oder verlegt wird, die Landesschiedskommission berufen. Ähnlich ist die Regelung bei der Vergabe von bereits bestehenden, jedoch freiwerdenden Vertragsarztstellen. Auch hier kann dies nur im Einvernehmen der beiden Vertragspartner geschehen, wobei die Ärztekammer für Kärnten nach Ausschreibung die Anträge mit einem begründeten Vorschlag an die Kärntner Gebietskasse weiterleitet. „Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, entscheidet auch hier die Landesschiedskommission.“ Dem Land kommt also bei der Vergabe bzw. der Neuschaffung von Planstellen keine Funktion zu. Die beiden Vertragsparteien sind

Dr. Ambrozy

hier als Selbstverwaltungskörper autonom. Ein Eingreifen wäre theoretisch höchstens im Wege der Aufsicht mit den bekannten Aufsichtsmitteln möglich. Dies aber auch nur dann, wenn es sich um einen gesetzwidrigen Zustand, das heißt keine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung handelt. In Kärnten gibt es jedoch derzeit 252 Vertragsärzte für Allgemeinmedizin, 186 Vertragsärzte aller Fachgruppen sowie 185 Verträge mit Zahnärzten. Damit liegt nicht nur eine ausreichende, sondern sicher auch flächendeckende Versorgung der Bevölkerung vor, und wir liegen weit über der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation.

In der letzten Zeit wurden im Kärntner Landtag folgende Anträge, was die Schaffung von Kassenstellen betrifft, beschlossen, und zwar jene Anträge vom 4. November 1999, die Planstelle für einen Arzt für Allgemeinmedizin in Stockenboi, die Planstelle für einen Arzt für Allgemeinmedizin in Frauenstein sowie die Planstelle für einen Kinder-, Frauen- sowie einen Augenfacharzt in Bleiburg.

Die zuständige Abteilung hat dazu sowohl die Kärntner Gebietskasse als auch die Ärztekammer für Kärnten über diese Beschlußfassung informiert und ersucht, über die getroffene Vereinbarung zu berichten. Die Kärntner Gebietskasse verweist in ihrer Stellungnahme auf die gesamtvertraglichen Bestimmungen, ihre Selbstständigkeit in dieser Angelegenheit sowie darauf, daß die Versorgung der Kärntner Bevölkerung ausreichend gewährleistet sei. Seit 1982 wären in Kärnten über 100 Kassenplanstellen zusätzlich geschaffen worden, um die Qualität der Versorgung aufrecht zu erhalten. Auch auf die beschränkten finanziellen Möglichkeiten der Kärntner Gebietskassen und die äußerst angespannte finanzielle Situation wurde in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Zu den einzelnen Anträgen wurde ausgeführt, daß bezüglich der Facharztwünsche in Bleiburg diesen Wünschen nicht Rechnung getragen werden könne. Die Versorgung mit Vertragsärzten im Bezirk Völkermarkt sei gleichgelagert wie in anderen Bezirken.

Auch die Ärztekammer für Kärnten stellt sich gegen diesen Antrag, mit der Begründung, daß sich - mit einer einzigen Ausnahme - die Fach-

ärzte ausschließlich auf die Bezirksstädte konzentrieren.

Was die Vertragsarztstelle für einen Allgemeinmediziner in der Gemeinde Frauenstein betrifft, hat sich die Kärntner Gebietskasse ebenfalls dagegen ausgesprochen, mit der Begründung, daß die Versorgung durch die übrigen umliegenden Gemeinden sowie die Stadt St. Veit gegeben sei. Hier hat zwar die Ärztekammer für Kärnten die Schaffung einer Planstelle beantragt, zu einer einvernehmlichen Lösung der beiden Vertragspartner ist es jedoch bis heute nicht gekommen. Bezüglich der Kassenstelle in Stockenboi sehen wiederum die Kärntner Gebietskasse als auch die Ärztekammer keinen Bedarf.

Das zu den Anträgen, die schon vorher stattgefunden haben.

Bei den neuen Anträgen, die Sie ansprechen, Frau Abgeordnete, handelt es sich um die Schaffung einer Planstelle für einen Augenarzt in Althofen, für einen Arzt für Allgemeinmedizin in Techelsberg sowie für einen Zahnarzt in der Gemeinde Frantschach-St. Gertraud. Diesbezüglich hat der Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit im August dieses Jahres beschlossen, diese Anträge an die Plattform "Gesundheitsland Kärnten" mit dem Ersuchen zu übermitteln, daß im Rahmen dieser Plattform eine Tagesordnung „Planstellen“ angesetzt wird. Die nächste Sitzung der „Plattform Gesundheitsland Kärnten“ ist von mir für den 7. Dezember 2000 einberufen, und es werden diese Anträge auf der Tagesordnung sein.

Ich möchte das Hohe Haus trotzdem informieren, wie der derzeitige Stand bei den betreffenden Planstellen aussieht. Was die Planstelle für den Zahnarzt in Frantschach-St. Gertraud betrifft, ist seit September 1999 (also etwas mehr als einem Jahr) der dortige Dentist in Wolfsberg in Pension gegangen - wie Sie wissen. Die freie Planstelle wird in Wolfsberg nicht mehr nachbesetzt, da in Wolfsberg für zirka 25.000 Einwohner elf Planstellen vorhanden sind. Die Gebietskasse will diese Planstelle nach Frantschach-St. Gertraud verlagern. Die Ärztekammer spricht sich gegen diese Vorstellung der Gebietskasse aus. Es ist dies eine Angelegenheit, die in der Landesschiedskommission behandelt wird. Es ist jetzt (vor zwei Tagen) bei der Landes-

Dr. Ambrozy

schiedskommission ein Kompetenzstreit entschieden. Die Landesschiedskommission hat sich für die Entscheidung zwar für zuständig erklärt; die Ärztekammer hat das angefochten, und es wird die Entscheidung jetzt in die Bundesschiedsberichterstattung weitergeleitet. Eine Entscheidung hierüber ist in Kürze nicht zu erwarten. Ich werde das im Zuge der Plattform "Gesundheitsland Kärnten" zur Sprache bringen, um eventuell dort zu einer Einigung der Vertragspartner zu kommen.

Das zweite ist die Planstelle für den Augenarzt in Althofen. Es gibt derzeit im Bezirk St. Veit zwei Planstellen. In Althofen gibt es bis dato - also für Fachärzte - einen Gynäkologen und einen Internisten und zur Zeit bemüht sich die Gebietskrankenkasse um Verlegung einer Kinderarztplanstelle von Friesach nach Althofen aufgrund der dort geänderten Situation. Das wird von der Ärztekammer abgelehnt und in der letzten Sitzung der Schiedskommission ist es ebenfalls zu keiner Einigung zwischen Ärztekammer und Gebietskasse gekommen, so daß auch hier ein Versuch unternommen wird, eine Einigung herbeizuführen. Und nachdem die Kinderarztplanstelle fixiert sein wird, wird sich die Gebietskasse um die Erweiterung einer Augenarztplanstelle - sofern das finanziell möglich ist, das wird von der Gebärung abhängen - für Althofen bemühen. Das ist die Auskunft der Gebietskasse.

Was die Planstelle eines praktischen Arztes in Techelsberg betrifft, ist die Situation so darzustellen, daß innerhalb von 10 km also Velden, Krumpendorf, Pörschach und Moosburg sich zehn praktische Ärzte befinden, die in der Lage sind, die Gemeinde Techelsberg mit rund 2.000 Einwohnern leicht abzufangen. Die Gebietskasse bemüht sich aber um einen Kooperationsvertrag für einen zweiten Arzt. Ein entsprechender Antrag liegt bei der Ärztekammer und es liegt noch keine Meinung der Ärztekammer vor. Das wären die Auskünfte zu den Anträgen, die der Kärntner Landtag hier beschlossen hat. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage

gewünscht? - Ist nicht der Fall. - Seitens der ÖVP-Fraktion auch keine Zusatzfrage gewünscht? Dann hat die Anfragstellerin noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen.

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Gesundheitsreferent, ich danke Ihnen für die sehr umfassende Aufklärung und auch dafür, daß bereits Anfang Dezember die Planstellenpolitik auf der Tagesordnung in der Gesundheitsplattform steht. Es gibt aber noch ein kleines Problem und ich ersuche, mir zu antworten. Es wurde anlässlich einer Ärztekonzferenz in Pörschach im Sommer seitens des Staatssekretärs fürs Gesundheitswesens festgestellt, daß insgesamt österreichweit eine Verlagerung der Behandlungsleistungen von Ambulanzen zu den Praktikern erfolgen soll. Derzeit ist es ein Faktum, daß insbesondere die Ambulanzen flexible Behandlungszeiten ermöglichen, die letztendlich den berufstätigen Menschen sehr zugute kommen und auch am Wochenende praktikierbar sind. Dahingehend wäre es natürlich auch notwendig, anlässlich unserer Gesundheitsplattform darüber zu diskutieren, inwieweit Flexibilisierung der Öffnungszeiten (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Bitte die Anfrage zu stellen!*) durch Schaffen von Gruppenpraxen auch in Kärnten möglich wäre. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich frage Sie: Werden Sie Gespräche in dieser Richtung auch führen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Frau Abgeordnete, die Diskussion über die Verlagerung von Leistungen aus den Ambulanzen der Krankenanstalten hinaus zu den praktischen Ärzten dauert ja schon sehr, sehr lange an, weil das natürlich auch eine Frage der Kosten in den Krankenanstalten ist. Nur um das zustande zu bringen, muß natürlich die Infrastruktur im niedergelassenen Bereich geschaffen werden. Und da wissen Sie ganz genau, daß das derzeit geltende Ärztegesetz eine Führung von Gruppenpraxen nicht möglich macht, aber daß derzeit eine Novelle in Begutachtung ist, die eine derartige Möglichkeit einräumt. Sollten die Möglichkeiten für die Gründung von Gruppenpraxen

Dr. Ambrozy

geschaffen sein, wird man natürlicherweise auch Gespräche führen müssen, in welcher Weise man die Infrastruktur für die Behandlung von ambulanten Leistungen außerhalb der Krankenanstalten möglich macht. Denn eines müssen wir wissen, von Montag bis Freitag zu Mittag oder vielleicht sogar noch am Nachmittag ist es für den Bürger durchaus möglich, die Leistungen eines praktischen Arztes in Anspruch zu nehmen oder auch die eines Facharztes, was viel wichtiger ist, was die Ambulanz betrifft. Ab dem Zeitpunkt ist es de facto nicht mehr möglich und die Last der Rundumversorgung der Bevölkerung liegt ausschließlich bei den Krankenanstalten. Und da muß man wieder dazu sagen, ohne daß diese Leistungen gesondert vom Sozialversicherungsträger abgegolten werden. Solange nicht auch über das Wochenende und auch unter der Woche durch eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Praxen eine Infrastruktur für die Bevölkerung geschaffen wird, wird es wahrscheinlich schwer möglich sein, diese an sich vernünftigen Vorstellungen zu verwirklichen.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang sagen, daß wir im Rahmen der Leistungsangebotsplanung in Kärnten genau dieses Problem auch mit planen - weil es wichtig ist für die zukünftige Gestaltung des Gesundheitswesens schon jetzt mitzuplanen, wie man beim Leistungsangebot zwischen den Krankenanstalten und den niedergelassenen Ärzten vernünftigerweise aufteilt. Das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Schritt. Das ist ein Teil der Leistungsangebotsplanung für die nächste Zeit. Und wie ich dem

Hohen Hause schon berichten durfte, ist diese Planung soweit fortgeschritten, daß wir schon im ersten Quartal des nächsten Jahres mit ersten konkreten Ergebnissen rechnen können, wahrscheinlich schon früher, und damit schon im nächsten Jahr für die einzelnen Segmente die Leistungsangebotsplanung im konkreten abgeschlossen sein wird. Und da werden wir genau diesen Bereich, ob das im Bereich der inneren Medizin, chirurgischen Medizin etc. ist, genau mitbehandeln, wo können zukünftig Leistungen aus den Krankenanstalten auch hinaus verlagert werden können. Aber eine wichtige Voraussetzung ist - das sage ich noch einmal, daß die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden und zusätzlich die organisatorischen Maßnahmen getroffen werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren, es ist somit die Fragestunde zu Ende gegangen. Wir haben eine Anfrage nicht zum Aufruf gebracht, nämlich die neunte, Anfrage des Abgeordneten Mag. Ragger an Landeshauptmann Dr. Haider. Ich frage ihn, wie er die Anfrage beantwortet haben möchte? *(Abg. Mag. Ragger: mündlich)* Mündlich, in der nächsten Sitzung. So wird dann vorgegangen werden.

Hohes Haus, wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des ÖVP-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die ÖVP auch an der Reihe. Das Thema lautet "Tourismuspolitik in Kärnten". Ich erteile dem Redner der ÖVP - es ist das, wie ich entnehme, Herr Abgeordneter Hinterleitner - das Wort. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß die generelle Redezeitbeschränkung in der Aktuellen Stunde auf fünf Minuten festgelegt ist und ich bitte um entsprechende Einhaltung dieser fünf Minuten Redezeit. Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Das Thema Tourismus in Kärnten ist in Anbetracht der Nächtigunzzahlen des Sommers 2000 ein sehr dringendes Thema. Es ist deshalb ein dringendes Thema, weil wir zukunftsweisende Entwicklungen und Maßnahmen setzen müssen, die in Abstimmung mit politischen Weitblick zu setzen sind. Ich erinnere daran, daß das mit ein paar Zahlen zu sensibilisieren ist, wie sich der Tourismus in Kärnten dramatisch verändert hat

Hinterleitner

und die Spirale durchaus - was den Nächtigungsbereich anbelangt - nach unten gedreht hat. Wenn ich die Spitzenjahre hernehme und die Spitzennächtigungen, dann haben wir für den Sommertourismus bereits 16 Millionen Nächtigungen gehabt. Ich setze voraus, ohne es zu dramatisieren, daß wir natürlich auch Veränderungen im gesamten Beherbergungsbereich im Kärntner Tourismus haben und daß mittlerweile dramatische Zahlen unter zehn Millionen Nächtigungen im Sommer aufzuweisen sind. Das heißt für uns, daß - was auch bereits die Medien berichtet haben - die Alarmglocken klingeln, und daß wir uns wirklich eingehend Gedanken darüber zu machen haben, wie wir - in der politischen Antwort, Herr Referent - gemeinsam Lösungen suchen, die es uns möglich machen, den Abwärtstrend zu stoppen, die Positionierung des Tourismus dem internationalen Markt anzupassen und damit sozusagen die kleinen Schattenspiele oder die kleinen politischen Wehwechen nicht auf der Spielwiese der Tourismuswirtschaft auszutragen. Ich sage das deshalb ganz bewußt, Herr Referent, wenn ich eine der letzten Wochen- oder Monatszeitschriften hernehme, was natürlich für die politische touristische Beurteilung etwas bedenklich ist, ich würde fast hoffen, daß sie es so nicht gesagt haben, wie es in der Headline drinnen stand: "Keiner weiß, wie er bei mir dran ist." (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du tust zuviel Zeitung lesen!*) Wenn das der Inhalt einer Aussage sein soll, ist es dann bedenklich, wenn man heute in der politischen Verantwortung eben gerade das in der Aufgabe sehen muß, vorausschauend zu agieren, Vorgaben zu geben, die dann gemeinsam in der Wirtschaft mit der Politik umzusetzen sind.

Ich verweise aber auch darauf, wenn wir die Wertschöpfungsindikatoren des Tourismus nehmen, daß gerade der Tourismus in der Beurteilung, auch in der Kärntner Wirtschaftsbeurteilung durch die Politik, etwas zu kurz kommt. Möge es nur ein böses Omen sein oder ist es unabsichtlich geschehen, aber wenn ich die Landesbroschüre "Kärnten zukunftsreich" hernehme und hier die verschiedensten Wirtschaftsbereiche positioniert sind und der Kärntner Tourismus mit keinem einzigen Wort erwähnt ist, dann klingeln für mich die Alarmglocken. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Ich glaube, daß wir hier die gemeinsame Verantwortung

haben, in der Politik genau diese Wirtschaftszweige, die konstant politisch wirtschaftliche Beschäftigungsaufgaben wahrnehmen und die im klein- und mittelständischen Bereich Position beziehen, nicht außer acht lassen dürfen. Wir dürfen sie von der zukunftsorientierten politischen Beurteilung nicht außer acht lassen. Wir müssen ebenfalls dafür Sorge tragen, daß die Rahmenbedingungen gegeben sind und daß für die in der Tourismuswirtschaft Tätigen, die Beurteilungen, die die Politik vornimmt, auch überschaubar sind.

Das was sich in den letzten Monaten und gerade im letzten Tourismusjahr politisch abgespielt hat - ich beurteile es etwas simpel - war ein Zick-Zack-Kurs, der im Grunde genommen jene, die in der Wirtschaft tätig sind, etwas verunsichert hat. Verunsichert hat deshalb, weil wir neue Gesellschaftsstrukturen gebildet haben, weil wir von einer über Jahre konstruktiv gebildeten Kärntner Tourismusgesellschaft neue Gesellschaften gebildet haben, wo ich einfach glaube - und das in meiner touristischen und politischen Verantwortung, geschätzte Damen und Herren, daß wir hier alles unter ein Kärntner touristisches Dach zu stellen haben. Meine persönliche Betrachtung zu der touristischen Entwicklung ist jene, daß wir hier nicht in verschiedenen Gesellschaften kontra- oder unproduktiv arbeiten können, sondern daß wir hier in der Kärntner Tourismusgesellschaft alle touristisch relevanten Bereiche anzusiedeln haben. Ich denke insbesondere an die zukünftig ausgegliederte Eventgesellschaft, wo hier Mittel budgetär verankert sind, die zum Teil nicht in Abstimmung mit den touristischen Intentionen erfolgen und wo ich hier sozusagen Investitionen und Maßnahmen setze, die in der zusätzlichen Nutzung für touristische Entwicklungen nicht gegeben sind. Ich sage das ganz simpel an einem Beispiel: Wir haben Bereiche, wo es mittelbar und zukünftig Nutzen zieht, (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, bitte zum Schluß zu kommen!*) wir haben aber auch Bereiche, wo es eben keinen Nutzen zieht, weil ich durchaus sehe, daß die Mittel in dem Bereich nicht wirtschaftlich und nicht touristisch eingesetzt sind.

Lassen Sie mich noch einen Punkt sagen. Ich glaube, daß die Kärntner Tourismusgesellschaft eher ausgeweitet werden müßte, daß man in die

Hinterleitner

Kärntner Tourismusgesellschaft - wir haben ja bereits eine Gesellschaft hier - auch einen Marktmanagementbereich einsetzen muß, um hier alles gemeinsam in diesem Bereich zu vereinen und daß der Kärntner Tourismus mit besseren und höheren Budgetmitteln dotiert werden muß. Ich glaube, daß man international erkannt hat, daß man in der Vermarktung ... *(Vorsitzender: Bitte zum Schluß zu kommen. Sie sind schon bei sechs Minuten!)* Und daß es genau so wichtig ist - Herr Finanz- und Tourismusreferent und das als Bitte und Aufforderung hier - dem Tourismus den entsprechenden Platz einzuräumen und die wirtschaftliche finanzielle Dotierung durch das Land vorzunehmen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Ich bitte um mehr Disziplin. Es waren 6 Minuten und 16 Sekunden. Das war eine wesentliche Überschreitung und entspricht nicht der Geschäftsordnung. Bitte, der nächste Redner ist Dritter Präsident Mitterer. Ich ersuche ihn, zu sprechen.

Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Hinterleitner, wie aktuell das Thema Tourismus heute ist, zeigt die Medienpräsenz, vor allem jene Medienvertreter die Wirtschafts- und Tourismusberichtersteller sind fehlen zur Gänze auf der Tribüne. Wahrscheinlich haben sie mitbekommen, daß es wichtigere Themen in Kärnten gibt. Vor allem auch deshalb, weil die letzten Meldungen in den Medien solche waren, daß es einen gut gebuchten Winter 2000 und 2001 geben wird. Das heißt also, die Aktuelle Stunde wurde in dem Fall zum falschesten Zeitpunkt angesetzt. Sicherlich lassen uns die Entwicklungen im Sommertourismus Sorgenperlen auf der Stirn wachsen. Allerdings 1,5 % Zuwächse bei den Ankünften, das heißt, mitentscheidend ist auch die verkürzte Aufenthaltsdauer, die einfach aufgrund der Mehrurlaube - das ist eine weltweite Entwicklung - zustande kommt.

Aber im Winter bilanzieren wir positiv, in den letzten Jahren. Wir werden es wahrscheinlich auch heuer tun, dank auch der Initiativen durch Landesrat Pfeifenberger, dem es schnell gelungen ist, in der letzten Zeit - nachdem es vorher große Versäumnisse bei der Sanierung von Wintersportgebieten gegeben hat - Verditz, Großglockner, Petzen, Koralpe usw. zu entlasten und damit wieder auf die touristische Schiene zu bringen.

Auch was die Regionalisierung anlangt, gibt es neue Wege durch den Referenten Pfeifenberger, der versuchen wird, die Regionen stärker in die Kärnten-Werbung miteinzubauen. Auch im KWF, was Förderungen anlangt, gibt es wiederum Möglichkeiten, daß der Tourismus hier Mittel lukrieren kann. Daß es eine positive Einstellung unseres Landesrates auch zur Kärntner Wirtshauskultur gibt, zeigt ja die Bereitschaft zur Subventionierung.

Wo, bitte, bleibt aber die Arbeit der anderen, die im Tourismus mitverantwortlich sind, zum Beispiel die Interessenvertretung? Wo bleibt also die Wirtschaftskammer Kärnten, die mit ihren Vertretern maßgeblich in den Aufsichtsräten gestaltend in der Kärnten-Werbung, im Kärnten-Verkauf sitzt?! Wo war eigentlich die Wirtschaftskammer, wie es darum gegangen ist, daß die Bürgermeister gefordert haben, mehr Mittel über die Fremdenverkehrsabgabe für den Tourismus zu erreichen? Die einzige Maßnahme der Wirtschaftskammer war, ein Blatt mit „Jetzt reicht's, Herr Landesrat!“, um sofort etwas im Keim zu ersticken, wo der Landesrat nur angedacht hat, wo es Möglichkeiten geben würde, für den Tourismus zusätzliche Mittel zu lukrieren. Das ist die Arbeit der Wirtschaftskammer Kärnten, die antitouristisch ausgerichtet ist. *(Abg. Lutschounig: Bist du auch dabei, bei der Wirtschaftskammer?!)* Wo war denn der Herr Minister Farnleitner in der alten Koalition, der statt Millionen für die Österreich-Werbung bereitzustellen, sie dafür verwendet hat, um Personalpolitik zu betreiben, wo wir im nachhinein noch Millionen an einen zweiten Direktor - der die Arbeit nie aufgenommen hat - zu zahlen haben, mit den aus der Tourismuswirtschaft ermittelten Geldern?!

Ich gehe also eher in die Zukunft. Das hat Kollege Hinterleitner auch gemeint. Wir haben in

Mitterer

der Zukunft hohe Aufgaben. Hier gibt es aber auch Maßnahmen, die greifen werden, allein im Bereich der Umstrukturierung, des Strukturwandels. Die Privatzimmervermieter hatten in den achtziger Jahren 4 Millionen Nächtigungen; im Jahr 2000 nur mehr 0,5 Millionen. Das heißt, diese Destination zieht nicht mehr. Man muß den Betrieben die Möglichkeit geben, zu investieren. Hierbei hat der KWF ein neues Programm, und Karl Pfeifenberger als Landesrat war daran maßgeblich beteiligt, wo es Kooperationsförderung gibt, Unternehmensdynamikförderung gibt, Investitionsförderung für Beherbergungsbetriebe, Infrastrukturförderung, Jungunternehmerförderung, Betriebsübernahmen, Unternehmensnachfolgen usw. Hier wurde also dafür gesorgt, daß das Geld auch für diese Betriebe kommt. *(Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!)* - Eine Minute noch? Herr Präsident, danke für den Hinweis! Auch über Großprojekte mittels „Masterplan“ wird der Landesrat selbst dann noch berichten.

Und was ansonsten noch passiert: Kärnten-Werbung, Kärnten-Verkauf habe ich mir auflisten lassen - nachdem ich nur fünf Minuten Redezeit habe, werde ich mir das ersparen. Die Kärnten-Card-Weiterentwicklung ist ein Produkt, das sich sehen lassen kann. Die Events - das behaupten auch die Experten - haben dazu beigetragen, daß der Bekanntheitsgrad Kärntens, damit der Betriebsstandort Kärnten, aber auch der Tourismus direkt von diesen Events profitiert hat. Hier gibt es also eine Weiterentwicklung.

Eine touristische Zukunft in Kärnten sehe ich dann positiv, wenn es eine Bündelung der Kräfte gibt, wenn nicht gegeneinander gearbeitet wird, sondern wenn wir gemeinsam über den Bund über die Gesetzgebung, (die ja maßgebend auch in den touristischen Bereich hinein wirkt) über das Land, *(Vorsitzender: Redezeit!)* über die Interessensvertretung das erreichen. Herr Kollege Hinterleitner, die Regionen und die Gemeinden, aber vor allem die Tourismusbetriebe - 8.500 Betriebe, ihre Familien und 24.000 Mitarbeiter - sorgen dafür, daß es im Tourismus in Kärnten gut geht. Ich wünsche uns eine positive touristische Zukunft! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 34 Sekunden.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Eine Studie der Universität Innsbruck besagt, daß die Wertschöpfung im Tourismus in Kärnten zwischen 12 und 14 % des Bruttoinlandsproduktes beträgt. Aufgrund der Kleinstrukturiertheit der Kärntner Betriebe - man kann ja 200-Betten-Betriebe an beiden Händen in Kärnten abzählen; so wenige gibt es - ist die Situation insgesamt im Tourismus sicher sehr, sehr schwierig. Ich denke, daß nicht die Übernachtungszahlen dann das ausschließliche Bewertungskriterium für den Erfolg im Tourismus oder für den Mißerfolg sind.

Ich denke auch, daß die Schuldsuche bei ein paar Zehntelprozentpunkten plus oder minus nicht das Problem ist, das man dem Tourismusreferenten umhängen sollte. Aber was entscheidend ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist für mich auf jeden Fall, ob es dem Tourismusreferenten gelingt, die konstruktiven Kräfte zu bündeln, um Synergieeffekte zu erzielen und das Erscheinungsbild und die Vermarktung Kärntens zu verbessern. Dazu muß ich feststellen, das ist auch schon gesagt worden: Da wird teilweise wirklich ein abenteuerlicher Zickzackkurs beschritten! Wenn ich allein an die Österreich-Werbung denke: Einmal sind wir heraußen, einmal sind wir wieder mit dabei. Ich will darauf gar nicht mehr eingehen.

Aber anhand einiger Beispiele, meine sehr geschätzten Damen und Herren, soll doch auch die mangelnde Kompetenz, wie ich meine, von unserem Tourismusreferenten Pfeifenberger aufgezeigt werden. Statt konstruktiver Arbeit wird vom Referenten - das war zumindest in der Vergangenheit der Fall - Streit, Zwist und Hader im Tourismus gesät. So zum Beispiel wird ein Manager in der Öffentlichkeit der Unfähigkeit geziehen. Einer, der nach eigenem Bekunden voll in dem von Grasser und Pfeifenberger vorgegebenen Geschäftsplan liegt. Es wird beispielsweise das Unternehmen Kärnten-Verkauf schlechtmacht. Dann kündigt der Tourismusreferent Pfeifenberger den Verkauf dieses Unternehmens an. Nachdem der Manager seinen Vertrag nicht

Ing. Rohr

mehr verlängert, wird dann öffentlich eine Käuferin genannt, die TUI-Gruppe. Nur, das Interessante dabei ist: Die Spitzen und die Vertreter der TUI-Gruppe wissen überhaupt nichts davon, daß sie als mögliche Käufer für den Kärnten-Verkauf überhaupt in Kärnten in Diskussion stehen.

Dann bringt der Herr Landesrat Pfeifenberger einen neuen Interessenten, verspricht einen Zuschuß von 35 Millionen Schilling für ein Unternehmen, nämlich die Kärnten-Verkauf, das in der Anfangsphase mit Investitionen von 40 Millionen Schilling ausgestattet wurde und im Geschäftsjahr 2001 bereits ausgeglichen bilanzieren sollte. Doch der Verkauf - und das, glaube ich, ist auch eine Frage - wird aufgrund der Vergeblichkeit des Herrn Finanzreferenten nicht EU-weit ausgeschrieben. Es ist also bis dato alles offen geblieben, wie es mit dem Kärnten-Verkauf weitergeht. Es ist absolut die Frage nicht beantwortet, was mit dem Kärnten-Verkauf passieren wird.

Für den bisherigen Kärnten-Verkauf-Manager, Mag. Gatterer, wird allerdings dann beim Flughafen (bei der Betriebsgesellschaft) eine Hundert-Prozent-Tochter gegründet. Das ist die Destinationsmanagement Ges.m.b.H., wo also der Herr Finanzreferent sich wieder die direkte Einflußnahme auf die Generalversammlung sichert. (3. Präs. Mitterer: Bitte, Kollege Rohr, weil du einmal in Tarvis essen warst, bist du noch lange nicht ein Touristiker!) Ja, lieber Kollege Mitterer, soviel darf ich dir sagen: Meine Schwiegermutter hat zumindest ein Gasthaus; daher verstehe ich vom Tourismus auch ein bisserl etwas. Weil ich schaue mir das sehr genau an. Das muß ich dir schon sagen! (Abg. Dr. Strutz: Akzeptiert - Lärm im Hause.)

Aber die Fakten sind, meine Damen und Herren, daß der Herr Finanzreferent in Wahrheit sich überall dort die Einflußnahme sichert. (Vorsitzender: Noch eine Minute, bitte!) Die einzig konkrete Auswirkung und Maßnahme in dieser neuen Destinationsmanagement Ges.m.b.H. war bisher, daß der Geschäftsführer, der Herr Mag. Gatterer - so hört man -, mit einem um ein Drittel höheren Bezug (so ungefähr um die 120.000 Schilling brutto) dort sein monatliches Auslangen findet. Und das natürlich alles mit Duldung und Zustimmung des zuständigen Tourismusre-

ferenten.

Das ist kein Einzelfall. Ein ähnliches Strickmuster gab es auch beim Kärntner Reisebüro, wo dieses Reisebüro dem Land bisher Dividenden geliefert hat. Man sagt, man wird dieses verkaufen. Man bezeichnet die Geschäftsführer dort als „Schlafmützen“. Man sucht also öffentliche Käufer für die Landesanteile, obwohl es auch Anteilsbesitzer gibt, wo entsprechende Syndikatsbeträge (LR Ing. Pfeifenberger: Verträge!) bestehen. Letztlich muß man sagen, Herr Kollege Pfeifenberger: (Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!) Obwohl diese Verträge über 25 Jahre Rechtskraft und Gültigkeit besessen haben, werden diese Verträge als „sittenwidrig“ von dir abqualifiziert. Und das Problem ist nicht gelöst!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man also im Kärntner Tourismus so fuhrwerk und wenn es nicht gelingen wird, die entsprechenden Kräfte zu bündeln, dann muß ich sagen, Herr Tourismusreferent und Finanzreferent, wirst du dich irgendwann als gescheitert betrachten müssen - außer, es gelingt dir jetzt wirklich, diese Kräfte zu bündeln und vielleicht auch die gesamte Kärnten-Werbung, die gesamte Kärntner Tourismusgesellschaft so zu konzentrieren, (Vorsitzender: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen. Bitte!) daß die „Marke Kärnten“ in der Öffentlichkeit verkauft wird und letztlich der Tourismus daraus profitieren kann. (Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Er kann noch zehn Minuten lang reden; es kommt nichts Gescheites heraus! - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 48 Sekunden. Ich möchte bitten, daß die nächsten Redner jetzt das einholen, was die Erstredner überzogen haben!)

(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist einiges von den Vorrednern schon gesagt worden. Wenn man sich das anhört, was jetzt vorgebracht wurde, dann muß man vielem von dem, was erwähnt wurde, zustimmen. Leider und bedauerlicherweise war es so, daß seitens des Referenten im

Dr. Wutte

Tourismus in den letzten Jahren einige gescheiterte Versuche unternommen worden sind. Wenn die Schutzbehauptung aufgestellt worden ist, es habe Initiativen gegeben, so stimmt das schon. Aber die Initiativen waren entweder schlecht durchdacht oder schlecht umgesetzt. Jedenfalls waren sie nicht vom Erfolg gekrönt. Denn wenn sie das gewesen wären, dann hätten wir nicht diese negative Entwicklung im Tourismus, die wir verzeichnen müssen, die wir zu bedauern haben, sondern wir hätten einen Aufschwung im Tourismus.

Was wir aber zu vermelden haben, ist ein Rekordtief. Wir sind seit 1963 am Tiefststand der Nächtigungsentwicklung! Das ist keine Zahl, die von uns kolportiert wird, sondern das ist eine Zahl - das muß man sich einmal vor Augen führen! -, die der Finanzreferent in sein Budgetprogramm, in seine Budgetunterlagen für 2001 selbst hineingeschrieben hat. Er selbst bezeichnet seine Arbeit dort als schlecht und gescheitert, weil er die Zahlen vorführt, die belegen, daß nämlich im Tourismus keine Aufwärtsentwicklung und auch keine Stagnation, sondern leider eine Abwärtsentwicklung zu verzeichnen ist. (*LH Dr. Haider: Ehrlich ist er!*) Das ist zumindest Ehrlichkeit, Herr Referent Pfeifenberger - aber schon nicht mehr.

Eine Ansammlung von Flops ist noch lange kein Konzept; auch im Tourismus nicht. Ich will das einmal deutlich sagen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Die Flops sind ja genannt worden. Ich möchte sie da gar nicht wiederholen, weil die Redezeit zu kurz ist. Aber eines ist im Tourismus sehr wichtig: Man wird das, was notwendig ist, nur im Konsens umsetzen können. Was fehlt, das ist ein klares Konzept, ist eine klare Umsetzungsstrategie für die Profilierung und Vermarktung Kärntens. Da nützt es nichts, wenn man die eine Gesellschaft in Frage stellt, einen Geschäftsführerwechsel macht, dann die Verkaufsstrategie wieder neu positioniert - und alles immer wieder in Frage stellt, sondern es geht nur darum, daß der Referent, als politisch Verantwortlicher für den Tourismus, auch einmal die Kraft, den Willen und das Interesse hat, mit jenen, die im Tourismus auch Verantwortung tragen, zusammenzuarbeiten. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: So wie der Lexer!*)

Es kann nicht sein, wie man in den letzten Wo-

chen lesen mußte. Das ist ja wohl das größte politische Eingeständnis der Schwäche, das ich jemals von einem Politiker gelesen habe. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ihr tut nur Zeitungen lesen, anstatt zu arbeiten!*) Dort sagt euer Referent, Kollege Gallo: „Man weiß bei mir nicht, wie man dran ist.“ (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist eh gut! - Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion.*) Das findest aber nur du gut, Herr Kollege Gallo - sonst niemand. (*Lärm im Hause*) Wenn ein politischer Referent sich auf die Fahnen heftet und sich damit brüstet, daß keiner weiß, wie er mit ihm dran ist, dann ist er fehl am Platze! Ich sage das ganz offen: Dann ist er fehl am Platze. (*Abg. Dr. Strutz: Wer also nicht einschätzbar ist, hat schon verloren?*) Denn das Wichtigste, das für einen Politiker einmal vorhanden sein muß, ist Einschätzbarkeit, Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: So wie beim Lexer! - Abg. Dr. Strutz: Bei euch möchte ich nicht sein!*) So wird man das nicht erreichen. Ja, dann machen Sie dasselbe mit dem Herrn Lexer, wie wir, auch mit dem Herrn Pfeifenberger, wenn das ein Vorbild ist. (*Abg. Dr. Strutz: So wie die Volkspartei!*) Das sage ich Ihnen auch ganz offen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Lärm im Hause.*) Nehmen Sie sich ein Beispiel! Ich sage das heute ganz frei heraus.

Was ich erwarte und was sich, glaube ich, auch die Tourismuswirtschaft Kärntens erwartet, ist ein konsensorientierter und dialogfähiger Referent. Wenn das in den Jahren nicht geklappt hat, Kollege Pfeifenberger, dann gibt es in diesem Punkt Nachholbedarf. Deshalb fordere ich Sie von dieser Stelle auf, diesen Konsens zu suchen; nicht den Konflikt und das Trennende immer voranzustellen, das nahezu Erpresserische in vielen Bereichen, das Drohende, das Zerstörende bei den Strukturen, sondern arbeiten Sie an einem Konzept! Legen Sie das den Tourismusverantwortlichen im Kärntner Landtag vor! Machen Sie ein „Zehn-Punkte-Aktionsprogramm“, das dem Kärntner Tourismus guttun würde. Dann gelingt es nämlich, daß wir die Wertschöpfungskurve wieder nach oben bringen. Denn es geht nicht allein um die Nächtigungen. Sie sind ein Indikator für die Wertschöpfung, aber nicht allein die heilige Zahl, die dort ausschlaggebend ist.

Wir brauchen eben durch die Nächtigungen auch

Dr. Wutte

den Umsatz und auch die Wertschöpfung. Der Tourismus hat ja an sich etwa (*Vorsitzender: eine Minute noch!*) sechs bis sieben Prozent der Wertschöpfung in Kärnten Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Aber durch die induzierte Wertschöpfung in anderen Wirtschaftsbereichen sind es 13 bis 15 %. Wenn wir so weiter machen, wie Sie es bis jetzt getan haben, dann verlieren wir diesen Wertschöpfungsanteil. Wir verlieren hier die Wirtschaftskraft. Da gilt es entgegen zu wirken. Machen Sie endlich das, wozu Sie aufgefordert sind, nämlich hier verantwortungsbewußt und auch im Konsens zu handeln. (*Abg. Stangl: Die Adresse ist falsch, an die die Botschaft geht!*) Nur dann werden wir einen Erfolg haben. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 4 Minuten 42 Sekunden.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster hat sich der Landesrat Tourismusreferent Pfeifenberger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Ich weise darauf hin, daß auch er fünf Minuten Redezeit hat.

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf mich zuerst einmal beim Herrn Hinterleitner und der ÖVP-Fraktion bedanken, (*Abg. Dr. Wutte: Das ist höchste Zeit!*) daß ich erstmalig auch in der Öffentlichkeit Gelegenheit habe, ein bißchen hinter die Kulissen unserer Tourismusorganisation zu schauen. (*Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion*) Öffentlich, weil bis dato, Herr Kollege Hinterleitner, bis dato war das ja so aufgebaut, daß mit Hilfe der Medien (*Abg. Dr. Wutte: Also, das war aber notwendig!*) und aller Kammerorganisationen natürlich versucht wurde, den Tourismusreferenten schlecht darzustellen und damit auch eine so quasi negative Politik, eine negative Arbeit hier zu untermauern.

Ich darf einmal grundlegend sagen: In dieser Tourismusorganisation stimmt vieles nicht. Es ist seit zehn Jahren ein negativer Entwicklungsprozeß im Gange, der auch von den Herren, die heute da großartig am Rednerpult stehen und sagen, es muß vieles erneuert werden, nicht rea-

lisiert wurde. (*Zwischenrufe aus der ÖVP-Fraktion*) Welches Konzept, meine Damen und Herren, hat bis heute die Vertretung der Wirtschaftskammer der Tourismuswirtschaft in Kärnten dazu geführt, daß wir irgendwo positive Auswirkungen hätten? Welcher Referent, der die Eigentümerrolle in dieser Kärnten Werbung inne hatte, das war schließlich der Herr Landeshauptmann Dr. Zernatto, hat dafür Sorge getragen, daß dort Strukturen aufgebaut werden, die marktkonform funktionieren? (*Unruhe in der ÖVP-Fraktion*) Wir haben dort leider Gottes (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: Entschuldige, das war der Grasser!*) durch den Einfluß der Wirtschaftskammer einen Verhinderungs ... (*Zwischenrufe aus der ÖVP-Fraktion*) Nein! In der Generalversammlung sitzt der Herr Finanzreferent und der Finanzreferent war in der Vergangenheit Herr Dr. Zernatto. Welche Maßnahme wurde in den letzten zehn Jahren gesetzt mit 100 Millionen Schilling plus 15 Millionen Schilling für den Verkauf maßgebliche Veränderungen in den letzten Jahren herbeizuführen, daß dieser Abwärtstrend angehalten werden konnte? Nichts ist geschehen Herr Hinterleitner, absolut nichts! (*Lärm und Unruhe in der ÖVP-Fraktion*) Und das ist das Ergebnis der ÖVP-Politik in der Wirtschaftskammer, daß diese Politik nur darauf ausgelegt ist, dort die eigenen Positionen zu erhalten, die Pfründe zu sichern und auch dafür die Einflußsphäre auf Dauer abzusichern. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Und ich beweise das auch. Ich habe kein Problem mit dieser Nervosität zurecht zu kommen, die sie hier heute an den Tag legen. Natürlich ist das nicht einfach, wenn alle Strukturen jetzt privatisiert sind, die wirklich kompetenten Unternehmer dort Einzug halten und sozusagen in Zukunft das gestalten werden. Es ist der Kärnten Verkauf privatisiert, es ist die Kärnten Werbung privatisiert und es ist auch mit Kärntner Unterstützung die Österreich Werbung reorganisiert worden. Auch das ist in meiner kurzen Zeit als Referent gelungen, daß ich auch ohne Mithilfe der Wirtschaftskammer alle Strukturen dynamisiert habe, privatisiert habe und wir können jetzt an die Arbeit gehen für den Tourismus einmal Konzepte zu entwickeln, die dann Erfolg haben werden.

Und daß wir erfolgreich sind, das beweise ich

Ing. Pfeifenberger

auch. Wir haben alle Schiinfrastruktureinrichtungen in Kärnten saniert. Wir haben keine einzige zugesperrt. Wir haben im Wintertourismus (Abg. Hinterleitner: *Und was ist im Sommer?*) bereits seit einem Jahr positive Zahlen. Herr Kollege Hinterleitner, wo haben Sie mit Ihrem Herrn Kollegen Obernosterer (*Zwischenruf des Abg. Hinterleitner - Abg. Dr. Strutz: Nur Blockade!*) ein Konzept auf den Tisch gelegt, wo wir sagen könnten, das kann ernst genommen werden? Es wird erst dann gelingen, wenn dort wirklich die kompetenten Unternehmer am Werk sind und nicht die Reservepolitiker, die glauben, daß sie den Tourismus in Kärnten gestalten können. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Noch ein Wort dazu. (*Vorsitzender: 1 Minute noch!*) Herr Hinterleitner wo waren Sie, wie man in der Kärnten Werbung beschlossen hat mit Discover wiederum einen Fünfjahresvertrag abzuschließen ohne Abstimmung mit dem Eigentümerversorger Land? Wo waren Sie, wie der Vertrag mit Kärnten-Card abgeschlossen wurde, daß jetzt die Rechte nicht mehr bei der Kärnten Werbung sind, sondern bei einem privaten Verein? Wo waren Sie bitte? (*Abg. Dr. Wutte: Wo warst denn du?*) Das Produkt Kärnten-Card ist das einzige herzeigbare Produkt, das die Kärnten Werbung in den letzten zehn Jahren produziert hat und heute gehört es nicht mehr der Kärnten Werbung, sondern einem privaten Verein. (*Abg. Dr. Wutte: Wo warst denn du?*) Herr Hinterleitner, beantworten Sie mir bitte diese Fragen. (*Abg. Hinterleitner: Gern!*) Wo gibt es die Bereitschaft von der Wirtschaftskammer die erfolgreichen Initiativen wie Urlaub am Bauernhof, der Verein der Wirtshauskultur, die Privatzimmervermieter oder auch den Klub der Köche anteilmäßig an der Kärnten Werbung zu beteiligen? Ich habe den Vorschlag gemacht, nachdem das Land sich auf 5 % zurückzieht, daß auch diese Organisationen dort Anteile bekommen und ein Mitspracherecht haben. (*Vorsitzender: Herr Landesrat, die Redezeit ist abgelaufen.*) Wer war es, der das verhindert hatte? Der Herr Kollege Hinterleitner mit dem Herrn Kollegen Obernosterer und dem Kollegen Wrann hat das natürlich verhindert. (*Abg. Dr. Wutte: Deine Zeit ist abgelaufen!*)

Ich werde in meiner zweiten Wortmeldung auf die Zukunftsstrategien im Sommertourismus eingehen. Wir werden auch dort das schaffen,

was wir im Winter geschafft haben. Wir haben im Winter jetzt ein Produkt auf der Schiene, den Schipaß, eine 6-Tages-Schikarte, vier Wochen gratis Schifahren für alle Schulklassen in Österreich und Umgebung. (*Abg. Dr. Wutte: Und im Sommer gratis baden!*) Und wir werden sehen, daß dieser Winter, daß diese Strategie auch den Erfolg bringt. (*Vorsitzender: Herr Landesrat!*) Aber da sind auch andere am Werk, die sogenannten selbst ernannten Tourismusspezialisten aus der Wirtschaftskammer. (*Abg. Dr. Strutz: Danke Karli! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt dem Zweiten Präsidenten Ferlitsch das Wort.*)

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! (*Unruhe im Hause. - Der Vorsitzende ersucht, das Glockenzeichen gebend, um mehr Aufmerksamkeit für den Redner.*) Wie wichtig und was für eine Bedeutung der Tourismus für die Gemeinden hat, darf ich ihnen an Hand von einigen Zahlen näher bringen. Die Gemeinde Weißensee hat eine Ertragshöhe im Bereich der gemeindeeigenen Steuern von 28.721 Schilling; Kleinkirchheim 26.124 Schilling; Mallnitz 21.040 Schilling; Ossiach 19.850 Schilling; Reichenau 18.864 Schilling; Maria Wörth 18.825 Schilling; Velden am Wörther See 17.013 Schilling; Klagenfurt hat einen Betrag von 17.812 Schilling; Villach 17.526 Schilling; Hermagor 13.339 Schilling; Seeboden 12.524 Schilling. Das sind alles Tourismusgemeinden, und wie man weiß, gibt es auch Gemeinden wo der Tourismus nicht diesen Stellenwert hat, mit einem Betrag von 7.295 Schilling. So zeigt das, daß der Tourismus speziell auch für die Gemeinden von großer und besonderer Bedeutung ist. Daher habe ich die Einstellung und auch den Glauben daran, daß man alles versuchen muß, um den Tourismus in diesem Zusammenhang wirklich wiederum auf Vordermann zu bringen. Die Zahlen wurden heute teilweise schon genannt. Trotzdem darf ich sie noch einmal kurz wiederholen: Im Winterhalbjahr 98/99 hatten wir eine Nächtigungsanzahl in Kärnten ... (*Unaufmerksamkeit im Hause. - Vorsitzender: Gibt das Glockenzeichen. - Herr Präsident! Ich möchte kurz unterbrechen. - Ich*

Ferlitsch

bitte die Abgeordneten die Gespräche nicht hier im Raume zu halten, sondern dem Redner zuzuhören.)

Die Bedeutung des Wintertourismus darf ich noch einmal anhand der Zahlen 98/99 feststellen: 2,317.938, 97/98 2,897.406, also ein Plus. Im Sommerhalbjahr zeigt es sich allerdings so, daß 1989 15,173.826 Nächtigungen zu verzeichnen waren, 1998 waren es nur mehr 10,348.532. Also, in den Sommermonaten ein teilweise eklatanter Rückgang. Auch da haben wir nachzudenken über dieses Manko, wie wir es wieder auffüllen können. Daß der Tourismus für die Gemeinden und für die Menschen einen besonderen Stellenwert hat, geht auch daraus hervor, daß man alles versuchen muß - speziell in den ländlichen Bereichen, die ja sonst fast keine Chance haben wirtschaftlich zu punkten - den Tourismus wirklich den Stellenwert einzuräumen. Zum Beispiel bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn ich allein auf die Karnische Region denke, dort sind im Zusammenhang mit dem Tourismus rund 1.200 Arbeitsplätze entstanden. Das bedeutet, daß die Menschen Arbeit und Einkommen finden.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß das Zusatzeinkommen für die Landwirtschaft durch Pachteinnahmen, Winterbeschäftigung, Vermietung ebenfalls notwendig ist, um damit auch das notwendige Fortkommen zu sichern.

Ein weiterer Punkt ist für die Gemeinden gegeben. Daß die Gemeinden durch erhöhte Steuereinnahmen im Bereich der Kommunalsteuer, Grundsteuer usw. ebenfalls zu punkten haben. Allerdings ist ein Punkt zu betrachten, daß sich Kärnten mit den Schönheiten dieses Landes immer wieder rühmt, das ja stimmt. Andererseits müssen wir aber aufpassen, daß wir nicht im Bereich des Umweltschutzes da oder dort mehr oder weniger nicht das Auslangen finden. Daher ist auf alle Fälle zu versuchen, daß wir das Förderungsprogramm für die Kanalanlüsse für die Tourismusbetriebe im Hinblick auf die KWF-Situation auch weiterhin aufrecht erhalten sollten. Diese Förderung läuft ja momentan mit 31.12.2000 aus. Das bedeutet, daß noch zahlreiche Betriebe diesen Betrag nicht in Anspruch nehmen konnten und das wäre eine ungleiche Behandlung für diese Betriebe. *(Vorsitzender: 1*

Minute noch!) Dazu ist auch zu bemerken, daß nicht nur das Abwasser bei den Betrieben im Vordergrund steht, sondern auch andere Investitionen notwendig sind. Da ist es wichtig, daß wir dem Bereich des Tourismuses die notwendige Unterstützung im finanziellen Bereich zukommen lassen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 4 Minuten 21 Sekunden.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Das Thema Tourismus ist ein ganz wesentlicher Wirtschaftszweig in unserem Bundesland und daher ist es wichtig, daß wir uns mit dieser Thematik ernsthaft auseinandersetzen. Und wenn der zuständige Referent hier im Hause sagt, daß in diesem Unternehmen vieles nicht stimmt, dann möchte ich sagen, wenn der Chef zu seinem Aufsichtsrat geht und sagt: "In meinem Unternehmen stimmt vieles nicht.", würde der Aufsichtsrat sagen: "Chef packen Sie die Koffer, wir holen uns einen neuen Chef."

Geschätzte Damen und Herren! Das Schiff "Tourismus" muß auf Kurs gebracht werden. Wenn bisher zehn Jahre freiheitliche Referenten in diesem Land die Tourismushauptverantwortung getragen haben, so kann das kein Jubiläum sein, daß man in zehn Jahren fünf Millionen Nächtigungen verliert. Das heißt, ein Drittel der Sommernächtigungen sind in den letzten zehn Jahren verloren gegangen. Ich möchte auf einen Aspekt besonders hinweisen. Wir sind ein Tourismusland, in welchem viele Menschen von diesem Unternehmen leben. Ich denke dabei in erster Linie an die Mitarbeiter. Es gibt im Sommer 22.000 Mitarbeiter, die ihre Existenz über den Sommertourismus absichern. Es gibt 16.000 Mitarbeiter, die im Winter mit diesem Unternehmen verbunden und beschäftigt sind. Daher meine ich, daß jede Nächtigung, die wir weniger haben, eine Arbeitsplatzgefährdung für gut ausgebildete Mitarbeiter bedeutet. Daher meine ich, daß dieses Eingeständnis in einer Zeitung, das der Herr Referent so ganz locker macht, daß er sagt: "Keiner weiß, wie er bei mir dran ist." Wir möchten wissen, wie wir beim Tourismusrefe-

Sablatnig

renten dran sind! Die Mitarbeiter möchten wissen, wie sie dran sind, die Touristiker möchten wissen, wie sie dran sind und auch die Gäste, die in unser Land kommen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die sind ja nicht entmündigt!)* Lieber Kollege, da kennst du dich nicht aus. Daher ist es ist besser, du schweigst. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Geschätzte Damen und Herren! Diese Zwischenrufe führen nur dazu, daß von einer ernsthaften Situation abgelenkt wird und ich möchte bitten, daß man diese nach Möglichkeit einstellt. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Eure Zwischenrufe bei der Rede des Referenten!)* Für mich ist es wichtig, daß es keinen Zick-zack-Kurs gibt. Ein großes Schiff braucht einen Kapitän, der den Kompaß lesen kann. Er muß wissen, wohin es geht. *(Abg. Stangl: den Zernatto!)* Er muß wissen, wie schaut es in Zukunft mit der Tauernautobahnmaut aus. Er muß wissen, welche Sommerinfrastrukturen in diesem Land finanziert und geschaffen werden. Er muß wissen, wie es in Zukunft mit der Fluggesellschaft, bei der wir heute über Landesmittel die Flüge teuer subventionieren, weiter geht. Es war sicher keine falsche Idee zu überlegen, wie der Flughafen Klagenfurt eine größere touristische Bedeutung bekommt. Parallel dazu war es aber nicht möglich, in entfernten Ländern die Werbung für den Kärntner Tourismus aufzubauen. Es nützt nichts, wenn ein Flugzeug von London nach Klagenfurt fliegt und die Touristen wissen es in London nicht. Das ist genau so, als würde ein Juwelier Gold verschenken wollen und niemand weiß es. Er würde am Gold sitzen bleiben.

Daher müssen wir die Tourismuswirtschaft weltweiter vermarkten, weil wir diesen Raum, den wir derzeit bewerben (den traditionellen Raum) nicht entsprechend genug ausnutzen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich meine, daß die Tourismusfrage nicht eine Frage ist, mit der wir uns parteipolitisch auseinandersetzen sollten. Wir sollten die besten Kräfte, die uns in diesem Land zur Verfügung stehen, *(Abg. Koncilia: Was machen wir dann mit dem Pfeifenberger?)* für das Flottmachen des „Schiffes Tourismus“ in diesem Land einsetzen, damit die Menschen in diesem Land Arbeit haben; damit die Wirtschaft Umsätze macht, damit sie Steuern zahlt; damit die Gemeinden in der Lage sind,

ihre Aufgaben für die Bürger zu erfüllen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Ing. Pfeifenberger das Wort. - Abg. Dr. Wutte: Die Geschäftsordnung müssen wir auch noch ändern!)

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Hohes Haus! Geschätzte Abgeordnete! Ich darf schon sagen, daß ich eingangs in meiner Funktion als Tourismusreferent sehr oft versucht habe, mit namhaften Vertretern im Aufsichtsrat oder auch in der Generalversammlung und der Wirtschaftskammer gemeinsame Projekte zu entwickeln. Ich habe aber leider Gottes schlechte Erfahrungen gemacht. Infolgedessen war ich auch nicht mehr bereit, diese Initiativen gemeinsam zu entwickeln. Ich habe mir jene Partner gesucht, die erkannt haben, daß es in Kärnten möglich ist, im Tourismus erfolgreich zu sein. Das sind heute jene Regionen, jene Tourismusbetriebe, die uns beweisen, daß sie Zuwächse haben, daß sie eine Auslastung von mehr als 300 Tagen haben; daß sie durch eine strategische Produktentwicklung, durch eine Infrastruktur es schaffen, auch in einer schwierigen Phase des Tourismus erfolgreich zu sein. Schauen Sie sich die Turrach an! Schauen Sie sich Kleinkirchheim an! Schauen Sie sich am Katschberg das an! Schauen Sie sich am Naßfeld das an! Dort wissen wir, wie es geht. *(Lärm im Hause)*

Es gibt auch im Sommer verschiedene Regionen, die wissen, wie man das angeht. Wir haben heute das Problem, daß niemand eingestehen will, daß wir einen Strukturbereinigungsprozeß durchlaufen müssen. Das heißt wir haben hier die Situation, daß sich wahrscheinlich die Spreu vom Weizen trennen muß. Es ist nicht machbar, daß wir alle alten Strukturen in der gleichen Größenordnung aufrecht erhalten. Es geht darum, Qualität zu schaffen, Angebote zu entwickeln und dafür Infrastrukturinvestitionen mit dem Land gemeinsam in die Wege zu leiten.

Daß wir das machen wollen, ist ja kein Geheimnis. Wir haben viele Initiativen mit den Regionen gemacht. Ich habe eine Menge von Investitionen auch unterstützt. Wir haben mehr als 300 Millionen Schilling offiziell in den Tourismus gesteckt, um Milliardenprojekte zu realisieren.

Ing. Pfeifenberger

Ich habe den Regionen angeboten - gemeinsam mit Kollegen Wurmitzer! - die Kosten zu tragen, wenn sie Projekte für eine gesamte Region entwickeln. Bis heute haben wir aber nur aus dem Bereich Oberkärnten eine Initiative - wo wir kein Ergebnis haben - und aus dem Raum Gailtal eine Initiative, wo wir noch nicht wissen: Was wird daraus entstehen?

Das ist die Situation. Das heißt, da ist aber auch die Unternehmerschaft gefordert, gemeinsam mit der Interessenvertretung aktiv zu werden und nicht den Tourismusreferenten hier schlechtzumachen und auf der anderen Seite dann zu sagen: „Wir haben ja eigentlich keine Verantwortung.“ - Alle haben die Verantwortung: die Interessensvertretung, die Unternehmer selbst, die Regionen und auch die Bürgermeister!

Daß wir für den Sommer jetzt auch eine Großoffensive planen, ist kein Geheimnis. Wir haben mit der Firma Lendmark vereinbart, mit allen Seeregionen (Wörther See, Ossiacher See, Millstätter See, Klopeiner See), daß wir ein Konzept erstellen, einen sogenannten „Masterplan“ für den Sommertourismus, wo wir versuchen werden, drei bis vier Großprojekte an diesen Seen zu realisieren. Wir versuchen natürlich auch, dort Grundstücke anzuschauen und zu analysieren, die einen Seezugang haben. Damit, glaube ich, bekommen wir eine neue Dynamik, eine neue Qualität im Tourismus. Voraussetzung dafür ist, daß auch die Tourismuswirtschaft selbst in der Lage ist, Investitionen zu setzen! Wir können nicht davon ausgehen, daß wir Produkte schaffen - aber uns fehlen dann die Qualitätsbetten. Hierbei muß auch die Wirtschaft selbst in Vorlage treten und diese Investitionen machen. Wir haben viele Konzepte über Förderungen, über Entschuldungsprogramme landesweit vorgestellt. Die ÖHT, der KWF, das Land Kärnten, die Garantiegesellschaft in Wien stützen das alles. Aber es ist die Bereitschaft, vor allem im Sommertourismus in den Tourismusgebieten in der Seenregion nicht vorhanden, daß die Unternehmer diese Verantwortung auf sich nehmen und gemeinsam mit uns Konzepte entwickeln.

Wir wollen überall helfen. Wir können aber nur dann eingreifen, wenn sozusagen ein Investor, ein Betreiber für diese Anlagen vorhanden ist. Das Land selbst ist nicht in der Lage, Betreiber

zu spielen. Deswegen haben wir auch mit Lendmark jetzt das große Projekt in der Nähe von Villach in Ausarbeitung, wo es darum geht, daß nicht nur der Sportbereich sondern auch der gesamte Tourismus in einen Erlebnispark dort integriert wird und wo wir dadurch auch die vielen Frequenzen, die entlang der Autobahnen zustande kommen, nützen und abschöpfen.

Wir müssen einfach darauf bedacht sein, bei kürzeren Aufenthaltszeiten in Kärnten dem Tourismus trotzdem diese Wertschöpfung zu erlauben. Wir müssen das Gästepotential, das hier hereinkommt, für uns nützen! Wir brauchen dazu aber strategisch exakt ausgerichtete Produkte und Erlebnisbereiche. *(Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch, bitte!)* Da lade ich Sie, Herr Hinterleitner, mit Ihren Kollegen, die auch im KWF maßgebliche Verantwortung tragen, ein, nicht dann, wenn es darum geht, daß wir gemeinsam eine Initiative tragen, sich zurückzuziehen und keine Wortmeldung abzugeben - wie der Herr Obernosterer jüngst im KWF das getan hat, wo es um die Kanalförderung für die Tourismusbetriebe gegangen ist. Er hat sich einfach nicht zu Wort gemeldet. Diese Aktion wurde nicht beschlossen; sie wurde nicht beantragt. Der Herr Obernosterer ist drinnengesessen und hat kein Wort dazu gesagt. *(Abg. Stangl: Ein Wahnsinn! - Abg. Dr. Strutz: Unglaublich!)* Wie kann ich dann erkennen, daß da ein Wunsch oder ein Begehren vorhanden ist? Das ist die Situation! Da wünsche ich mir, daß alle an einem Strick ziehen, *(Abg. Ing. Rohr: Er hat wahrscheinlich nicht gewußt, wie er dran ist, bei dir!)* mitarbeiten und versuchen, die Verantwortung auch gemeinsam zu tragen! Man kann sich nicht zurücklehnen und von der Wirtschaftskammer aus sagen: „Wir kritisieren den Tourismusreferenten.“ Und dies, obwohl alle Strukturen so ausgerichtet sind, daß sie zukünftig auch den Erfolg bringen werden. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* Dazu lade ich alle ein - aber nicht, mich öffentlich zu kritisieren! *(Abg. Dr. Wutte: Du kritisierst alle, aber dich darf keiner kritisieren!)* Ich habe alle meine Verpflichtungen eingehalten, alle Hausaufgaben gemacht, alle Mittel zur Verfügung gestellt. Es gibt keinen Bereich, der sozusagen noch zu bearbeiten wäre. Das ist die Situation! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Wutte: Austeilen ja - einstecken nichts! Gelt! - Lärm im Hause.)*

Ing. Pfeifenberger

(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Unterrieder das Wort.)

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Jene, die etwas länger im Landtag sitzen - das war die letzte Periode - werden sich erinnern können, daß wir hier eine Aufholmilliarde für die Tourismuswirtschaft beschlossen haben. Ich glaube, es ist schon wichtig und sehr wesentlich, daß wir auch feststellen, wer immer die Referenten waren und damit auch verantwortlich für diesen Bereich verantwortlich waren: Natürlich kann die Politik, der jeweilige Referent, Rahmenbedingungen schaffen. Darüber reden wir ja. Das Mitwirken der Tourismuswirtschaft und alles rundherum ist natürlich etwas, das auch gefordert ist; gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben und vor allem auch vernünftige geregelte Entlohnung der dortigen Mitarbeiter.

Ich glaube, wenn man heute darüber redet, soll man auch das sagen: Ich habe ja einige Stückwerke das letzte Jahr miterleben dürfen, wie wir drei Flugzeuge in der Kärntner Landesregierung ankaufen wollten und wo wir gesagt haben: „Eines wird vielleicht einmal genug sein, wenn wir vom Land Kärnten her der Air Alp einen Kostenbeitrag leisten, damit wir vielleicht eine neue Destination zustande bringen können.“ *(Abg. Dr. Wutte: Die vom Lauda hätten wir kaufen können. Der hat fünf Flugzeuge verkauft! - Lärm im Hause. - Einwand von LR Ing. Pfeifenberger.)* Herr Referent, das wird es nicht sein.

Ich glaube, daß es für die Tourismuswirtschaft wichtig ist, daß man vor allem auf das Stimmungsbild in unserem Lande schaut. Denn das, was heute wieder aus Sicherheitsgründen stattfindet, daß man die Tauernschleuse schließen muß, was den Verkehr der PKW anbelangt, ist sicher etwas, was dem Tourismus in unserem Bundesland nicht besonders entgegenkommt. Aus dem Grund ist es wichtig, daß heute der zuständige Referent im Verkehrsbereich, Referent Reichhold, die Gesprächsrunde abführt und Sorge trägt, daß es so rasch wie möglich wieder zu einer Befahrbarkeit - wenn die Sicherheitsmaßnahmen eingebaut sind - dieser Verkehrsverbindung kommt!

Aus der Sicht der Tourismusbetriebe ist unbedingt erforderlich und wichtig, daß man dieses Schwerpunktprogramm „Abwasserentsorgungsinvestitionen“, Herr Referent, wo über den KWF 50 % Mittel zur Verfügung gestellt werden, wenn es um die Kanalisation geht, das läuft ... *(Lärm und Zwiegespräche im Hause. - Der Klubobmann zum Vorsitzenden:)* Vielleicht können Sie das von der Redezeit abziehen? *(Vorsitzender. Ich bin ja eh sehr großzügig!)* Das Schwerpunktprogramm läuft mit 31. 12. dieses Jahres aus. Das wäre zum Beispiel ein Schritt, wo man konkret für die Tourismuswirtschaft etwas machen kann und sagt: „Okay! Es werden hier die Rahmenbedingungen verändert.“ *(LR Ing. Pfeifenberger: Wenn der Obernosterer nichts sagt!)* Das ist ja Wurscht, wer etwas gemacht hat! Herr Referent, du bist gefordert! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Wir fordern ein, daß hier für die Tourismuswirtschaft etwas stattfindet.

Das zweite ist: Wir haben einen Dringlichkeitsantrag für heute zum Ende der Sitzung vorbereitet. Vielleicht kann man, aufbauend auf diesem Schwerpunktprogramm „Aufholmilliarde“, etwas unternehmen, wo ja der jetzige Finanzminister, Grasser, der damals Tourismusreferent war, anzusprechen ist? Vielleicht kann man ein „Zehn-Punkte-Programm“ zustande bringen, was in der nächsten Zeit an Schritten vorzusehen ist, damit alle drei Parteien wissen: Wie sind die nächsten Schritte? Wohin geht der Weg? Dies deshalb, damit man nicht irgendwo Eigenaktionen macht, dem anderen die Schuld gibt. Das hilft der Tourismuswirtschaft in unserem Lande nicht und auch den Beschäftigten nicht. Was wir brauchen, das ist, daß wir wissen: Wohin geht der Weg in der nächsten Zeit?

Die Tourismusbetriebe müssen hier mittun! Das ist das Wichtigste. Die Verantwortung und die Kreativität können wir ihnen nicht abnehmen - aber die Rahmenbedingungen sollten wir so gut als möglich gestalten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 3 Minuten 56 Sekunden.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ramsbacher das Wort.)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Kärnten ist ein Tourismusland. Wir haben, Gott sei Dank, noch reines Wasser, saubere Seen. Nur vier Prozent davon brauchen wir als Trinkwasser. Wir haben die schönste Landschaft. Ich sage gerade als Bauer: Die Wertigkeit der Pflege der Landschaft ist insbesondere in Tourismusgemeinden viel mehr anerkannt als dort, wo es keinen Tourismus gibt. Nur ein Beispiel: In St. Anton zahlt man für eine GVE, das heißt für eine Kuh, 5.000 Schilling Förderung, weil man den Wert der Pflege und Erhaltung der Landschaft auch anerkennt. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wer zahlt wem?)*

Ich darf auch aus aktuellem Anlaß sagen: Wir haben die gesündesten und besten Lebensmittel. Wir haben im Durchschnitt 19 Stück Rinder auf unseren Betrieben. Wir haben eine flächengebundene Landwirtschaft. Und das müssen wir positiv verkaufen! Das müssen wir als Offensive sehen. Bei uns werden die Almen bewirtschaftet; die Wiesen beweidet und das Tier naturnah gehalten. Wir haben die meisten Biobetriebe in Kärnten. Gerade jetzt wird in Mantua zum Beispiel eine Verkostung des Kärntner Almochsenfleisches durchgeführt. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Und was hat unser Tourismus davon?)* Ich freue mich, daß wir gerade im Rindfleischbereich in Italien im letzten Jahr entsprechend punkten konnten.

Nun generell zum Tourismus. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zu Mantua im Bande!)* Wenn Sie, Herr Abgeordneter Gallo, endlich einmal auch das Denken beim Reden einschalten würden, wären Ihre Zwischenrufe von höchster Qualität. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Am Rednerpult ist ja der Herr Abgeordnete Ramsbacher!)* Wichtig ist für die Politik, nicht unbedingt die Nächtigungszahlen hinaufzuschrauben *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das hat ja der Hinterleitner wollen!)* und weiß Gott, wieviel Werbung zu machen. Dafür gibt es Fachleute. Was wichtig ist für die Politik, das ist, die Infrastrukturvoraussetzungen zu schaffen, damit Tourismus stattfinden kann.

Nur ein Beispiel dazu: Wenn in einer Gemeinde ein geheiztes Freibad nur 19 Badetage im Jahr 1999 aufgewiesen hat, so ist das wahrscheinlich

eine Fehlinvestition gewesen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das war in Rennweg früher, als der Ramsbacher Bürgermeister war!)* Reden Sie nicht so einen Blödsinn, Herr Abgeordneter Gallo! Erstens ist unser Freibad schon längst vorher gebaut worden, nämlich zur Ableitung der Lieser. Wahrscheinlich hätten wir es nie gebaut, sondern wir haben es als Löschwasserbecken von der ÖDK zur Verfügung gestellt bekommen. Nur, daß du weißt, wie das wirklich gewesen ist! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Von der Tauernautobahn!)* Sonst hätten wir es damals wahrscheinlich gar nicht gebaut. Es war nur ein Löschwasserbecken, weil sie uns die Lieser abgeleitet haben. Deswegen haben wir es gratis bekommen. Damit Sie das auch wissen!

Wichtig ist aber auch die sichere Erreichbarkeit eines Landes. Dazu gehört nun einmal die zweite Tunnelröhre am Katschberg. Dazu gehört halt auch die Angst, die die Betriebe haben, wenn so etwas wieder einmal passiert und wir im Landtag groß einen Antrag stellen, aber der zuständige Referent dann überhaupt nichts tut. Er schreibt uns einfach einen Brief, wo er sagt: „Es ist nicht möglich, der Vielzahl der Gewerbebetriebe eine finanzielle Unterstützung zu geben ...“ Dies, obwohl wir das im Landtag beschlossen haben. Keine Aktivität! Das muß man wirklich einmal kritisieren!

Es stimmt schon, wie Klubobmann Wutte gesagt hat: *(Abg. Hinterleitner: Freilich! Er hat immer recht!)* Ein Aneinanderreihen von vielen Flops ist wirklich noch kein Konzept.

Und wenn ich mir nur einen Flop herausnehme, nämlich die „200-Jahre-Großglockner und eine Nacht“, ich glaube das war ein Flop erster Klasse. Wenn man sich das anschaut: Einnahmen 1,8 Millionen Schilling, Ausgaben 4,35 Millionen Schilling und das Land zahlt 2,55 Millionen dazu. *(3. Präs. Mitterer: Der Werbewert ist da!)* Mit einer Million hätte man den Lieser- und Maltataler Betrieben geholfen und da hauen wir 2,5 Millionen Schilling hinaus! *(Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!)* Ich glaube, das ist nicht gut und außerdem glaube ich, daß bei diesen Flops ein bißchen zuviel Farbe dabei war. Wir haben immer geschimpft, wenn in Kärnten zuviel rot gewesen ist. Ich glaube, wenn man sich das anschaut, das ist etwas zuviel blau. *(Abg. Dr. Strutz: Aber schwarz sehen möchte ich*

Ramsbacher

auch nicht! Den Tourismus möchte ich nicht schwarz sehen!) Und ich glaube, das ist blauäugig und ist auch nicht gut. *(Abg. Dr. Strutz: Aber schwarz sehen möchte ich nicht!)* Was wir bei diesen Events brauchen, ist das, daß generell ... Wir wollen nicht schwarz sehen, durchaus nicht. Aber wir wollen auch nicht so viel blau. Wir wollen bei den Events nicht haben, daß dort nur Leute auftreten, die von der freiheitlichen Fraktion kommen, so wie es am Großglockner gewesen ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Strutz)* Sie waren gar nicht eingeladen! Sie waren nicht eingeladen. *(Vorsitzender: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Ramsbacher, dessen Redezeit schon abgelaufen ist.)* Und ich glaube wirklich, eine große Anzahl von Flops ist noch lange kein Konzept. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Willst du den blauen Himmel auch abschaffen!)* *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Stangl das Wort.)

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Vieles von den Ausführungen meiner Vorredner kann unterstrichen, kann bestätigt werden. Aber das muß man auch einbekennen, im Tourismus hat man sich sehr oft daran getan gesund zu beten, schön zu färben ohne die Dinge tatsächlich beim Namen zu nennen. Und heute wieder, man prügelt den Sack und nicht den Esel. Wir sagen, schuld ist der Referent. Sie, Herr Hinterleitner, wissen, wie die Gesellschaften aufgeteilt sind: 75 % des Mitspracherechtes haben die Arbeiterkammer und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft. In der Regel ging die Arbeiterkammer mit dem Referenten. *(Abg. Hinterleitner: Stimmt ja nicht!)* Zustimmung ist notwendig, bitte! Die Kammer war meistens dagegen. *(Abg. Hinterleitner: Nicht von Zahlen reden, wenn du sie nicht kennst!)* Beim Referenten war die Verantwortung so: Eigentümervertreter war Landeshauptmann Zernatto und der Herr Grasser hatte nicht einmal ein Stimmrecht. *(Zwischenruf des Abg. Hinterleitner)* Also, wenn sie einem Referenten nicht einmal ein Stimmrecht geben, *(Abg. Sablatnig: Das Stimmrecht wurde an den Herrn Grasser abgetreten!)* dann geben sie ihm auch nicht die Verantwortung. Herr Sablatnig, auch Ihnen täte es gut zuzuhören. Sie reden an und für

sich sehr viel. Es schadet zuhören auch nicht. *(Unruhe in der ÖVP-Fraktion. - Der Vorsitzende bittet, das Glockenzeichen gebend, um etwas mehr Disziplin.)*

Ich bin ganz erstaunt, daß der Herr Landtagsabgeordnete Ramsbacher auf einmal für die zweite Tunnelröhre ist. Ich weiß, er war früher dagegen. *(Abg. Ramsbacher: Aber nie! - Da bist du total daneben! - Heiterkeit bei Abg. Ramsbacher.)* Er sagt: Der Großglockner als Event war ein Flop. Ich war als offizieller Vertreter in Udine und ich weiß es, unten waren 1.500 Zuseher. Also in Udine so eine Veranstaltung zu machen und 1.500 Zuseher, zwei Stunden Werbung "Großglockner" - und man weiß, daß die Italiener begeisterte Bergsteiger sind -, dann kann ich sagen: Okay, diese Veranstaltung war ein Erfolg. In München ist dieselbe Veranstaltung gelaufen. Ich kann nur sagen: Mit dem Geld kriegen Sie eine ähnliche Veranstaltung überhaupt nicht zustande. Haben Sie unter Zernatto auch nicht bekommen. *(Abg. Dr. Strutz: Der Herr Landeshauptmann Haider hat es aber gemacht!)* Wenn wir im Tourismus weiterkommen wollen, dann heißt es nicht nur Kritik zu üben, sondern sie an die richtige Stelle zu bringen. Noch viel wichtiger ist, den Blick nicht in die Vergangenheit zu richten sondern in die Zukunft. Und ich glaube, das hat unser Referent getan. Für viele unverständlich, für viele auch deshalb nicht gerade passend, *(Abg. Ramsbacher: Für fast alle!)* weil sie - Gott sei Dank endlich einmal - beim Mitspracherecht reduziert wurden. Bis jetzt wurde immer nur gemauert und auf Positionen gepocht. Innovation habe ich keine gesehen.

Ich halte aber zugute, Kärnten - und das müßten die Touristiker als erstes propagieren - hat eine schlechte Ausgangsbasis, weil es Kleinstruktur hat. *(Abg. Hinterleitner: Das muß kein Nachteil sein!)* Der Vorredner hat schon gesagt, die 200-Betten-Betriebe sind auf einer Hand abzuzählen und es ist halt schwierig. Schwierig ist es auch die kleinen Touristiker an einen Strick zu bringen, daß sie endlich einmal in der Werbung gemeinsam mit einem Großveranstalter arbeiten. Es ist nicht möglich ein Inklusivdorf aufzustellen, was anderswo gang und gäbe ist. Die Klubs machen es uns vor, tausend Betten, viertausend Betten als Verkauf ist das übliche. Wo krebsen

Stangl

wir herum? In Eigenbrötelei und Kleinkrämerei. Diese Strukturen müssen geändert werden. Vorher ist das weitere Jammern vorprogrammiert. Wenn wir das nicht lösen, wenn wir nicht innovativ diese gewaltigen Schritte schaffen, dann werden wir in drei Jahren wieder hier stehen und wieder Schuldige suchen. Das Problem wird das selbe sein. Ich glaube, in dieser Situation sind die innovativen Schritte des Referenten zu unterstützen. *(Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Es ist die Aktuelle Stunde auch von der Zeit her ausgelaufen. Wir kommen nun zur Tagesordnung der heutigen 21. Sitzung

des Kärntner Landtages. Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, möchte ich noch mitteilen, daß in der Obmännerkonferenz darüber gesprochen wurde, eine Erweiterung der Tagesordnung vorzunehmen. Es hat nämlich heute in der Früh eine Finanzausschußsitzung betreffend den ersten Nachtragsvoranschlag stattgefunden und ich möchte das Hohe Haus ersuchen, einer Erweiterung der Tagesordnung zuzustimmen und zwar um den Punkt Ldtgs.Zl. 238-5/28: Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend den 1. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig angenommen und wird somit als 2. Tagesordnungspunkt zur Behandlung kommen. Wir kommen nun zum 1. Tagesordnungspunkt.

Tagesordnung**1. Ldtgs.Zl. 177-29/28:**

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2001 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2001, dem Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG, Änderungen zum Budgetprogramm 2002 bis 2004 gem. Art. 61 Abs. 2 K-LVG sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Vollmachten und Zustimmungen zum LVA 2001 erteilt werden

Ich ersuche zur Einbegleitung den Herrn Landesfinanzreferenten das Wort zu ergreifen und ich bitte ihn zum Rednerpult zu kommen.

Landesrat **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Vertreter der Medien! Hohes Haus!

Das Budget des Landes Kärnten ist der Leitfaden aller relevanten Reformmaßnahmen und Strukturveränderungen in den nächsten Jahren. Es ist die Ausgangsbasis für sämtliche Entscheidungen und Initiativen auf Landes- und Gemeindeebene, welche nachhaltige Auswirkungen aufgrund ihrer Umsetzung haben werden.

Durch den Beitritt Österreichs zur EU hat sich auch für die Länder und Gemeinden in ihrer Finanz- und Budgetpolitik Gravierendes verändert. Die neue Bundesregierung hat mit Entschlossenheit und sozialer Verantwortung die Vorgaben der EU-Beschlüsse umgesetzt. In der Vergangenheit wurden diese Beschlüsse sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene mißachtet. Kärnten hat im Rechnungsabschluß 1999 durch eine verantwortungsvolle Budgetpolitik die Maastricht-Überschußquote bis auf 85 % erreicht. Das beweist die konsequente Verfolgung unseres Konsolidierungsweges bei voller Unterstützung der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten und des Gesundheitsbereiches. Soziale Gerechtigkeit und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in verschiedensten Bereichen ist die Grundlinie unserer Finanz- und Budgetpolitik. Keine neuen Schulden in absehbarer Zeit und neue Budgetfreiräume für Zukunftsinvesti-

Ing. Pfeifenberger

tionen sind das Ziel. Ein attraktiver Wirtschaftsstandort für internationale Investoren und sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze ist die Mindestanforderung eines dynamischen Landes. Rückbau des öffentlichen Sektors, mehr Wettbewerb und Konkurrenz, erhöhtes privatwirtschaftliches Denken sind die Herausforderung, um täglich die eigenen Leistungen zu steigern.

Kärnten befindet sich im Umbruch. Viele Schutzmauern um liebgezwungene Spielwiesen sind niedergerissen und durch effiziente und zukunftsorientierte Strukturen ersetzt worden. Zahlreiche Einflußsphären rein politischer Herkunft wechselten ihr parteipolitisches Antlitz. Anstelle von Parteipolitikern arbeiten sehr erfolgreich Unternehmer in Entscheidungsgremien. "Dieser Wechsel hat dem Land offensichtlich und bewiesenermaßen gut getan." Das erklären die aktuellen Wirtschaftsdaten. Kärnten hat aktuell den höchsten Beschäftigungsstand aller Zeiten. Kärnten hat das viert größte Wachstum in Österreich quer durch alle Branchen. Kärnten hat den höchsten Investitionszuwachs im gewerblichen und industriellen Sektor. Es herrscht allgemein Optimismus und Aufbruchstimmung. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Kärnten hat seit kurzer Zeit die Schlußlichtposition verlassen und liegt im guten Mittelfeld.

Dieses positive Ergebnis ermutigt uns noch mehr, gerade jetzt die nächsten Reformschritte in Übereinstimmung mit Bund und Gemeinden zu setzen. Wir wollen auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Pensionen für unsere ältere Generation zahlen können. Wir wollen in Armut lebende und sozial schwache Menschen wirksame und solidarische Hilfe durch schlanke, kostenbewußte Sozialhilfeeinrichtungen zukommen lassen. (*LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut: Wieder was gespart!*) Wir wollen unsere Familien finanziell so unterstützen, daß sie sich Kinder und damit nachhaltigen Wohlstand leisten können. Wir wollen steuerliche Voraussetzungen schaffen, die den Leistungsanreiz der jungen Generation fördert. Wir wollen notwendige Initiativen und Entwicklungsprogramme für Klein- und Mittelbetriebe, die die Basis unserer Wirtschaft darstellen und uns den zukünftigen Wohlstand absichern. Wir wollen eine moderne Altersversorgung bei steigendem Bedarf in medizinischer und struktureller Qualität einrichten. Wir wollen

neue Arbeitsplätze durch Unternehmensgründungen und Erhaltung und Weiterentwicklung bestehender Unternehmen, durch neue Technologien und Betriebsansiedelungen schaffen.

Dies kann nur geschehen, wenn dafür nicht wie in der Vergangenheit neue Schulden gemacht werden. Ein Land kann auf Dauer nicht mehr ausgeben als es einnimmt. Die Zukunftsfähigkeit eines Landes oder öffentlichen Bereiches hängt vom Grad der Verschuldung ab.

Deshalb wird Kärnten als erstes Bundesland ein Schuldenabbauprogramm in die Wege leiten. Hohe Schulden führen zu Unbeweglichkeit und einer massiven Einschränkung von Zukunftsiniciativen. Diese Schulden führen zu immer höheren Steuern und Abgaben, nehmen jeden Gestaltungsspielraum und sind höchst unsozial, weil sie dem Kapital zuarbeiten. "Die kleinen Leute und Schwächeren zahlen für die Großen und Reichen." Kärnten geht hier einen mustergültigen Weg. Schuldenabbau durch Einsatz von Landesvermögen wird von allen Wirtschaftsfachleuten befürwortet.

Deshalb ist der Weg einer Schuldenreduktion auf allen Ebenen positiv in Diskussion. Eine Sanierung des Landeshaushaltes ist ohne Schuldenabbau nicht möglich. Die Landesfinanzen müssen mittelfristig ausgeglichen sein. Das Unternehmen Kärnten braucht eine rasche Entschuldungskur um damit den Wirtschaftsstandort zu stärken, mehr Wachstum und höhere Kaufkraft zu bekommen. Genau deshalb gibt es keine Alternative dazu.

Diese verantwortungslose, unsoziale und dem Wohlstand abträgliche Tendenz des Schuldenmachens muß umgedreht werden. Wir setzen auf eine Finanzpolitik, die stetig an das Morgen denkt, die unseren Kindern und Enkelkindern keine neue Lasten auferlegt. Unser Weg für Kärnten ist geprägt von sozialer Gerechtigkeit und der Absicherung der Zukunftschancen nächster Generationen. Deshalb ist das Ziel im Budgetprogramm festgelegt, die Nettoneuverschuldung in Richtung Null zu drehen.

Ein derartiges Vorhaben ist nur gemeinsam und in solidarischer Verantwortung für die Zukunft dieses Landes zu erreichen. Andere Länder liefern den Beweis, mit ausgeglichenen Budgets schnelleres Wachstum, höhere Kaufkraft und

Ing. Pfeifenberger

Wohlstandszuwachs zu sichern. In Zeiten hohen Wirtschaftswachstums, höchster Beschäftigung und geringer Inflation ist das Erreichen von schwarzen Zahlen in der Bilanz eines Landes ein Maßkriterium.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ein Schuldenabbauprogramm kann nur wirksam bleiben, wenn nicht neue Schulden produziert werden! Ein Abbau der Neuverschuldung ist mit den geplanten Maßnahmen in Einklang zu bringen.

Kärntens Weg in der Finanzpolitik setzt revolutionäre Akzente beim Abbau der Finanzschulden durch folgende Maßnahmen: Verkauf der ersten und zweiten Tranche Wohnbaurdarlehensforderungen; Privatisierung und Verkauf der Anteile an der KELAG; Teilveräußerung von Wohnungseigentum der Landeswohnbaugesellschaften an Mieter und andere Wohnbaugesellschaften; Abbau der Hoheitskosten im Zuge der Verwaltungsreform und Verwaltungskonzentration; Privatisierung und Ausgliederung öffentlicher Bereiche; Zusammenführung der Landesgesellschaften in eine Landesholding mit Exekutivaufgaben; Schaffung einer Landesimmobiliengesellschaft; Einrichtung eines Sozialfonds, unter Einbeziehung der Gemeinden; Reorganisation der Wirtschaftsförderung - hin zu einer professionellen Beratungsförderung; Heranziehung der Wohnbauförderung für den Aufbau von Infrastruktur und Technologienetzwerken.

Bedeutsam dafür ist die Absicherung zukünftiger Einnahmen und Erträge für das Land. Gesicherte Finanzströme vom Bund zu den Ländern sind zur Umsetzung einer föderalistischen Entwicklungspolitik ein unbedingtes Erfordernis. So konnte der Bundesfinanzausgleich mit den Ländern nur unter maßgeblichem Einfluß der Kärntner Vertreter, Landeshauptmann Dr. Jörg Haider und meiner Person, zustande kommen. Kärnten hat wesentliche Bereiche maßgeblich beeinflusst!

Dank der klaren Position Kärntens ist es gelungen, die Wohnbauförderungszuwendungen in gleicher Höhe für die Länder zu erhalten. Auch eine Reduktion der Krankenanstaltenfinanzierung durch den Bund konnte erfolgreich abgewendet werden. Durch diese zwei wichtigsten Finanzierungsgarantien des Bundes ist kein

Schaden für Kärnten entstanden. Strukturreformen, Bürokratieabbau und Rückbau des öffentlichen Sektors sind ohnehin Selbstverständlichkeiten, die kommen müssen. Auch die von der EU zugelassene Maastricht-Defizitquote ist seit dem Beitritt relevant - nur wurde sie von der alten Bundesregierung ignoriert. Deshalb war ein Kraftakt der Landeshauptleute und Landesfinanzreferenten notwendig, daß die Staatsfinanzen saniert und der Bevölkerung ein klares Bekenntnis des Sparens ohne soziale Härten vorgelegt werden konnte. Kärnten hat dazu einen maßgeblichen Beitrag geleistet!

Geschätzte Damen und Herren! Eine umfassende Verwaltungsreform ist die Konsequenz einer nachhaltigen Budgetsanierung. Die öffentliche Hand benötigt effiziente Service- und Dienstleistungsstrukturen analog der Privatwirtschaft. Es gibt in sehr hohem Maße eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite den geschützten Bereich des öffentlichen Sektors sowie Kammern und Sozialversicherungen, auf der anderen Seite Privatwirtschaft mit Wettbewerb, Konkurrenzsituation und leistungsorientierter Besoldung.

Diese Unterschiede müssen ausgeglichen werden. Es gibt keine sachliche Rechtfertigung für ein unterschiedliches Dienstrecht und Arbeitsrecht. Chancengleichheit für alle, ein Arbeitsrecht, ein Dienstrecht und vor allem ein Pensionsrecht für alle, Flexibilität und Leistungsorientierung; ein Wechsel von der privaten in die öffentliche Wirtschaft und umgekehrt. Das, geschätzte Damen und Herren, ist in Zukunft erforderlich. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Dort, wo die Marktwirtschaft die Dinge erledigen kann, benötigen wir nicht das Land oder die Gemeinde. Überall dort, wo es um die soziale Verantwortung mit Ordnungsfunktion geht, wie im Sozialbereich und Gesundheitswesen, wird das Land auch in Zukunft gefordert sein. Das sind Grundbedürfnisse unserer Bürger, die nicht der Marktwirtschaft geopfert werden dürfen!

In allen Bereichen des Landes sind die Aufgaben und Strukturen auf Effizienz und Kostenvorheit zu überprüfen. Transparenz durch Controlling und Kostenrechnung, der Ausbau des E-Governments; ein einheitliches, alle Bereiche umfassendes Beschaffungs- und Informations-

Ing. Pfeifenberger

wesen mit Erfolgskontrolle sind wichtige Umsetzungsschritte.

Das Land muß sich einer Aufgabenkritik unterziehen und sich auf seine rein regulierende Funktion zurückziehen. Durch neue Informationstechnologien wird es möglich, mit erhöhter Produktivität und geringerem Einsatz von Mitteln schneller zu agieren.

Mit den bereits getroffenen Regierungsbeschlüssen - Verwaltungskonzentration und EDV-Outsourcing - befinden wir uns auf dem richtigen Weg! Kärnten hat den Anspruch erhoben, die modernste Verwaltung Österreichs zu installieren. Diese Vision müssen alle mit Leben erfüllen! Daher muß die bereits eingerichtete Verwaltungsreformkommission auf Landesebene intensiviert werden. Sie muß die zentrale Aufgabe wahrnehmen, den Weg zur Reduktion der öffentlichen Ausgaben zu analysieren und aufzubereiten. Das Ziel einer „Nettoneuverschuldung Null“ muß über alle Parteigrenzen hinweg zum Schwerpunkt unserer Landespolitik gemacht werden! Hier kann man nicht an der Oberfläche kratzen; es müssen alle Strukturen geprüft und durchleuchtet werden! Sinnvolle Einsparungen können mit Oberflächlichkeit und Inkonsequenz nicht erreicht werden.

Wir haben ein Jahr Zeit, die Anpassungen so vorzunehmen, daß Einsparungen ab 2002 budgetwirksam werden. Hier sitzen Land und Gemeinden im selben Boot. Die Umstellung der KAB-Finanzierung stellt eine budgetäre Erholungsphase für tiefgreifende Reformen dar. Wenn durch versäumte Reformen neue Schulden entstehen, ist das Schiff nicht mehr flottzumachen. Davor muß ich warnen und alle politisch Verantwortlichen ersuchen, sich der Dimension einer neuerlichen Verschuldung unseres Landes klar zu sein!

Geschätzte Damen und Herren, die weiteren Ausführungen betreffen grundsätzliche Rahmenbedingungen und Eckdaten des Budgets 2001. Ich werde mit Beginn des neuen Jahres die Verhandlungen für 2002 unverzüglich aufnehmen und der Landesregierung innerhalb des ersten Quartales den Landesvoranschlag 2002 zur Beschlußfassung vorlegen. Der Kärntner Landtag kann aufgrund verfassungsrechtlicher Kriterien keinen Beschluß für 2002 zum jetzigen

Zeitpunkt treffen.

Auslöser für einen verschärften Konsolidierungsdruck auf Bundesebene ist der Beschluß im ECO-Fin-Rat vom 5. Juni 2000, das für 2002 vorgesehene Stabilitätsziel der EU auf das Jahr 2001 vorzuziehen. Von der ursprünglich festgesetzten Defizitquote von 1,3 % des BIPs, unter Einrechnung eines Länder- und Gemeindeüberschusses von 0,5 %, ist man auf ein gesamtstaatliches Defizit von 0,8 % für 2001 und ein ausgeglichenes Ergebnis für 2002 gegangen.

Diese Neudefinition des gesamtstaatlichen Haushaltszieles hat auch massive Auswirkungen auf die Budgetgestaltung der Länder und Gemeinden. Für die FAG-Periode von 2001 bis 2004 ist das Ergebnis der Verhandlungen ein gemeinsam beschlossenes Faktum, welches Grundlage für eine gesetzliche Regelung sein wird.

Die wesentlichen, für Kärnten relevanten Punkte sind: Konsolidierungsbeitrag der Länder 3 Milliarden Schilling - als Vorwegabzug bei Ertragsanteilen; Mehrerträge bis auf 1 Milliarde verbleiben zukünftig dem Bund zur Budgetsanierung. Das ist jener Schmerz, meine Damen und Herren, den die Länder als Sanierungsbeitrag für diese unselige alte Koalition zu tragen haben! Die neue Bundesregierung mit Finanzminister Grasser hat mit Kärntner Unterstützung diesen gefährlichen Weg einer explodierenden Verschuldung Österreichs verlassen und sichert damit den Fortbestand einer positiven Gesamtentwicklung.

Die Länder verpflichten sich dadurch, für die gesamte FAG-Periode einen durchschnittlichen Haushaltsüberschuß von nicht unter 0,75 % des BIPs, jedenfalls 23 Milliarden, zum gesamtstaatlichen Konsolidierungspfad beizutragen.

Die Gemeinden verpflichten sich, auch für die gesamte Periode kein Defizit des BIPs zuzulassen.

100 Millionen Schilling bekommt Kärnten als Verhandlungserfolg der Regierungsvertreter Landeshauptmann Haider und mir als Vorwegabzug bei der Bemessung des Maastricht-Überschusses. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Damit ergibt sich für die Jahre 2001 bis 2004 ein Maastricht-Überschußquotenanteil von 1,516 im

Ing. Pfeifenberger

Jahre 2001 bzw. 1,586 Milliarden im Jahre 2004.

Als großer Erfolg ist zu bewerten, daß alle bisherigen Beiträge des Bundes und der Sozialversicherung für die Krankenanstaltenfinanzierung voll erhalten bleiben. Auch das Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz bleibt im bisherigen Umfang aufrecht. Sichergestellt ist damit die Dotierung des Landesfonds im vollen Umfange, mit einem Volumen von zirka 4,25 Milliarden.

Der Erhalt der Wohnbauförderung durch den Bund ist ebenso in gleicher Höhe gesichert.

Durch die klaren Maastricht-Vorgaben, das heißt Erzielung festgelegter Überschüsse, waren alle Haushaltsziele neu zu definieren. Wichtig ist dabei, daß dieser Überschuß durch Einbeziehung der dem Land zuzurechnenden Fonds erbracht werden muß. Konkret betroffen ist die Finanzierung des Wirtschaftsförderungsfonds, der jährlich 390 Millionen Schilling Fremdmittel aufnehmen kann und in diese Berechnungen einzu beziehen ist. Der Tilgungsaufwand für KWF-AltDarlehen ist dabei in Abzug zu bringen.

Geschätzte Damen und Herren! Das Budget 2001 hat drei wesentliche Schwerpunkte, die besonders erwähnenswert sind:

Erstens das Schuldenabbauprogramm: Hohes Haus! Erstmals in der Geschichte Kärntens gibt es ein wirksames Programm zum Abbau der Finanzschulden dieses Landes! Erstmals werden Vermögenswerte dafür eingesetzt, den Schuldenberg zu reduzieren und damit Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. 14,8 Milliarden Schilling Finanzschulden wird das Land zum 31. 12. 2000 haben. Unser Programm sieht vor, 12 Milliarden Erlöse zum Abbau dieser Schulden zu verwenden; 8 Milliarden aus Einnahmen des Darlehenverkaufs, 1 Milliarde aus der vorzeitig begünstigten Rückzahlungsaktion, 3 Milliarden aus Einnahmen der Anteilsverkäufe Energieholding. Nach Berücksichtigung der Tilgungsquote für AltDarlehen im Jahre 2001 und der Abdeckung der Nettoneuverschuldung 2001 verbleibt dem Land ein Restschuldensaldo von nur 4 Milliarden Schilling! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Damit reduziert sich die Pro-Kopf-Verschuldung von 27.000 Schilling auf 7.313 Schilling! (*Abg. Dr. Strutz: Bravo! - 3. Präs.*

Mitterer: Super! - Beifall von der FPÖ-Fraktion)

Das ist eine historische Entlastung der Kärntner Bevölkerung und zeigt die große Verantwortung dieser Entscheidung. 20.000 Schilling weniger Pro-Kopf-Verschuldung für jeden Kärntner ist die Bestätigung für den richtigen Weg. Diese unsoziale Politik des Schuldenmachens kostet dem Land jährlich 670 Millionen Schilling. Durch die getroffene Entscheidung spart sich das Land jährlich mehr als 550 Millionen Schilling an Zinsen. Das ist jener Freiraum, den wir für dringende Zukunftsinvestitionen unseres Landes benötigen.

Der Nettoschuldenabbau ist im Jahr 2001 rund 10,851 Milliarden Schilling. Mit dem Rest auf 12 Milliarden wird der Nettohaushaltsausgleich von 1,148 Milliarden für das Jahr 2001 abgedeckt. Die tatsächliche Neuverschuldung ist exakt 923 Millionen Schilling. Der Rest sind Eigenkapital für die LIG und Transaktionskosten der Vermögensverwertung. Nach den Wunschvorstellungen der Referenten wäre eine Nettoneuverschuldung von 1,641 Millionen zustande gekommen. Durch strenge Vorgaben und mehrmaliges Verhandeln wurde der im vorjährigen Budgetprogramm festgelegte Kurs einer realen Absenkung der Nettoneuverschuldung sogar unterschritten. Der Sanierungskurs wurde somit voll und ganz eingehalten. Das ist für mich als Landesfinanzreferent sehr wesentlich und bestätigt die Einhaltung meiner eigenen Zielsetzungen.

Vorausschauend auf die Jahre 2002 bis 2004 gilt es, diesen Kosolidierungskurs strikt einzuhalten. Eine Abkehr davon wäre der Rückfall in bereits dagewesene negative Szenarien einer neuerlichen Landesverschuldung.

Zu den Referentenverhandlungen ist festzustellen, daß mit allen Regierungsmitgliedern für ihren Zuständigkeitsbereich hundertprozentiges Einvernehmen über ihre Budgetdotierung erzielt wurde.

Zweiter Schwerpunkt ist das Familienpaket. Die wohl bedeutendste Entscheidung in den letzten Jahren in Kärnten und in Österreich ist die definitive Einführung des Kinderbetreuungsgeldes ab 1. 1. 2001! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bravo! - Starker Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ing. Pfeifenberger

Familienpolitik, Sozialpolitik sowie Wirtschaftspolitik werden von dieser Maßnahme enorm positiv betroffen sein. Unser Einsatz für die Familien und Hilfsbedürftigen hat damit seine Bestätigung. Die soziale Verantwortung unserer Politik erteilt einer zunehmenden familienfeindlichen Gesinnung unserer Zeit eine klare Absage. 634 Millionen Schilling zusätzliche Unterstützung für Familien und Kinder ist eine Sozialoffensive mit Turobwirkung! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Es ist sozial gerecht - anstatt hoher Zinsbelastungen für Schulden! -, dieses Geld den Familien zu widmen. Kärnten hat wiederum eine wichtige Vorreiterfunktion eingenommen. Österreich wird dieses Kärntner Familienförderungsmodell ab 1. 1. 2002 bundesweit einführen und zur Auszahlung bringen. Damit kann Hunderttausenden Familien ein höherer Wohlstand und mehr finanzieller Bewegungsfreiraum gegeben werden. Eine Stärkung der Kaufkraft durch höheres Familieneinkommen und belebt die Gesamtwirtschaft. Mehr Kinder bieten höheren Wohlstand im Alter und fördern das Entwicklungspotential unseres Landes.

Mehr Geld für Kinderbetreuung ist mehr Geld für persönliche Entscheidungsfreiheit. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Geborgenheit und familiäre Wärme im Kindesalter ist der Grundstein eines später gefestigten Menschen. Die Unterstützung für die Mutter ist die Zukunftsförderung für die Kinder. Sich Kinder zu wünschen, darf in Kärnten keine Existenzfrage sein. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Dritter Schwerpunkt, geschätzte Damen und Herren, ist die KAB-Finanzierung durch Umstellung auf Darlehensbasis. Um die geforderten Maastricht-Überschüsse zu erwirtschaften, ist eine budgetäre Umgestaltung der Krankenanstaltenfinanzierung vorzunehmen. Der Abgang der Krankenanstalten wird mittels Darlehensaufnahme des Landes an die KAB finanziert. Damit verbunden ist eine definitive Ausgliederung der Landeskrankenanstalten in einen Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit. Der festgelegte Nettogehabungsabgang von 2,33 Milliarden Schilling soll durch Aufnahme von Darlehen abgedeckt werden.

Die Abfinanzierung erfolgt über günstige Darlehen mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Die daraus

resultierenden Zins- und Tilgungsraten werden jährlich aus dem Budget beglichen. Damit verschafft sich das Land jenen Budgetfreiraum, um die vorgegebene Maastricht-Überschußquote des Bundes einzuhalten.

Der von den Kärntner Gemeinden zu tragende Anteil am Nettoabgang von 30 % soll von der KAB mittels Darlehen am Kapitalmarkt aufgenommen werden. In weiterer Folge haben die Gemeinden die Kapitalbeschaffungskosten für ihren 30 %igen Anteil im Umlageverfahren zu tragen. Für 2001 ergibt sich damit für Kärntens Gemeinden ein zusätzlicher Finanzspielraum von sage und schreibe 573 Millionen Schilling. Damit ist die Gesamtbelastung aller Gemeinden im Jahr 2001 nur mehr 24 Millionen Schilling. Diese enorme Entlastung der Kärntner Gemeinden wirkt durch über zwölf Jahre. Damit übernimmt auch danach das Land vereinbarungsgemäß jenen Mehraufwand, der durch die Finanzierungsumstellung auf Darlehensbasis im Jahre 2012 entsteht. Diese Vorgangsweise ist das Ergebnis der Verhandlungen über den Landesfinanzausgleich. Gleichzeitig ist aber auch vereinbart, daß es hinsichtlich der Finanzierungsschlüssel im Krankenanstaltenbereich und Sozialbereich keine Veränderungen geben wird. Auch die Höhe der Landesumlage ist wie die Refundierungszuschüsse des Landes an die Gemeinden im derzeitigen Ausmaß zu belassen und festgeschrieben.

Geschätzte Bürgermeister, Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen! Dieser jetzt eingeschlagene Finanzierungsschritt bringt den Kärntner Gemeinden große Finanzierungsspielräume. Einerseits werden keine Abgangsgemeinden entstehen, andererseits ist zusätzliche Finanzmasse für wichtige Infrastruktur- und Wertschöpfungsprojekte vorhanden. Mein Appell ergeht in eine Richtung, diese Erholungsphase rasch zu nützen, um wirtschaftliche Impulse zu setzen. Es muß gelingen, Investitionen überwiegend für Beschäftigungszuwachs und Wertschöpfungssteigerung zu tätigen. Dies mit dem Ziel, nachhaltige Einnahmen zu erschließen und die Kaufkraft vor Ort zu stärken. Ich warne davor, diese frei werdenden Gelder für tote Infrastruktur und Prestigeprojekte einzusetzen. Damit wird kein wirtschaftlicher Aufschwung und mehr Einkommen zu erzielen sein. Denkmä-

Ing. Pfeifenberger

ler sollte man, wenn überhaupt nötig, mit zukünftigen Budgetüberschüssen finanzieren.

Wichtig erscheint aber die Feststellung, die Budgetfreiräume für Rücklagen und Reservefonds zu verwenden. Damit könnten in Zukunft größere, gemeindeübergreifende und kaufkraftstärkende Projekte realisiert werden. Gemeint sind vorwiegend Tourismusinfrastrukturinvestitionen zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung. Das Land selbst wird zukünftig nicht in der Lage sein, ohne massive Unterstützung der Gemeinden derartige Investitionen zu tragen.

Ein weiterer Aspekt ist auch die Notwendigkeit, sehr rasch über gemeinsame Einsparungs- und Rationalisierungspotentiale nachzudenken. Nutzen wir die kommenden Jahre für eine konzentrierte und grundlegende Verwaltungsreform. Bürokratieabbau und die Bereitschaft privatwirtschaftliche Strukturen einzurichten, muß unser gemeinsamer Wille sein. Jetzt haben wir keine Wahlen vor uns, jetzt haben wir eine überwiegende Akzeptanz der Bevölkerung für Reformen und Anpassungen. Ergreifen wir diese Chance und passen unsere Strukturen an marktwirtschaftliche Gegebenheiten an.

Diese Vorgangsweise wird erstmalig in der Ausgliederung der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft in einen Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit real sichtbar. Der gesamte Aufwand für Sachausgaben und Personal wird nicht mehr im Landesbudget erfaßt und dargestellt. Nur mehr die Darlehen bzw. Kapitalbeschaffungskosten zur Gebarungsabdeckung werden im Landesbudget ausgewiesen. Eine Ausweitung der Verantwortung und Kompetenz des Managements ist damit logisch verbunden.

Auch wesentliche organisatorische und von der Kontrollkompetenz relevante Aspekte werden neu festgelegt. Effiziente und effektive Strukturen in den Landeskrankenhäusern sind das Ziel dieser Neuorganisation. Verantwortungsvoller und sparsamer Einsatz von Steuergeldern ist ein Mindestanforderung in Zeiten allgemeiner Sparsinnung. Kontrolle und Wirtschaftlichkeit sind Grundvoraussetzungen für eine moderne Führungsstruktur. Fehler der Vergangenheit, Nachlässigkeiten der Gegenwart, Chancen der Zukunft im Gesundheitswesen sind emotionslos aufzuarbeiten und in Angriff zu nehmen. Hier

hat das Management die Hauptverantwortung, die Dinge zu ordnen und langfristig Betriebsabgänge abzubauen. Der Eigentümer (das Land) hat hier eine klare Vorgabe zu machen, welche Leistungen mit welcher Qualität und welchem Standard angeboten werden müssen. Auch die Festlegung, wo und mit welchen Strukturen diese Leistungen angeboten werden, ist rasch einer Lösung zuzuführen. Hier ist es angebracht, anerkannte Fachleute außerhalb Kärntens einzubeziehen, um patientenorientierte und leistungsfähige Häuser zu entwickeln. Aus medizinisch-technischer Sicht ist viel erreicht worden. Das Wissen und Können der hier eingesetzten Ärzte und die medizinisch-technische Ausstattung zur Österreichspitze. Was wir brauchen, ist die Schaffung neuer organisatorischer Strukturen in Klagenfurt als Schwerpunktkrankenhaus unter Einbeziehung aller dezentralen Spitäler und Gesundheitseinrichtungen. Es geht um die Gesamtkonzeption der Gesundheitsstruktur des ganzen Landes. Im Mittelpunkt dieses Interesses steht der Mensch und dessen universelles Wohlbefinden. Kärnten kann hier modellhaft neue Wege für die Schaffung eines zukunftsorientierten, wirtschaftlich sinnvollen und auf das Wohlbefinden der Bevölkerung ausgerichteten Gesundheitswesens, beschreiten.

Hier geht es um das harmonische Zusammenspiel der einzelnen medizinischen Fachdisziplinen dezentral und zentral. Die Schaffung eines angenehmen Ambientes, welches die Gesundheit der Patienten beschleunigt und Wellness im besten Sinne werden bei gleichzeitiger Reduktion der Aufenthaltsdauer die wichtigsten Kriterien sein.

Horizontale Zusammenarbeit aller medizinischen Fachrichtungen, zentrale Versorgungs- und OP-Einheiten mit minimierten Transportwegen unter Zuhilfenahme von High-tech Medizin sorgen unter Einbeziehung einer ganzheitlichen, menschenorientierten Sichtweise für einen signifikanten besseren Gesundwerdungsprozeß. Optimale und persönliche Zuwendung durch Pflege- und Ärzteteams mit einer hochqualifizierten Hotellerie im öffentlichen Gesundheitsbereich sind Ansätze, auf die wir nicht verzichten können. Reduktion der Aufenthaltsdauer, mittelfristiger Bettenabbau, Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte und Festlegung eines

Ing. Pfeifenberger

patientenorientierten Dienstleistungsangebotes führen zu enormen Kosteneinsparungspotentialen. Diese freien Mittel sollen für Innovationen und medizinische Qualitätsverbesserungen eingesetzt werden. Damit kann man ohne Ausweitung des Gesundheitsbudgets neue Arbeitsplätze schaffen und Kärntens Gesundheitswesen neben dem Technologiebereich zu einer weiteren Kernkompetenz ausbauen. Im Gesundheitsbereich muß die Qualität der medizinischen Versorgung durch konsequente Nutzung aller sich bietenden Synergien und Einsparungspotentiale durch optimale Organisation finanzierbar werden. Nur so kann gesichert werden, daß Kärnten seiner Bevölkerung eine medizinische Versorgung anbieten kann, die kein Luxusartikel ist und somit allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen zugänglich wird.

Hohes Haus! Damit leite ich zum eigentlichen Budgetbericht über und darf sagen, daß Kärnten eine sehr positive wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen hat. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Der höchste Beschäftigungsstand der letzten Jahrzehnte, Hochkonjunktur und stark steigende Investitionsfreudigkeit sind die wesentlichen Erfolge. Die Arbeitslosenquote geht weiter zurück. Kärntens Wachstum liegt im Mittelfeld des Österreichvergleiches. Im Juli 2000 war mit 205.534 Beschäftigten der höchste Stand der Nachkriegsgeschichte Kärntens zu verzeichnen. Erfreulich ist auch der Anstieg der Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer, was auf die erhöhte Flexibilität der Kärntner Wirtschaft bei der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist. Vor allem in technologieorientierten und innovativen Sparten, sowie im gesamten IT-Sektor haben wir österreichweit den größten Zuwachs an Beschäftigung. Das bestätigt auch unsere Strategie in der Technologie- und F & E Politik, über den Technologiefonds zusätzliche Investitionsförderungen auszuschütten. Damit wurde die Arbeitslosigkeit um 11 % gegenüber dem Vorjahr abgesenkt und erfreulicherweise gerade bei älteren Arbeitslosen (über 50 Jahre), bei den Frauen und bei den Jugendlichen erfolgreich bekämpft. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Noch erfolgreicher war Kärnten in Bezug auf die Sachgüterproduktion. Diese erhöhte sich um Ganze 21,2 % und liegt somit mehr als das 2½fache über den Bundesdurchschnitt von 8,6

%. Ausgesprochen günstig entwickelt sie sich in der industriell-gewerblichen Sachgütererzeugung mit einem Plus von 33 %. Bei langlebigen Konsumgütern sogar ein Zuwachs von 42,6 %. Kärntens Wirtschaft, meine geschätzten Damen und Herren, ist auf Erfolgskurs. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Diese Botschaft ist die Basis für eine Aufbruchstimmung in fast allen Bereichen. Eine Neuorientierung wird dort dringend notwendig sein, wo hohes Fremdkapital, fehlendes Angebot und zu geringe Bereitschaft der Unternehmer, neue Kooperationsmodelle in Anspruch zu nehmen, eine rasche Trendumkehr verhindern. Ich spreche hier vom Kärntner Tourismus. Trotz hoher Investitionsförderungen für Milliardenprojekte durch das Land ist hier der "turn-around" noch nicht absehbar. Ein Strukturbereinigungsprozeß ist im Gange und wird noch einige Jahre dauern. Dort wo Angebot, Qualität und Infrastruktur strategisch abgestimmt sind, gibt es Zuwächse und erhöhte Investitionsbereitschaft. Es wird sich die Spreu vom Weizen trennen müssen. Im internationalen Trendvergleich liegen wir als Tourismusland in puncto Attraktivität und Einzigartigkeit ganz vorne, in puncto Bekanntheitsgrad und Angebotsprogramm weit abgeschlagen. Diese Schwächen müssen rasch beseitigt werden. Ich habe meine Hausaufgaben als Tourismusreferent, in sehr kurzer Zeit umgesetzt. Der Privatisierungsprozeß wurde rasch erledigt. Die Hereinnahme eines großen internationalen Incommingpartners wird, wie in anderen Bundesländern erfolgreich vorgezeigt, eine veränderte Bewirtschaftung unserer Hotel- und Bettenkapazitäten mit sich bringen. Vertragliche Bindungen mit Reiseveranstaltern sichern Auslastungen in Vor- und Nachsaisonen. Kooperationsmodelle mit der Seilbahnwirtschaft oder großen Reisecharterveranstaltern bringen neue Gäste-schichten aus aller Welt nach Kärnten.

Voraussetzung dafür ist eine professionelle, dem Trend entsprechende Angebotserstellung für ein Urlaubserlebnis in Kärnten. Im Wintertourismus haben wir das bereits geschafft. Erstmals in Österreich hat hier das Land Kärnten mit den Seilbahnbetrieben in den Wintersportzentren ein einheitliches Projekt wie den Kärntner Schipap oder die 6-Tages-Schikarte auf den Markt gebracht. Dazu "Vier Wochen gratis Schifahren

Ing. Pfeifenberger

für alle Schulklassen in allen Schiregionen Kärntens“ kann als absolutes High-light bezeichnet werden. Das Land unterstützt diese Marketingoffensive mit zehn Millionen Schilling - dafür bekommen wir auf drei Jahre hindurch die Sonderoffensive für die Schüler gratis.

Die ersten Buchungskennzahlen sind überaus positiv. Die Hotellerie und Privatzimmervermieter rund um die Kärntner Seen werden aufgefordert, sich diesen neuen Gästeschichten nicht zu verschließen und mögliche Umsatzchancen zu nützen.

Dasselbe Marketinginstrument muß uns für die Vor- und Nachsaison zur Verfügung stehen. Meine Entscheidung, die Kärnten Werbung durch die Hereinnahme der Regionen zu privatisieren, hat das Ziel, derartige landesweite Angebote zu entwickeln. Finanzielle Unterstützung müssen die Regionen jetzt von den Gemeinden holen, da diese mit zusätzlichen Budgetfreiräumen ausgestattet, die Verantwortung für die Investitionsunterstützung tragen. Nur so kommen wir aus diesem Dilemma heraus. Die Talfahrt muß mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung und erhöhter Bereitschaft zu Kooperationen vertikal und horizontal verhindert und umgedreht werden.

Ein sehr wichtiges Thema in Kärnten ist unsere Position im internationalen Technologiewettbewerb. Kärnten hat hier überaus gute Chancen, im internationalen Entwicklungsfeld mitzumischen. Die Internationalisierung unserer Unternehmen bringt nicht nur Wachstumschancen, sondern auch einen verschärften Prozeß des wirtschaftlichen Strukturwandels und Wettbewerbes.

Dies bedeutet für uns, daß wir in diesem Wettbewerb und in diesem Prozeß des Strukturwandels mithalten müssen, wenn der erreichte Lebensstandard erhalten bleiben und der Beschäftigungsstandard erhöht werden soll. Dies gilt für alle Industrieländer in gleichem Ausmaße. Statt einer „defensiven“ protektionistischen Industriestrategie, wie sie auch von der EU in Vergangenheit immer wieder betrieben wurde, sollte in einen freiem Wettbewerb stattfindender Anpassungsprozeß aktiv gefördert und nicht verzögert werden. Ein für alle, gleich ob groß oder klein, gleiches kompetitives Umfeld ist erfahrungsge-

mäß die beste Gewähr für eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Wir benötigen Instrumente zur Stärkung der technologischen Basis und Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere auch durch Nutzung der Chancen der regionalen Vielfalt und die verstärkte Förderung der Klein- und Mittelbetriebe.

Was für die EU gilt, gilt ebenso für eine kleine, wirtschaftlich entwickelte Region wie das Bundesland Kärnten. Wir stehen als Region mit unseren Unternehmen in einem nationalen und internationalen Standortwettbewerb. Entweder sind hier bei uns die Standortbedingungen vor Ort günstig, so daß sich Unternehmen dynamisch entwickeln können und wachsen - oder sie sind ungünstig, so daß bestehende Firmen die Wettbewerbsfähigkeit verlieren, nur unterdurchschnittlich wachsen und auch der Nachwuchs an jungen Unternehmen ausbleibt. Die relative Standortgunst einer Region entscheidet zudem, wo zusätzlich Produktionskapazitäten angesiedelt werden.

Zunehmend konkurrieren heute Wirtschaftsstandorte neben ihrer Attraktivität als produktives Umfeld auch - und das ist für uns wesentlich! - um hochqualifizierte Arbeitskräfte. Die Ressource Arbeitskraft wird zum entscheidenden Standortfaktor. Länder und Regionen konkurrieren heute um diese hochqualifizierten Arbeitskräfte, denen ein internationaler Arbeitsmarkt offensteht und die sich in ihren Mobilitäts- und Karriereentscheidungen an Einkommen, beruflichen Chancen und wohl auch Lebensqualität orientieren.

In einem solchen Umfeld muß Kärnten als Wirtschafts- und Industriestandort mithalten können, wenn die erreichte Prosperität erhalten und die Wachstumschancen für die Zukunft gesichert sein sollen. Die bestehenden Unternehmungen müssen Bedingungen vorfinden, die ihr Wachstum fördern. Kärnten muß für Unternehmensgründer und für potentielle Betriebsansiedlung attraktiv gestaltet sein. Diese Zielsetzung ist für ein Bundesland, das begonnen hat, sich der Gesamtdynamik der österreichischen Wirtschaft anzugleichen, doppelt wichtig.

Ein entscheidendes Plus für diesen Aufholprozeß im internationalen Standortwettbewerb stellt jedoch die Qualifikation des Arbeitskräftepoten-

Ing. Pfeifenberger

tials sowie das Potential von Forschung und Entwicklung dar: Bildung und Motivation der Arbeitskräfte sowie F- & E-Ressourcen sind die entscheidenden Faktoren, die heute Märkte bestimmen und sich der Erfolg von Unternehmen entscheidet.

Hier kommt die duale Rolle von F & E bedeutsam hervor. F & E bringt nicht nur Innovationen hervor, sondern stärkt auch die Aufnahmefähigkeit von Unternehmen für technologische Entwicklungen und die Kooperationsfähigkeit im F- & E-Bereich. Einfach gesagt: Es bekommt nur jemand neues Wissen, wer auch neues Wissen anbieten kann! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Durch leistungsfähige F- & E-Infrastrukturen, günstige Rahmenbedingungen in der F- & E-Förderung und ein Potential hochqualifizierter Arbeitskräfte werden internationale Konzerne motiviert, nicht allein Produktionsbetriebe, sondern ebenso Entwicklungs- und Kompetenzzentren in Kärnten anzusiedeln. Beispiele dafür kennen wir.

Was wir verstärkt benötigen, sind deshalb folgende Schwerpunkte unserer Technologie- und Innovationsförderung: Technologietransfer von Hochschulen, F- & E-Einrichtungen und anderen Unternehmen zu unterstützen; Informationsangebot für die Steuerung von Innovationsprozessen zu initiieren; Netzwerke und kooperative Strukturen im Unternehmens- als auch im Branchenbereich aufzubauen und auch mit dem Verbund in F- & E-Einrichtungen (sprich Cluster) zu organisieren.

Deshalb, geschätzte Damen und Herren: Treiben wir unsere Informations- und Kooperationsnetzwerke so voran, um damit die technologischen Stärkefelder der Kärntner Wirtschaft voll zu unterstützen!

F- & E-Einrichtungen (wie das CTR, das SIT oder das K-wood) sind genau das Konzept zur Stärkung der technologischen Basis unseres Landes. Deshalb ist aus dem Technologiefonds gerade der Aufbau dieser Strukturen zu finanzieren und mit viel Bundesmitteln zu stärken. Der Ausbau des FH-Sektors (Fachhochschulektors) in Kärnten in Verbindung mit technologieorientierten Gründungen und F- & E-Einrichtungen von Unternehmen ist ein zukunftsweisender Weg.

Der weitere Ausbau der Universität Klagenfurt mit einer Studienrichtung „Technische Informatik“ wird von internationalen Fachexperten empfohlen und sollte rasch in Angriff genommen werden. Zukünftig haben jene Maßnahmen Gewicht, die die Schaffung und Nutzung von Wissen zum Schwerpunkt haben. Ebenso ist entscheidend, wie hoch die F & E Förderung am Standort ist, um hier neue Unternehmen entstehen zu lassen. Damit können Kompetenzen und Projekte von der Ebene nationaler Institutionen auf die Ebene von regionalen, lokalen und Brancheninitiativen verlagert werden.

Deshalb erfordert eine Technologiepolitik auch die Entschlossenheit, Geld jetzt einzusetzen und bereitzustellen, um mit dem hohen Tempo des internationalen Technologiewettbewerbs Schritt zu halten.

Hohes Haus! Damit komme ich zu einigen Kennzahlen des Budgets 2001. Ich darf Ihnen kurz die Veränderungen im Budget 2001 hier erläutern. Es gibt im Bereich der EU-Kofinanzierung eine Rücknahme von 265 Millionen Schilling. Dies resultiert daraus, daß der Bund Förderungsprogramme selbst durchführt und dadurch die Länder nicht mehr in die Lage versetzt werden, diese Mittel zu dotieren. Im Bereich der Hoheitsverwaltung ist eine Verwendung von plus 40 Millionen Schilling, im Bereich der Landeslehrer eine Reduktion von minus 28 Millionen Schilling, im Bereich der KAB eine Erweiterung von plus 56 Millionen Schilling, im Sozialbereich einschließlich des Familienprogrammes eine Erweiterung um 796 Millionen Schilling, in der Landwirtschaft eine Reduktion durch die Veränderung der Förderprogramme von 133 Millionen Schilling, im Sportbereich ein Plus von in etwa 20 Millionen Schilling, in der Kultur ein Plus von 29 Millionen Schilling, im Wasserbau ein Zuwachs von 69 Millionen Schilling, im Umweltschutz (ebenso durch veränderte Förderprogramme) eine Rücknahme von 37 Millionen Schilling und im Straßenbau ein Plus von 56 Millionen Schilling im Vergleich zum Budget 2000. *(Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)*

Neuerungen in bezug auf die Liegenschaftsverwaltung sind ähnlich wie beim Bund; das Land Kärnten wird den überwiegenden Immobilienbesitz in eine im Alleineigentum des Landes ste-

Ing. Pfeifenberger

hende Landesimmobiliengesellschaft ausgliedern. Zweck dieser Gesellschaft ist das Liegenschaftsmanagement, also der An- und Verkauf bzw. die Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften, die bauliche Betreuung im Hochbau wie Neubau, Instandhaltung und Instandsetzung, sowie die Hausverwaltung und Dienstleistungserbringung im Auftrag des Landes und anderer Gebietskörperschaften.

Das Land verkauft und - soweit Bedarf gegeben ist - mietet wiederum zu marktconformen Preisen mit längerfristigen Mietvereinbarungen zurück. Das erwartete Erlösvolumen aus den Liegenschaftsverkäufen wird mit 770 Millionen Schilling für das Jahr 2001 angenommen. Damit wird das wichtige Familienpaket ausfinanziert und werden verschiedene Investitionsvorhaben (wie die Berufsschule Wolfsberg, die Landesgalerie sowie das Veranstaltungszentrum Klagenfurt) finanziell gesichert.

Eine sehr wichtige Neuerung ist die Umstellung der Förderung im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft. Vom derzeit üblichen System der Gewährung von verlorenen Zuschüssen wird auf Gewährung von rückzahlbaren Darlehen und rückzahlbaren Zuschüssen umgestellt. Um in den nächsten Jahren verstärkt Abwasser- und Wasserversorgungsprojekte zu realisieren, werden zinsenlose Darlehen, deren Rückzahlung erst nach 25 Jahren nach Fertigstellung des Projektes einsetzt, ausgegeben. Die Rückzahlung nach diesem Zeitraum wird mittels Bundesförderung unterstützten Bankkrediten erleichtert.

Es kommt damit zu keiner Steigerung des Abwasserzinses, und es können für Reinvestitionen Rücklagen gebildet werden. Derartige Anlagen haben eine geschätzte Lebensdauer von 40 Jahren - damit verteilen sich die Lasten auf mindestens zwei Generationen. Im Budgetentwurf sind zusätzliche 67 Millionen dafür vorgesehen; dadurch werden viele Projekte wesentlich früher realisiert werden können.

Eine einzige Abgabeanpassung wurde beim Kulturschilling vorgenommen. Diese Mehreinnahme von fünf Millionen Schilling kommt zweckgebunden den Musikschulen im Lande zugute. Damit werden bestehende Abgänge gedeckt. Das läßt auch die Erwartung zu, daß durch eine Privaträgerschaft in Form eines Ver-

eines unter Einbeziehung von Sponsorgeldern der erhöhte Bedarf an Musikunterricht in Kärnten finanziert werden kann.

Ansonsten gibt es keine einzige Steuererhöhung im Budget 2001! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Ich glaube, das ist auch ein Signal an die Bevölkerung: daß wir eine Budgetsanierung mit zusätzlicher Ausweitung für wichtige Bereiche ohne eine Steuererhöhung vornehmen.

Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus! Ein Reformbudget mit historischen Veränderungen und neuen finanzpolitischen Ansätzen ist zur Beschlußfassung vorgelegt. Der Konsolidierungskurs in bezug auf den Nettoabgang wurde strikt eingehalten. Die Sanierung unserer Landesschulden ist mit diesem Beschluß in die Wege geleitet und bringt dem Land neue Mittel zur Zukunftssicherung. Die große Verantwortung dieses Weges ist die Sicherung und Finanzierbarkeit wichtiger Vorhaben und Initiativen für unsere Bevölkerung. Noch wichtiger ist aber eine vorausschauende Handlungsweise im Budgetvollzug zur Existenzsicherung und Erhaltung wichtiger Ressourcen für die nächste Generation. Ausbildung und Arbeitsplätze: Das sind die entscheidenden Faktoren einer verantwortungsvollen Budget- und Beschäftigungspolitik.

Der Reformzug, geschätzte Damen und Herren, ist in Bewegung. Wer diesen Reformzug besteigt und damit alle notwendigen Veränderungen dieser Zukunftssicherung mitträgt, wird auch an den Erfolgen teilhaben. - Wer ihn nicht besteigt, kann auch nicht erwarten, bei wichtigen Entscheidungen und Maßnahmen ernst genommen zu werden. Diese wichtigen Veränderungen und Weichenstellungen sind im Budgetprogramm 2000 bis 2004 festgeschrieben.

Es basiert auf der Grundlage einer sparsamen, reformorientierten Finanzpolitik, die eine schrittweise Absenkung der Nettoneuverschuldung als oberstes Ziel hat.

Geplante Einnahmen aus dem Verkauf der Wohnbaurdarlehensforderungen oder der Beteiligungserlöse der KEH sind nur 2001 vorgesehen. LIG-Erlöse aus Liegenschaftsverkäufen wurden auf vier Jahre aufgeteilt und dienen auch der Reduktion der Nettoneuverschuldung ab 2002 bis 2004. Alle anderen notwendigen Schritte zur Verhinderung eines neuerlichen rasanten Schul-

Ing. Pfeifenberger

denabbaues können nur durch eine Verschärfung der Ausgabenvorhaben gesetzt werden. Eine Sanierung ohne Schmerz ist in Wahrheit nicht erfolgversprechend. Deshalb wird man ohne strukturelle Veränderungen nicht ans Ziel kommen.

Notwendig ist ab 2002 eine Reduktion um 5 % in allen Förder- und Ermessensausgaben. Einsparungen im Personalbereich werden dazu führen, daß mit 1,5 % Steigerung das Auslangen gefunden wird. Für Pensionen ist eine Steigerung von 4 % vorgesehen. Der Sozialbereich wurde wiederum mit 6 % für 2002, 5 % für 2003 und 4 % für 2004 Zuwachs geplant. Die Krankenanstalten haben ein vereinbartes Fixbudget.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Die Strukturreform darf nicht ein leeres Versprechen werden. Wenn nicht jetzt die Zeit genützt wird, ist eine Trendumkehr nicht mehr möglich. Der Einsatz einer Landeskommission unter Einbeziehung kompetenter Fachleute muß die Reformen auf Machbarkeit und Nachhaltigkeit gewährleisten. Die Vorschläge im Budgetprogramm sind rein rechnerisch aufgesetzt worden. Es muß allen Referenten jetzt auch ermöglicht werden, in der Form von Globalbudgetverantwortung dort die Einsparungen vorzunehmen, wo sie in der eigenen Verantwortung glauben, es tun zu müssen.

Es ist auch die Programmgestaltung in Form einer Darstellung genau ersichtlich. (*Der Landesfinanzreferent zeigt eine Graphik vor.*) Es ist die Maastricht-Kurve konform der Bundesvorgaben vorgegeben. Wir erweitern unseren Maastricht-Überschuß ab 2001, beginnend mit 503 Millionen Schilling im Jahre 2000, auf 2.036 Millionen und kommen in die Position, daß wir diese Maastricht-Überschüsse über die ganze Periode hin sichern. Die rote Linie ist jener Bereich, der die Nettoneuverschuldung darstellt. Hier haben wir 2000 eine Nettoneuverschuldung von geplanten 995 Millionen Schilling, werden 2001 auf null reduzieren und werden dann unseren Kurs einer stetigen Abwärtsbewegung unserer Nettoneuverschuldung ganz konkret einhalten, das heißt 814 Millionen Schilling (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) im Jahre 2002, 607 Millionen Schilling im Jahre 2003 und 577 Millionen Schilling im Jahre 2004.

Analog dazu die Grafik der Landesverschuldung: (*Der Finanzreferent zeigt eine andere Graphik vor.*) Wir haben jetzt, im Jahre 2000, einen Stand von 14,8 Milliarden Schilling, werden 2001 auf 4 Milliarden absenken und werden dann ganz langsam bis 2004 mit moderaten Zuwächsen die Landesfinanzverschuldung auf 6 Milliarden Schilling wieder ansteigen lassen, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) was zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein riesiger Erfolg ist, weil wir davon ausgehen können, daß wir auch einen wesentlichen Sanierungsbeitrag an den Bund zu liefern haben. Aufgrund der Schuldsituation auf Bundesebene ist das natürlich eine Notwendigkeit, die unumgänglich ist.

Bezogen auf die Bevölkerung wird sich die Pro-Kopf-Verschuldung bis zum Jahre 2004 leicht erhöhen. Das ist ein historischer Rückgang der Schuldenlast pro Kärntner Bürger und bringt uns im Österreichvergleich in eine hervorragende Position.

Das Ziel ist es, daß wir die Schuldenentwicklung auf einem Niveau von in etwa 6 bis 7 Milliarden Schilling einfrieren. Die Summe aller Fremdfinanzierungen für außerbudgetäre Strukturen wie KWF, KAB, TIK und KKF belaufen sich abzüglich des Gemeindeanteils auf etwa eine Größenordnung von 6 Milliarden Schilling. Bei einer Teilprivatisierung von weiteren Landesvermögensanteilen könnte uns der Weg freistehen, diese Schulden nochmals zu reduzieren, um damit auch insgesamt im Vergleich mit anderen Bundesländern einen Maximalschuldenstand von 6 bis 7 Milliarden Schilling auf die Dauer in Kärnten darzustellen.

Und das ist ein Ziel, das auch von uns verfolgt wird und das ist auch meine persönliche Zielsetzung, daß wir auf diesen Status bleiben.

Geschätzte Damen und Herren des Kärntner Landtages! Hohes Haus! Das ist mein Budget- und Wirtschaftsbericht für das kommende Jahr für das Jahr 2001 und das Programm für 2004, Kärnten geht damit neue Wege sowohl in der Finanz- als auch in der Wirtschaftspolitik. Dieses Reformwerk ist ein historisches Einbekenntnis zu mehr Verantwortung und Veränderungswille für dieses Land. Es berührt alle Bereiche des sozialen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen sowie gesellschaftspolitischen Lebens in

Ing. Pfeifenberger

Kärnten. Es zielt darauf ab, dieses Land zukunftsreich und zukunftsfähig zu machen.

Die großen Veränderungen in der Familien- und Jugendpolitik sowie der Schuldenabbauprogramm setzen auf eine Befreiung von Versäumnissen und Belastungen der Vergangenheit. Unsere Politik ist eine Politik für die Generation von morgen, eine Politik für den Erhalt des Wohlstandes und der Freiheit jedes einzelnen Menschen dieses schönen Landes. Danke für ihre geschätzte Aufmerksamkeit. *(Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Danke Karli!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke dem Herrn Finanzlandesreferenten für seinen Budgetbericht, *(Weiter heftiger Beifall der FPÖ-Fraktion)* für den interessanten Budgetbericht, der uns ja in den nächsten Tagen und Wochen noch sehr eingehend beschäftigen wird. Ich hoffe, daß wir uns gemeinsam in diesem Hause über dieses Budget 2001 und die Zukunftsentwicklung sachlich auseinandersetzen werden.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2.

2. Ldtgs.Zl. 238-5/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses betreffend den 1. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000

Berichterstatter ist Abgeordneter Gritsch. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß ist die erste Lesung erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Bezugnehmend auf die Notwendigkeit der Konsolidierung des Kärntner Landeshaushaltes und der Leistung eines Beitrages des Landes zur Einhaltung der Maastricht-

Kriterien präsentiert sich der Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000. Wesentliche Schwerpunkte dieses Nachtragsvoranschlages bilden unter anderem Ausgabenerhöhungen im Sozialbereich, im Personalbereich der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung, für Beitragsleistungen des Landes im Rahmen des Versöhnungsfondsgesetzes sowie der Tierseuchenbekämpfung. Es darf aber auch auf die investiven Komponenten dieses Nachtragsvoranschlages zum Beispiel die Bereiche Abwasserbeseitigung, Schutz- und Regulierungsbauten, Sportstättenbau, Investitionsvorhaben der Gemeinden, Technologieland Kärnten GmbH. hingewiesen werden. Die Festschreibung des Nachtragsvoranschlagsziffernkonvolutes erfolgte nach Aufbereitung auf Beamtenebene im Einvernehmen mit dem Herrn Landesfinanzreferenten und unter Berücksichtigung des Ergebnisses durchgeführter politischer Verhandlungen auf Referentenebene.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. KO Dr. Strutz das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

(KO Abg. Dr. Strutz kommt mit Nikolaus und Krampus ans Rednerpult. - Er stellt einen roten Krampus und einen blauen Nikolaus auf das Rednerpult. - Den Krampus Richtung SPÖ-Fraktion und den Nikolaus Richtung ÖVP-Fraktion)

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Landtagspräsident! Meine geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Wenn wir heute die Budgetrede des Finanzreferenten gehört haben und wenn wir damit verbunden auch das Budget für das kommende Jahr und uns das Verhalten der einzelnen Parteien ansehen, dann stehen wir vor einem grundsätzlichen Wechsel in der Landespolitik. Es geht nicht nur um den Nachtragsvoranschlag. Es geht nicht nur um das Budget 2001. Es geht um eine neue Qualität des Wirtschaftens, der Finanzpolitik, es geht um eine neue Qualität der Sozialpolitik und es geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch um eine Richtungsentscheidung für die Parteien.

Dr. Strutz

Stehen sie auf der positiven Seite, (*LR Wurmitzer: auf der Seite des Nikolauses!*) auf der Seite jener Menschen, auf der Seite des Nikolauses - richtig, Kollege Wurmitzer - der gutes für die Kinder will, der etwas für die Familien mit nach Hause bringt oder stehen sie auf der Seite des Krampusses, der viel Lärm macht, der schreit, der Zwietracht sät (*Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr*) und der - Kollege Rohr - mit dem Trillerpfeiferl aufmarschiert, lärmt und Unruhe stiftet.

Es geht auch um die Frage: Wer hat die Kraft? Wer hat die Kraft neue Wege in der Finanzpolitik zu beschreiten, wie sie Landesrat Pfeifenberger angerissen hat. Wer hat die Kraft auch tatsächlich Chancen zu nutzen und wer ist bereit, neue Denkmodelle zuzulassen. Was haben wir für Alternativen, meine sehr geehrten Damen und Herren, als jene von Landesrat heute aufgeführten und aufgezeigten Weg? So weiter machen wie bisher? Wir haben in den letzten zehn Jahren gesehen wohin das führt. Die Schulden sind gestiegen! Die Belastungen für die Bevölkerung in Kärnten sind gestiegen. Kärnten wurde österreichweit an das Schlußlicht manövriert.

Wir Freiheitlichen wagen daher und sind bereit neue Wege zu beschreiten. Die Finanzpolitik von Landesrat Pfeifenberger, die einen echten Neuanfang für Kärnten darstellt, wird ermöglichen, daß Investitionen wieder getätigt werden können. Sie wird es ermöglichen, daß notwendige Impulse in der Wirtschaft gesetzt werden können, daß Leistungsanreize geschaffen werden, daß die Armut sinnvoll und effizient bekämpft werden kann und daß den sozial Schwachen auch tatsächlich geholfen werden kann. Nur eine nachhaltige, Hoher Landtag, nur eine nachhaltige Budgetpolitik, das heißt sparen zum richtigen Zeitpunkt, unnötige Ausgaben vermeiden und somit auch Spielräume schaffen für neue Investitionen, für Hilfestellungen vor allem im Sozialbereich ... Nur eine nachhaltige Budgetpolitik wird uns erlauben auch den errungenen Wohlstand in Kärnten zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten.

Wir Freiheitliche haben unser Land mit rund 14 Milliarden Schilling an Schulden als Schlußlicht im österreichweiten Vergleich übernommen. Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug 27.000 Schilling und wird, wie es Pfeifenberger gesagt hat, auf 7.000 Schilling jetzt reduziert werden. Allein

mit dem Budget, das jetzt vorgelegt wurde, wird eine Zinsentilgung von jährlich rund 550 Millionen Schilling vorgenommen, die uns zusätzlich für wichtige Maßnahmen in allen Bereichen zur Verfügung stehen werden. Wir setzen auf einen massiven Schuldenabbau, um wichtige Akzente im Bereich der Familienförderung, Hilfe für sozial Schwache und die Sicherung von Arbeitsplätzen sichern zu können.

Das ist der Grund, warum mit der SPÖ und der ÖVP Gespräche geführt wurden, um einen Konsens für eine neue Finanzpolitik zu finden. Einen Konsens der heute bereits an das Morgen denkt. Einen Konsens für ein hochwertiges Gesundheitssystem. Ein Konsens für Familienleistungen. Ein Konsens für die Unterstützung von sozial schwachen Menschen in Kärnten. Und es ist auch gelungen diesen Konsens, diese Übereinstimmung zu finden. In mehreren Verhandlungsrunden haben wir Übereinstimmung darüber erzielt, daß das Budgetziel, nämlich eine Nettoneuverschuldung gleich Null, ab Ende dieser Legislaturperiode, daß das außer Streit gestellt wird. Wir haben dazu einen gültigen Landtagsbeschluß, auch die Sozialdemokraten haben dieses Ziel als richtig erkannt.

Es ist uns auch gelungen mit dem Gemeinde- und dem Städtebund einen Finanzausgleich für die Gemeinden zu verhandeln. Der Vertreter des Gemeindebundes - er ist ja auch im Landtag anwesend - hat mit seiner Unterschrift in einem Schreiben an die Kärntner Landesregierung bestätigt, daß das der richtige Weg ist. Daß man selbstverständlich auch bereit ist Kostensteigerungen im Bereich der Krankenanstalten, im Sozialbereich mitzutragen, wenn gleichzeitig auch finanzielle Spielräume geschaffen werden. Auch der Städtebund hat diesen Finanzausgleich zugestimmt. Auch hier gibt es die Unterschrift von Bürgermeister Manzenreiter (ich hol mir den Brief heraus) der sagt: "Einer Umstellung der derzeitigen Krankenanstaltenfinanzierung wird grundsätzlich zugestimmt." Da ist die Unterschrift von Bürgermeister Manzenreiter in einem Schreiben an den Herrn Landeshauptmann Haider, wo er genau jene Maßnahmen begrüßt und zustimmt, die jetzt plötzlich nicht mehr gelten sollen, die jetzt plötzlich kritisiert werden, die jetzt plötzlich nicht mehr richtig sind. Sowohl Ferlitsch als auch Manzenreiter

Dr. Strutz

haben mit ihrer Unterschrift Ja gesagt dazu, daß finanzielle Spielräume für die Kommunen geschaffen werden, daß neue Finanzmodelle erachtet werden.

Auch die Vertreter der Arbeiterkammer, Hoher Landtag, haben in Gesprächen versichert, diese Finanz- und Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Aber der Finanzreferent hat darüber hinaus natürlich auch zahlreiche Gespräche - wie er es heute berichtete - mit den Referenten, vor allem mit Ambrozy, vor allem auch mit jener Landesrätin Schanig-Kandut, die jetzt so massiv Widerstand gegen den Nachtragsvoranschlag und das Budget leistet, geführt und sowohl zum Nachtragsvoranschlag als auch zum Budget in den wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt. Sie selbst durfte bei einigen Gesprächen anwesend sein, wo wir offen über den Bedarf im Sozialbereich diskutiert haben und auch unsere Bereitschaft bekundet haben, durchaus über Wege zu diskutieren, wo wir noch Spielraum haben um soziale Härtefälle abfangen zu können, beispielsweise auch über den Kärntner Krankenanstaltenfonds. Hier gibt es Möglichkeiten der für die Unterstützung im extramuralen Bereich auch die Unterstützung von Sozialprojekten sicherstellen kann. Auch hier sind wir im großen und ganzen auseinandergeschieden und haben diese Übereinstimmung erzielt. Man kann daher sagen, wir haben mit allen Betroffenen einen Konsens, ich würde es einen "Kärnten Konsens" nennen, erzielt und ich bedanke mich bei all jenen konstruktiven Kräften, die ihre Bereitschaft signalisiert haben hier mitzumachen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Ich selbst war bei diesen Gesprächen anwesend und darf sagen, es war ein konstruktives Klima, das die Sache im Auge gehabt hat.

Wir haben einen "Kärnten Konsens" erzielt bis, ja bis auf einmal diese Linie von einem Bürgermeister, der als Parteiboss gänzlich gescheitert ist, nicht nur im Land auch in seiner eigenen Partei, vom Villacher Bürgermeister Manzenreiter plötzlich gestoppt wurde. (*3. Präs. Mitterer: einfaches Parteimitglied!*) Stopp! Kein Konsens für Kärnten! Konflikt ist gefragt! Er hat sich lautstark medial zu Wort gemeldet und liest seiner eigenen Partei die Leviten. "SPÖ-Politiker liest Partei die Leviten. - Der frühere SPÖ-Landeschef Manzenreiter mahnt seine

Freunde zum Widerstand." Widerstand und das Trillerpfeiferl gehören ja gerade zur Grundaussstattung jedes Linken seit "Gruselbauer" an der Macht in Wien ist und zum Etablisement der Partei gehören möchte. Und er fordert auf, energischer den Konflikt gegenüber den Freiheitlichen, gegenüber Jörg Haider zu schüren. Das bedeutet für mich Kampf und er wünscht sich einen Konflikt herbeizuführen. Diese Kriegsrhetorik, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht unsere Sprache. (*Heiterkeit in der SPÖ- und ÖVP-Fraktion. - LR Schiller: Weidmannsheil! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Es haben ihn auch andere Linke in der SPÖ gestört, daß wir halt hier ein gutes Gesprächsklima - ein Gesprächsklima, das die Sache und nicht parteipolitische Konflikte im Auge gehabt hat - in Kärnten erzeugen konnten und daß hier in Kärnten eine neue Qualität des Verhandeln über Parteigrenzen hinweg auch Einzug gehalten hat.

Die sachpolitischen Überlegungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, über die Parteigrenzen hinweg, waren ihm und den linken Exponenten ein Dorn im Auge. Wir haben gemeinsam viel weitergebracht. Ich nenne nur das Kindergeld, die Besserstellung der Familien, was im nächsten Jahr kommen wird. Natürlich haben die Sozialdemokraten diese Maßnahme kritisiert. Ich nehme das nicht übel. Es war die Idee „Kinderscheck“ von Jörg Haider; es war die Idee „Kindergeld“ von der ÖVP, die einfach hier dazu zum Tragen gekommen sind, daß man halt den Familien in Kärnten mehr Geld zur Verfügung stellen möchte. Es war nicht Ihre Idee; deshalb haben Sie es halt kritisieren „müssen“. Aber letztlich haben Sie zugestimmt. Letztlich habt ihr „Ja!“ gesagt: zu einer sinnvollen Maßnahme! Und das ist der Weg, der in Kärnten weiterhin beschritten werden sollte - nicht der Konflikt, nicht der Krampf, den sich der Herr Manzenreiter und die Frau Schanig wünschen, sondern das Gemeinsame, wo die Sache im Vordergrund steht! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Es ist ja bezeichnend, wie von seiten der SPÖ - und ich weiß, daß viele von euch diesen Weg nicht mitgehen wollen - dieser Kampf und dieser Konflikt jetzt getragen werden soll. Die SPÖ will die Bevölkerung gegen Haider mobilisieren.

Dr. Strutz

Die Kraft, die Manzenreiter von euch eingefordert hat, die habt ihr offensichtlich nicht allein. Deshalb wollt ihr jetzt die Leute mobilisieren, auf die Straße treiben. Die ersten Demonstrationen waren ein bisserl kläglich, wenn ich mir das angeschaut habe, vor der Schleppehalle. Die 20 Leute, die dort mit dem Trillerpfeiferl und dem Herrn Würschl demonstriert haben, das war nicht richtig die große Kraft, die der Herr Manzenreiter von der SPÖ eingefordert hat. Deshalb heißt es jetzt: die Bevölkerung mit einem Volksbegehren mobilisieren?! Ein „toller Vorschlag“.

Ich kann mich noch sehr genau erinnern, wie die SPÖ die Freiheitlichen kritisiert hat: immer dann, wenn wir zur direkten Demokratie aufgerufen haben. Und jetzt will die SPÖ-Kärnten - Peter Ambrozy hat das gestern angekündigt - ein Volksbegehren zum Landesbudget durchführen?! Ich kann euch nur sagen: „Liebe Genossen“, lest eure eigene Zeitung! Lest die „Kärntner Tageszeitung“ vom 28. November! (*LR Schiller: Familiensilber wird verschleudert!*) Dort schreibt der Herr Michael Kuschar folgendes: (*LR Schiller: Die Wahrheit!*) Die Wahrheit! So ist es! „Neue Ziele, besser früher als später.“ Lest aufmerksam die „KTZ“! „Gerade die SPÖ“ - (*zum eintretenden LHStv. Dr. Ambrozy:*) es freut mich, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, daß Sie hereinkommen - „stand dem inflationären Gebrauch der direkten Demokratie stets skeptisch gegenüber.“ Das, was Peter Ambrozy gestern angekündigt hat, sagt die „KTZ“. Eigentlich sagt sie damit, daß die Opposition (die SPÖ) am Ende ihrer Weisheit ist. „Jetzt soll das Volk Opposition spielen. Nun, ganz Europa hat in Österreich schon Opposition gespielt, und es ist danebengegangen. Und es ist eher zu bezweifeln, daß aus dieser Erfahrung heraus eine erkleckliche Mehrheit noch Lust darauf verspürt, außerparlamentarisch zu opponieren. Außerdem hat die SPÖ ohnehin nur dasselbe Ziel: das Nulldefizit - nur ein bißchen später halt. Gefragt aber wären Ziele besser früher als später.“ Diesen Artikel vom Herrn Koschar kann man wirklich unterstreichen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Das sind gescheite Worte. Hoffentlich schadet ihm das jetzt nicht, daß ich ihn da zitiert und das vorgelesen habe, weil es ja auch nicht anständig ist, (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) wie die Demonstrationen organisiert

werden, Kollege Arbeiter. Die Gewerkschaft lud Kärntner ein und verteilte Trillerpfeiferl. Einberufung für Eisenbahner nach Wien zur Studentendemo. Das sind die Methoden, Kollege Arbeiter, wie ihr in Kärnten agiert! (*Zwischenruf des Abg. Arbeiter.*) „Viele aufrechte Kärntner, Eisenbahner, Gewerkschafter, fühlen sich gefoppt. In einem offiziellen Schreiben waren sie für vergangenen Mittwoch zu einer Konferenz nach Wien einberufen worden. Doch in der Bundeshauptstadt wurden sie dann mit Trillerpfeifen ausgestattet und zur Studentendemo abkommandiert.“ Kollege Arbeiter, das sind die Methoden, das ist der Krampus, das ist das Diabolische an der SPÖ! Ihr mißbraucht die Arbeitnehmerinstitutionen, die Rechte und die Arbeiter, (*Lärm im Hause*) die berechtigten Sorgen der Arbeitnehmer für derartige Zwecke zu mobilisieren gegen die Freiheitlichen, gegen Haider, zu streiten, Zwietracht zu säen, Trillerpfeiferl im Mund!

Es ist aber auch bezeichnend, daß gerade die Landesrätin Schaunig-Kandut - nachdem ihr als Galionsfigur auf Geheiß von Manzenreiter der Putsch offenbar geglückt ist - einen Karriereprung macht. Flugs wird sie zur Leiterin der Sozialabteilung des Herrn "Gruselbauer" bestellt, in Wien draußen, und darf nun sozusagen als Verbindungsoffizier von Wien aus agieren. (*Zwischenruf von LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut*) Das habe ich mir gedacht, denn Ihre Politik trägt genau die Handschrift des Herrn Gruselbauer. Und das ist es: Ambrozy wurde entmachtet; Schaunig unter Kuratel von Manzenreiter gestellt. Und Gruselbauer darf sozusagen von Wien aus auch jetzt wieder in Kärnten regieren. (*Abg. Arbeiter: Was hat das mit dem Nachtragsbudget zu tun? Vielleicht kann man wieder zum Thema kommen!*) Das wird heute noch lange dauern, Kollege Arbeiter. Das wird heute noch lange dauern, weil es geht um eine Grundsatzfrage, (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. - Zwischenruf des Abg. Arbeiter.*) die da einmal auszudiskutieren ist. Arbeiter, Kollege, rege dich nicht künstlich auf! Ich weiß, daß du unter Druck stehst, aber ich weiß und ich zähle auch dich dazu: zu jenen konstruktiven Kräften innerhalb der SPÖ, die es jetzt nicht leicht haben; denen es nicht leichtgemacht wird. Deshalb waren wir ja auch bereit, auf Ihre Wünsche einzugehen: sowohl im Nachtragsvoran-

Dr. Strutz

schlag als auch im Budget.

Im Sozialbereich ist unter der Frau Landesrätin wirklich das Chaos ausgebrochen. Die Kosten explodieren, aber das Geld in der Verwaltung versickert und kommt nicht bei den wirklich Bedürftigen an. Ich nenne nur zwei Beispiele, jüngste Beispiele. Sie sind durch Akten in der Landesregierung jetzt zu dokumentieren, wo das Land nachzahlen muß. (*Zwischenruf der LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut*) Frau Kollegin Schaunig, horchen Sie zu! Das sind Ihre Akten. So ist es. Das sind Ihre Probleme, die Sie unfähig sind, zu lösen und wo beispielsweise beim Bau eines Pflegeheimes in St. Andrä plötzlich 5,3 Millionen Schilling mehr gezahlt werden müssen, weil Baukostenüberschreitungen entstanden sind. 11,3 % gehen mehr hinein! Da gibt es keinen Architekten. Da gibt es keine Baukontrolle. Und das sind genau jene Gelder, die den sozial Bedürftigen abgehen; die Gelder, die Sie immer wieder einfordern. Die Schwachen, die haben das Geld notwendig - und nicht die Verwaltung, nicht das Geld in die verfehlte Planung stecken. Sorgen Sie dafür, daß in Ihrem Referat Ordnung geschaffen wird und daß die Kärntner das Geld, das Sie ja zur Verfügung haben, bekommen. Zwei Milliarden Schilling im Budget sind der größte Brocken, der jemals für Sozialleistungen zur Verfügung gestellt worden ist. Und Sie sind verantwortlich, daß die Kärntner dieses Geld tatsächlich auch bekommen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Wir waren auch bereit, auf die Wünsche im Gesundheitsbereich einzugehen, weil wir gesagt haben, daß wir diesen wichtigen Bereich außer Streit stellen wollen. Landesrat Pfeifenberger hat mit den zuständigen Referenten jeden Budgetansatz, jeden einzelnen Budgetansatz minutiös verhandelt und in allen Fragen Übereinstimmung erzielt. - Jetzt stop! Geht nicht mehr? Das gilt vor allem für den Nachtragsvoranschlag. Und jetzt ist große Aufregung innerhalb der Sozialdemokraten angesagt, warum man eigentlich dagegen ist, warum man den Nachtragsvoranschlag ablehnen muß, obwohl man ja in der Sache selbst eigentlich schon zugestimmt hat. Es gibt keine sachliche Begründung - außer Ihr Verhalten. (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Schauen wir uns einmal den Nachtragsvoranschlag genau an! Schauen wir uns an,

wogegen die Sozialdemokraten stimmen! Wogegen Sie jetzt sind, wogegen opponiert ihr jetzt plötzlich? - Dagegen, daß die Mittel aus der Volksabstimmungsspende von seiten des Bundes und der Zuschuß von seiten des Landes ausbezahlt werden: für vertrauensbildende Maßnahmen im Sinne des Zusammenlebens der Slowenischen Volksgruppe mit der Mehrheitsbevölkerung und zur Förderung von wissenschaftlichen Einrichtungen in Kärnten, die sich mit der Frage ethnischer Minderheiten befassen. Die Freiheitlichen und die ÖVP werden das selbstverständlich mittragen, werden die Mittel zur Verfügung stellen - die Sozialdemokraten sind dagegen. Daß wir im Haus der Jugend die notwendigen Einrichtungen auch für die Frau Landesrätin zur Verfügung stellen, damit dort Räumlichkeiten für die Jugend für sinnvolle Aktivitäten für die Jugendförderung vorhanden sind. Die SPÖ lehnt diese Maßnahme ab. Sie ist dagegen.

Für die Projekte in der Orts- und Regionalentwicklung: Zahlreiche Projekte - auch in den Gemeinden, wo es sozialdemokratische Bürgermeister gibt - liegen am Tisch, weil sie sinnvoll sind, weil es Mittel sind, die über die EU kofinanziert werden, wo wir im Rahmen der Orts- und Regionalentwicklung sinnvolle Projekte finanzieren, unterstützen wollen. Die Freiheitlichen und die ÖVP werden ja sagen - die Sozialdemokraten werden diese Projekte ablehnen.

Besonders pikant ist die Tatsache: Den Versöhnungsfonds, jener Beschluß auf Bundesebene, der auch von den Ländern verlangt, daß wir freiwillige Leistungen an die Republik einbringen, damit ehemalige Sklaven und Zwangsarbeiter des Nationalsozialistischen Regimes eine finanzielle Besserstellung und Entschädigung erhalten, lehnt die SPÖ ab. Das ist bezeichnend für Ihre Haltung, daß Sie nicht einmal die Größe haben, jenen Positionen die Zustimmung zu geben, für die Sie eigentlich ideologisch zuständig sich immer bekennen und auch eingefordert haben. (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Ich nenne nur aus aktuellem Anlaß die Tierseuchenbekämpfung aufgrund der aufgetretenen BSE-Fälle. (*LR Schiller: Das ist ein Willkürakt!*) Das ist kein Willkürakt, Kollege Schiller! Das ist notwendig. Aktuell ausgebrochen. (*LR Schiller: Ach so? Ausgebrochen? - Lärm in der SPÖ-*

Dr. Strutz

Fraktion.) Heute bringt ihr einen Dringlichkeitsantrag ein, der genau jene Thematik behandelt, nämlich die BSE-Fälle: Vorkehrung und keine Verfütterung und mehr Information.

Wir beschließen im Nachtragsvoranschlag, daß das Geld fließt - aber ihr seid dagegen und regt euch noch auf, daß man dem zuständigen Referenten das Geld gibt, damit er Aufklärungsarbeit leisten kann und damit er auch die Landwirte ... *(LR Schiller: Sagen Sie doch die Wahrheit!)* Ich komm schon dazu. Kollege Schiller, ich komme dazu. Wart noch zwei Minuten! *(Abg. Arbeiter: Sie brauchen nur aufhören, zu reden. Dann bekommen Sie die Antwort: 60 Millionen Schilling!)* Ich sage nur, daß ihr gegen das Landesjugendreferat seid, daß ihr gegen die Leistungen für den Spitzensport seid, *(Lärm im Hause)* daß ihr gegen die Sportförderung seid. Wir werden das sagen, daß ihr gegen die Presseförderung der eigenen Parteizeitung stimmen werdet, daß das Geld nicht kommt; daß ihr gegen den Kärntner Kultursommer seid etc. etc. *(Zwischenruf von LR Schiller)* Die Liste ist lang. Aber, Kollege Schiller, ich gebe dir eine Antwort. *(LR Schiller: Hoffentlich die richtige!)* Es gibt auch eine weitere Begründung, warum der Nachtragsvoranschlag, wie du richtig festgestellt hast, korrigiert wurde und auch in der Landesregierung eine Reduktion in einigen wenigen Ansatzpunkten vorgenommen wurde. Auch die Vorgangsweise der SPÖ spricht für die Art und Weise, wie plötzlich - auf Geheiß aus Villach, auf Geheiß aus Wien - vorgegangen werden muß. *(Koncilia: Ihr habt es notwendig, von „Geheiß“ zu reden! - LR Schiller: So lange haben wir noch nie auf ein Budget gewartet!)* Kollege Koncilia: Nerven bewahren! Entgegen dem Verhandlungsergebnis, entgegen dem Ergebnis im Krankenanstaltenbereich kommt der zuständige Referent mit einem Abänderungsantrag vor der Regierungssitzung, eine Minute vor der Regierungssitzung, und wollte plötzlich um 200 Dienstposten mehr für den Krankenanstaltenbereich haben. Eine Minute vor der entscheidenden Sitzung eingebracht: Er braucht 200 Dienstposten mehr im Krankenanstaltenbereich. *(LR Schiller: Was hat das mit dem Nachtragsvoranschlag zu tun?!)* Eine Rückfrage bei der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft hat ergeben, daß der Bedarf an Dienstposten aber gar nicht benötigt wurde. Du weißt, wir sind zusammengesessen. Ich habe

den Kollegen Suntinger gefragt: „Kommt ihr denn mit den Dienstposten aus?“ Er hat gesagt: „Ja, wir brauchen nicht mehr!“ Trotzdem beantragt Peter Ambrozy 200 Dienstposten mehr. Das alles, Kollege Arbeiter, hätte 100 Millionen Schilling mehr gekostet. Aber mit derartigen Tricks habt ihr vielleicht die ÖVP über den Tisch gezogen - mit uns geht das sicherlich nicht! Das ist auch der Grund, warum diesem Abänderungsantrag nicht zugestimmt werden konnte und hier eine Reduktion vorgenommen wurde.

Das Gleiche gilt für den Sozialbereich. Schanig-Kandut ruft immer wild nach den Mitteln, Sie kann aber in der Regierungssitzung nicht einmal den Nachweis erbringen, ob der Bedarf tatsächlich besteht. In der entscheidenden Sitzung der Landesregierung hat sich die Frau Landesrätin ja nicht einmal zu Wort gemeldet, Sie hat den Mund gar nicht aufgebracht, *(Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion)* keine Wortmeldung abgeben! Das heißt für mich, Frau Kollegin, entweder haben Sie keine Argumente in der Sache oder Sie kämpfen für Ihre Anliegen nicht. Sie sind eine echte *(Lärm in der SPÖ-Fraktion)* Faxpolitikerin, die über den Fernschreiber gefährliche Aussagen macht, die Leute aufhetzt, die Bevölkerung aufwiegelt und eine Politik betreibt, die einfach nicht positiv ist. Sie stehen auf der Seite des Krampusses, deswegen werde ich ihn Ihnen auch anschließend überreichen. Weil das ist keine seriöse Politik. Das ist keine Ebene auf der wir auch kommunizieren können.

Es gibt daher keine Einigung über den Nachtragsvoranschlag mit der SPÖ, weil eine unseriöse Verhandlungspolitik an den Tag gelegt wurde. Es gibt keine Einigung, weil auch keine konkrete Bewirtschaftung in den einzelnen Referaten vorgewiesen werden konnte, *(LR Schiller: Selbsterkenntnis - unseriös)* die die Steigerungen, die zum Nachtragsvoranschlag eingebracht wurden, auch dokumentiert hätten. Nicht einmal eine Wortmeldung! Das zeigt, wie ernst - keine Wortmeldung, das zeigt wie ernsthaft Sie über die Anliegen und für Ihre Sache kämpfen. Und jetzt plötzlich Abänderungen und Veränderungen wünschen zu einem Nachtragsvoranschlag, den Sie selbst vor 14 Tagen in der Landesregierung abgelehnt haben, daß ist ja überhaupt das Beste. *(Zwischenruf des LH-Stv. Dr. Ambrozy)*

Dr. Strutz

Kollege Ambrozy, ich korrigiere mich: Habt ihn zurückgezogen, weil ihr nicht bereit wart, hier eine gemeinsame Vorgangsweise zu treffen. Das heißt, ihr habt ihn de facto abgelehnt.

(Unruhe in der SPÖ-Fraktion) Es ist eine langfristig ... Kollege! Für euch ist das vielleicht lustig. Für euch ist das vielleicht alles Spaß, weil ihr euch so amüsiert. *(Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion)* Traurig ist, wenn so eine Politik gemacht wird, daß beispielsweise die Frau Landesrätin groß die Eröffnung des Lavanttaler Frauenhauses für Anfang nächsten Jahres ankündigt. "Die Budgetmittel dafür sind bereits gesichert", sagt sie. Schaunig-Kandut konnte im heurigen Budget die Mittel für diese wichtige Einrichtung sichern. Wißt ihr, was die Wahrheit ist? Ihr stimmt dagegen, daß diese Mittel fließen. *(Abg. Ing. Rohr: Dir glaubt ja bald wirklich keiner mehr was!)* Kollege Rohr! Ihr belügt die Leute und verhetzt die Menschen. Davon bin ich überzeugt.

Herr Präsident! Hoher Landtag! *(Lärm in der SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Am Wort ist Klubobmann Strutz.)* Es ist eine langfristig orientierte und nachhaltige Politik, die den Nachtragsvoranschlag und das Budget 2001 prägen. Die Freiheitlichen und die ÖVP haben nun gegen den Widerstand der SPÖ die entscheidenden und notwendigen *(LR Schiller: Drüber gefahren! Das ist die Wahrheit!)* Reformschritte eingeleitet. Und ich kann ihnen eines versichern, wir werden diese Reformschritte - auch wenn sie wieder Widerstand rufen, auch wenn sie die Menschen auf die Straße treiben wollen - konsequent fortsetzen. Wir werden diese Reformschritte konsequent fortsetzen. Wir haben diese Maßnahmen, die gestern von der SPÖ gutgeheißen wurden und heute kritisiert werden, ganz bewußt gesetzt. Wir haben diese Schritte ganz bewußt gesetzt, denn wer jetzt nicht handelt und auch den Sparstift ansetzt, handelt fahrlässig. Handelt fahrlässig für die Zukunft, handelt fahrlässig für die Jugend in Kärnten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Der Nachtragsvoranschlag, Hoher Landtag, und das Budget ist in der Landesregierung mit den Stimmen der FPÖ und ÖVP beschlossen worden. Wir sind auf einem Sanierungskurs. Wir sind auf einem Sanierungskurs, wie es Landesrat Pfeifenberger angekündigt hat. Man kann sagen

- wenn man sich die wirtschaftlichen Zahlen anhört, die heute der Finanzreferent berichten konnte - das Schiff Kärnten segelt auf einem neuen erfolgreichen Kurs in eine gute Zukunft. Die SPÖ ist leider im Hafen stehen geblieben. Es ist aber nicht aller Tage Abend. Ich appelliere an die SPÖ, inne zu halten und umzudenken. Inne zu halten und umzudenken, ob ihr Weg des Krampusses, des Konfliktes, des Lärmens und des Widerstandes der richtige ist. Wir sind bereit euch mit an Bord zu nehmen, mit an Bord jenes Schiffes, das für Kärnten in eine gute Zukunft segeln wird. Wir nehmen euch jetzt im Landtag mit an Bord. Ihr wißt, wir können über das Budget noch verhandeln. Springt über euren eigenen Schatten. Ich weiß, daß viele mit dieser vorgegebenen Richtung keine Freude haben. Es wird nicht euer Schaden sein. Denn ihr seid dann mit dabei, wenn für Kärnten viel Gutes getan werden kann, für die Familien, für die Kinder, für die sozial Schwachen. Es ist eure Aufgabe, eure Rolle in Kärnten in der Zukunft auch zu definieren. Seid ihr auf der Seite des Krampusses oder seid ihr auf der Seite des Nikolos. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion - Abg. Dr. Strutz übergibt den Krampus der Frau LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut. Den Nikolaus überreicht er Herrn LH Dr. Haider. - 2. Präs. Ferlitsch: So brav wart ihr Schwarzen auch nicht, daß ihr den Nikolo kriegt, den kriegt doch der Landeshauptmann - Heiterkeit im Hause.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Unterrieder das Wort.)

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, Herr Kollege Strutz als Klubobmann der Freiheitlichen Partei - wenn er über das Budget und über den Nachtragsvoranschlag heute hier referiert hat - hätte alles Krampusse aufstellen sollen mit Blickrichtung zur Kärntner Bevölkerung. Denn, lieber Kollege Strutz, wenn man sich die Auswirkungen des Budgets längerfristig ansieht, wenn man sich verschiedene Maßnahmen im Budget ansieht und Schritte die gesetzt werden für die Zukunft, da brauchen wir keine Trillerpfeifen, da brauchen wir keine Leute auf die Straße bringen. Die Leute spüren das schneller als du glaubst. Die Leute sind früher als du

Unterrieder

glaubst beleidigt auf die, die auf der bundespolitischen Ebene die Politik machen, die ihnen einen Monatslohn im Jahr wegnehmen wird. Sind beleidigt auf die, die auf der landespolitischen Ebene dazu beigetragen haben, daß man ihnen eine Milliarde Schilling schuldig ist. Man hat ein Wahlversprechen gemacht: Kinderbetreuungsscheck. Eineinhalb Jahre hat man die Leute warten lassen, nur die Milliarde wird nie kommen. Wir haben gesagt: Wir sind für familienpolitische Maßnahmen, die wir auch mittragen.

Ich darf jetzt ganz am Beginn anfangen, wo die Unwahrheiten beginnen. Es hat seitens der sozialdemokratischen Fraktion Gesprächsbereitschaft betreffend das Budget gegeben und es hat Gesprächsbereitschaft gegeben im Zusammenhang auch mit dem Nachtragsvoranschlag. Nur, daß man mit Gewalt Ergebnisse erzielen will; nur, daß man sagt: "Entweder friß Vogel oder stirb", die Politik kann man mit Parteien nicht machen. Herr Kollege, ich darf dir in Erinnerung rufen, die freiheitliche Partei hat noch nicht 51 % und sie wird sie in diesem Bundesland auch nie erreichen, nach der Politik, die jetzt stattfindet. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Es ist schon erforderlich, daß man mit den anderen politischen Parteien hier im Lande redet.

Das falsche Bild, welches in der Öffentlichkeit gezeichnet wurde, daß seitens des Finanzreferenten festgestellt wird, es gibt Übereinstimmung zwischen der SPÖ und deren Referentin und Referenten, was das Budget 2001 anbelangt. Dieses Bild hat nicht gestimmt! Dieses Bild hat nicht gestimmt, denn es hat noch keine endgültige Abstimmung gegeben. Und da kann man diskutieren und Unwahrheiten da erzählen von dem Rednerpult so viel man will, es hat noch keine endgültige Übereinstimmung gegeben im Zusammenhang mit dem Budget 2001. Es gibt viel zu viele Fakten, die die Menschen spüren werden, wenn man sagt, wir werden im Personalbereich eben einschränken, eineinhalb Prozent werden das sein. Dann wird man den Druck auf die Beschäftigten spüren. Im Krankenhaus spürt man das schon. Wenn man vermerkt, was alles passieren wird: Man verkauft das Haus - das ja Eigentum ist - in die Landesimmobiliengesellschaft und dann ist man selbst Mieter im eigenen Haus und muß Miete zahlen. Das ist

das, was beabsichtigt ist. Das ist zwar eine schöne Optik für das Budget, aber in Wahrheit ist das längerfristig nicht billiger, sondern teuer zu bezahlen.

Wir haben keinen Zuruf aus Villach von Herrn Bürgermeister Manzenreiter gebraucht, damit das auch von dem Pult aus klargestellt wird. Die SPÖ auf der landespolitischen Ebene - und auch der Herr Bürgermeister Manzenreiter ist Mitglied des Landespartei Vorstandes - hat vorher schon sehr klar und deutlich abgesteckt, nachdem die Fakten auf dem Tisch gelegen sind: Wie gehen wir vor in der Frage mit dem Budget 2001. Und das Schlimmste was jetzt passiert ist, ist ja das. Wie die kleinen Kinder, wenn man ihnen das Spielzeug nimmt, ist man dann beleidigt, wenn bei einer Klubtagung das Signal kommt, daß wir nach Beratungen beschlossen haben, daß die SPÖ Kärnten dem Budget 2001 nicht zustimmen wird.

Der Nachtragsvoranschlag wurde von uns nicht abgelehnt. Damit das auch klar und deutlich auf dem Tisch ist. Der ursprüngliche Nachtragsvoranschlag, nicht der, der in der jetzigen Regierungssitzung eingebracht wurde sondern zwei Wochen vorher. Dieser Nachtragsvoranschlag war nämlich so, daß wir nicht mitgehen haben können, auch Wurmitzer ist zum Teil nicht mitgegangen und der wurde vom Finanzreferenten, mit der Maßnahme Verhandlungen zuführen, zurückgezogen. Das ist die Wahrheit. Die reine Wahrheit, wie die Vorgangsweise war. Dann hat es Gespräche gegeben. Man hat sich zum Nachtragsvoranschlag geeinigt. Man hat diesen abgesprochen. Dann kann man aber nicht sagen: Wenn ihr zum Budget nicht zustimmt, dann werden wir euch den Nachtragsvoranschlag wieder abmontieren. Und das ist passiert! Das ist keine vertrauensbildende Maßnahme, sondern das ist in Wahrheit etwas, was die Konsensfähigkeit zwischen den Parteien eher negativ beeinträchtigt. *(LR Ing. Pfeifenberger: Das ist nicht die Wahrheit!)*

Und ich werde ihnen sagen - weil ja heute so eine Entgeisterung da ist -, daß die SPÖ einem Budget nicht zustimmen wird, auch dem Nachtragsvoranschlag nicht zustimmen wird, weil er ja negativ verändert worden ist. Die FPÖ hat 1995 Nein gesagt zum Landesvoranschlag. Die FPÖ hat zum Nachtragsvoranschlag dann Ja

Unterrieder

gesagt im 94er Jahr, im 93er Jahr Rechnungsabschluß einstimmig. Die FPÖ hat - am 28. und 29.11.1995 war wieder die Diskussion über das Budget - Nein gesagt zum Landesvoranschlag 1996. Der Nachtragsvoranschlag 1995 wurde wieder punktweise abgestimmt und man hat in vielen Bereichen nicht zugestimmt. Die FPÖ hat zu drei Bereichen Nein gesagt. Am 27.06.1995 Rechnungsabschluß, die freiheitliche Partei in Kärnten: Nein zum Rechnungsabschluß. 1996 Nachtragsvoranschlag 95: FPÖ: Nein. Nachtragsvoranschlag 96 wurde einstimmig beschlossen. 1996 Landesvoranschlag: Nein der FPÖ, Rechnungsabschluß: Nein der FPÖ. Im 97er Jahr ein Nein der Freiheitlichen zum Landesvoranschlag und auch ein Nein zum Rechnungsabschluß. 1998 für den Landesvoranschlag 99: FPÖ sagt Nein zum Landesvoranschlag. Zum Nachtragsvoranschlag für 98 sagt die FPÖ: Nein. Zum Rechnungsabschluß 1997 sagt die FPÖ: Nein. Am 1., 2., 3. Dezember des Jahres 1999 wurde wieder der Landesvoranschlag 2000 beschlossen, den wir mit der Maßgabe mitgetragen haben, daß für Personalbereiche für die Krankenanstalten, für die Arbeitnehmerförderung, für diese Bereiche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Und genau in diesem Bereich - das war der Grund warum wir mitgegangen sind - hat die ÖVP dann Nein gesagt. Ich zitiere die Rede des Ersten Präsidenten Freunschlag in der Budgetdebatte für das Budget 2000: "Zur Sicherstellung der erforderlichen Dotierungen für den Personalaufwand der Landeskrankenanstalten sind mindestens 25 Millionen Schilling im Wege eines Nachtragsvoranschlages zum Landesvoranschlag 2000 bereitzustellen." Das ist der Punkt zwei: "Ergeben sich aus der Gehaltsvalorisierung entsprechend der allgemeinen Gehaltsabschlüsse für alle öffentlich Bediensteten weitere Dotierungserfordernisse über die jedenfalls im Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000 bereitzustellenden 25 Millionen Schilling hinaus, so sind diese, nach Verhandlungen für den Personalaufwand der Landeskrankenanstalten, ebenfalls im Wege eines Nachtragsvoranschlages zum Landesvoranschlag 2000 bereitzustellen.

Für die notwendigen Mindestanforderungen auch im Bereich der Presseförderung ist im Ausmaß von S 14 Millionen vorzusorgen." (*Den Vorsitz hat um 13.00 Uhr 2. Präs. Ferlitsch übernommen.*)

men.)

Ich stelle hier die Frage, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus: Wer hält das Wort nicht? Ich stelle hier an die Freiheitliche Partei die Frage: Wer hat Vereinbarungen nicht eingehalten? Und ich lasse mir nicht einreden, was manche Direktoren oder Verantwortlichen im Krankenhausbereich feststellen, daß sie genug Geld zur Verfügung haben. (*Lärm im Hause*) Denn wenn man mit den Beschäftigten im Krankenhausbereich spricht, dann muß ich sagen, ist der Druck für die Leute draußen unerträglich. Das ist das, was stattfindet!

Wir haben das letztmal auch beschlossen, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, daß die Personalentwicklung in den Krankenanstalten unseres Landes nach einem Planstellenmuster stattfindet. Nichts ist eingehalten, anders findet das statt! (*LR Ing. Pfeifenberger: Falsche Planstellen!*) Fest, auf Druck wird gearbeitet: zu Lasten der Beschäftigten. Deswegen habe ich überhaupt keine Sorge, daß wir im Krankenhaus eine Trillerpfeife brauchen oder Sorge, daß wir in anderen Bereichen eine Trillerpfeife brauchen, geschätzte Damen und Herren der Freiheitlichen Partei und der ÖVP, die Sie das Budget jetzt beschließen. Wir werden die Leute automatisch bei uns haben, weil sie sagen werden: „Es ist unerträglich, was jetzt stattfindet.“

In einer Sozialhilfebeiratssitzung, die am 28. 11. 2000 stattgefunden hat, wo der Abgeordnete Jost dabei war, viele Damen und Herren aller Parteien, der FPÖ und der ÖVP durch Bürgermeister oder Vizebürgermeister vertreten worden sind, wurde einstimmig beschlossen: (*Abg. Dr. Wutte: Was wurde beschlossen?*) „Die Landesregierung wird aufgefordert, für die Absicherung der Pflichtaufgaben im Sozialbereich im Nachtragsvoranschlag 2000 und im Landesvoranschlag 2001 die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.“ Und jetzt findet folgendes statt: (*Lärm im Hause*) Die Straffraktion, die Straffraktion zum Nachtragsvoranschlag. Verpflegskosten für chronisch Kranke, Geistesschwache und fremde Anstalten Reduktion (*Abg. Steinkellner: Beschluß hat es keinen gegeben!*) - ich habe Zeit, Frau Kollegin! -, Reduktion von 30 Millionen auf 15 Millionen. Sie strafen nicht die Referentin; Sie strafen die Betroffenen. Und das haben Sie zu verantworten!

Unterrieder

Hilfe zur Eingliederung Behinderter, Beschäftigungstherapie, 10 Millionen ausverhandelt in diesem Bereich Nachtragsvoranschlag, der vereinbart war - Straffraktion: 5 Millionen weniger für die, die Betroffene sind. Soziale Dienste, Sozialhilfe, Hauskrankenpflege (*Lärm im Hause*. - *Vorsitzender 2. Präs. Ferlitsch: Meine sehr geschätzten Herren Abgeordneten! Vielleicht können wir doch ein bisschen mehr Aufmerksamkeit dem Redner schenken!*) und Hilfe, Weiterführung des Haushaltes, 5 Millionen vorgesehen und vereinbart nach Gesprächen mit der Referentin: halbiert 2,5 Millionen; Jugendwohlfahrt, Heime, Wohngemeinschaften und betreutes Wohnen: 5 Millionen für den Nachtragsvoranschlag ausgehandelt - 2,5 Millionen vorgesehen.

Geschätzte Damen und Herren! Das ist keine Straffraktion für die Referentin oder für unsere Regierungsmitglieder! Sie haben das zu verantworten, daß die Leute das Geld nicht haben, das sie dringend brauchen. (*Abg. Dr. Strutz: Zwei Milliarden werden wohl reichen!*) Ich habe die Rede des Herrn Präsidenten zitiert.

Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft: Personalaufwand 10 Millionen ausverhandelt - 1 Million jetzt vorgesehen. Straffraktion! Dann der größte Oberschmäh, und das wird heute noch auf den Tisch kommen: Ein Shakehands in Villach mit dem Herrn Bürgermeister von Villach wegen der Umfahrung, wegen der Tangente: 25 Millionen. „Freiheitliche Partei hält Wort.“ Haider in der Mitte, der freiheitliche Minister rechts. (*Abg. Dr. Strutz: Den Minister gibt es nicht mehr! Das ist ein altes Photo! - Lärm im Hause.*) In Wahrheit: 25 Millionen gestrichen, geschätzte Damen und Herren; eine Million ist im Nachtragsvoranschlag vorgesehen.

Technologieland Kärnten: 1 Million auf 25 Millionen. Verstärkungsmittel, Vorsorge für strukturelle Maßnahmen: Dort geht es hinauf - 1 Million auf 9,9 Millionen. Tierseuchenbekämpfung von 1 Million auf 10 Millionen aufgestockt. Förderung von Maßnahmen nicht einzeln bezeichneter Subventionsempfänger von 5,5 auf 5,497 Millionen.

Bei den Mehreinnahmen werden die angeführten Voranschlagssätze wie folgt veranschlagt: Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, Landesregierung, Gemeindekopfquote von 9 Millionen auf

18 Millionen; Hilfe zur Eingliederung Behinderter: Verrechnung der Gemeindeschuld von 3 Millionen auf 6 Millionen; Soziale Dienste, Sozialhilfe, Gemeindekopfquote von 1,5 Millionen auf 3 Millionen; Jugendwohlfahrt, Gemeindekopfquote, von 1,5 Millionen auf 3 Millionen.

Geschätzte Damen und Herren! Glauben Sie, daß mit dieser Bestrafungsaktion die Sozialdemokratische Partei irgendwo Probleme haben wird? - Probleme werden Sie mit den Menschen haben, denn Sie sind wortbrüchig. Sie haben Dinge ausverhandelt und sind dann beleidigt wie kleine Kinder in den Nachtragsvoranschlag gegangen und haben den zuungunsten der Menschen, der ärmsten Menschen im Lande, verändert. (*Lärm im Hause*)

Wir werden heute einen Dringlichkeitsantrag einbringen, wo wir unsere Vorstellungen zum Nachtragsvoranschlag noch einmal deponieren, die Vorstellungen, die zwischen Referent und den Regierungsmitgliedern ausverhandelt worden sind. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Dr. Wutte das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Gewisserweise ist die heutige Nachtragsbudgetdebatte schon ein Kuriosum. Kurios ist zum ersten, daß es dem Kollegen Strutz von der Freiheitlichen Partei gelungen ist, seinen eigenen Referenten zeitlich fast abzuhängen, in der Vorgabe seiner Budgeteinbegleitung. Das ist wahrscheinlich eine interne Angelegenheiten, das noch einmal nachzubesprechen. (*Abg. Dr. Strutz: Klar!*)

Kurios ist aber noch ein weiterer Umstand, der vor allem politisch interessant ist. Vor etwa einem Jahr, um dieselbe Zeit (am 1., 2. und 3. Dezember), hat es hier im Hohen Haus die Debatte um das Budget des heurigen Jahres gegeben. Da hat es zwischen rot und blau noch eine ganz andere Stimmung gegeben. Da haben andere Emotionen vorgeherrscht, (*Abg. Kreutzer: Ja! - Abg. Dr. Strutz: So ändern sich die Zeiten! Die Volkspartei ist wieder im Spiel!*) nämlich die Emotionen von Eitel, Wonne, Grießschmarren, würde ich sagen. (*Abg. Dr. Strutz: Ja, die ÖVP*)

Dr. Wutte

ist wieder im Spiel!) Man ist sich freudetaumelnd in den Armen gelegen, (*Lärm im Hause. - Abg. Dr. Strutz: Die einzige Konstante sind die Freiheitlichen! Wir stehen. Eine Zustimmung kriegen wir immer!*) durch wirklich überhöhte Ausgaben in bestimmten Bereichen. Wir waren die einzige Partei, die das im Auge gehabt hat, was dem Land nützt. (*LHSiv. Dr. Ambrozy: Klaus, das hat bis heute nicht aufgehört! - Lärm im Hause.*) Ich komme schon noch dazu.

Kuriosum Nummer 3: Kollege Unterrieder von der SPÖ beklagt massiv, daß die FPÖ jahrelang die Neinsagerpartei war. Jetzt ist es offenbar die SPÖ geworden. (*Abg. Unterrieder: Nichts eingehalten!*)

Kuriosum 4 ist, das möchte ich auch noch sagen, daß gerade jener Mann für die SPÖ das Nein hier verkünden muß, dem es von allen SPÖlern wohl am schwersten fällt, der wahrscheinlich am liebsten ein Ja zum Budget und zum Nachtrag heute ausgesprochen hätte, nämlich der Kollege Adam Unterrieder; weil wir seine konsensuale Art normalerweise kennen und durchaus auch schätzen. (*Abg. Dr. Strutz: Jetzt schadest du ihm aber wirklich! - Abg. Unterrieder: Da habe ich aber null Probleme damit! - Abg. Dr. Strutz: Das war gemein!*) Er hat sicher ein bißchen gegen seine Überzeugung handeln müssen, wenn er hier gegen Nachtragsvoranschlag und Budget seine Ansprache halten mußte.

Ein bißchen ist das letzte Jahr, seit dem Budget, die Chronologie einer unglücklichen Beziehung zwischen rot und blau. (*Abg. Dr. Strutz: Mit euch sind wir auch nicht glücklich! - Heiterkeit im Hause*) Es hat ja im Mai des vorigen Jahres schon eine Eiszeit gegeben; durch die vom neuen Obmann Ambrozy ausgerufene Eiszeit. Er hat dann auch gemeint: „Die SPÖ hat durchaus die Überlegung, aus der Regierung auszuschneiden.“ Diese Schrecksekunde hat aber nur zwei Tage gedauert, und man hat gesagt, man bleibt eh drinnen. Bereits damals hätte die SPÖ erkennen müssen, daß die FPÖ schon jenes Mittel angewandt hat, das sie eigentlich auch heute in Richtung SPÖ angewandt hat. Ich habe das vermerkt: Einladung ans Budget, noch immer zuzustimmen, Ende des Jahres, wenn man gefügig ist. Das heißt ein bißerl die Zuckerbrot- und Peitschemelodie. (*Lärm im Hause. - Abg. Ing. Rohr: Die Peitsche, Klaus!*) Bei uns braucht ihr keine

Sorgen haben. Bei uns geschieht das, was wir für richtig halten. Zuckerbrot und Peitsche war damals der Anlaß dafür, daß der Kollege Ambrozy zwei Tage, nachdem er angekündigt hat, aus der Regierung ausscheiden zu wollen, gesagt hat: „Nein, nein! Wir bleiben ja ohnehin drinnen. Wir wollen ja nicht den Abschied von der Macht vornehmen. Dazu fehlt uns sicherlich der Mut.“ (*Lärm im Hause*)

Es hat dann eine Einladung im Sommer ins Bärenental gegeben - ob das eine Einladung oder ein Canossagang war, das wissen die, die nicht dabei waren, natürlich nicht; wir waren alle nicht dabei. Es hat einen heftigen Sommerflirt gegeben: Haider - Ambrozy, mit kuriosen Morgengaben auch versehen. Für viele Signale der Budgetausstattung der SPÖ-Referate war schon vorgesorgt. Und jetzt ist sozusagen diese Liaison als mißliebige und auch mißbillige Liaison innerhalb der SPÖ erkannt worden und damit auch der Flirt unterbunden - offenbar aus verschiedensten Teilen des Landes und der Republik untersagt.

Und da stehen wir jetzt! Wir haben ein Budget zu verantworten und zu beschließen, das letztlich auch eine verantwortungsvolle Gestionierung im nächsten Jahr, für die nächsten Jahre schlechthin, zu handhaben hat. In dieser Situation - und darüber hinaus auch vorher - hat die Kärntner Volkspartei eine klare Position eingenommen. Wir haben gesagt: „Uns fehlt der Mut und die Kraft für weitreichende Veränderungen, wenn sie in die richtige Richtung gehen, nicht.“ Ich werde auch ein paar Sätze dazu sagen, was sozusagen jener Teil ist, den der Finanzreferent verschwiegen hat: was in nächster Zeit und in den nächsten Jahren bei diesem Budgetprogramm auf uns zukommt, nicht nur an Lichtseiten sondern auch an Schattenseiten. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, jetzt einmal einen gemeinsamen Konsens darüber zu finden, was wir als Budgetprogramm für die nächsten Jahre haben wollen; wohin wir budgetpolitisch steuern wollen.

Der erste Ansatz der Steuerung ist sicher der Nachtragsvoranschlag. Den Nachtragsvoranschlag haben wir eigentlich immer so verstanden, daß innerhalb eines Budgetjahres jene Mittel, die erfreulicherweise dann vermehrt auch zur Verfügung stehen (durch erhöhte Ertragsan-

Dr. Wutte

teile, verminderte Ausgaben usw.) noch einmal neu verteilt werden. Es war immer die Richtschnur des politischen Entscheidungsprozesses zu sagen: „Das ist jenes Geld, das soll eingesetzt werden für Unvorhergesehenes, für Aktuelles und für wirkliche Notsituationen.“ Beispielsweise war das, was Landesrat Wurmitzer im Zusammenhang mit der BSE-Prophylaxe eingefordert hat, unvorhergesehen. Das ist ein Notfall! Und diese zehn Millionen Schilling müssen einfach auf die Beine gestellt werden!

Die 25 Millionen Schilling für die Villacher Westtangente, die werden von allen Fraktionen gemeinsam beklagt. Natürlich hätten wir sie gerne im Nachtrag untergebracht, aber es wird auch gehen, daß sie im ordentlichen Budget des nächsten Jahres ihren Eingang finden (*Abg. Steinkellner: Selbstverständlich!*) und daß das ordentlich abgewickelt wird. Das ist keine Notsituation in dem Sinn. Das ist eine wünschenswerte Maßnahme, zu der wir uns bekennen. Die wollen wir haben. Die wird ausfinanziert, so wie viele andere Infrastrukturprojekte auch.

Jetzt komme ich zum springenden Punkt, nämlich zu den Sozialausgaben. (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Und dazu ist ein deutliches Wort zu sagen, weil das notwendig ist. Wir haben im Bereich der Sozialausgaben wahrlich keine Unterdotierung für das heurige Jahr gehabt. (*Abg. Kreutzer: Nein! Sicher nicht!*) Plus 11 % hat das Budget in diesem Ansatz ausgemacht, das heißt das Budget 2000 war in vielen Fällen ein restriktives, aber im Sozialbereich ein unglaublich offensives Budget, mit einem Zuwachs von 11 %! 2,2 Milliarden Schilling! (*Abg. Kreutzer: Das stimmt! - Abg. Dr. Strutz: Das war eine Morgengabe!*) Du sagst das. Das war eure Morgengabe an die SPÖ im Vorjahr. Aber es war der SPÖ zu wenig! Ihr wolltet jetzt offenbar im Nachtrag noch einmal dazuhaben. Was aber ich nicht verstehe und was auch die Bevölkerung nicht versteht ist, daß wenn ihr von dem, was ihr dazufordert, auch nur einen Teil kriegt, ihr das als Kürzung betrachtet. (*Abg. Kreutzer: Es ist zusätzlich!*) Hohe Zuwachsraten, die dann nicht verdreifacht, sondern „nur verdoppelt“ werden, als Kürzung hinzustellen, das ist eine Verdrehung der Tatsachen, und das entspricht sicherlich nicht der Wahrheit! Das möchte ich einmal ganz klar sagen! (*Beifall von der FPÖ- und von*

der ÖVP-Fraktion)

Ein bißchen muß man auch an die Budgetverantwortung der einzelnen Referenten einmal mahnen! Es ist doch nicht so, daß jeder, der ein Budget als Referent zur Verfügung bekommt, übers Jahr sagen kann: „Na ja, ich gebe halt einmal aus. Ich habe 500 Millionen oder 800 Millionen. Das setze ich einmal bis Oktober oder November ein. Wer zu mir kommt und was will - ob das notwendig ist oder nicht; Hauptsache sie passen politisch in das Programm und in das Konzept -, der kriegt dann auch noch etwas; (*LHStv. Dr. Ambrozy: Die Caritas!*) Über die Caritas rede ich jetzt gar nicht! Warum redet ihr immer über die Caritas? Habe ich das Beispiel gebracht oder ihr? (*Lärm im Hause*) Man kann nicht so wirtschaften, indem man sagt: „Bis Oktober komme ich aus, und dann wird es schon einen Nachtrag geben. Dann drücke ich halt ein bißchen auf die Tränendrüse, und dann wird schon wieder Geld fließen.“

So kann man ja auch bitte im Sozialbereich nicht verantwortungsvoll mit den öffentlichen Geldern und Mitteln auskommen und diese auch einsetzen. Das könnte dann der Gemeindereferent machen, das könnte der Landwirtschaftsreferent machen, das könnte jeder machen. Schaut euch bitte die Nachtragsanforderungen der übrigen Referenten an: Unvorhergesehenes und Notfälle. Frau Schaunig-Kandut, ihr müßtet das schon langsam in den Griff bekommen, wenn in allen anderen Bereichen Minuszuwächse sind, das heißt Kürzungen oder Stagnationbudget, (*LHStv. Dr. Ambrozy: Wo denn? Wo denn?*) im Sozialbereich überall Erhöhungen, daß ihr dann damit auch einmal das Auslangen finden müßt. Das muß einmal gelernt werden, sonst ist die Referatsverantwortung nicht wahrgenommen. (*LHStv. Dr. Ambrozy: Hast du den Nachtragsvoranschlag schon einmal angeschaut? - Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Ich werde euch das noch bei euren Dringlichkeitsanträgen Punkt für Punkt und Haushaltsposten für Haushaltsposten definieren, welche Zuwachsraten da im normalen Budget schon waren und welche jetzt im Nachtrag noch dazukommen und was gewesen wäre, wenn das noch gezahlt worden wäre, was zusätzlich noch gewünscht wurde. Also ein bißchen Augenmaß, Verantwortung und nicht nur Sand in die Augen streuen wäre auch vielleicht

Dr. Wutte

in diesem Bereich einmal ganz gut.

Ein paar Worte möchte ich allerdings auch dazu sagen, weil es ja heute nicht nur um den Nachtragsvoranschlag geht, sondern schon ein bißchen um die Richtung der Budgetpolitik für die nächsten Jahre. Wenn es darum geht eine Weichenstellung vorzunehmen, dann wird diese nur dann erfolgreich sein und funktionieren, wenn sie mit den notwendigen Begleitmaßnahmen versehen wird. Das heißt, das vom Finanzreferenten Pfeifenberger geschilderte Programm der Entschuldung ist zwar schön anzusehen, aber es hat natürlich auch eine Kehrseite der Medaille, die nicht verschwiegen werden darf. Das sage ich ganz offen. Und zwar insofern, als sich ja nicht nur im ordentlichen Budget wieder Entwicklungen im Schuldenstand aufbauen, sondern daß das außerordentliche Budget, beispielsweise die Verschuldung im Bereich der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft, zu laufen beginnt. Das heißt, daß das eine Maßnahme ist, die das Vermögen verteilt und verändert. Das ist noch kein Grund dazu Nein zu sagen. Es ist aber auch kein Grund darüber in Triumphgeheule einzutreten und zu sagen: Wir sind diejenigen, die die Retter in der Stunde sind und das einzig Wahre machen, was andere nicht getan haben. Wir haben hier Jahr für Jahr gesagt, daß das Land weder konkursreif ist, noch, daß es überliquid ist. Die Positionierung oder die Etikettierung des konkursreifen Landes wurde eigentlich immer von euch gesagt. Jetzt ist Gott sei Dank auch die FPÖ draufgekommen, daß es so ja nicht ist. Denn dem Schuldenstand, der zweifelsohne da ist, steht auch Realvermögen im Sinne von Forderungen und Realitäten entgegen. (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: Aber nicht mehr lang!*) Wir haben immer gesagt, das Land ist im Saldo einigermaßen ausgeglichen. Und jetzt geht es darum, die politische Frage zu stellen und zu beantworten: Sind wir jetzt bereit diese Saldierung vorzunehmen? Zu sagen, wir haben dann beispielsweise eben keine Forderung mehr aus dem Wohnbaurdarlehen, wir haben die eine oder die andere Realität nicht mehr im Eigentum sondern in der Mitbewirtschaftung und sind dafür auf der anderen Seite unsere Schulden los. Das ist ein durchaus überlegenswerter Griff, den man budgettechnisch machen kann. Aber man muß auch die Konsequenzen bedenken. Und da ist jetzt offenbar der Punkt, wo auf kärntnerisch gesagt "Da

Aff ins Wossa hupft" und wo man erkennt, wer bereit ist und wer die Kraft hat so eine Struktur mitzutragen oder nicht mitzutragen. (*Abg. Kreuzer: Und wer den Mut hat!*) Das heißt, dort ist der Wendepunkt und der Kristallisationspunkt der weiteren Budgetpolitik. Dort geht es auch ums Verantworten und nicht nur darum zu sagen: Was wollen wir mehr an Forderungen und Wünsche an das Budget anmelden. Sondern wir müssen auch fragen: Sind wir bereit so eine Kursänderung gemeinsam vorzunehmen?

Ich war eigentlich auch sehr überrascht, daß die SPÖ diese grundsätzlich bekannte oder einbekannte Bereitschaft für diese gemeinsame Kursänderung jetzt nicht mehr mitmacht. Ich meine, es wäre sinnvoll, wenn dieser Schritt von einer Gemeinsamkeit getragen wäre, weil wir ja auf einer anderen Basis stehen würden und wir nicht nur damit konfrontiert wären Wünsche und Forderungen zu hören sondern auch konzeptive Überlegungen seitens der SPÖ. Ich glaube, wenn wir diesen Schritt setzen, dann ist einigermaßen Spielraum zu erreichen - das ist ja der Hintergrund und auch die Begründung, warum wir uns grundsätzlich dem nicht verschließen. Weil wir Budgetspielräume schaffen wollen und wir haben ja auch als ÖVP dafür gekämpft und sind dafür eingetreten, daß dieser Spielraum im nächsten Jahr sinnvoll und vor allem auch politisch sinnvoll im Sinne der Bürger genützt wird.

Wenn ich jetzt das als Beispiel sagen darf: Wir haben gesehen, daß in dem heute vorgestellten Budgetprogramm für die nächsten Jahre in sämtlichen Ermessensbereichen Kürzungen - so jetzt einmal prima vista - vorgesehen sind, so etwa linear 5 % Kürzungen und siehe da - durchaus erfreulich -, im Sozialbereich plus 6 %, plus 5 %, plus 4 % über die nächsten Jahre. Dagegen jetzt einmal prinzipiell Nein zu sagen, verstehe ich aus SPÖ-Situation überhaupt nicht. Weil wenn man diese Zuwachsraten, diese Valorisierungsquoten die jetzt im Programm niedergeschrieben sind ablehnt, dann ist das für mich unsozial. Es unverständlich da Nein zu sagen, wo es doch eigentlich ein Signal in Richtung der Sozialpolitik Kärntens ist. Und wenn man da Nein sagt, dann ist man nicht mehr der sozialpolitische Verantwortungsträger, dann ist man nicht mehr der sozialpolitische handlungsfähige Part der Kärntner Landespolitik. Dann wird

Dr. Wutte

sozusagen die Verantwortung woanders liegen und wir nehmen sie gerne auch wahr. Weil wir auch sagen, neben diesen 2,2 Milliarden Schilling für sozialpolitische Maßnahmen im engeren Sinn, gibt es auch den Schwerpunkt in der Familienpolitik. Etwas wofür die ÖVP immer eingetreten ist. Da haben wir kein ideologisches Problem einzubekennen, daß Familienpolitik auch Sozialpolitik sein kann. Deswegen waren wir auch jene Partei, die massiv dafür eingetreten ist zu sagen: Bei dem Betreuungsgeld bis zum dritten Lebensjahr, da muß es auch eine soziale Kontingentierung geben und einen Plafond, den wir ja letztlich mit der Frage der Förderungswürdigkeit im Wohnbaubereich limitiert haben. Weil wir auch meinen, wenn das Budget es eben nicht für alle - die es auch gerne hätten, aber vielleicht nicht so dringend brauchen - hergibt und das nicht verfügbar ist, dann muß man nach sozialen Kriterien gewichten. Das heißt, Priorität hat die Familienpolitik, aber es ist eben in zweiter Linie und parallel dazu auch das sozialpolitische Augenmerk darauf zu richten. Wenn man das dann summiert, wenn man die 2,2 Milliarden Schilling, die es für sozialpolitische Maßnahmen im engeren Sinn gibt, summiert mit den rund gesagt 900 Millionen Schilling für die Familienpolitik, dann kommen wir auf über drei Milliarden Schilling. Das als Almosenpolitik zu bezeichnen, wie es die Frau Schaunig-Kandut am Samstag anlässlich einer Diskussion mit Vertretern einer anderen politischen Partei ihnen an den Kopf geworfen hat, das verstehe ich nicht. Weil das entspricht nicht mehr der Wahrheit. Wenn also weit über zehn Prozent des Budgetumfanges für sozial- und familienpolitische Maßnahmen aufgewendet und eingesetzt werden, daß man dann sagt: Das ist zuwenig und hier wird der Sozialbereich ausgehungert. Das ist nicht die Wahrheit, meine Damen und Herren! Da wird sozusagen keine Streichung vorgenommen, sondern das wäre eine Orgie der Unwahrheiten, die da seitens der SPÖ betrieben wird. Das möchte ich auch einmal ganz deutlich sagen. *(Beifall von der ÖVP- und FPÖ-Fraktion)*

Wir werden ja diese Debatte über die Gestaltung des Budgets 2001 und des Programmes für die nächsten Jahre in den Tagen des Dezembers kurz vor Weihnachten hier im Hohen Haus noch ausführlich führen können. Ich wollte eben auch

das ein bißchen aus unserer Sicht beleuchten, was das Grundsätzliche in der Budgetpolitik und im Budgetkurs betrifft, wie wir ihn sehen. Das heißt nochmals gesagt, die grundsätzliche Weichenstellung, die Chancen eröffnet, sollte man sich auch bewußt machen.

Ich bin durchaus auch der Meinung - wie es schon gesagt wurde -, daß es vernünftig wäre, eine solche Maßnahme auf einen allgemeinen Konsens des Kärntner Landtages zu stellen und auf eine allgemeine Zustimmung zu bringen. Sollte das nicht der Fall sein, scheuen wir uns auch nicht zu sagen, daß wir diesen Kurs grundsätzlich mittragen. Was einzelne Positionen betrifft, werden wir uns das dicke Konvolut im Näheren noch ansehen und vielleicht das eine oder andere noch im Sinne einer Abänderung auch beantragen. Das mag durchaus noch vorkommen, daß vielleicht die einzelnen Positionen noch für einen Gestaltungsspielraum von unserer Seite genutzt werden. Den Nachtragsvoranschlag als solchen werden wir aber die Zustimmung geben, weil wir ihn im Sinne dessen, was ein Nachtragsvoranschlag sein sollte, nämlich die Gestionierung für Unerwartetes, für Unvorhergesehenes, für Notfälle und insbesondere, weil er auch - wie es jetzt nachweislich der Fall ist - trotzdem eine exorbitante Erhöhung auch im Sozialbereich vorsieht, vor allem was den Anteil der Sozialausgaben am Nachtragsvoranschlag betrifft. Gerade deshalb werden wir unbedingt und gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wäre natürlich nach den vorhergehenden Wortmeldungen sehr angeregt, zum Budget einiges zu sagen, mache es aber nicht, weil es früher einmal üblich war, daß man sich die Budgetrede des verantwortlichen Finanzchefs anhört und bei der Budgetdebatte dann auch auf diese Rede eingeht. Deshalb werde ich es mir ersparen, hier etwas dazu zu sagen. Aber um so mehr zum Thema des Tagesordnungspunktes zwei, dem Nachtragsbudget. Ich bin sehr traurig darüber, daß wir gemeinsam im Wissen, daß Mittel fürs

Arbeiter

Personal vor allem im Bereich der Krankenanstalten benötigt werden, seinerzeit gemeinsam mit der FPÖ, mit den verantwortlichen wesentlichen Leuten Ausschuß, Obmann und etc. einen Antrag eingebracht haben, daß die benötigten Mittel für die sehr kulante und eh im weit unteren Bereich abgeschlossenen Gehaltserhöhungen im Bereich der Landeskrankenanstalten dann ihren Niederschlag finden. Der Kollege Unterrieder hat das auch kurz berichtet. Ich wiederhole: 25 Millionen für das Jahr 2000 und die Folgejahre bis 2004. Diese 25 Millionen sicherstellen und wenn es höhere Abschlüsse gäbe, auch diese Abschlüsse im Nachtragsbudget dann zu verankern. Das steht nicht nur in diesem Antrag drinnen, das ist auch so beschlossen worden. Auch wenn es da unterschiedliche Gutachten aus der Verfassungsabteilung gibt und scheinbar auch andere Auslegungen seitens der Verantwortlichen gab, so war es doch so, daß man bis zu diesem Zeitpunkt das Glauben eines Landtagsbeschlusses - zumindest bei mir persönlich - sehr hoch angesiedelt war. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß von meiner Seite je ein Antrag, auch wenn er mehrheitlich zustande gekommen ist, egal von welcher Partei, im Endeffekt nicht mitgetragen wurde.

Wir haben aus diesem Grund, nachdem uns damals bei den Gehaltsverhandlungen der verantwortliche Landeshauptmann Haider etwas hinaus getröstet hat - wenn ich das ein bißchen sachlich formuliere -, es eine Zeit gedauert hat - weit in das neue Jahr hinein - so war eine andere Regelung gar nicht möglich als wie das so vorzusehen, daß eben die benötigten Mittel dann im Nachtragsbudget endgültig sichergestellt werden. Leider hat der Herr Landeshauptmann den gestrigen Verhandlungstermin mit den verantwortlichen Gewerkschaftsvertretern - die ohne Trillerpfeifen und anderen Dingen durch das Leben in den letzten Jahre gegangen sind und das gilt auch für alle Fraktionen die dort vertreten sind Da lege ich persönlich großen Wert darauf. - nicht einhalten können. Ich nehme an, nach Schwierigkeiten die selbstverständlich auftreten können. Ich kritisiere das auch nicht. Ich möchte heute den Herrn Landeshauptmann nur ersuchen, daß wir doch dieses Gespräch so bald als möglich führen, damit wir nicht nächstes Jahr wieder in die gleiche Situation ... (LH Dr. Haider: Den Finanzausgleich habe ich für

nächste Woche vorgesehen!) Ja natürlich, wie ich sage, es ist ein Termin. Ich habe es auch nur festgestellt und nicht kritisiert und wenn nächste Woche der Termin da ist, ist das eine übliche Vorgangsweise. Weil jeder der in irgendeiner politischen Funktion tätig ist weiß, daß oft dringende Termine dazwischen kommen. Genau um das zu verhindern was derzeit passiert ist, daß Mittel, die wir im guten Glauben beschlossen haben, dann leider nicht zum Tragen kommen.

Ich bedaure es sehr, daß nach dem letzten Gespräch unter Führung Pfeifenberger und Ambrozy der dort zugesagte Kompromiß nicht zustande gekommen ist. Ich bedaure noch mehr, daß man die zehn Millionen, die ja schon ein Kompromiß zu den 25 Millionen gewesen sind, hier herausgestrichen hat. Ob das eine Straffaktion ist oder wie man es immer bezeichnen möchte, es ist traurig. Kollege Pfeifenberger, sehr traurig für mich und für dich, weil genau du bist einer derjenigen der weiß, wie belastet unsere Bediensteten in den verschiedensten Berufsgruppen in den Krankenanstalten sind. Nachdem ja viele in dem Raum herinnen - und das soll auch so sein - selbst Bedienstete haben, ob Bekannte, Verwandte oder noch näher stehende, die in diesem Bereich und auch da in den unterschiedlichsten vom Mediziner angefangen über die verschiedenen Berufsgruppen tätig sind. Deswegen hätte ich mir eigentlich erwartet, daß trotz Auftrag FPÖ/ÖVP - die da gerne mitmacht, weil sie halt gerne bei der Mehrheit dabei ist. Das verstehe ich auch noch irgendwo in eine gewisse Richtung - dann in dieser Art und Weise vorgeht. Und 60 Millionen dann einzusetzen, um die SPÖ zu strafen, halte ich da als eine nicht unbedingt in der Vergangenheit - als die SPÖ das Sagen gehabt hat - praktizierte Vorgangsweise. Vielleicht gibt es die eine oder andere, schon möglich, aber auf diese Art und Weise wurde es eigentlich nicht gemacht.

Zum Stellenplan noch etwas: Wir haben auch den Stellenplan beschlossen - in weiser Voraussetzung; mir persönlich und den Betriebsräten, die die Verantwortung für die Bediensteten tragen, nicht passend. Egal, ob in Klagenfurt, wo es doch keine Weiterbewegung, sondern eine Rückbewegung gibt - oder in Wolfsberg, ganz kraß, und in anderen Bereichen. Wir hören jetzt, daß auch dieser Stellenplan nicht mehr Grundla-

Arbeiter

ge für die Verhandlungen ist? (LR Ing. Pfeifenberger: *Hat die KAB andere Vorstellungen?*) Warte, ich komme schon dazu! Und daß die KAB da scheinbar andere Vorstellungen hat? Da müßte man den Medien einmal mitteilen, daß der Sonnberger eigentlich die Frechheit besitzt - trotz Wissen, daß 33 Millionen auch in diesem Budget aufgrund von Einsparungen in anderen Bereichen übrig bleiben -, 25 Millionen nicht anzunehmen. Das Schreiben hätte ich mitbringen und da vorlesen können. Es ist so, daß der Aufsichtsrat der FPÖ angehört - das muß ich auch in der Deutlichkeit hier sagen - und dann noch als Briefträger zum Herrn Pfeifenberger und wen immer fungiert und sagt: „Eigentlich brauchen wir gar nichts, weil das Personal ist eh schon so ausgeblutet. Nehmen wir noch den Rest vom Blut aus den Adern der Bediensteten, weil das können wir locker noch machen.“ Dafür, Kollege Pfeifenberger, glaube ich gar nicht, daß du sehr viel Verständnis hast, weil du umgekehrt weißt, wie dringend wir Personal benötigen würden.

In der Sachlichkeit, wie wir in den letzten Jahren in den Forderungen für das Personal aufgetreten sind, möchte ich das auch in der Deutlichkeit da einmal feststellen. Auch in der Bereitschaft, über Strukturveränderungen zu reden, auch in der Bereitschaft, weil es einfach neue Wege in gewissen Bereichen scheinbar doch geben muß, auch mitzuarbeiten, haben wir das ausreichend dokumentiert. Aber die Verlogenheit, teilweise Verlogenheit einiger im Management tätigen Personen ist, auf der einen Seite so zu tun, als bräuchten wir kein Geld, vor allem wir hätten sowieso mehr als genug - auf der anderen Seite bauen wir mit teuren Millionen des Landes Bereiche aus, die notwendig sind, die in die Zukunft weisen, zum Beispiel das Schlaflabor in der Lungenabteilung. Ich rede jetzt gar nicht von der 1. Medizinischen Abteilung, wo wir eine wunderschöne Stammzelleneinrichtung eingerichtet haben; einstimmig unterstützt und beschlossen. Die können wir nicht eröffnen, weil das Personal nicht vorhanden ist und viele anderen Dinge. Aber ich lese in diesem langen, zweieinhalb oder drei Seiten langen Schreiben der KAB nichts von diesen Dingen. Auch darüber sollte man sich in Zukunft einmal unterhalten!

Ich bedauere, daß das, was notwendig ist, scheinbar nicht in dem Umfang anerkannt wird,

wie es notwendig wäre. Ich bedauere, daß es zwar möglich ist, Architekten en masse anzustellen: teilweise mit Objektivierung, weil das schon vorher so war, daß diejenige, die objektiviert wird, sich selber den Text schreibt und viele andere Dinge. Dort, wo man glaubt, die Bedienstetengruppen ausbluten zu lassen, geht man noch weiter, nämlich nicht einmal das einzuhalten, was beschlossen worden ist, und zwar den Stellenplan bis 2004, der knappst bemessen worden ist.

Ich glaube, daß es noch absolut in Ordnung ist, wenn der zuständige Spitalsreferent Ambrozy zumindest die Forderung einbringt, daß das benötigte Personal auch zur Verfügung gestellt wird. Da kann man schon drum herumreden: Im Endeffekt ist es so, daß es benötigt wird.

Als nächstes, wenn ich Wolfsberg herausnehme: Wir haben weit über 700 Beschäftigte in Wolfsberg gehabt. Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, was einige der Abgeordneten auch tun; das möchte ich da auch sagen, ohne Anschauung der politischen Parteien.

Vieles wäre möglich, wenn man es dann tatsächlich auch gemeinsam durchsetzen würde, um die Bauten, die in Wolfsberg vorhanden sind, auch so auszunützen, wo man die dringend benötigten Einrichtungen (egal, ob auf der Neurologie oder dieser hundertmal schon diskutierten Lymphklinik) mit dem bestehenden Personal so führen könnte, daß es auch effektiv und für die Bevölkerung in Ordnung wäre.

Das Papier, das ich mithabe, werde ich - nachdem Kollege Strutz jetzt nicht da ist - für das nächstemal aufbewahren. Weil er heute so eine Lesung aus der „KTZ“ und ein paar anderer Artikel gemacht hat, hätte ich gerne eine Lesung gemacht: Belastungen, Betroffenheit, einen sogenannten Selbsttest, aufgrund der Aussage des Finanzministers draußen in Wien. Keine Angst, Kollege Pfeifenberger! Ich meine den Kollegen Grasser, der gesagt hat: „Wirtschaftsstandort Österreich wird gesichert. Sanierung nicht belastet, und der Wirtschaftsstandort wird abgesichert und die Österreicherinnen werden zu 75 % nicht belastet.“ Ich zeige auch einmal ein schönes Zetterl her; das wird auch keiner mehr fotografieren, ist gar keine Frage. Da sind nur die Punkte, die die kleinen Österreicher betreffen; vom Bund aus. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Die Arbeiter.*)

Arbeiter

Ich lese das eh nicht vor. Keine Angst! Vielleicht beim nächstenmal?!

Aufgrund der Begründungen, die von mir jetzt in kurzer Form eingebracht worden sind, darf ich um Verständnis bitten, daß eine Zustimmung zum Nachtragsbudget von uns nicht erfolgen kann. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt LHStv. Dr. Ambrozy das Wort.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die wichtigsten Dinge der Positionen sind schon hier im Haus gesagt worden, aber ein paar Sachen möchte ich doch klarstellen, damit sie nicht so im Raum stehen bleiben. Denn nach dem Feuerwerk der Unwahrheiten, die der Kollege Strutz hier im Hohen Haus verbreitet hat, sollte man doch wieder die Dinge aussprechen, die wahr sind.

Zum ersten möchte ich dem Hohen Hause sagen, daß die SPÖ bis zur letzten Sitzung der Landesregierung den Nachtragsvoranschlag nie abgelehnt hat, sondern verlangt hat, daß Veränderungen vorgenommen werden. Dieses Verlangen hat dazu geführt, daß der Herr Finanzreferent seinen Vorschlag in der vorletzten Sitzung der Landesregierung zurückgezogen hat und daß in der Folge Gespräche zwischen dem Finanzreferenten und mir stattgefunden haben, die zu einer vollständigen Einigung über den Nachtragsvoranschlag geführt haben: durch einen Kompromiß, den wir zustande gebracht haben.

Ich möchte eindeutig sagen, daß wir den Kompromiß wollten, weil wir an sich von der Absicht getragen waren, diesem Nachtragsvoranschlag in seiner Summe die Zustimmung geben zu können. Deshalb haben wir zur Kenntnis genommen, daß eine Vereinbarung, die mit der FPÖ anlässlich der Beschlußfassung zum Budget 2000 getroffen wurde, nicht eingehalten wird, sondern jene 25 Millionen für den Krankenanstaltenbereich mit 10 Millionen im Nachtragsbudget als erledigt angesehen werden.

Wir haben mit der FPÖ vereinbart, anlässlich des Beschlusses zum Budget 2000 - und das ist in

Beschlüsse des Landtages, und zwar Mehrheitsbeschlüsse eingeflossen -, daß es im Jahre 2000 im Nachtragsvoranschlag 14 Millionen Schilling für die Presseförderung gibt.

Wir haben uns im Sinne eines Kompromisses letztlich damit abgefunden, daß im Nachtragsvoranschlag lediglich 12,6 Millionen Schilling enthalten sind. Wir haben uns damit abgefunden und haben dann aufgrund dieser Übereinkunft dem Gesamtnachtragsvoranschlag die Zustimmung signalisiert und das auch öffentlich gemacht.

Jetzt muß man wissen, daß nach Aufruf der Tagesordnung der Herr Finanzreferent mit einem Papier gekommen ist und gesagt hat: „Hier sind die Änderungen, die wir jetzt beschließen: Reduktion im Sozialbereich um 50 % dessen, was vorgesehen war. Streichung der Mittel im Bereich der Krankenanstalten.“ Das war sozusagen die Bestrafungsaktion. Wenn jetzt so getan wird, als ob aufgrund von Aktualität reagiert wird, dann habe ich langsam das Gefühl, daß das Kurzzeitgedächtnis der agierenden Personen hier komplett verschwunden ist. Oder haben Sie vergessen, was Sie bei der Pressekonferenz am Montag, als unsere Beratungen bei der Budgetklausur der SPÖ im Gange waren, der Öffentlichkeit mitgeteilt haben?! Ich kann das nicht glauben. - Deshalb glaube ich, daß hier bewußt die Unwahrheit gesagt wird, um von einer ungeheuerlichen Form der Budgetpolitik in diesem Lande abzulenken. Ich sage bewußt: Von einer ungeheuerlichen Budgetpolitik im Lande abzulenken. *(Abg. Jost: Starke Worte!)*

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, jetzt fühlen Sie sich einmal betroffen! Und ich würde sagen: Schämen Sie sich! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Oje!)* Denn in Wahrheit ist hier gesagt worden, daß für den Gesundheitsbereich 28 Millionen Schilling mehr vorgesehen sind. Bitte, den ursprünglichen Entwurf zu lesen! Das stimmt nicht! 10 Millionen waren drin; für die Umwelt 30 Millionen Schilling; für den sozialen Bereich 50 Millionen Schilling und schließlich zur Vorfinanzierung der Tangente Villach 25 Millionen Schilling. Das stimmt alles, weil die 28 Millionen Schilling sind aufgrund von Mitteln, die noch im heurigen Budget enthalten sind und im nächsten Jahr zur Wirkung kommen sollen, durchaus

Dr. Ambrozy

rechnerisch richtig.

Aber dann sagt man von der FPÖ: „Ein Ja zum Nachtragsvoranschlag aber ein Nein zum Budget 2001 wird es nicht geben. Dann werden wir Korrekturen vornehmen.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ist das sozusagen die Reaktion auf ganz spontan auftretende Notwendigkeiten wie etwa die Untersuchungen im Bereich der Veterinärmedizin? - Wissen Sie, was das ist: Das ist eine kleinkarierte Bestrafungspolitik in der Meinung, man wird die SPÖ damit bestrafen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht die SPÖ bestrafen Sie damit, sondern Sie bestrafen damit all jene Menschen in diesem Lande, für die die Sozialreferentin überzeugend die Zusatzmittel im Nachtragsvoranschlag mit dem Herrn Finanzreferenten ausverhandelt hat. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Tun Sie hier nicht so, als würden Sie auf etwas spontan reagieren! Denn, sage ich Ihnen ganz offen, für solche Reaktionen hätten wir größtes Verständnis, weil da kann man reden und sagen, was im Bereich des Agrarreferates zu tun ist, damit wir mit dieser Situation am Rindermarkt zu Rande kommen und der Bevölkerung sozusagen die Sicherheit geben können, daß wir im Lande alles in Ordnung haben. Da hätten Sie uns dabeigehabt *(Abg. Dr. Wutte: Stimm' zu!)* - nur reden hätte man müssen. Da hätte man andere Wege suchen können und hätte das nicht zu Lasten der alten Generation in den Pflegeheimen oder zu Lasten der Behinderten eine Kosmetik machen müssen, was jetzt so dargestellt wird, als wäre es eine Notwendigkeit gewesen. Die Kollegin Schaunig wird dann noch konkret darauf eingehen.

Daher muß ich hier ganz deutlich feststellen: Zu sagen: „Die SPÖ hat dem Nachtragsvoranschlag nicht zugestimmt.“, ist eine Lüge. Zu sagen: „Die SPÖ war nicht kompromißbereit, was die Verhandlungen zum Nachtragsvoranschlag betrifft.“, war eine Lüge.

Noch einmal: Wir sind nicht gegen die einzelnen Positionen im Nachtragsbudget, wie es heute versucht wurde, hier darzustellen. Wir sind dafür, daß der Sport die Mittel bekommt. Die Schlampigkeit des Sportreferenten bei der Abwicklung von finanztechnischen Fragen hat dazu geführt, daß die Sportvereine das erst so spät bekommen. *(LH Dr. Haider: Wie von dir beim*

Dienstpostenplan!)

Wir sind dafür, daß alle anderen Positionen entsprechend dotiert werden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir sind aber nicht dafür, daß die Mittel, die begründet für das Sozialreferat enthalten sind, reduziert werden. Das ist eine Politik, die wir nicht nachvollziehen können, die in Wahrheit falsch ist. Ich muß jetzt ganz ehrlich sagen: Ich möchte die Worte des Kollegen Wutte, die er bei dem Tagesordnungspunkt vorher gesagt hat, schon wiederholen. Wenn der Herr Finanzreferent mit der Kollegin Schaunig Mittel in der Größenordnung verhandelt hätte, nur um lustig zu sein *(Abg. Dr. Wutte: Das habe ich nicht gesagt!)* - warte, es kommt das Zitat noch! -, wenn dem so ist *(Heiterkeit im Hause)* - bist du nervös? -, wie er hier jetzt versucht, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen, *(Abg. Dr. Wutte: Das habe ich auch nicht gesagt!)* dann stimmt der Satz, den der Kollege Wutte gesagt hat: *(Abg. Dr. Wutte: Also, was habe ich gesagt?!)* „Herr Finanzreferent, Sie sind dann fehl am Platz.“ Das sage ich Ihnen ganz deutlich! Denn wenn Sie so verhandeln, *(Abg. Dr. Wutte: Tu meine Aussagen nicht anders interpretieren!)* dann wissen Sie gar nicht, was Sie mit dem Steuergeld der Kärntnerinnen und Kärntner tun. *(Abg. Jost: Das hätte der Manzenreiter auch nicht anders gesagt!)* Ja, sowieso! Wir haben gute Leute. Die fehlen euch ja. *(Heiterkeit und Beifall der SPÖ-Fraktion)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte aber schon ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum Budget machen. Auch wenn der Herr Finanzreferent hier das zehnmals sagt, ist es trotzdem eine Unwahrheit. Wir haben uns im Budget nicht geeinigt. *(LR Ing. Pfeifenberger: Was?!)* Wir haben uns im Budget insgesamt nicht geeinigt. Die Referenten haben sich nicht geeinigt. *(LH Dr. Haider: Du hast zuerst etwas anderes gesagt!)* Nein. *(LH Dr. Haider: Zum Budget haben wir uns geeinigt, aber dann, hast du gesagt, beim Nachtragsvoranschlag nicht!)* Du solltest weniger lesen, sondern mehr zuhören! *(Heiterkeit und Beifall der SPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.)* Wir haben uns im Nachtragsvoranschlag zur Gänze im Kompromißwege geeinigt. Nicht im Budget, meine Damen und Herren! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dem war eini-germaßen schwer zu folgen!)* Schriftlich doku-

Dr. Ambrozy

mentiert. Das einzige, das was ich dir gesagt habe: „Das Krankenanstaltenbudget auch für das nächste Jahr findet meine Zustimmung.“ Und das wiederhole ich hier. (*Lärm im Hause.*) Aber im Gesundheitsbereich sind in wichtigen Bereichen Mittel gestrichen worden, die wir brauchen. Ich möchte nur erinnern, Herr Finanzreferent - falls das Gedächtnis nachgelassen hat -, daß die Frage in der Diabetikerschulung von dir striktest abgelehnt wurde und ich damit nicht einverstanden bin. Da gibt es eine schriftliche Mitteilung an dich. Weiters, daß die Frage etwa der Vorsorge zukünftig für die psychologische Betreuung von Opfern und Helfern im Katastrophenfalle von dir abgelehnt worden ist. Das, damit wir da einmal deutlich sagen, worum es geht, wenn mir hier Unwahrheit unterstellt worden ist. Das heißt wir haben uns nicht geeinigt. Dasselbe gilt auch für die Kollegin Schaubig, und dasselbe gilt für den Kollegen Schiller.

Jetzt kommt einmal das Grundsätzliche: Meine Damen und Herren! Ich kann mich mit der Budgetlinie, die hier vorgegeben wird, nicht einverstanden erklären. Da geht es gar nicht einmal so sehr um zehn Groschen im Budget, sondern da geht es um das Grundsätzliche, das hier passiert. Und das habe ich dir gesagt.

Denn der totale Abverkauf unserer Wohnbauförderungsdarlehen wird unsere Zustimmung nie finden. Die komplette Ausgliederung der Immobilien des Landes und die Ausgliederungen bestimmter Verwaltungseinheiten wird unsere Zustimmung nie finden. Ich habe von der ersten Sekunde an davor gewarnt, (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Stimmt ja gar nicht!*) was es bedeuten wird, wenn wir eine Schuldenverschiebung hinaus zu den Krankenanstalten machen, weil dann der Druck bei den Krankenanstalten zur Gänze entsteht. (*LH Dr. Haider: Jetzt lebst in einer anderen Wirklichkeit! Wir haben dich alle anders verstanden!*) Das weiß ich schon, aber über die Frage der Wirklichkeitswahrnehmung haben wir zwei - wirklich zwei - verschiedene Ansichten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Strutz*)

Meine Damen und Herren! Das zweite, was ich dazu sagen will: Es hat bis heute keinen Finanzausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden gegeben. (*Abg. Dr. Strutz: Ja! Der Ferlitsch hat doch unterschrieben!*) Worunter? (*Abg. Dr.*

Strutz: Am Papier!) Unter den Finanzausgleich oder unter die Frage, daß bei der Krankenanstaltenfinanzierung ... (*Abg. Dr. Strutz: Bitte, da! - Zeigt die Unterschrift des 3. Präs. Ferlitsch*) Freunde, in den anderen Bereichen gibt es diese Übereinstimmung nicht.

Und als drittes, das möchte ich auch ganz deutlich sagen: Dieses Budget ist nichts anderes als ein Nachvollzug jener Grauslichkeiten, die derzeit auf Bundesebene passieren. (*Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion*) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit wir das hier ganz, ganz deutlich sagen ... (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*) (*Abg. Dr. Strutz: Das ist die Rede von Gusenbauer!*) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit wir das ganz, ganz deutlich sagen, da können sie noch so nervös dazwischen rufen, damit wir das ganz, ganz deutlich sagen: Der Finanzausgleich wird unsere Zustimmung nie finden. (*LH Dr. Haider: Manzenreiter seine Rede. Das hat der Manzenreiter aufgeschrieben!*) Auch wenn sie zehnmal sagen, daß da ein Häupl oder ein Herr Stix mitgestimmt haben. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Strutz*) der Kompromiß ... Du kannst dich ja dann noch einmal zu Wort melden. (*Weitere Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion*) Wer ist das? (*Abg. Dr. Strutz: Der Manzenreiter hat zugestimmt!*) Ist die Zustimmung ... Darf ich einmal eine kurze Frage stellen, damit wir wissen wovon wir reden? Das heißt, die Zustimmung zu dieser Form der Krankenanstaltenfinanzierung bezeichnet ihr als Finanzausgleich. (*Abg. Dr. Strutz: Aber das war es ja! Das ist der Kern der Vereinbarung! - Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion*) Meine Damen und Herren, das stimmt ja überhaupt nicht. Der Gemeindebund hat dem Land mitgeteilt, daß die Forderungen, die in der Petition des Gemeindebundes enthalten sind, aufrecht bleiben und die sind noch nicht ausverhandelt. Wissen Sie nicht, wovon Sie sprechen? Daher ist der Finanzausgleich nicht zustande gekommen. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Strutz*) Aber Kollege Strutz, ich meine - du bist ein bißchen zurück - schon den Bundesfinanzausgleich. Denn auch dieser Finanzausgleich (*Abg. Dr. Strutz: Wer hat denn den verhandelt? Der Herr Stix und der Herr Häupl, bitte! Da steht die Unterschrift drunter!*) Wart a bißl, warum regst dich denn so auf? (*Abg. Dr. Strutz: Muß man ja! Das ist die*

Dr. Ambrozy

Unwahrheit!) Ist ja nicht wahr. Deswegen muß ich ja nicht dafür sein, wenn der Herr Stix zustimmt. *(Abg. Dr. Strutz: Das ist ja euer Problem! - Vorsitzender: Am Wort ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy.)* Ich werde es euch genau sagen, wie das ist. Der Finanzausgleich kommt ja nur zustande, wenn alle Länder zustimmen. Und da ist ja eine Drohung im Raum gestanden, wie es die FPÖ-Politik generell ist. Nämlich die Drohung des Finanzministers: Wenn es keinen Kompromiß gibt, machen wir es mit der Koalition ÖVP/FPÖ so, wie ich es will. Deshalb sind ja überhaupt erst die Fragen, die im Finanzausgleich enthalten sind, verhandelt worden und zu einem Kompromiß gekommen. *(LH Dr. Haider: Deshalb führt der Stix die Verhandlung!)* Das ist die Wahrheit, weil ihr von Beginn an mit dabei gewesen seid. *(Abg. Dr. Strutz: Der arme Häupl, der arme Häupl!)* Ich bin nicht dafür und ich sage euch auch warum ich nicht dafür bin. Weil es ist erstmalig in der Geschichte, daß alle Einnahmenerhöhungen, die durch die Steuermaßnahmen der Regierung erfolgen, fast ausschließlich dem Bund zufließen. *(LH Dr. Haider: Falsch, falsch!)* Stimmt ja nicht! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Strutz)* Herr Präsident, kann ich noch sprechen oder hat der Herr Kollege Strutz das Wort? *(Vorsitzender: Also, ich ersuche noch einmal um mehr Disziplin. Am Wort ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy.)* Ich hätte ganz gerne, daß der Kollege Strutz mir zuhört, damit er ein paar Dinge vielleicht doch besser versteht.

Zum zweiten: meine Damen und Herren! Dieser Finanzausgleich bringt dem Land Kärnten Einnahmeneinbußen in der Größenordnung von rund 700 Millionen Schilling. Dieser Finanzausgleich bringt im Bildungsbereich in den nächsten Jahren eine Einbuße von rund 300 Dienstposten bei den Lehrern mit sich, und damit eine starke Reduktion im Bereich der Qualität der Bildungspolitik in diesem Lande. Und jetzt verlangen Sie von uns, daß wir dem Finanzausgleich hier im Landtag zustimmen. *(Abg. Dr. Strutz: Ihr habt ja keine Gründe in Kärnten! Jetzt muß man auf Bundesebene gehen!)* Also, von uns können Sie das nicht verlangen. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, *(Zwischenruf des Abg. Dr. Strutz)* sage ich ihnen nur noch eines: Sie können diese Verantwortung

übernehmen. Wir werden sie nicht übernehmen *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Sie brauchen sie auch nicht übernehmen!)* und wir werden die Bevölkerung ganz deutlich aufklären, in welche Richtung sie dieses Land führen. Das ist kein Schuldenabbau, sondern eine Schuldenverschiebung. Sie haben keine Strukturansätze für eine Verbesserung des Budgets zustande gebracht, das Gegenteil ist der Fall. Und das was heute bejubelt wird, garantiere ich ihnen, wird spätestens in fünf Jahren von der ganzen Kärntner Bevölkerung beweint. Da möchte ich nicht dabei sein. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Keine Gefahr!)* *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut das Wort.)

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Ich erlaube mir, meine Ausführungen mit ein paar Originalzitate zu beginnen, um dem - wie Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy bereits festgestellt hat - offenbar sehr mangelhaften Kurzzeitgedächtnis etwas auf die Sprünge zu helfen. *(Abg. Dr. Strutz: Bitte keine medizinische Diagnose!)* Ich erinnere mich an die Kleine Zeitung vom 5.11. des Jahres 2000, wo Herr Landesrat Pfeifenberger festgestellt hat: Pfeifenberger bezeichnet jetzt im Gespräch mit der Kleinen Zeitung alle Forderungen der Soziallandesrätin als berechtigt, weil es, *(Originalzitat):* "erhöhte Bedürfnisse im Sozialbereich gebe, denen entsprochen werden muß." 5.11.2000. Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt gab es einige Veranstaltungen im Bereich der Diakonie Waiern und Treffen. Dort anwesend war der Herr Präsident Freunschlag, der sehr wortreich zugesichert hat, von welcher Bedeutung der Sozialbereich wäre und daß es hier zu keinerlei Einschränkungen auch in budgetärer Hinsicht kommen darf. *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Kommt es auch nicht!)* Das Gleiche gilt auch für den Herrn Präsidenten Mitterer, der ebenfalls in Grußbotschaften und Sonntagsreden sich sehr wohl hinter den Sozialbereich gestellt hat. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Darf man sonntags reden auch nicht mehr!)* Ein Bekenntnis, dem heute, wo es

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

darum geht Taten zu setzen, nicht entsprechend Genüge getan wird.

Die Vernünftigen in der FPÖ haben es offenbar schwer. Gestern oder am 28. gab es im Sozialhilfebeirat einen einstimmigen Beschluß, der da lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, für die Absicherung der Pflichtausgaben im Sozialbereich im Nachtragsvoranschlag 2000 und im Landesvoranschlag 2001 die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Nachdem dieser Beschluß - einstimmig von allen Fraktionen beschlossen - hier ausgeteilt wurde, ja, sind die Überfälle auf den Abgeordneten Jost - der einer der Vernünftigen in diesem Bereich ist und sich daher auch einstimmig dazu bekannt hat - sowohl von FPÖ als auch von ÖVP nicht zu übersehen gewesen und er hat sich offensichtlich für sein Verhalten entsprechend rechtfertigen müssen.

Zum Nachtragsvoranschlag 2000: Was passiert, wenn die Dotationen nicht so erfolgen, wie sie ursprünglich vereinbart worden sind? Das betrifft zum ersten den Bereich der Pflegeheime. Hier wurde vereinbart, daß 30 Millionen Schilling im Nachtrag sichergestellt werden. Zur Erklärung: Wir haben bereits jetzt 52 Millionen Schilling Schulden bei den Menschen in Kärnten, die in Pflegeheimen leben, bei den Betreibern und bei den Arbeitnehmern, die diese Menschen in Kärnten versorgen. Und irgendwann werden die Pflegebetten in der Regierung und hier im Landtag stehen, wenn nicht die Verantwortung für die Sicherstellung dieser Leistung hier entsprechend übernommen wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Das Gleiche gilt für die Behinderteneinrichtungen in Kärnten. Auch hier gibt es einen Nachtragsvoranschlag in Höhe von zehn Millionen Schilling vereinbart, versprochen, gebrochen! Inzwischen, als Strafsanktion für nicht unterwürfiges Verhalten auf fünf Millionen Schilling reduziert. Nahtlos fortzusetzen im Bereich der Jugendwohlfahrt. Strukturlose einfache Reduzierung auf die Hälfte. Bestraft werden die notwendigen Maßnahmen für die Kinder hier in Kärnten, für die Jugendlichen und deren Familien, nicht ich.

Das Gleiche gilt für die mobilen Dienste und hier verwundert mich vor allem die Zustimmung

der ÖVP sehr. Hier wurde um fünf Millionen reduziert, ebenfalls auf die Hälfte und hier strafft man die kranken, alten, pflegebedürftigen Menschen in Kärnten. Und hier hätte ich eigentlich gedacht, in der ÖVP Mitstreiter zu finden. Weil es auch hier wieder Budgetanmeldungen auch aus ÖVP-nahen Bereichen gibt, die weit über das hinausgehen, was wir im Budget bedecken können, die aber - und das betone ich - notwendig sind für die Versorgung der Kärntner Bevölkerung.

Zur Wortmeldung des Herrn Klubobmann Strutz, ich glaube, da erübrigt sich jeder Kommentar. Sie war zwar sehr wortreich aber nicht besonders inhaltsreich, erlaube ich mir nur zu sagen. Es steht ja in der Regierung frei, dagegen zu stimmen, wenn man Verbesserung für alte Menschen im Pflegeheim St. Andrä der Caritas verhindern möchte. Aber was sonst soll man von einer Partei erwarten, die mit Werbeplakaten wirbt, daß nur in einem gesunden Körper auch ein gesunder Geist wohnt. Das schlägt sich nicht nur in der Werbung, sondern auch in den nachfolgenden Taten entsprechend nieder.

Wenn hier davon gesprochen wurde, daß es einen Kärntner Konsens gibt, dann kann ich dem zustimmen. Man muß nur hinterfragen, was sich hinter dieser schönen Worthülse, wie hinter vielen Worthülsen der FPÖ, versteckt. Das ist ein Diktat der FPÖ, die an allen Unbeugsamen ihren Druck ausübt und die keinen Konsens sondern absolutes Kuschen wollen, um das auf gut kärntnerisch auszudrücken.

Ich stimme auch den Ausführungen zu, daß es tiefgreifende Änderungen in der Sozialpolitik - sowohl im Bereich des Nachtragsvoranschlages als auch des Budgets 2001 - gibt. Wir gehen weg von einer gesellschaftlichen Gesamtverantwortung hin zur Privatisierung von Problemen. Die wiederholte Betonung der Familien in diesem Zusammenhang führt nur dazu, daß die Probleme den Familien aufgehalst und dorthin abgeschoben werden und sie mit ihren Problemen ziemlich allein gelassen werden. *(Abg. Steinkellner: Das ist eine Frechheit!)* Wir wenden uns von einer Anspruchspolitik zu einer Almosenpolitik. Wir haben in Kärnten die niedrigsten Sozialhilferichtsätze und hier wird darüber diskutiert, ob nicht ein Absenken möglich ist, statt über Armutsbekämpfung zu diskutieren. *(LH Dr.*

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Haider: Das ist staatsfeindliches Kollektivdenken! Sparta 2000! - Weitere Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion) Sind sie fertig? (Vorsitzender: Am Wort ist Frau Landesrätin Dr. Schaunig - Abg. Ing. Rohr: Wenn euch einmal die Wahrheit gesagt wird, dann fangt ihr an, dazwischen hineinzureden. Das ist nämlich die Tatsache! - Weiter Lärm in der FPÖ-Fraktion. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - LH Dr. Haider: Wir sind ja sehr froh, daß der Herr Manzenreiter so viele Reden geschrieben hat! - Vorsitzender: Am Wort ist Frau Landesrätin Schaunig. Bitte! - Lärm in der SPÖ- und FPÖ-Fraktion. - LR Dr. Schaunig-Kandut: Herr Präsident, darf ich Sie bitten. - Vorsitzender: Am Wort ist Frau Landesrätin Schaunig. Jeder hat die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden, auch der Herr Landeshauptmann.)

Herr Landeshauptmann, ich glaube manche sozialpolitischen Erkenntnisse würden auch Ihnen nicht schaden. Es würde Ihnen sehr gut tun, statt sich vor Diskussionsrunden zu drücken und dort nur Ihren persönlichen Sekretär hinschicken, sich persönlich der Diskussion mit der Bevölkerung zu stellen. Und dort auch auszuhalten, wenn im geschützten Bereich einer Pressekonferenz Kritik geübt wird, Ihre von Ihnen behaupteten Wahrheiten von sich zu geben.

Zurück zur Armutpolitik in Kärnten. Wir haben den niedrigsten Sozialhilferichsatz. Es wird nicht darüber diskutiert, wie wir im Budget hier Veränderungen herbeiführen können. (*Abg. Dr. Strutz: Weil niemand was gesagt hat in der Regierung! Das ist der Grund!*) Es wird darüber diskutiert, wie man Almosenpolitik machen kann. Wir haben statt eine Erhöhung der Sozialhilferichsätze einen Soma-Laden, wo die Abfallprodukte der Wohlfahrtsgesellschaft erworben werden können. (*Abg. Dr. Strutz: Auf jedes Niveau muß man sich nicht begeben! - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die sommerliche Gerichtspraxis ist daneben gegangen! - Lärm in der FPÖ-Fraktion. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Wir haben eine Eventpolitik statt eine Bekenntnispolitik ... (*Lärm in der FPÖ-Fraktion - LH Dr. Haider: Wenn das ein Almosen ist, dann muß in Zukunft ein anderer das Ressort führen! - Abg. Wulz: Wenn das eine Drohung ist!*) Ich weiß, daß Wahrheit weh tut. Ich weiß, daß sie weh tut, wenn man sie manchmal hört.

Aber darf ich Sie trotzdem bitten, mir zu lauschen. (*Lärm im Hause - Vorsitzender: Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, am Wort ist Frau Landesrätin Schaunig.*) Ich warte, daß in Fortführung dieser Politik, irgendwann einmal die Reste der Buffets der Events in die Sozialeinrichtungen geliefert werden. Die Sozialpolitik in Kärnten nimmt eine erschreckende Wendung. Die Details zum Budget 2001 werden noch im Rahmen der Budgetdebatte zu diskutieren sein.

Erschrecken tut mich die Rolle der ÖVP. Die christlich soziale Partei sitzt relativ still und leise in der Ecke (*Abg. Dr. Wutte: Aber wirklich nicht!*) und hofft, daß in Kärnten das Gleiche passiert wie im Bund und in der Steiermark. Daß man sich um die Verantwortung drückt, denn alle diese Maßnahmen, jede einzelne, wäre nicht möglich, wenn die ÖVP in der Regierung und hier im Landtag nicht die Hand dazu heben würde. Und somit trägt auch sie die Verantwortung für die Verschlechterungen im Sozialbereich. (*Abg. Dr. Wutte: Wir stimmen den Erhöhungen im Sozialbereich zu!*) Herr Klubobmann Wutte! Sie lehnen die erforderlichen Budgetmittel ab und es nützt nichts ... (*Zwischenruf des Abg. Wutte*) Ihre Argumentation nützt nichts. Dieser schlangelinige Kurs, um sich aus der Verantwortung zu drücken, der wird nicht mehr lange funktionieren.

Herr Klubobmann Strutz! Danke für den Krampus. Die Symbolik nehme ich gerne an, denn ich werde für meine Schutzbefohlenen kämpfen und all jenen die Rute ins Fenster stellen, die Sozialabbau hier in Kärnten betreiben und die berechtigten Ansprüche der Kärntner Bevölkerung im Sozialbereich schmälern. (*LH Dr. Haider: In der Regierung kein Wort sagen!*) (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Kollmann das Wort.*)

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Hohes Haus! (*LH Dr. Haider: Da werden wir schauen, wie unzufrieden sie mit dem „Almosen“ sind! Man kann bei zwei Milliarden doch nicht von „Almosen“ sprechen! - Lärm im Hau-*

Kollmann

se. - LHStv. Dr. Ambrozy: *Du brauchst ja nur zuhören!* - LH Dr. Haider: *Ein „Almosen“? Zwei Milliarden Schilling, plus die größte Steigerung, die man gesehen hat, jemals im Sozialbudget, das ist ein „Almosen“?! Um Millionen mehr im heurigen Jahr. 235 Millionen Schilling mehr im nächsten Jahr!* - *Starker Lärm im Hause.* - LHStv. Dr. Ambrozy: *Sie sind ein Lügner!* - LH Dr. Haider: *Tu dich ein bißchen mäßigen!* - Abg. Dr. Strutz: *In jedem anderen Landtag ist das ein Ordnungsruf!* - LHStv. Dr. Ambrozy: *Das ist wirklich ein skandalöses Verhalten, daß man so der Landesrätin zuhört, weil sie gesagt hat, daß Sie Unwahrheiten verbreiten.* - LH Dr. Haider: *Von Almosen zu reden!* - *Weiterhin Lärm im Hause.* - LHStv. Dr. Ambrozy: *... das wäre eher eine vernünftige Politik!* - *Vorsitzender, energisch das Glockenzeichen gebend: Herr Abgeordneter Kollmann hat das Wort, bitte!* - 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *In der Regierung habt's nichts geredet, jetzt tut's da uns die Zeit wegnehmen! Nicht!* - *Fortgesetzte Zwischenrufe und immer noch Lärm im Hause.* - *Vorsitzender: Am Wort ist Herr Abgeordneter Kollmann!* - LHStv. Dr. Ambrozy: *Wie redet er mit der Landesrätin? Ist nicht einmal ein Charme dahinter ...* - LH Dr. Haider: *Verwende du andere Worte! „Almosen“! Ihre eigenen Worte verwenden wir!* - *Wiederum Lärm im Hause.* - *Vorsitzender: Zum drittenmal: Am Wort ist Herr Abgeordneter Kollmann!* - Abg. Kollmann, am Rednerpult wartend:) *Danke!* (*Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr.* - *Vorsitzender: Herr Abgeordneter Rohr, ich bitte Sie, von Zwischenrufen abzusehen!* - Abg. Lutschounig: *Ich bitte Sie, ihn zu beruhigen!* - *Heiterkeit im Hause.*) *Danke, daß ich doch meinen Debattenbeitrag auch anbringen darf!* (LH Dr. Haider: *Heute ist ein großer Tag: Die Villacher setzen sich durch! Nicht!* - *Heiterkeit im Hause.* - *Nach weiteren Zwischenrufen mahnt der Vorsitzende erneut mit dem Glockenzeichen.*) *Ich möchte doch versuchen, wieder ein bißchen Ruhe hereinzubringen,* (Abg. Dr. Strutz: *Das mußt du aber deinen Genossen sagen!*) *weil es einfach wirklich ein sehr ernstes Problem ist, wenn wir diesen Nachtragsvoranschlag diskutieren, weil es hier um Menschen geht, die eigentlich die Hilfe der Gesellschaft benötigen. Es ist das Bittere dabei, daß man das so quer diskutiert, wo es um Menschen geht, die der Hilfe anderer bedür-*

fen.

Ich will hier einige Worte nutzen und die Fraktionen ersuchen, einen Weg der Gemeinsamkeit, wenn es um beeinträchtigte Menschen geht, um pflegebedürftige Menschen geht, zu suchen und zu finden. Ich werde auch versuchen zu begründen, warum und weshalb. (Abg. Steinkellner: *Danke für das Angebot, Herr Kollmann!*) Ich glaube, daß gerade die Diskussion um diesen Nachtragsvoranschlag, die jetzigen Debattenbeiträge, uns genau vorgezeigt haben, was für ein Slalomkurs in diesem Bereich gefahren wurde, der für viele draußen - für uns herinnen schon - nicht nachvollziehbar ist, weil sie nicht wissen, was damit wirklich gemeint ist.

Wir wissen, Nachtragsvoranschlag vorgelegt, zurückgezogen. Aussage des Finanzreferenten: *„Die Einsparung der Mittel könnte im eigenen Bereich, im Sozialbereich erfolgen.“* Wir wissen, daß das nicht möglich ist. Wir wissen, daß gerade im Sozialbereich viele Maßnahmen gesetzt werden müssen, wo viele Anbieter Menschen unterbringen. Die Leistungen nimmt das Land in Anspruch, weil es gesetzlich dafür zuständig ist. Es gibt in diesem Bereich viele Anbieter. Ich darf einige Namen nennen: die Caritas, das Evangelische Diakoniewerk, AES, Isopp, Providencia, Traar GesmbH, der Valentina-Verein, die Sekirn-Gesellschaft mbH und viele, viele andere mehr. Ich könnte jetzt auch noch das Kärntner Hilfswerk, die Arbeitsvereinigung der Sozialhilfe Kärntens und auch die Sozialhilfeverbände anführen.

Ich glaube nur, daß es gerade in diesem Bereich, wo diese Bestrafungsaktion durchgeführt wurde, Menschen betrifft, die es notwendig haben, daß sie diese Hilfe vom Land mitfinanziert bekommen. Ein Kompromiß war bereits hier herinnen, in der Regierung und bei den Referenten vorhanden; auch unter den politischen Parteien. Nun, wo es darum geht, das Budget 2001 zu diskutieren, wird eine Ablehnung signalisiert, daß es dann nach außenhin dröhnt: Es sind andere Voraussetzungen, und diese Voraussetzungen müßten wir eben zur Kenntnis nehmen; so zur Kenntnis nehmen, daß eben 60 Millionen Schilling aus dem Nachtragsvoranschlag für notwendige Investitionen und notwendige Bezahlungen für Tätigkeiten von Menschen in den Krankenanstalten und in den Vereinen nicht erfolgen

Kollmann

können, wie ich das jetzt gesagt habe.

Wenn die Drohung im Haus steht, nur wenn man nicht mitmacht, nicht ja sagt zum Budget 2001, dann ist man selber schuld? Ich glaube, das kann auch nicht der Jargon für uns als Abgeordnete sein, die alle einen Eid abgelegt haben, für die Menschen da zu sein; für die Menschen, die Hilfe brauchen, das zu tun. Wir dürfen die Menschen nicht für so dumm verkaufen, daß jemand vielleicht glaubt, daß das Geld, das in den Krankenanstalten notwendig wäre, um das Personal zu finanzieren, das Geld des Dr. Ambrozy ist. Oder daß wir die Leute vielleicht für so dumm verkaufen, daß gerade das Geld, das die Anbieterorganisationen im Sozialbereich benötigen, um die Menschen dort menschenwürdig zu versorgen, qualitätsbewußt zu versorgen, vielleicht das Geld der Landesrätin ist. - Nein! Das ist das Geld der Betroffenen, die es notwendig haben. Ich möchte das noch einmal unterstreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Wir haben gemeinsam ein Sozialhilfegesetz beschlossen. Im § 13 Sozialhilfegesetz steht das ganz genau drinnen: „Der Lebensbedarf kann nur mit Zustimmung des Hilfsbedürftigen oder seines gesetzlichen Vertreters durch die Unterbringung von Menschen in Heimen und Anstalten, soweit sie im Sinne des Krankenanstaltengesetzes ... sind, durchgeführt werden.“ Das heißt das Land Kärnten ist zuständig. Wir sind zuständig für diesen Personenkreis, der in den Heimen draußen untergebracht worden ist.

Diesen Hilferuf sind ja die Betroffenen gar nicht in der Lage, zu tun, sondern es sind die Betreiber in der Jugendwohlfahrt gewesen. Bereits am 9. November haben sie einen offenen Brief an die Regierungsmitglieder gesendet, haben sie einen offenen Brief an die politischen Parteien (sprich deren Klubobmänner) gesendet, wo die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrt in Kärnten zum Ausdruck bringt, daß die geplanten Rahmenbedingungen der sozialen Arbeit in Kärnten für die Zukunft Schlechtes erahnen lassen. Sie ersuchen um eine Kurskorrektur, weil es hier besonders Kinder, Jugendliche, Behinderte, kranke und alte Menschen betrifft. Deshalb glaube ich, daß wir dem auch Rechnung tragen sollten! Das sind alles Anbieterorganisationen die hier „Hilfe!“ gerufen haben.

Ich werde deshalb jetzt diesen Abänderungsantrag einbringen, wo im Nachtragsvoranschlag diese Summen alle vorgesehen waren, nämlich vor der Strafsanktion, wo diese 60 Millionen noch im Nachtragsvoranschlag 2000 beinhaltet waren. Ich werde diesen Abänderungsantrag dem Präsidenten somit auch überreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Abschluß ein Zitat: „Wenn man die Brauchbarkeit und Güte einer Gesellschaft beurteilen will, so ist der wichtigste Maßstab wohl der, der sich in drei Fragen äußert: Sind Staat und Gesellschaft fähig, die Kinder und Jugendlichen so zu erziehen, daß all ihre Kräfte zur Ausgestaltung kommen? - Sind Staat und Gesellschaft fähig, den Menschen in der Vollkraft ihrer Jahre die Möglichkeit zur Arbeit zu geben, sie dadurch instandzusetzen, zu leben und Familien zu gründen? - Die dritte Frage: Sind Staat und Gesellschaft fähig, den Menschen, der sein Lebenswerk vollbracht hat, so zu versorgen, daß er in dem, was ihm im Alter geboten wird, den Dank der Gesellschaft für seine Lebensarbeit erblicken kann?“

Ich ersuche Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren: Revidieren wir den Nachtragsvoranschlag 2000 für die Menschen, die durch ihren Fleiß und durch ihre Einsatzbereitschaft den heutigen Wohlstand und diese Sicherheit erarbeitet haben! Wir haben jetzt noch die Chance dazu. Ich darf Sie ersuchen, daß wir diesen gemeinsamen Weg versuchen sollten, um diesen Menschen auch in Zukunft helfen zu können! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Sozialdemokraten haben zwei Probleme: ein Problem, daß sie 1999 zum Budget 2000 zu schnell die Zustimmung gegeben haben (*Abg. Unterrieder: Die ÖVP ...*) und daß sie zum Budget 2001 die Ablehnung zu schnell bekanntgegeben haben. *(Lärm in der SPÖ-Fraktion)* Daraus ergibt sich folgende Diskussion, daß die Sozialdemokraten behaupten, es ginge um eine Bestrafungsaktion.

Sablatnig

Geschätzte Damen und Herren! Wenn ich jemandem einen Mercedes verspreche und einen Golf schenke, ist die Differenz nicht Diebstahl. (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Und er hat trotzdem ein Auto! - Heiterkeit im Hause.*) Daher meine ich, daß wir wissen, (*Lärm im Hause*) daß das Budget, das heute von euch massiv kritisiert wird, voriges Jahr gegen den Willen der ÖVP beschlossen wurde. (*Abg. Unterrieder: Einen VW versprochen und uns den nicht gegeben!*) Die Sozialdemokraten haben wider besseres Wissen voriges Jahr sogar unseren Abänderungsantrag, welcher die Erhöhung der Familienförderung vorsah, abgelehnt. Das ist meiner Meinung nach eine Politik, die nicht ganz durchgängig ist. (*Abg. Unterrieder: Ich war mir nur nicht ganz sicher, wem was versprochen worden ist!*)

Bei einem Sozialaufwand von 3 Milliarden Schilling kann man aus meiner Sicht nicht von „Almosen“ reden! Tatsache ist, daß im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik Reformen lange diskutiert werden. Wir befinden uns in diesem Bereich in einem massiven Reformstau. Ich werde ein Beispiel sagen: Vor sieben, acht Jahren ist das Bundespflegegeld und danach das Landespflegegeld eingeführt worden. Der Bürger hatte vom Bund bzw. vom Land das Betreuungsgeld je nach Pflegestufe per Bescheid zugestanden bekommen. Der Aufwand im Bereich der sozialen Dienste des Landes hat sich aber im wesentlichen nicht geändert. Das heißt wenn die Bürger das Geld für den Zukauf von Leistungen vom Staat direkt bekommen, dann sollten sie diese Leistungen von den sozialen Anbietern zukaufen. Dadurch müßten sie richtigerweise das Landesbudget entlasten. Sie haben aber das Landesbudget nicht entlastet, weil es einige Organisationen gibt, die weiterhin de facto nicht zum Selbstkostentarif - weil sie gemeinnützige Organisationen sind -, sondern fast zum Nulltarif angeboten haben. Deshalb lese ich in der Zeitung, daß jetzt eine Organisation 25 oder 30 neue Golf gekauft hat. Das ist ungefähr so: Ich verkaufe mein Hemd und fahre in den Himmel.

Geschätzte Damen und Herren! Das Geld, das für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt wird, hat den Sozialhilfeempfängern zur Verfügung zu stehen und, aus meiner Sicht, nicht der Verwaltung!

Bei einer vorgezogenen Budgetdebatte, geschätzte Damen und Herren, geht es auch um die Weichenstellung. Ich bin aber überzeugt davon, daß das Nachtragsbudget nur bedingt Weichenstellungen macht; Weichenstellungen dort, wo im Nachtragsvoranschlag festgelegte Beträge die Fortsetzung im Budget finden. Ich denke dabei an den Bereich der gesamten Familienförderung. Ich denke dabei an den Technologiebereich. Wir brauchen dringend einen Technologieschub in diesem Land, damit die Menschen sich mit neuen Aufgaben beschäftigen können; damit wir den jungen Menschen, die eine gute Ausbildung haben, neue Arbeitsplätze schaffen. Daher halte ich im Nachtragsbudget den Betrag von 25 Millionen für die Technologie für überaus wichtig und notwendig.

Wir haben aber auch eine Zeit der Umgestaltung von Budgets. Ich weiß, daß das vorgelegte Budget vielleicht die Kunst des möglichen ist. Vielleicht wäre noch mehr an Veränderung und an Verbesserung drin. Aber wir werden uns mit dem Budget erst anlässlich der Budgetdebatte auseinandersetzen. Aber ich meine, daß die öffentlichen Haushalte an einer Weggabelung angelangt sind, wo die Einnahmen bei weitem nicht mehr mit den Ausgaben Schritt halten können. Daher muß eine Budgetpolitik danach ausgerichtet sein, sowohl auf der Bundesebene als auch auf der Landesebene, die Mehrausgaben nach ihrer Notwendigkeit, nach ihrer zwingenden Notwendigkeit zu überprüfen. Und wenn man nach einer zwingenden Überprüfung zur Auffassung kommt, daß Mehrausgaben notwendig sind, dann muß man sie tun. Aber nur Fortschreiben von Budgetziffern und Budgetdaten halte ich jedenfalls nicht für sinnvoll und für die Zukunft unseres Landes für nicht tragbar.

Geschätzte Damen und Herren! Es hat ein namhafter Sozialexperte geschrieben, daß wir die Sozialleistungen in Österreich bei gleichem Sozialaufwand verdoppeln könnten, wenn man die Bürokratie zurückdrängen würde. Daher sind wir gefordert, die Bürokratie abzubauen. Denn das Geld, das das Land, der Bund, für Sozialausgaben zur Verfügung stellt, hat für jene direkt eingesetzt zu werden, die es brauchen - nicht aber für Organisationen und sonstige Zwecke!

Ich meine, daß wir auf alle Fälle die Sozialpoli-

Sablatnig

tik in einem neuen Licht sehen müssen.

Die Kunst des Machbaren finanzieren und die Geldverschwendung zurückdrehen. Daher muß das Land und die zuständige Referentin im Sozialbereich eine exakte Bedarfsplanung vorlegen. Diese exakte Bedarfsplanung fehlt. Es muß aus unserer Sicht die Bedarfsdeckung angeboten werden durch die freien Wohlfahrtsträger, durch die Organisationen, die wir im Land haben, und das Land sollte sich dann wiederum auf die Qualitätskontrolle beschränken. Es ist die Aufgabe des Landes, die Budgetmittel zur Verfügung zu stellen, die Bedarfsplanung zu machen, die Bedarfsdeckung sicher zu stellen und die Qualitätskontrolle durchzuführen. Alles andere ist nicht Aufgabe des Landes.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn heute davon gesprochen wurde, daß es eine Bestrafungsaktion gibt und daß es Almosen sind, die im Sozialbereich eingesetzt werden ... Ich gehe davon aus, 1989 - ich war das erstmal im Landtag - da gab es ein Kindergartenbudget im Land Kärnten von 24 oder 26 Millionen Schilling. Heute haben wir nahezu - ich habe mir das hier heraus geschrieben - 200 Millionen Schilling Kindergartenbudget. Das heißt, das war eine kontinuierliche Entwicklung. Wir haben uns alle dazu bekannt. Aber wir sollten dann nicht von Almosen reden. (*Abg. Ing. Rohr: Du steigst auf den selben Zug auf wie der Haider!*) Lieber Freund! Ich höre ganz genau zu. Ich höre auch deine Zwischenrufe, aber ich weiß, daß sie keinen Bezug zu dem haben, wovon ich rede. Die Sicherung des Lebensbedarfs wird also mit zusätzlich 64 Millionen Schilling im Budget festgehalten. Du hast es vielleicht noch nicht gelesen. Aber die Aufgabe des stellvertretenden Klubobmann ist es ja, nachzulesen, was sich im Budget tut. Die Behindertenhilfe plus 49 Millionen, das Pflegegeld plus sechs Millionen, die sozialen Dienste plus 18 Millionen, die Jugendwohlfahrt plus 52 Millionen, die Kinderbetreuungseinrichtungen plus 35 Millionen, familienpolitische Maßnahmen plus 3,6 Millionen, Familienförderung plus 60 Millionen, Schulstartgeld plus 61 Millionen, Kinderbetreuungsgeld plus 457 Millionen. Lieber Freund, ich möchte es nicht haben, daß man dann vom Almosenbudget und von Bestrafungsaktionen redet. (*Abg. Ing. Rohr: Du bist am falschen Dampfer!*) Nein! Nein, ich bin nicht am falschen Dampfer, weil

ich weiß, wieviel die Gemeinden zum Beispiel mitleisten für die Sozialaufwendungen des Landes. Wir haben allein - wenn man das Jahr 1997 mit 100 % feststellt - im Sozialaufwand im Budget 2000 bereits 144 %. Da muß man gerecht sein. Wenn man damit unzufrieden ist, dann muß man versuchen, die Organisation, für die eure Sozialreferentin zuständig und verantwortlich ist, zu verbessern. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen und meinen, daß alle Politiker, die mit Budgetstellungen zu tun haben, mit Wasser kochen. Ich habe in der letzten Periode die Möglichkeit gehabt, hier das Budget zu verteidigen. Ich habe damals mitgehört, was der Kollege Strutz gesagt hat. Heute sagt Strutz zum Budget auch etwas. Den einzigen Punkt, den ich sagen möchte ist, daß der Standort den Standpunkt bestimmt. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)
(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Jost das Wort.*)

Abgeordneter Jost (FPÖ)

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frau Referentin hat davon gesprochen. Sie spricht Wahrheiten aus, die weh tun. Ich will hier eine Wahrheit ausbreiten, die viele im Sozialbereich schmerzt und die vielen weh tut. Nämlich die seltsame Doppelrolle unserer Sozialreferentin. Auf der einen Seite nimmt sie die Rolle einer Sozialreferentin ein, der man durchaus Engagement und Bemühen nicht absprechen darf und soll - das sage ich auch als politischer Mitbewerber - aber die zweite Rolle, die sie spielt, ist jene, daß sie die Musterschülerin des Herrn Manzenreiter spielt und die Vorreiterin in polemischen Attacken. Und da passiert es halt in letzter Zeit sehr häufig, daß man nicht weiß, mit welcher Zunge die Frau Schaunig spricht. Ist es die Sozialreferentin, die sich für ihre Schützlinge einsetzt, oder ist sie die parteipolitische Speerspitze des Herrn Manzenreiter und des Herrn Gusenbauer. Und hier entsteht ein gewaltiges Glaubwürdigkeitsdefizit. Ich glaube, auf dieses Defizit sind auch die ganzen Diskussionen rund um den Nachtragsvoranschlag zurückzuführen. Wir alle hier im Haus wissen nicht, oder können nicht eindeutig nachvollziehen, ob die Forderungen der Frau Schaunig, die sie ge-

Jost

stellt hat, auch wirklich stimmen. Das sage ich hier ganz offen. Ist es jetzt ehrlich, ist es Sozialpolitik oder geht's hier um parteipolitische Tricks, (1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Genau! Jetzt sind wir auf dem Punkt!*) meine Damen und Herren, das ist das Problem. Ich möchte es auch an einem Beispiel illustrieren, um hier die Doppelrolle darzustellen. Wir haben die Sitzung im Sozialhilfebeirat gehabt und haben dort ausführlich diskutiert und ich stehe auch dazu, daß ich dafür bin, daß die Pflichtausgaben im Sozialbereich auch vom Land abgedeckt werden müssen. Aber was ist dort passiert? Dieser Abstimmungstext ist auf Antrag des Herrn Kollmann erstellt worden, dann ist Frau Schaunig gekommen und es hat keine Abstimmung stattgefunden. Die Mitglieder wurden nicht aufgerufen, so wie das überall üblich ist, mit Handaufzeigen zuzustimmen oder eben das nicht zu tun. So, das ist der Stil. Und dann komme ich nach dieser Sitzung ins Büro und was finde ich als erstes? Eine polemische Attacke der Frau Schaunig über die Behindertenintegration, über die Bemühungen, hier zusätzlich Behinderte in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Da war für mich die Grenze der Heuchelei erreicht. Frau Schaunig beschwert sich, daß sich das Land bemüht, vermehrt Behinderte einzustellen und kritisiert dabei den Landeshauptmann. Wenn man dann ihren eigenen Bereich anschaut: Was tut sie persönlich in ihrem eigenen Wirkungsbereich, um Behinderte einzustellen, dann stellt man fest, daß sie überhaupt nichts tut, meine Damen und Herren. Es gibt keinen Behinderten in ihrem Büro. Und was vielleicht noch viel schlimmer ist, sie kommt von der Arbeiterkammer und ich habe heute festgestellt, daß die Arbeiterkammer nicht einmal die Mindestquote an Behindertenbeschäftigten erfüllt. Also, sie kritisiert den Herrn Landeshauptmann, der nachweislich behinderte Mitarbeiter aufgenommen hat und die Quote mehr als erfüllt hat. Das kritisiert sie, während sie in ihrem eigenen Bereich nicht einmal erreicht, daß man die Mindestanforderungen erfüllt. Und daß Sozialpolitik, die ich ... (Abg. Ing. Rohr: *Wer macht denn die Personalpolitik?*) Der Landeshauptmann hat genug eingestellt. Der hat genug eingestellt. Schauen sie bitte zum Herrn Manzenreiter, ob er das auch tut. (Beifall von der FPÖ-Fraktion) Das ist ihre Heuchelei in der Sozialpolitik. Sie haben in den

vergangenen Jahren nichts dafür getan, daß vermehrt behinderte Mitarbeiter eingestellt werden. Sie haben nichts getan.

Ich kann ihnen die Statistik der Gemeinden zeigen, in denen Sie das Sagen haben. Die ist beschämend. Und dann haben Sie den Mut, herzugehen und zu kritisieren, wenn da neue Initiativen gesetzt werden. (Abg. Ing. Rohr: *Wenn Sie Sachen in den Raum stellen, die nicht stimmen!*) Prüfen Sie nach! Bei ihrem Dringlichkeitsantrag werde ich es Ihnen mit Zahlen, mit offiziellen Zahlen, belegen. Aber das ist jetzt nicht der richtige Ort. (Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion) Darf ich jetzt reden?

Was man im Sozialhilfebeirat noch wichtig analysieren muß, ist folgendes, meine Damen und Herren. Ich habe die Frau Landesrätin mehrmals gebeten, uns rechtzeitig die Zahlen vorzulegen, warum sie mit ihrem Budget nicht auskommt. Dieser Aufforderung ist sie nicht nachgekommen. Weil diese erhöhten Fallzahlen, die zu dieser Forderung von 30 Millionen Schilling im Nachtragsbudget geführt haben, treffen nicht plötzlich ein wie ein Gewitter, (Abg. Dr. Wutte: *Hätte ich auch gesagt!*) die bauen sich langsam auf. Sie hat das im zuständigen Gremium niemals vorgelegt, obwohl sich das ganz einfach dokumentieren ließe. Sie tut es nicht. Und da kann ich nur sagen, wenn das ein verantwortlicher Manager in einem Privatunternehmen macht, der Budgetüberschreitungen, die ihm schon lange bekannt sein müssen, die er monatelang weiß, wenn der dann plötzlich vor Jahreschluß kommt und sagt: Ich brauche 50 Millionen Schilling mehr - was der im Privatunternehmen erlebt, meine Damen und Herren. Der hat seinen Sessel nicht mehr sehr lange. Ich hoffe darauf, daß der Sozialfonds, wo die Gemeinden, die auch mitzahlen, mitreden müssen, daß der sehr bald kommt, weil dann wird man wenigstens jedes Monat oder zumindest jedes Quartal eine Übersicht bekommen und wird feststellen können, wie sich das Budget entwickelt und wie sich die Anforderungen entwickeln. (Abg. Dr. Wutte: *Da gehört Ordnung hinein!*) Das passiert derzeit nicht, meine Damen und Herren! Und deswegen muß in den Sozialbereich Ordnung hinein - du hast mir das Stichwort gegeben, Klaus Wutte - und hier werden wir in nächster Zeit sicher die Strukturen verändern müssen, damit man wirklich auch dem

Jost

Vergleich mit der Privatwirtschaft standhält.

Grundsätzlich ist ja auch etwas zu sagen. Mit der Kürzung des Nachtragsbudgets - das hat die Frau Schaunig uns auch im Sozialhilfebeirat gesagt - passiert eigentlich überhaupt nichts. Da geht es um eine Verzögerung von 14 Tagen bis drei Wochen. Sie bekommt heute vielleicht die Hälfte ihrer Mittel. Wenn sich herausstellt, daß die restlichen Mittel dringend benötigt werden, dann kann sie das sofort mit 1. Jänner aus ihrem weiteren Budget, das ohnehin aufgestockt wurde, sofort begleichen. Es ist also überhaupt nichts passiert. Es gibt Bereiche die das Sozialreferat - wie zum Beispiel die Behindertenintegration, wo das Sozialreferat sicher nicht so gut arbeitet wie andere Bereiche. Das wird das Bundessozialamt im nächsten Jahr mit der Behindertenmilliarde, wo fast 100 Millionen zusätzlich nach Kärnten kommen, sicher besser erledigen können als der Sozialbereich. Und deshalb würde ich in der Sozialdebatte für mehr Wahrhaftigkeit plädieren und für weniger Parteipolitik. Dann wird die Frau Landesrätin Schaunig sich in Zukunft auch nicht mehr so schwer tun, ihre Anliegen durchzusetzen. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Um 14.20 Uhr übernimmt 3. Präs. Mitterer den Vorsitz. - Der Vorsitzende erteilt Abg. Scheider das Wort.)

Abgeordneter **Scheider** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Als einer, der im Sozialbereich auch tätig ist, muß ich sagen, es ist eine sehr bittere Diskussion. Und zwar bittere Diskussion deshalb, wenn in Zeiten eines - da muß man den Finanzreferenten Pfeifenberger danken - steigenden Sozialbudgets, in Zeiten, wo andere Bereiche dafür einsparen müssen und in Zeiten einer Sozialoffensive mit Kindergeld, Familienfonds und Schulstartgeld hier nach wie vor so gesprochen wird, als würde es zu drastischen Kürzungsmaßnahmen genau in diesem sehr sensiblen Bereich kommen.

Wir haben - das hat auch diese Aufwertung des Budgets bewirkt - auch die entsprechenden Zahlen auf dem Tisch. Es gibt positive Auswirkungen bei der Arbeitslosigkeit. Wir haben den höchsten Beschäftigungsstand, vor allem bei der

Jugend, was sehr wichtig ist. Wir haben beim Wachstum aufgeholt. Wir sind im Vergleich der Bundesländer aufgestiegen. Wir haben - und das ist auch wichtig - im Gesamtbudget jetzt trotzdem eine Trendwende eingeleitet. Und es kann halt das Motto der vergangenen Jahrzehnte unter sozialdemokratischer Führung jetzt nicht mehr gelten: "Wir bestellen, der Bürger zahlt". Wir müssen diesen aufgeschobenen Schuldenberg langsam aber sicher bei Seite räumen. Daß das auch geht, hat ja auch der Bund bewiesen, daß einerseits die Budgetsanierung in Einklang zu bringen ist mit Sozialoffensiven, wie mit der angesprochenen Behindertenmilliarde, aber auch mit Beschäftigungsoffensiven. Das zeigt ja dieses Beispiel ganz drastisch.

Wir haben in der Vergangenheit auch gesehen - und das ist ebenfalls sehr bitter, weil für mich ist der Sozialbereich immer ausgenommen aus der parteipolitischen Auseinandersetzung -, daß es dort wo es um wichtige Projekte geht, wo vielleicht die Frau Landesrätin dem nicht so nahe gegenübersteht wie zum Beispiel beim "No Problem"-Projekt, daß es hier plötzlich zu einem Förderungszug kommt oder auch bei der Förderung von lernschwachen Kindern, wo auch Legastheniker dabei sind.

Auch hier sind Mittel entzogen worden, und hier hat der Landeshauptmann wieder ausgleichen müssen. Ich glaube also, daß es vollkommen richtig ist, daß man sagt, man muß auch das interne Chaos im Sozialbereich endgültig einmal beseitigen, und wir müssen alle dafür sorgen, daß mehr Gerechtigkeit auch einzieht.

Es ist ganz, ganz wichtig, daß man hier ansetzt, wo es ja auch schon Beweise gibt. Wenn man zum Beispiel die Integration beeinträchtigter Kinder hernimmt: Da sind wir vor eineinhalb, zwei Jahren hier gestanden, haben einen Bundesländervergleich gemacht und sind daraufgekommen, daß wir eigentlich fürchterlich schwach liegen, Schlußlicht sind und einen enormen Aufholbedarf haben. Der Kindergartenreferent, Reichhold, hat es geschafft, binnen einem Jahr diese Integration in Kärnten zu verdoppeln. Im Jänner 2001 wird jeder Bezirk Kärntens über eine funktionierende Integration in den Regelkindergärten verfügen. Das zeigt, daß es möglich ist, an die Probleme heranzugehen.

Scheider

Es schaut ein bisserl so aus, daß sämtliche Aktivität und Kreativität der Sozialreferentin sich dahingehend erschöpft, immer wieder, ständig und kontinuierlich Geldforderungen zu stellen - aber das nicht zu schaffen, was unabdingbar ist, nämlich eine Budgetverantwortung für ihren eigenen Bereich zu übernehmen. Da ist es tatsächlich die einzige Chance, die wir haben, daß dieser Sozialfonds kommt, damit wir auch sehen, wo hier Ansatz ist, wo hier Bedarf ist. Dies deshalb, damit die Mittel, die wir zur Verfügung haben, wirklich jenen direkt zur Verfügung gestellt werden können, die sie dringend brauchen. Da gibt es halt auch „intelligente Projekte“, die einerseits nicht so viel Subvention erfordern, andererseits den Menschen sehr viel bringen.

Wenn heute der Sozialmarkt einige Male hier so kritisierend erwähnt wurde, dann kann ich nur sagen: Sprechen Sie nicht hier herinnen darüber, sondern sprechen Sie mit den Betroffenen, ob dieser Sozialmarkt eine gute Idee ist oder nicht! Denn hier ist es so, daß die Wirtschaft (über 25 Betriebe) Waren gratis zur Verfügung stellen, und zwar Waren, die absolut in Ordnung sind und die man überall - auch in den besten Supermärkten - zu kaufen bekommt. Die stellen das diesen Menschen zur Verfügung, die es dringend brauchen und die um zwei Drittel günstiger diese Waren erhalten können.

Was ist daran schlecht? - Der Zulauf ist enorm. Das, was uns prophezeit wurde, die Ausgrenzung, ist nicht eingetroffen. Und das wünsche ich mir, daß das im Sozialbereich die Meßlatte sein wird, nämlich nicht das, was hier prophezeit oder vorgegaukelt wird, sondern das, dann wirklich an Ort und Stelle - ob es der Bevölkerung hilft oder nicht -, das ist die Latte. Und daran müssen wir die Bedeutung messen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich eigentlich nicht mehr zu Wort gemeldet, aber ich muß mich ... *(Abg. Dr. Strutz: Das wäre gescheit gewesen!)* Ja, ob

das gescheit ist, weiß ich nicht, Herr Kollege Strutz. Aber darauf möchte ich gar nicht eingehen, weil das ist kein gescheiter Zwischenruf. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Aber es ist keine gute Einleitung! - Abg. Dr. Strutz: Wenn man sich nicht zu Wort melden will, soll man sich nicht melden!)* Ich muß mich zu Wort melden, weil es scheint Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion nicht aufgefallen zu sein, welche unerhörte Aussage die Frau Landesrätin Schaunig-Kandut heute hier getätigt hat. Ja! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das sind wir schon gewohnt!)* Das mag durchaus sein, daß Sie das schon gewohnt sind, aber ich darf doch als Mutter - und ich glaube, daß ich hier auch im Namen vieler anderer Mütter spreche - diese Aussage ganz energisch zurückweisen! Sie hat hier nämlich ganz konkret gesagt: „... daß Müttern etwas aufgehalst wird.“ *(Abg. Steinkellner und Abg. Kreutzer: Ja!)* Ich wiederhole das noch einmal, und ich danke meinen beiden Kolleginnen von der FPÖ-Fraktion, die das doch gehört haben, Ich bin sehr froh, daß hier auch diese Sensibilität da ist, Herr Kollege Strutz. Ich denke, manchmal ist es vielleicht doch ganz gut, auch ein bisserl auf die Kolleginnen zu hören. Sie hat also wirklich gesagt, und ich wiederhole das noch einmal: Sie hat gesagt, daß Müttern etwas aufgehalst wird, weil die Rahmenbedingungen für die Kinder verbessert werden. Meine Damen und Herren! Ich wehre mich dagegen ganz energisch! *(Abg. Steinkellner: Bravo! - Beifall von der ÖVP- und FPÖ-Fraktion)*

Ich bin überzeugt davon, daß sehr viele Frauen und sehr viele Mütter, eine Verbesserung der Möglichkeiten bei der Betreuung ihrer Kinder in Anspruch nehmen werden. Letztlich ist es auch ein sehr, sehr wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich möchte das wirklich in aller Deutlichkeit feststellen!

Zur Sozialdebatte gibt es gar nicht mehr allzuviel zu sagen. Das ist ein Pingpong, wo die Argumente seit Jahren hin- und hergehen. Ja, Herr Kollege Strutz, sie gehen seit Jahren hin und her. Wir haben hier im Haus wiederholt diskutiert. Wenn die Frau Landesrätin heute sagt, daß wir so mucksmäuschenstill sind, dann kann ich mich nur wundern, denn wir haben seit Jahren Veränderungen gefordert. Wir haben seit Jahren Vorschläge eingebracht - aber sie hat nichts

Mag. Scheucher-Pichler

getan! Sie und ihre Vorgängerinnen und Vorgänger haben nicht reagiert!

Ich denke, daß der Sozialfonds - wir stehen dazu! - wirklich eine Chance ist, hierbei eine Neuorientierung zu schaffen und wirtschaftliche Effizienz in den sozialen Bereich zu bringen; neue Strukturen einzubauen; eine Neustrukturierung vorzunehmen und die Qualität im sozialen Bereich trotzdem zu sichern. Wir brauchen dieses wirtschaftliche Denken im Sozialen. Wir brauchen es deswegen so dringend, um jenen sozialen Standard, den wir jetzt in diesem Land haben, auch in der Zukunft zu sichern und um die neuen Herausforderungen in dem Bereich - vor allem auch für jene Menschen, die eben Hilfe brauchen, die schwach sind! - zu sichern.

Daher ein Ja zum Sozialfonds und ein Ja zu neuen Maßnahmen im sozialen Bereich! Danke! *(Beifall von der ÖVP- und FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Frau Kollegin Scheucher, ich muß schon zurückweisen, daß Sie der Frau Landesrätin hier unterstellen, daß sie die Betreuungsaufgaben für Kinder, *(LR Wurmitzer: Wo ist sie denn? Wo ist denn die Frau Landesrätin bei der Sozialdebatte?!)* die Situation, daß man Frau, Familie, Beruf vereinbaren muß, *(LR Wurmitzer: Wo ist denn die Frau Landesrätin?!)* als „aufgehalste Situation“ bezeichnet und das hier als „diskriminierend“ bezeichnen.

Ich muß Ihnen eines sagen: Die Frau Landesrätin Schaunig-Kandut ist sehr bemüht, gerade jene betroffenen Gruppen, wo Frauen heute in Arbeitsverhältnissen stehen und natürlich für ihre Kinder dann auch die entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung haben sollten, hier Akzente und Impulse zu setzen. Und da gibt es vieles an Verbesserungsbedarf. Denn wir wissen, daß wir heute ja vielfach gerade bei der Beschäftigung von Frauen ... *(LR Wurmitzer: Wo ist denn die Frau Landesrätin?! - Abg. Lutschounig: Das ist ja die ureigenste Aufgabe der Familie! - 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag:*

Deshalb kriegen sie das Kindergeld! - Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) Aber ich denke mir, Herr Kollege Lutschounig, daß es durchaus auch eine Aufgabe der Männer sein kann, daß sie die gesamte Situation der Familie mit der Frau gemeinsam bereinigen können. Daher ist es für viele Frauen wichtig, die in Arbeitsverhältnissen stehen, die Teilzeitbeschäftigungen bedeuten und die letztlich bewirken, daß die Leute auf Abruf bereitstehen müssen und auf der anderen Seite mit der Kinderbetreuung dann nicht zu Rande kommen. Die Situation gibt es.

Daher kann man hier der Soziallandesrätin nicht unterstellen, daß sie sich um diese Frage nicht engagiert und interessiert, meine sehr geschätzten Damen und Herren. *(Abg. Mag. Scheucher-Pichler: Ich unterstelle das nicht, sondern habe das festgestellt! - Lärm im Hause.)*

Ein zweites möchte ich sagen: Es wurde heute von seiten der FPÖ der Versuch unternommen, mit diesem Nachtragsbudget eine Sozialdebatte zu führen. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, was der Herr Finanzreferent am 5. November in der „Kleinen Zeitung“ gesagt hat: „Pfeifenberger bezeichnete jetzt im Gespräch mit der ‘Kleinen Zeitung’ alle Forderungen der Soziallandesrätin als berechtigt, weil es erhöhte Bedürfnisse im Sozialbereich gebe, denen entsprochen werden müsse.“ - Jetzt geht der Herr Jost da heraus, dann geht der Herr Scheider heraus und sagt, wo wir also überall noch sparen können und ob denn das, was der Herr Landesfinanzreferent tatsächlich auch als finanzielles Erfordernis anerkannt hat, denn wirklich notwendig sei; da sei schon wieder zu hinterfragen. Ja! Natürlich ist es zu hinterfragen, wenn man eine derartige Sanktionspolitik betreibt, wo also dann über Nacht ein Nachtragsbudget vorgelegt wird, wo eben die entsprechenden Abstriche zu verzeichnen sind.

Herr Kollege Scheider, eines muß ich dir schon auch sagen: Ganz besonders merkwürdig finde ich, wenn du als Klubobmann der Klagenfurter Rathaus-FPÖ da herausgehst und sagst: „Der Schuldenberg, der sich angehäuft hat, muß langsam wieder abgebaut werden.“ Jetzt frage ich dich: Was sind denn die Beiträge der FPÖ-ÖVP-Koalition in der Klagenfurter Gemeindepolitik, um den Schuldenberg entsprechend abzubauen?

Ing. Rohr

(*Abg. Scheider: Haben wir schon!*) Denn in Wahrheit ist die Krankenanstaltenfinanzierung und die Maastricht-Konformität des Landesbudgets, aber auch des Klagenfurter Budgets, deshalb so zustande gekommen, wie sie derzeit ist, weil Klagenfurt ohne die entsprechenden Einnahmen (*Abg. Ramsbacher: Und Villach!*) - natürlich hat Villach auch 65 Millionen finanziellen Spielraum gewonnen - sonst nicht in der Lage gewesen wäre, ein entsprechendes Budget zustande zu bringen. (*Abg. Scheider: Weil die SPÖ mehr verteilt, als wir haben!*) Da muß ich schon sagen: Da wird von diesem Rednerpult aus, Herr Kollege Scheider, mit zwei Zungen agiert! Auf der einen Seite spielst du den großen Landespolitiker, wo du sagst, wie wichtig es ist, den Schuldenberg abzubauen - auf der anderen Seite, in Klagenfurt, wenn es also darum geht, das Finanzdesaster entsprechend ins Reine zu bringen, fällt euch offensichtlich nichts ein. (*Lärm im Hause*)

Eines muß ich euch auch sagen, meine Damen und Herren, weil heute offensichtlich in der FPÖ die Befehlsausgabe erfolgt ist: Jeder der Rednerinnen und Redner hier am Rednerpult muß offensichtlich das Wort „Helmut Manzenreiter“ mindestens dreimal in den Mund nehmen. Das Wort des Bürgermeisters Helmut Manzenreiter zählt - im Gegensatz zum Wort des Herrn nicht mehr vorhandenen Ministers Schmid und des Herrn Landeshauptmannes Haider. (*Lärm im Hause*) Denn am 4. Mai, per Handschlag, wurde zugesagt, daß die Gewerbeparkaufschließung in Villach (*Abg. Steinkellner: Er kriegt es ja eh, Herr Parteisekretär vom Manzenreiter! - Lärm im Hause.*) mit entsprechender Kostenbeteiligung des Bundes und des Landes finanziert wird. Was aber passiert im Nachtragsvoranschlag? Im ursprünglich vorgesehenen Nachtragsvoranschlag, dem die Sozialdemokratie durchaus ihre Zustimmung gegeben hätte: 25 Millionen werden als „beleidigte Leberwurst“ einfach herausgestrichen. (*Abg. Steinkellner: Die SPÖ lehnt das Budget ja ab! - Abg. Stangl: Das Budget wird das zweitemal von der SPÖ abgelehnt!*)

Eines, meine Damen und Herren in der FPÖ, darf ich euch auch noch sagen: Wir als Sozialdemokraten schätzen uns glücklich, Persönlichkeiten im politischen Leben zu haben, wie die

des Herrn Bürgermeisters Manzenreiter. Das ist vielleicht für die FPÖ in Villach ein gewisses Problem. Da habe ich schon Verständnis, daß Sie damit keine große Freude haben, weil der Herr Lang halt wenig, wenig reüssiert; weil er in Wahrheit auch durch die Gegend fährt, der Bevölkerung alles verspricht, aber nichts einhält. Wenn es dann darum geht, die Dinge umzusetzen, muß wieder Manzenreiter mit seinem Team in Villach dafür einstehen, daß die Wünsche der Bevölkerung entsprechend befriedigt werden! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion . - Abg. Steinkellner: Manzenreiter macht gar nichts! Das macht der Haider!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Kollmann das Wort.*)

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte nur noch einmal ganz kurz auf das replizieren, was Kollege Jost gemeint hat: daß es im Sozialhilfebeirat keine Abstimmung gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion über dieses Thema war von Betroffenheit und Sorge bei den Mitgliedern des Sozialhilfebeirates geprägt. Es hat sicherlich dort von allen Fraktionen in den Wortmeldungen zu diesem Antrag auch die Zustimmung gegeben. Das sage ich noch einmal ganz klipp und klar! Ich möchte auch feststellen, daß der Abgeordnete Jost dort selbst die Äußerung gemacht hat, daß ja Landeshauptmann Haider die Tür nicht endgültig zugeschlagen hat und daß sicherlich hier eventuell eine Möglichkeit der Gespräche stattfinden kann.

Ich möchte auch zu dem Stellung beziehen, daß gesagt wird: „Na ja, es tritt eine Verzögerung von 14 Tagen ein.“ Wir wissen, daß bei den Verpflegssätzen nicht innerhalb von 14 Tagen etwas eintritt, sondern daß ja Oktober, November und Dezember auszuzahlen sind und viele Vereine und Organisationen zum Jahresende in Liquiditätsschwierigkeiten kommen. Dies deshalb, weil dann der November und Dezember womöglich hinsichtlich der Verpflegskosten und Tagsätze mangels an Mitteln nicht ausbezahlt werden können und die dann in das Jahr 2001 übertragen werden und verspätet erst das Geld

Kollmann

bekommen.

Wenn hier solche Engpässe in der Liquidität entstehen, dann wißt ihr alle selbst, daß in diesen Organisationen viele ehrenamtliche Funktionäre tätig sind, die mit ihrem Privatvermögen dort haften und damit dann womöglich auch noch wegen Fahrlässigkeit und dergleichen mehr leicht unter die Räder kommen können. Das sollte man den ehrenamtlichen Funktionären ersparen, wenn wir die Möglichkeit haben, das Geld auch vorzeitig hier hinauszubringen.

Der letzte Punkt ist, „... daß die Mißwirtschaft in der Sozialabteilung abgestellt wird.“, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, wenn man hier eine Pauschalverdächtigung macht und Mißwirtschaft ausspricht, dann sollte man hier herinnen so offen sein und auch sagen: Ist ein Gesetz gebrochen worden, sind Bescheide nicht ausgestellt worden, sind Anträge nicht behandelt worden? Ich glaube, das geziemt sich eigentlich. Wenn Sachbearbeiter oder Beamte, die diese Tätigkeiten machen, die sich heute hier nicht wehren können, nur pauschal verdächtigt werden, hier eine Mißwirtschaft zu betreiben, dem verwehre ich mich. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Vorsitzender: Der Berichterstatter hat das Schlußwort. - Berichterstatter:)

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Hohes Haus! Ich darf abschließend die Höhe des Nachtragsvoranschlags verlautbaren. Es ist dies eine Summe von S 208,272.000,--.

Ich verzichte auf das Schlußwort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Der Berichterstatter berichtet über die Summe, die im Nachtragsvoranschlag vorgesehen ist, diese beiden Zahlen.

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ)

Ich berichte über die Summe des Nachtragsvoranschlags. Es ist dies eine Summe von

S 208,272.000,--. Gemeinsam mit dem Landesvoranschlag ergibt sich ein Betrag in der Höhe von S 26.136,577.000,--.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Diese Veränderungen beziehen sich auf mehrere Positionen. Zu einigen dieser Positionen liegt ein Abänderungsantrag vor. Ich lasse den Schriftführer diesen Abänderungsantrag verlesen, stimme dann über diese geänderten Positionen ab und dann über den restlichen Voranschlag. Sonst müßten wir bei jeder einzelnen Position abstimmen. - Der Schriftführer hat das Wort. Bitte!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

“Folgende Änderungen zu VA 1/41112 8, Pos. 7282 027 “Verpflegskosten für chronisch Kranke und Geistesschwache in fremden Anstalten und Heimen” von S 15,000.000,-- auf S 30,000.000,--.

VA 1/41311 8, Pos. 7282 010 “Beschäftigungstherapie” von S 5,000.000,-- auf S 10,000.000,--

VA 1/42915 8, Pos. 7280 048 “Hauskrankenpflege und Hilfe, Weiterführung des Haushaltes” von S 2,500.000,-- auf S 5,000.000,--

VA 1/43930 8, Pos. 7280 034 “Heime, Wohngemeinschaften und betreutes Wohnen” von S 2,500.000,-- auf S 5,000.000,--

VA 1/56311 8, Pos. 7671 001 “Personalaufwand” von S 1.000,-- auf S 10,000.000,--

VA 1/61816 8, Pos. 7296 023 “Beitragsleistung des Landes” von S 1.000,-- auf S 25,000.000,--

VA 1/91463 8, Pos. 7425 001 “Gesellschafterzuschuß” von S 25,000.000,-- auf S 1.000,--

VA 1/97011 9, Pos. 7298 011 “Vorsorge für strukturelle Maßnahmen” von S 9,998.000,-- auf S 1.000,--

VA 1/13312 5, Pos. 7692 002 “Bekämpfung BSE” von S 10,000.000,-- auf S 1.000,--

VA 1/38111 5, Pos. 7674 029 “Nicht einzeln bezeichnete Subventionsempfänger” von S 5,500.000,-- auf S 5,497.000,--

Bei den Mehreinnahmen werden die angeführten Voranschlagssätze wie folgt veranschlagt:

VA 2/41112 5, Pos. 8505 006 “Gemeinde -

Mag. Weiß

Kopfquote" von S 9,000.000,-- auf S 18,000.000,--

VA 2/41311 5, Pos. 8505 023 "Verrechnung der Gemeindeschuld" von S 3,000.000,-- auf S 6,000.000,--

VA 2/42915 5, Pos. 8505 023 "Gemeinde - Kopfquote" von S 1,500.000,-- auf S 3,000.000,--

VA 2/43930 5, Pos. 8505 006 "Gemeinde - Kopfquote" von S 1,500.000,-- auf S 3,000.000,--

Die oben angeführten Abänderungen des I. Nachtragsvoranschlags zum Landesvoranschlag 2000 bewirken keine Ausweitung der Netto-Neuverschuldung 2000 von S 995,186.000,--.

2. Der Aufhebung der im Zuge der Kreditübertragung 1999/2000 auf dem VA 1/56311/0/7671 001 "Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft, Personalaufwand" für Zwecke der im Jahre 2000 im Krankenanstaltenbereich allfällig zu erwartenden Gehaltsvalorisierungen in Höhe von 18,4 Millionen Schilling verfügten Kreditsperre wird die Zustimmung erteilt.
3. Der Bevorschussung aus Kassenmitteln bis zum Inkrafttreten des Nachtragsvoranschlags 2000 für den Sozialbereich bis zu einem maximalen Ausmaß von 40 Millionen Schilling, sowie für den Personalbereich im Ausmaß von maximal 20 Millionen Schilling wird die Zustimmung erteilt."

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Danke! Ich lasse nun über diesen Abänderungsantrag abstimmen. Wer dem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu heben! Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, da die Freiheitlichen und die ÖVP dem nicht zugestimmt haben.

Herr Berichterstatter, ich ersuche Sie, die Nach-

tragsvoranschlagssummen noch einmal zu verlesen (Ein- und Ausgaben).

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Einnahmenseitig S 208,272.000,--; das gleiche ausgabenseitig mit S 208,272.000,--.

Ich beantrage die Annahme dieser Summe.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Ich lasse über die Nachtragsvoranschlagssumme (Ein- und Ausgaben) abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! Das ist die erforderliche Mehrheit. Die SPÖ-Fraktion hat dem nicht zugestimmt.

Herr Berichterstatter, die dritte Lesung!

Berichterstatter Abgeordneter **Gritsch** (FPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem von der Landesregierung vorgelegten I. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000 wird gemäß Artikel 60 des Kärntner Landesverfassungsgesetzes - K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP und der Freiheitlichen beschlossen.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt und damit auch die Tagesordnung. Wir kommen zur Mitteilung des Einlaufes. Ich darf den Schriftführer ersuchen, zu berichten.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Der Einlauf der heutigen Landtagssitzung umfaßt 8 Dringlichkeitsanträge und 8 Anträge.

A. Dringlichkeitsanträge:

Mag. Weiß**1. Ldtgs.Zl. 134-4/28:****Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, für die Arbeit des Arbeitskreises Krško im Kärntner Landesvoranschlagsentwurf für das Jahr 2001 (und die Folgejahre) je 250.000,- Schilling bereitzustellen.

Die Bewirtschaftung des entsprechenden Voranschlagsansatzes soll über die Landesamtsdirektion (Amtswirtschaft/Controlling) erfolgen. Über die Vergabe der präliminierten Mittel entscheidet der jeweilige Vorsitzende des Arbeitskreises Krško in Abstimmung mit den von den im Kärntner Landtag vertretenen Parteien nominierten Mitgliedern.

Des weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß über die Verwendung der Mittel des Krško-Arbeitskreises ausschließlich der Arbeitskreis - ohne Einmischung des Präsidenten des Kärntner Landtages - zu entscheiden hat.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Danke für die Verlesung des Antrages. Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Rohr gemeldet. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag ist aus meiner Sicht deshalb notwendig geworden, weil die Arbeit des Krško-Arbeitskreises in der Vergangenheit immer mit dem Betrag von S 250.000,- dotiert war und über die Mittelverwendung dieses Arbeitskreises die jeweiligen politisch vertretenen Parteienvertreter in diesem Arbeitskreis auch entsprechend entschieden haben. Die Situation ist folgende, daß allerdings nachdem in Absprache mit dem Kollegen Jost und mit dem Kollegen Lutschounig, einer Initiative, die sich sehr bemüht, um entsprechende Bewußtseinsbildung in Bezug auf die damit in

Zusammenhang stehende Öffentlichmachung der damit verbundenen Gefahren betreffend grenznahe Atomkraftwerke, 80.000 Schilling zugesagt wurden. Diese 80.000 Schilling wurden allerdings bis zum heutigen Tag nicht ausbezahlt, weil der Herr Präsident Freunschlag sich bemüßigt gefühlt hat - offensichtlich über einen Wink des Herrn Landeshauptmannes, der auf einen Amtsvortrag darauf geschrieben hat, daß das okay wäre, wenn der Präsident dem die Zustimmung gäbe - eben diese Dinge nicht erledigt wurden. Und daher bitte ich, um die Arbeit im Arbeitskreis Krško in Zukunft sicherzustellen ... Wir stehen ja jetzt vor einer völlig neuen Situation. Wir haben ein neues Gutachten im Auftrag der EU-Kommission, das über die Erdbebengefährdung am Standort Krško entsprechend Auskunft gibt. Es wird von Seiten des Außenministeriums jetzt eine entsprechende Expertengruppe einberufen, die diese Ergebnisse überprüfen wird und dann soll es in weiterer Folge auch öffentliche Information für die Kärntner Bevölkerung geben, damit vielleicht dieses Gefährdungspotential, das immer auch im Raum gestanden ist - zumindest was die Erdbebensicherheit betrifft - nicht in dem Maße vorhanden ist. Wir sollten natürlich alles in der Zukunft weiter unternehmen, damit wir die Aktivitäten des Arbeitskreises Krško und der damit befaßten Initiativen auch entsprechend vorantreiben. Nämlich in diese Richtung, daß wir Ressourcen, die wir bei uns erarbeitet und entwickelt haben, nämlich im Bereich der alternativen Energieträger, alternativer Energienutzungsformen auch in nachbarschaftlicher Partnerschaft den Nachbarn in Slowenien zugänglich machen, dort entsprechende Projekte unterstützen und es damit vielleicht möglich machen, den Strombedarf in Slowenien durch alternative Energienutzungsformen zu substituieren und damit zu einem früheren Schließungszeitpunkt von Krško zu kommen.

Ich bitte daher den hohen Landtag, diesen Dringlichkeitsantrag, weil es ja auch um das Budget des Jahres 2001 am 19. bis 21. Dezember hier im Hohen Haus gehen wird, mitzutragen, damit gewährleistet ist, daß wir unsere Arbeit, die wir auch ganz im Interesse der Kärntner Bevölkerung in diesem Arbeitskreis leisten - Wo ich auch sagen muß, daß wir über alle politischen Grenzen hinweg entsprechende Übereinstimmung erzielen können. - nicht gefährdet ist.

Ing. Rohr

(*Abg. Dr. Strutz: Da klatscht nicht einmal die eigene Partei!*) (Beifall von der SPÖ-Fraktion)

(*Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, ich danke für den Antrittsapplaus. (*Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion*) Zum Antrag ist zu sagen, daß er weder neu ist, noch der Inhalt besonders dringend und auch die Formulierungen nicht sachlich und nicht zielführend sind. Ich habe ihnen das, was die SPÖ betrifft, bereits in der Umweltausschußsitzung am 9. November mitgeteilt. Es ist nicht neu, daß es einen Arbeitskreis Krško gibt. Den gibt es seit 1990 und seit damals gibt es auch Dotierungen im Budget. (*Abg. Dr. Strutz: Es ist ein freiheitlicher Antrag gewesen!*) Nur stellt sich langsam die Frage: Was geschieht mit dem Geld und was soll damit geschehen? Da stehen die Antworten noch aus. Sehr viel der bisherigen Summen ist in eine Initiative "Alpe-Adria frei von Atomanlagen" geflossen. Wenn man diese Initiative anschaut, ist die am Anfang von sehr vielen Menschen getragen worden. Derzeit besteht sie im wesentlichen aus einem Sprecher, der dadurch auffällt, daß er relativ patzige Briefe schreibt. Ich werde ihnen das auch in einigen Auszügen zur Kenntnis bringen. Der Sprecher verlangt eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Zusammenarbeit mit Atomgegnern in Slowenien in der Höhe von einer Million Schilling, ohne darüber auszusagen, was damit geschehen soll. Er beschwert sich, daß seine Vorstellungen nicht angenommen werden und teilt diese Vorstellungen mit.

Die lauten so, beginnend einmal: „Wir möchten nicht mit jemandem darüber sprechen, der keine Entscheidungskompetenz hat.“ Ohne zu sagen, wer das ist. Er fährt dann weiter fort: „Wenn Sie demnächst keine Zeit dafür haben, dann hoffen wir, daß Sie bald einen Auftrag zur Überweisung von 60.000 Schilling geben, damit wir noch in diesem Jahr einiges arbeiten können.“ Er sagt aber nicht, was.

Ganz interessant wird es, wenn er selbst sagt: „Wenn auch vom Krško-Arbeitskreis des Land-

tages kaum Vorschläge für Antiatomaktivitäten und Projekte für das Jahr 2000 gekommen sind, so soll das nicht dazu führen, daß bereitgestellte Mittel 'verfallen'“.

Ich darf also zusammenfassen: Dringlichkeit ist auch deshalb keine gegeben, weil das Budget für 2001 erst in der nächsten oder übernächsten Woche hier verhandelt und behandelt wird. Was die Folgejahre des Antrages betrifft, ist überhaupt nicht konkretisiert, um welche Jahre es sich dabei handelt. Die Formulierungen des Antrages, so wie sie hier drinnen sind, sind unannehmbar, wo der Herr Präsident - wie der Herr Abgeordnete Rohr gesagt hat - „sich bemüßigt gefühlt hat“, irgend etwas zu verlangen, was in einem Rechtsstaat gang und gäbe ist, nämlich Belege für getätigte Leistungen. (*Abg. Dr. Strutz: Genau!*) Deshalb kommt von uns keine Dringlichkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter Lutschounig (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch als Mitglied des Krško-Arbeitskreises darf ich sagen, daß sehr wohl Bestrebungen im Gange sind, daß man jenseits der Grenze von Kärnten natürlich auch eine entsprechende Kampagne betreibt, was ja vom Vorsitzenden dieser Organisation (*Abg. Ing. Rohr: „Alpen-Adria - frei von Atomstrom“!*) „Alpen-Adria - frei von Atomstrom“ tatsächlich auch geschieht.

Es ist nicht ganz so, wie es jetzt gesagt worden ist, daß ihm quasi das Geld in den Schoß gelegt werde, ohne daß eine Gegenleistung erfolge. Wir - Kollege Rohr, Kollege Jost und meine Wenigkeit - haben sehr wohl die Rechnungen genau überprüft, was hier zu geschehen hat. Ich glaube, über einige Dinge und Aktivitäten kann man sicherlich diskutieren. Das ist überhaupt keine Frage. Es sind natürlich auch Rechnungen dabei, Selbstrechnungen, die gelegt worden sind; was auch nicht unerlaubt ist, muß man fairerweise dazusagen.

Ich glaube, es ist einfach wichtig, daß hier auch atmosphärisch über der Grenze etwas geschieht. Und das macht er eigentlich mit großer Ambiti-

Lutschounig

on. Ich muß sagen, daß mit ihm selber oft schon sehr schwierig ist, zu diskutieren. Er hat mir persönlich auch einen sehr „saftigen“ Brief geschrieben, worin er meint, daß wir unfähig sind und daß er eigentlich die Aufgaben zu übernehmen hat, die von der Politik zu machen wären. Mit dem muß man einfach leben. Er ist so. Aber man muß auch das Positive in einem Menschen sehen, daß er dort sehr agil agiert und sehr viel in Zeitungseinschaltungen in Slowenien unternimmt. Ich glaube, unsere Aufgabe muß ja sein, daß Krško nach Möglichkeit früher als vorgesehen aus der Atomkraft aussteigen kann. Wir wissen, wie schwierig das ist, zumal zu 50 % auch Kroatien dabei ist und der wirtschaftliche Aufschwung es erforderlich macht, daß sie dieses Atomkraftwerk zur Zeit oder in den nächsten zwei Jahrzehnten noch betreiben.

Es geht auch darum, daß hier eine korrekte Handhabung geschieht. Ich glaube, wenn Fraktionsmitglieder von allen Fraktionen das überprüfen, dann müßte dem Genüge getan sein. Ich sehe trotzdem eigentlich keinen Grund, hier einen Dringlichkeitsantrag daraus zu machen. Das sollte normal im Ausschuß sachlich diskutiert werden. Dazu soll dann jeder seine Meinungen einfließen lassen können. Wir sollten in aller Ruhe darüber diskutieren. Es ginge sich ohne weiteres aus, daß wir im Rahmen der Budgetdebatte noch vor Ablauf des Jahres 2000 auch darüber in aller Ruhe diskutieren. Daher werden wir als ÖVP die Zustimmung zur Dringlichkeit nicht geben! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung zur Dringlichkeit mehr vor. Ich lasse daher über die Dringlichkeit abstimmen. Zweidrittelmehrheit ist erforderlich. Wer dem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich, zum ein Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben! - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, da Freiheitliche und ÖVP dem nicht zugestimmt haben. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt. Ich weise diesen Dringlichkeitsantrag dem Ausschuß für Umwelt und Energie zu.

Ich darf den Schriftführer ersuchen, den nächsten Dringlichkeitsantrag zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

2. Ldtgs.Zl. 376-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Tourismusreferent der Kärntner Landesregierung, Ing. Karl Pfeifenberger, wird aufgefordert, ehestens dem Kärntner Landtag ein „Zehnpunkte-Tourismus-Sonderprogramm“ vorzulegen, in welchem Maßnahmen vorgesehen sind, die einerseits dem drohenden Nächtigungsrückgang entgegensteuern und andererseits deutliche Impulse in Richtung Mehrphasentourismus zum Inhalt haben. *(Den Vorsitz übernimmt um 15.05 Uhr 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bezugnehmend auf die in der aktuellen Stunde geführte Diskussion möchten wir den Dringlichkeitsantrag dahingehend verstanden wissen, daß im Tourismusbereich in Kärnten wiederum ein Nächtigungsrückgang von 3,5 % zu verzeichnen war. Das ist ja heute schon festgestellt worden. Mit diesem Rückgang sind wiederum enorme Einnahmefälle für die Kärntner Wirtschaft, insbesondere für den Tourismusbereich verbunden.

Während in der Sommersaison 1991 Einnahmen für den Kärntner Tourismus von rund 18,3 Milliarden zu verzeichnen waren, gingen diese 1994 auf 16,7 Milliarden zurück und bis zum heurigen Jahr um ebenso einen deutlichen Betrag, der aber noch nicht genau fixiert ist, weil das Jahr noch nicht abgeschlossen ist. Diese Negativentwicklung hat natürlich auch eine Reihe von hausgemachten Ursachen, welche zu bereinigen wären. Allein die Haltung Kärntens im Zusammenhang mit dem Aus- und Wiedereintritt aus der Österreichwerbung sind Ausdruck einer zum Teil konzeptlosen Tourismuspolitik. Es muß auch deutlich angemerkt werden, daß die Eventpolitik, welche zusätzliche Nächtigungen brin-

Ing. Rohr

gen sollte, eindeutig gescheitert ist und man daher versuchen sollte, diese finanziellen Mittel effizienter in touristische Innovation und Werbemaßnahmen einzusetzen.

Die Verantwortlichen der Kärntner Tourismuswirtschaft werden nicht umhin können, wenn man diese Negativserie stoppen will, klare Ziele zu formulieren und entsprechende Infrastrukturmaßnahmen für einen Mehrphasentourismus in Angriff zu nehmen. Das heißt also - so wie es Kollege Hinterleitner schon gesagt hat -, nicht ausschließlich die Konzentration auf den Sommer- und Wintertourismus, sondern auch nach Möglichkeit einen (*Abg. Hinterleitner: Frühlings- und Herbsttourismus?*) Ganzjahrestourismus umzulegen. Daher der entsprechende Antrag und die Forderung an den Tourismusreferenten, ein entsprechendes Zehn-Punkte-Maßnahmenprogramm vorzulegen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zehn Gebote verkünden am Glockner!*)

(*Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Mitterer das Wort.*)

Dritter Präsident Mitterer (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion wurde zu einem Zeitpunkt eingebracht, wo bereits die Aktuelle Stunde zum Thema „Tourismus“ absolviert wurde. Wenn sie aufgepaßt hätte, hätte sie gehört, welche Maßnahmen unser Finanzreferent und Tourismusreferent für die Zukunft bereits plant. Spätestens jedoch nach der Budgeteinbegleitung, wo auch das Kapitel „Tourismus“ behandelt wurde und weitere Maßnahmen bekanntgegeben wurden, wäre also noch der Zeitpunkt gewesen, wo dieser Antrag zurückzuziehen gewesen wäre.

Der Antrag, so wie er jetzt verfaßt ist, ist eine klare Einschränkung des Tourismusreferenten, denn Sie fordern von ihm die Vorlage von zehn Punkten für die Zukunft - er hat heute aber bereits mindestens 20 dargelegt, die auf Schiene sind. Wir werden daher dem Antrag weder die Dringlichkeit noch in der Sache die Zustimmung erteilen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Hinterleitner das Wort. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hast du dich auch*

für das Schlafen starkgemacht?)

Abgeordneter Hinterleitner (ÖVP):

Herr Präsident! Lieber Kollege, du kannst es nicht lassen. Die Gesprächskultur ist unserem Kollegen wirklich so eigen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das steht ja drin! Das ist wenigstens lustig - gegen deine Luftblasen!*) Aber erlauben Sie mir, jetzt zu diesem Dringlichkeitsantrag Bezug zu nehmen. Ich kann beiden Rednern recht geben: einerseits dem Kollegen Rohr, der auch aufgrund der Aktuellen Stunde sehr wohl erkannt hat, wie notwendig es im Tourismus ist, sich dringlich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Ich kann mich durchaus auch den Aussagen des Kollegen Präsident Mitterer anschließen, der sagt, der Referent wird mindestens zehn Punkte liefern. Ich gehe einmal davon aus, daß nahezu Einstimmigkeit gegeben ist, was die Dringlichkeit anbelangt, weil ich mich freue, wenn wir zehn Punkte in Gemeinsamkeit entwickeln können. Sollten es mehr sein, die zum Wohle des Kärntner Tourismus hier Nachklang finden, kann das nur unterstützt werden!

Wir haben ganz klar gesagt: Wir brauchen klare Ziele; wir brauchen verstärkte Werbung; wir brauchen einen Vierjahreszeitentourismus Wir brauchen das alles! Deshalb ist es notwendig, daß auch die politischen und wirtschaftlichen Kräfte in diesem Land gebündelt sind, unter einem Dach, so wie ich das heute in der Aktuellen Stunde schon ausgeführt habe, mit der Kärntner Tourismusgesellschaft, Eventgesellschaft etc., wiewohl ich glaube, daß wir viele Veränderungsmöglichkeiten zum Wohle des Tourismus haben, so daß die Österreichische Volkspartei dem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung geben wird. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit vor. Ich lasse über die Dringlichkeit dieses Antrages abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung

Dipl.-Ing. Freunschlag

gibt, möge eine Zeichen mit der Hand geben! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die FPÖ hat der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Ich verweise diesen Antrag in den Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß.
Ich bitte den Schriftführer um die Verlesung weiterer Anträge!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

3. Ldtgs.Zl. 238-7/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, für den Bereich „Jugendwohlfahrt - Heime, Wohngemeinschaften und betreutes Wohnen“ 5 Millionen Schilling (wie ursprünglich im 1. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000 bereits vorgesehen und von FPÖ/ÖVP völlig grundlos um die Hälfte reduziert) zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt eine Wortmeldung vom Abgeordneten Kollmann zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich bitte, das zu tun!

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte auf die Dringlichkeit noch einmal hinweisen, da gerade im Jugendwohlfahrtsbereich diese Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt Kärnten in einem Schreiben an die Regierungsmitglieder, an die Klubs wirklich Besorgnis ausgedrückt hat, daß die Betreuung der Menschen in Frage gestellt ist.

Ich darf dringend ersuchen, daß diesem Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten für diesen Bereich die Zustimmung erteilt wird, um dort auch Abhilfe schaffen zu können. Herzlichen

Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Scheider das Wort.)

Abgeordneter **Scheider** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Hoher Landtag! Im wesentlichen haben wir die Begründung schon in der Aktuellen Diskussion mitgeliefert. Es kann nicht so sein, daß sämtliche Kreativität der Sozialreferentin dahingehend ausfert, wieder mehr Geld zu verlangen! Es ist auch keine akute Gefahr gegeben.

Es ist ein wohlbestalltes Budget! Es gibt im Nachtragsvoranschlag 25 Millionen Schilling. Es geht jetzt darum, die Strukturen zu durchleuchten, alle Maßnahmen auf die Treffsicherheit genauestens zu überprüfen und ein bißchen Licht ins Dunkel im Sozialreferat zu bringen. Das wird jetzt passieren. Es ist darüber hinaus zu sagen, daß wir auch davon ausgehen, daß durch das Familien- und Jugendpaket in Zukunft auch der Familienverband gestärkt werden wird. Dann wird das hoffentlich den positiven Effekt haben, daß eben nicht mehr so viele Jugendliche in Heimen untergebracht werden müssen.

Daher gibt es jetzt keine Dringlichkeit für diese Maßnahme. Wir werden uns aber - wenn es wirklich nachweisbar ist - im zuständigen Ausschuß dem sicherlich nicht verschließen. Aber vorher möchten wir, wie gesagt, genauestens die Strukturen hinterfragen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurde von unserer Seite bereits auch zu all diesen Positionen, für die es Abänderungsanträge zum Nachtragsvoranschlag gegeben hat, klar erläutert, warum wir diese Maßnahmen nicht unterstützen können. Es kann einfach nicht gehen - wenn ohnehin ausreichende Dotierung vorhanden ist -, daß es zu einer Höherdotierung kommt und dann noch einmal gesagt wird, es wäre zu wenig, weil damit das Auslangen nicht gefunden werden

Dr. Wutte

kann.

Ich habe daher noch einmal die Zahlen für diese Budgetposition herausgeschrieben: in dieser Unterposition haben wir insgesamt 143 Millionen Schilling nach Rechnungsabschluß 99 gehabt. Für den Voranschlag 2000 146 Millionen Schilling gerade aus mit dem Nachtragsvoranschlag, so wie wir ihn heute für sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, beschlossen haben. Die Erhöhung haben wir gegen ihre Stimmen um 2,5 Millionen Schilling noch einmal auf S 148,500.000,- erhöht - ich möchte das noch einmal vermerken -, so daß wir hier noch einmal eine Steigerung von 3,5 % zusammen gebracht haben. Wir haben also gegenüber dem Jahr 1999 in dieser Position bereits eine Steigerungsrate von 21,25 %. Das ist das Vorjahr, das abgerechnet wurde. Es wurde ja gerade erst abgerechnet. Also weit über dem, was es durchschnittlich an Steigerungsquoten im Budget gibt, von 21 % und das nicht als ausreichend zu empfinden oder damit nicht auszukommen, das wird wohl an der Inkompetenz der Verwaltung und der Vollziehung durch die zuständige Referentin liegen. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. - Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit.
- Wer diesem Antrag die Dringlichkeit erteilt, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen.
- Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, denn die FPÖ und die ÖVP haben der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuß für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Technologie zu.
Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

4. Ldtgs.Zl. 238-8/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, für den Bereich "Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes - Landesregierung" 30 Millionen Schilling (wie ursprünglich im I. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000 bereits vorgesehen und von FPÖ/ÖVP völlig grundlos um die Hälfte reduziert) zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung vor. (*Abg. Wulz meldet sich zu Wort.*) Ja, bitte zu kommen, Frau Abgeordnete Wulz. Entschuldige, Frau Abgeordnete, es war so eine schöne Wortmeldung, wie ich sie selten hier habe. (*Heiterkeit beim Vorsitzenden und bei Abg. Wulz.*) Die Frau Abgeordnete Wulz ist am Wort. Bitte!

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Zuschauer auf der Tribüne! In diesem Antrag geht es konkret um die Erhaltung der Pflegeheime und psychiatrischen Außenstellen des Landes Kärntens und vor allem um die Qualitätsverbesserung. Qualitätsverbesserung ist eines der meist gebrauchten Worte auch im Sozialhilfebeirat und zwar von allen drei Fraktionen. Und um diese Qualitätsverbesserung zu erreichen, wurden von unserer Landesrätin 52 Millionen Schilling angemeldet. Es wurden dann 30 Millionen Schilling zugesagt und in der Öffentlichkeit von Herrn Finanzreferenten Landesrat Pfeifenberger aber auch von Herrn Präsidenten Freunschlag, vom Präsidenten Mitterer die notwendigen Mittel im Sozialbereich zur Verfügung zu stellen zugesagt.

Nachdem die SPÖ angekündigt hat, daß es zum Budget 2001 keine Zusage gegeben wird, wurden diese 30 Millionen Schilling auf 15 Millionen Schilling gekürzt. Eine Bestrafungsaktion, die Menschen trifft, die es sich nicht ausgesucht haben, pflegebedürftig zu sein, die ohnehin schon benachteiligt genug sind. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ist die Rede noch druckfrisch?*) Im Sozialhilfebeirat haben wir folgenden einstimmigen

Wulz

Beschluß gefaßt - und ich betone einstimmigen Beschluß, denn die Frau Landesrätin hat ausdrücklich gefragt, ob es Gegenstimmen gibt - Herr Jost, an Ihre Adresse. "Die Landesregierung wird aufgefordert, für die Absicherungen der Pflichtausgaben im Sozialbereich im Nachtragsvoranschlag 2000 und im Landesvoranschlag 2001 die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen." (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ist nicht einmal abgestimmt worden!*) Mir ist eines aufgefallen, Herr Abgeordneter Jost, das sichtbare Gefühl des Unbehagens, das man bei Ihnen dort bemerkt hat. Denn Sie wissen genau, was diese Bestrafungsaktion für unsere Pflegeheime und die Bewohner und das Personal bedeutet. Daß keine baulichen Maßnahmen in Angriff genommen werden können, daß die notwendigen Sanierungen nicht in Angriff genommen werden können, daß bei den Außenstellen die Sanierungen nicht stattfinden, daß es bei den Tagesstätten keine Investitionen geben wird, daß die Qualitätsverbesserung nicht stattfindet und daß es keine zusätzliche Aufnahme von pflegebedürftigen Menschen in unserem Land geben wird. Hier wird Parteipolitik der FPÖ/ÖVP-Regierung auf Kosten der Ärmsten unseres Landes ausgeübt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich habe schon bessere Vorlesungen gehört!*) Macht so zu mißbrauchen, meine Damen und Herren, war unter der SPÖ-Regierung undenkbar. Das ist eben der kleine Unterschied zu jenen, die verantwortungsbewußt mit Geldern unserer Bürger umgehen, und Eventpolitikern, die auf Kosten der Ärmsten ihre Machtgelüste ausleben. (*LH-Stv. Ing. Reichhold: Ich habe das Gefühl, das hat sie selber geschrieben!*) Der Kongreß tanzt, könnte man sagen, sprich: Die FPÖ/ÖVP-Regierung feiert und das Volk wird ausgehungert. Für Behinderte und Pflegebedürftige bleibt zur Qualitätssicherung und -verbesserung kein Geld. Denken sie um und werden sie sich ihrer Verantwortung in diesem Hause bewußt, zum Wohle unserer Bürger in unserem Land. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das hätte die Frau Cernic besser vorgelesen!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren, etwas mehr Aufmerksamkeit. Herr Abgeordneter Jost hat sich

zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet und der Herr Klubobmann Wutte auch. Ich erteile zuerst dem Abgeordneten Jost das Wort.

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Liebe Frau Kollegin Wulz, ich bin immer betroffen, wenn es um sozial bedürftige Personen geht und ich informiere mich sehr genau. Wenn wir jetzt zu den gegenständlichen 30 Millionen Schilling kommen, dann kann ich nur kurz wiederholen, was ich in meiner ersten Wortmeldung gesagt habe. Wenn die Dinge so mangelhaft vorbereitet sind, wenn man nicht imstande ist die Fallzahlen ... Dieser Mehrbedarf entsteht ja durch höhere Fallzahlen und die bauen sich - das habe ich vorher gesagt - in einem Jahr über viele Monate auf, dann weiß ich schon Mitte des Jahres, ob das Budget hält oder nicht. Mitte des Jahres haben wir über diese Steigerung überhaupt nichts erfahren, sondern irgendwann Anfang September. Im Herbst hat es geheißen: Wir brauchen plötzlich mehr Geld. Das ist ein Stil, (*Abg. Ing. Rohr: Das ist eine Behauptung, die Sie vorher schon aufgestellt haben!*) der mit einem modernen Finanzmanagement nicht vereinbar ist. Ich habe ihnen schon eingangs gesagt, würde das ein Manager in einem Privatunternehmen machen, wenn er seinen Vorstand nicht aufmerksam macht, daß es hier Budgetüberschreitungen gibt, die er aber schon viele Monate vorher wissen müßte, wenn ein solcher Manager kurz vor Jahresschluß zu seinen Chefs geht und sagt: Ich möchte plötzlich viele Millionen mehr, dann hat der sicher kein langes Leben in dieser Firma. Und ich glaube, dieses seriöse Arbeiten brauchen wir. Wir werden im Ausschuß ausführlich Gelegenheit haben, darüber zu sprechen, ob diese Summe berechtigt ist. Wenn sie berechtigt ist, wird es ganz einfach schon Anfang des nächsten Jahres im normalen Budget beglichen werden können.

Die ganzen Befürchtungen, die da geäußert werden, die treffen aus meiner Sicht nicht zu. Das hat die Sozialreferentin sogar im Sozialhilfebeirat auch anklingen lassen, daß sie die offenen Beträge halt dann aus ihrem Budget 2001 einmal begleichen muß. Aber ich hoffe, daß es im nächsten Jahr hier von Jahresbeginn an eine anständige Dokumentierung gibt, wie die Fälle

Jost

steigen. Dann wird es sicher solche Meinungsverschiedenheiten, wie sie heute auftreten, nicht geben.

Ich glaube, die Dringlichkeit ist daher nicht gegeben. Man sollte sich mit den Dingen seriös beschäftigen. Ich sage dazu, inhaltlich kann ich durchaus ... Es wird sich möglicherweise herausstellen, daß es berechtigt ist. Ich kann es derzeit nicht sagen. Es war mir, obwohl ich Mitglied des Sozialhilfebeirates bin, nicht möglich, das genau zu überprüfen. Ich habe gerade bei der letzten Sitzung auch genau nachfragen müssen. Ich glaube, das ist eine Bringschuld der Referentin und keine Holschuld eines Mitgliedes dieses Beirates. Da muß man halt die Arbeit im Ausschuß machen. Die Dringlichkeit sehen wir nicht, daher werden wir den Dringlichkeitsantrag ablehnen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich mache es kurz und vielleicht auch schon vorwegnehmend für die weiteren Anträge, die sich dann wieder da durchziehen werden, möchte ich für diesen und für die weiteren Dringlichkeitsanträge nochmals betonen und feststellen, das es ein Ende von dem Märchen von den Kürzungen geben sollte, sondern daß es in all diesen Bereichen Erhöhungen gegeben hat. Ich bitte nur, daß man bei der Wahrheit bleibt und das auch sagt und da nicht die Dinge verdreht. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr)* Auch eine Kürzung, die nur eine Verdoppelung und keine Verdreifachung ist, ist mehr Geld unter dem Strich, Kollege Rohr. Also das Einmaleins und das Addieren sollte dir ja auch als Absolvent der Pflichtschule durchaus geläufig sein.

Jetzt komme ich zu den Zahlen. Wir haben in dieser Position eine Erhöhung des Landesvoranschlages und Nachtragsvoranschlages von 8 %. Wir haben die weiteren Erhöhungsanträge, die ihr dann noch stellt - in einem sogar 28 % an Erhöhung inklusive dem Nachtrag - stattzugeben, sonst ist es bereits beschlossen. Ich betone es abschließend noch einmal, auch mit unseren Stimmen beschlossen, ihr Geld, das sie hier ver-

teilen können. Wenn ihr dagegen gestimmt habt, dann ist das euer Problem. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit! FPÖ und ÖVP haben der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Ich weise auch diesen Antrag dem Ausschuß für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Technologie zu. Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

5. Ldtgs.Zl. 238-9/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, für den Bereich "Hilfe zur Eingliederung Behinderter - Beschäftigungstherapie" 10 Millionen Schilling (wie ursprünglich im I. Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 2000 bereits vorgesehen und von FPÖ/ÖVP völlig grundlos um die Hälfte reduziert) zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Abgeordneter Volautschnig gemeldet. *(Abg. Volautschnig: Nein!)* Zur Beschäftigungstherapie ist Abgeordneter Kollmann gemeldet, richtig! Gebärdendolmetsch! *(Abg. Kollmann: Noch kein anerkannter Beruf. Ich werde dazu nicht Stellung beziehen. Aber wir könnten gemeinsam einen Antrag stellen. - Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion)* Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Es wurde heute bereits sehr viel über die Notwendigkeit diskutiert. Ich möchte nur erwähnen, daß viele Organisationen - Lebenshilfe udgl. mehr - die Beschäftigungstherapie für beeinträchtigte Kinder und Jugendliche durchführen, daß die diese Mittel dringend benötigen.

Zum Abgeordneten und Klubobmann Wutte möchte ich nur sagen, er ist uns die Begründung dazu schuldig geblieben, daß ja eigentlich das Budget oder der Voranschlag für das Jahr 2000 von der ÖVP abgelehnt wurde und der Nachtragsvoranschlag jetzt bejaht wird. *(Abg. Dr. Wutte: Weil es ein schlechtes war!)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Jost das Wort.)

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Lieber Herr Abgeordneter Kollmann, ich habe da meine Probleme, wenn man von Hilfe zur Eingliederung von Behinderten in den Arbeitsprozeß spricht, und das ist ein durchaus nobles und wichtiges Anliegen - das sage ich auch dazu -, aber ich habe mir herausgesucht, was ihre Bürgermeister in ihren Gemeinden machen. Ich würde Sie bitten, bevor Sie so einen Dringlichkeitsantrag stellen, schauen Sie einmal, daß Sie in ihrem Wirkungsbereich einmal die Mindestquote erfüllen. Ich kann Ihnen ein paar Beispiele nennen: In Velden, wo Sie einen sozialistischen Bürgermeister haben, in Paternion, wo Sie einen sozialistischen Bürgermeister haben, in Völkermarkt. *(Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion)* wo es einen sozialistischen Bürgermeister gibt, dort ist die Quote noch lange nicht erfüllt. Sogar in der Arbeiterkammer ist die Quote auch nicht erfüllt. Ich möchte einmal diese Lücken auffüllen und dann habe ich die Kühnheit und den Mut, hierher zu gehen und einen solchen Dringlichkeitsantrag zu stellen. *(Abg. Dr. Strutz: Wie schaut es bei der Frau Schaunig aus?)* Aus diesem Grund, meine geschätzten Damen und Herren von der SPÖ, können wir die Dringlichkeit nicht zuerkennen. Ich sage aber auch dazu, daß uns das Thema und das Anliegen sehr wichtig ist, und es wird gerade im nächsten Jahr in dieser Beziehung in Kärnten einiges passieren.

(Beifall von der FPÖ-Fraktion)

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeitsbegründung KO Unterrieder das Wort.)

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Dringlichkeitsbegründung! Herr Abgeordneter Jost, ich muß Ihnen sagen: Es ist für mich schon erschütternd, wie Sie über dieses so wesentliche und heikle Thema diskutieren! Das, was heute da stattgefunden hat, das ist nur das, was im Nachtragsvoranschlag ... *(Abg. Jost: 70 Millionen im nächsten Jahr!)* Bitte, vielleicht können Sie auch zwei Minuten zuhören! Es trifft genauso die Feststellung des Kollegen Wutte zu. Das, was im Nachtragsvoranschlag ausverhandelt worden ist, mit Ihrem Finanzreferenten und den zuständigen Referenten, der Referentin unsererseits, ist Gegenstand unserer Dringlichkeitsanträge eben im Zusammenhang mit dem von Ihnen reduzierten Nachtragsvoranschlag für die sozial Schwächsten in unserem Lande. Und darum geht es! Da braucht man nicht entgeistert tun! Wir haben nichts erfunden, sondern wir wissen schon, daß in einigen Positionen etwas mehr geworden ist. Nur, wir haben nur das eingefordert, was vereinbart worden ist, bevor man beleidigt - aufgrund der Nichtbudgetzustimmung - eben diese Positionen zu Lasten der Menschen reduziert hat. Und das werden wir der Bevölkerung in Kärnten und jenen, die Betroffene sind, draußen schon erklären! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit vor. Ich bitte, die Plätze einzunehmen! Ich lasse über die Dringlichkeit dieses Antrages abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, denn FPÖ und ÖVP haben diesem Antrag nicht zugestimmt. Ich verweise diesen Antrag in den Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß.

Ich möchte - bevor ich den Schriftführer bitte,

Dipl.-Ing. Freunschlag

weiter zu verlesen - mitteilen, daß ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ zugunsten eines gemeinsamen Antrages von SPÖ, FPÖ und ÖVP zurückgezogen wurde, nämlich der 6. Dringlichkeitsantrag, Ldtgs.Zl. 374-3/28, betreffend Generelles Verbot der Tiermehlfütterung in Österreich.

Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

7. Ldtgs.Zl. 91-4/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß zukünftig bei Landtagssitzungen diese in Gebärdensprache gedolmetscht werden. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Beschluß des Kärntner Landtages vom 5. November 1998 verwiesen, mit welchem die Landesregierung unter anderem aufgefordert wurde, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß alle Sendungen von allgemeinem und gesellschaftspolitischem Interesse im ORF in Gebärdensprache gedolmetscht werden.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Volautschnig zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Volautschnig** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wie Sie bereits gehört haben, hat die Kärntner Landesregierung schon am 5. November 1998 beschlossen, daß sie sich mit Nachdruck dafür einsetzen wird, daß Sendungen, die im gesellschaftspolitischen Interesse stehen, in der Gebärdensprache gedolmetscht werden.

Nachdem die Landtagssitzungen seit September im Internet übertragen werden, stellen wir den Antrag, daß in Zukunft die Landtagssitzungen in der Gebärdensprache gedolmetscht werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Scheider das

Wort.)

Abgeordneter **Scheider** (FPÖ):

Hoher Landtag! Wir haben selbst schon einmal einen Antrag eingebracht, daß Gebärdendolmetscher dort fungieren sollen, wo sie wirklich am meisten gebraucht werden. Das ist, wenn Gehörlose auf Operationen vorbereitet werden oder bei Arztbesuchen oder auch bei Behördenwegen, wo es um wichtige Gespräche geht. Das sollte man in erster Linie jetzt einmal durchsetzen! Dann sollte man in zweiter Linie in den zuständigen Ausschüssen darüber diskutieren, welche Möglichkeiten noch zusätzlich notwendig wären, um eine Besserstellung für Gehörlose zu erreichen.

Ich halte aber nichts von Hüftschüssen in Form von Dringlichkeitsanträgen. Das sollte man genau besprechen, weil das ein sehr sensibler Bereich ist. Man sollte das vor allem mit den Betroffenen vorher ausdiskutieren. Daher keine Dringlichkeit! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat ja bereits gesagt, was Sache ist. Wir haben auch gemeinsam schon im Ausschuß diese Themen diskutiert, auch hier im Haus, und einige Initiativen gesetzt.

Uns liegen die Gehörlosen sehr am Herzen. Wir haben, gerade was die Arbeit der Gruppe an der Uni anlangt - die sich mit dieser Gebärdensprache auseinandersetzt -, mehrere Initiativen gesetzt. Wir unterstützen dieses Projekt, denken aber, es wäre sinnvoll, auch die Betroffenen in den Ausschuß zu laden und zu hören, wie das wirklich konkret auch organisatorisch abgewickelt werden kann. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben! - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, denn FPÖ und ÖVP haben der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit zu! (*Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Ich bitte, etwas leiser zu sein und die Plätze einzunehmen, damit wir diese Sitzung noch ordentlich zu Ende führen können!
Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

8. Ldtgs.Zl. 374-1/28:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten der Landtagsklubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend in Verhandlungen mit der Österreichischen Bundesregierung sicherzustellen, daß ein generelles Verbot der Tiermehlfütterung in Österreich verordnet und lückenlose Tests für Schlachttiere durchgeführt werden und
2. in Kärnten ein landwirtschaftliches Sonderprogramm für alternative Futtermittel wie Soja und Ölsaaten zu starten und
3. in Kärnten jene Betriebe verstärkt zu fördern, welche nachweislich alternative Futtermittel verwenden und biologische Landwirtschaft betreiben und
4. in Oberitalien so rasch wie möglich eine Marketingoffensive zu beginnen.

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich bin sehr froh, daß auch die anderen hier im Hohen Haus vertretenen politischen Gruppierungen diesem ursprünglich von der SPÖ eingebrachten Antrag „Generelles Verbot der Tiermehlfütterung in Österreich“ beitreten. Ich denke, daß die aktuellen Ereignisse eigentlich überhaupt nicht zum Lachen angetan sind, Herr Kollege Strutz. (*Abg. Dr. Strutz: Ich habe nur gesagt, es ist nicht ...*) Ich denke, daß die aktuellen Ereignisse wirklich entsprechenden Handlungsbedarf signalisieren und daß es wichtig ist, daß Tiermehlfütterung in Österreich verboten wird. Es gibt ja entsprechende Initiativen auch seitens des zuständigen Landwirtschaftsministers. Es gibt auch die Überlegung der EU-Kommission, zumindest beschränkt diese Tiermehlfütterung zu verbieten.

Ich denke auch, daß es ganz besonders in Kärnten von großer Bedeutung ist, daß wir sozusagen mit dem Qualitätssiegel der Kärntner Produkte behaftet hier entsprechende Imagekampagnen pflegen können und die Garantie dafür übernehmen können, daß unser in Kärnten produziertes Rindfleisch nicht BSE-verseucht oder gefährdet ist.

Daher wird es auch vieler Anstrengungen bedürfen, daß erstens einmal ein entsprechendes Substitut für das Tiermehl, das zum Einsatz gekommen ist, geschaffen wird. Wir haben gehört, am internationalen Markt ist der Preis pro Kilogramm Soja jetzt bereits um 50 Groschen angestiegen. Die Amerikaner haben sicher ihre Freude damit, wenn Europa in diesem Zusammenhang entsprechende Probleme bekommt. Natürlich sind wir dort dann auch nicht davor gefeit, daß, wenn Soja hereinkommt, dieser als genmanipuliertes Produkt letztlich auch wieder am Tisch der Konsumenten liegt.

Daher denke ich, die Linie der Kärntner Politik ist richtig, die ja eigentlich auch immer von allen mitgetragen wurde, nämlich biologische Landwirtschaft in Kärnten zu forcieren, möglichst naturnahe Haltungsformen von Tierarten bei uns zu praktizieren und damit sozusagen auch einen entsprechenden Qualitätsbegriff zustande zu bringen, weiter zu forcieren und einfach das Vertrauen der Konsumenten durch Ak-

Ing. Rohr

tivitäten wieder zurückzugewinnen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lobnig zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Die Situation um die Landwirtschaft, vor allem wenn es um die Tierseuche BSE geht, ist zunehmend ernst zu nehmen. Sie hat europaweit Dimensionen erreicht, wo leider Gottes Hunderttausende solcher Rinder geschlachtet werden müssen. So können wir Gott sei Dank froh sein, daß wir in Kärnten oder wir in Österreich solche Fälle noch nicht haben.

Die Intention des Antrages, der ein gemeinsamer Antrag wurde, geht im Grunde genommen aus dem Inhalt des Vortrages an den Ministerrat, der ja bereits vor zwei Tagen auch diskutiert wurde, hervor. Er ist demnach fast inhaltsgleich.

Ich möchte aber doch im Zuge dessen auf ein paar wesentliche Punkte eingehen, die noch zusätzlich vielleicht den gemeinsamen Antrag untermauern sollen. Wir können froh sein, daß eben, wie gesagt, in Österreich jene Maßnahmen getroffen wurden, wo wir sagen können, daß es seit 1990 ein generelles Verbot der Verfütterung von Eiweißfuttermitteln tierischer Herkunft an Wiederkäuer gibt.

Wir haben seit 1991 bereits eine Anzeigepflicht von BSE. Wir haben, auch seit 1991, ein permanentes und wirksames Überwachungsprogramm zum Ausschluß von BSE. Seit mehr als zehn Jahren wird in Österreich ausschließlich das Hochdruckverfahren verwendet, wo eben in dieser Verarbeitung zu Tiermehl über 130 Grad bei 3 Bar Druck angewendet werden, was gewährleistet, daß keine Erreger in diesem Tiermehl mehr vorkommen können.

Das Problem, das damit verbunden ist, ist eines, daß durch den Import von Zuchtrindern, von Zuchtvieh, natürlich die Gefahr mitgebracht wird, eben BSE-verseuchte Rinder zu importieren. Wir sind demnach als österreichisches Bundesland gerade in der Landwirtschaft ein Nettoexporteur, das heißt wir exportieren vorwiegend Fleisch. Und da kann natürlich die Gefahr trotz-

dem bei Zuchtbetrieben lauern.

Was wir aber machen müssen - und das ist für mich ganz wesentlich, daher auch von den Freiheitlichen ein Antrag, den wir heute eingebracht haben -, das ist die Verwendung des Qualitätssiegels „A“ für österreichische Qualität, daß man dieses gerade im Bereich der Lebensmittel abändert, damit auch die Garantie sein soll: Wenn das Qualitätssiegel „A“ drauf ist, dann soll auch wirklich österreichische Qualität drinnen sein; vergleichbar mit dem „AMA-Gütesiegel“. Das bedeutet, daß Schlachttiere in Österreich geboren sind, in Österreich gezüchtet sind, mit österreichischen Futtermitteln gefüttert sind und die Verwertung und die Verwendung hier in Österreich stattfindet. Das wäre die Garantie für uns hier für den Konsumenten, daß er das Vertrauen in die Qualität unserer landwirtschaftlichen Produkte hat. Dafür müssen wir arbeiten, und dafür müssen wir uns natürlich starkmachen!

Ich bin aber auch dafür, daß wir ein stärkeres Bündnis zwischen Bauern und den Konsumenten bilden, damit die auch die Sicherheit haben, daß sie eben nur bäuerliche Qualitätsprodukte bekommen.

Zu begrüßen ist in diesem Zuge, daß wir im Nachtragsvoranschlag bereits zehn Millionen Schilling für Präventivmaßnahmen für den Bereich BSE vorgesehen haben. Wir haben damit hier eine Vorreiterrolle dem Antrag vorweggenommen, daß wir schon weitergedacht haben, daß wir nicht nur Maßnahmen setzen, sondern auch die dazugehörigen finanziellen Mittel bereits vorhanden sind.

Daher wird - was mich besonders freut! - durch diese Abstimmung im Ministerrat durch den Sozialminister, aber auch durch den Landwirtschaftsminister das Thema „Verfütterung von Tiermehl“ bereits bei der Tagung des Rates am 4. Dezember massiv diskutiert werden.

Für mich als Agrarsprecher ist bedeutend, daß wir uns zunehmend starkmachen müssen gegen die großen Tierfabriken in der EU! Ich lese heute in einer Zeitschrift: „Schweine im Hochhaus“. Wenn man diesen Text einmal genauer verfolgt, dann geht es hierbei um die Errichtung von Agrarfabriken, die 400 Meter breit und kilometerlang sind, wo 300.000 Schweine gezüchtet und

Lobnig

gemästet werden. Gerade diese großen Agrarfabriken sind eben für mich die Gefahr der Seuchenfälle, der Seuchenübertragung. Und dagegen müssen wir uns starkmachen! Gerade wir in Österreich haben kleinstrukturierte landwirtschaftliche Betriebe. Und um diese müssen wir uns kümmern! Die halten unsere Qualität und bringen uns auch diese Qualität.

Daher begrüße ich natürlich diesen gemeinsamen Antrag, daß wir hier zusammen initiativ werden, bei dem, was die Bundesregierung ohnehin schon ins Auge gefaßt hat. Danke vielmals! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! BSE ist ein Problem, das nicht nur die Kärntner, nicht nur die österreichischen Bauern betrifft, sondern ganz Europa ist flächendeckend von dieser Sache betroffen. Leider Gottes durch Unsachmäßigkeit, die hier auch schon von meinen Vorrednern angeklungen ist, hervorgerufen. Wenn man einfach wider die Natur Eingriffe vollzieht, daß man Wiederkäuern etwas verabreicht, was eigentlich nicht für sie vorgesehen ist, dann passieren derartige Dinge. Und zu büßen haben dann alle Bauern in ganz Europa. Das ist eigentlich das Schreckliche dabei. Ich glaube daher, daß es wichtig ist, daß wir heute auch einen gemeinsamen Antrag hier beschließen wollen, der zeigt, daß wir uns alle vor allem dieser Konsequenz, dieser Auswirkungen, bewußt sind, die hier auf uns zukommen können. Ich glaube, meine geschätzten Damen und Herren, wir müssen natürlich auch bewußt sein, was alles damit passiert. Die Konsequenz ist ja, daß die Kosten für die Futtermittel viel, viel höher werden. Das heißt, der Sojapreis ist schon enorm gestiegen. Das heißt, daß auch das Endprodukt teurer wird. Die Kosten ... Und in einer Zeitung, die der Herr Landeshauptmann da liest, steht drinnen: Das wird die Öffentlichkeit viel kosten, BSE in Europa. Und das ist auch richtig so. Und es ist einfach wichtig, daß diese enormen Kosten, die hier anfallen, nicht von den Bauern getragen werden, weil sonst müßten unsere Rinderhaltenden Bauern

tatsächlich - und das ist der Großteil auch in Österreich und in Kärnten - zusperren, müßten Bankrott anmelden. Das wäre nicht möglich. Das geht dann gar nicht.

Ich glaube, daß auch das, was Kollege Lobnig gesagt hat, die Tierfabriken, ja bei uns in Kärnten Gott sei Dank überhaupt nicht der Fall ist, aber in Europa ist es da und dort möglich. Unsere Forderung muß einfach sein, daß ein gewisser Flächenbezug gegeben ist, daß nur jene, die landwirtschaftliche Flächen haben, auch auf der anderen Seite Tierhalter sein können und nicht jene, die irgendwie aus Geldgründen oder anderen Überlegungen ein gutes Geschäft wittern und so in der Schweinemast oder Geflügelmast tätig werden. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bei meiner Ehr'!)* Ich glaube, das ist ganz wichtig. Bitte? Bei meiner Ehr'? Ich glaube, das ist in diesem Zusammenhang ein sehr wichtiger Beitrag sogar, weil das Vertrauen der Konsumenten auch ganz, ganz wichtig ist. Das muß man auch entsprechend würdigen. Das darf man nicht mißbrauchen, weil der Konsument der wichtigste Garant dafür ist, daß unsere Produkte entsprechend Absatz finden. Und daher glaube ich, daß auch höhere Entsorgungskosten - und von diesen zehn Millionen, von denen der Kollege Lobnig gesprochen hat, das sind nur die höheren Kosten der Tierkörperentsorgung und das reicht noch gar nicht aus. Das wird wahrscheinlich eine Million per Monat ausmachen. Das heißt, daß wir zusätzlich zwölf Millionen nur für die Entsorgung brauchen, weil eben der Rinderschädel mit dem Gehirn und das Rückenmark entsprechend verbracht werden muß, was mit großen Kosten verbunden ist. Und all diese Kosten dürfen natürlich nicht auf den Bauern abgewälzt werden, denn sonst ist das Stück Rind bald nichts mehr wert. Die erhöhten Kosten für Futtermittel, Eiweißkosten auf der einen Seite und die erhöhten Entsorgungskosten, dann kann man das Stück praktisch verschenken. Daher ist es notwendig, daß wir auch - und das wird auch eine wichtige Forderung sein - im Rahmen *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Man kann ja Grammalan machen.)* unserer Budgetdebatten ... Kollege Gallo, ich glaube das ist nicht so ein witziges und lustiges Thema, daß man da so viele Witze macht. Du weißt, ich bin sonst für einen Witz eigentlich immer zu haben, aber in dem Fall ist mir das Thema zu ernst, weil es geht wirklich um die

Lutschounig

Nahrungsmittel, um Lebensmittel im wahrsten Sinne des Wortes. Ich glaube, daß hier doch auch eine gewisse Sachlichkeit angebracht ist. Ja, daß wir auch schauen, daß wir all diese Kosten abfangen, daß die Öffentlichkeit im Rahmen der Budgetdiskussion natürlich auch Vorkehrungen treffen wird müssen, wie wir auch diese zusätzlichen Kosten abfangen, daß sie nicht bei den Bauern hängen bleiben.

Es ist auch einfach wichtig und richtig, was unser Agrarreferent Wurmitzer hier eingeleitet hat - die Kompetenz liegt zwar bei den Ministerien -, daß wir ein generelles Importverbot von Zucht- und Schlachtrindern verlangen. Aber die Forderung von den Ländern muß einfach sein, daß man hier sehr rigoros vorgeht. Ich glaube, das ist das Wichtigste, auch wenn es mit enormen Kosten verbunden ist, aber es ist wichtiger als ein BSE-Fall in Österreich. Was damit verbunden wäre, wissen wir alle, dann ist der Markt total zusammengehaut. Die Auswirkungen spürt man ja auch so schon. Aber ich glaube, das wäre überhaupt das Schlimmste, was passieren könnte. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist aus.)* Auf der anderen Seite muß natürlich auch ein EU-weites Verbot der Verfütterung von Tiermehl gegeben sein, damit nicht einseitige Verhältnisse aufgebaut werden und nicht eine Disparität diesbezüglich entsteht. Ich glaube, das muß für ganz Europa das Gleiche sein. In diesem Sinne werden wir selbstverständlich diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Es liegt zur Dringlichkeit keine Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dieser zustimmt, möge eine Zeichen mit der Hand geben! - Das ist einstimmig so erfolgt! Im Rahmen der Debatte zur Sache hat sich der Herr Referent gemeldet. Ich erteile dem Landesrat Wurmitzer das Wort.

Landesrat **Wurmitzer** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zunächst einmal darf ich allen Fraktionen Danke sagen dafür, daß es möglich ist, dieses Thema, das ein sehr, sehr ernstes ist, im Konsens in diesem Haus abzuhandeln. Wir werden - und das ist die Tragik an dieser Sache - das Übel nicht beiseitigen. Wir müssen lernen, mit dem Übel, das durch einen Sündenfall von Rinderzüchtern entstanden ist umzugehen. Und es war tatsächlich ein Sündenfall, zu glauben, daß man aus einem Wiederkäuer einen Fleischfresser machen kann - wir müssen das leider, leider mittragen. Weil die Welt klein geworden ist und Fehlentwicklungen in einzelnen Teilen dieser Welt oder in einzelnen Teilen Europas sich auf alle ausdehnen.

Wir haben daher die Aufgabe unseren Status "Österreich ist BSE-frei - Kärnten ist BSE-frei" aufrecht zu erhalten. Und daher besteht der Weg, der dazu führt, darin, jedes Risiko für unsere Tierbestände zu minimieren, auszuschalten. Wir dürfen unsere Tierbestände nicht gefährden. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen. Als erste: kein Import. Ich habe im Vorjahr, als ich Referent geworden bin und gehört habe, daß nach wie vor Importe auch aus bedenklichen Gebieten nach Österreich erfolgen, das erstmal die Tierzüchter aufmerksam gemacht: "Bitte keine Lebewiehhimporte. Das Risiko ist an dem Erfolg gemessen einfach nicht zu tragen. Und ein einziger BSE-Fall zerstört unseren gesamten Markt." Wie wir jetzt sehen, genügt ein BSE-Fall in Deutschland um die Marktsituation, den Viehmarkt in Österreich, komplett aus dem Gleichgewicht zu bringen. Daher keine Importe auch aus jenen Gebieten, wo es noch möglich ist. Frankreich ist jetzt verboten. Aber aus Deutschland: keine Importe. Die genetische Vielfalt in Österreich reicht aus, um Tierbestände zu erhalten, die konkurrenzfähig sind.

Der zweite Bereich: generell keine Fütterung von Tiermehl. Ich bin froh, das darf ich sagen, daß die Europäische Kommission gestern - und ich war zur gleichen Zeit im Gebäude der Kommission anwesend; ich habe das also vor Ort mitbekommen - den Beschluß gefaßt hat, Tiermehl herauszunehmen. Wir müssen uns wieder zu einer naturbezogenen Landwirtschaft bewegen. *(Beifall aller Fraktionen)* Das heißt, die Fläche und die natürliche Futtergrundlage muß die Basis sein. Alles andere verträgt der Mensch nicht. Und es hat interessanterweise DDr. Günther Nenning anlässlich des ökosozialen Forums

Wurmitzer

in Sirnitz gesagt, nicht wissend, was jetzt kommt: "Das was die Industrie produziert, vertragen die Menschen nicht. Es ist für die Menschen giftig." Und die Landwirtschaft eignet sich nicht für industrielle Produktionsmethoden. Da geht es um biologische Abläufe. Das geht es um Leben. Und die Lebensmittel müssen Mittel zum Leben sein, aber nicht Mittel zum Tod. Das kann nicht sein und daran sieht man eigentlich die ganze Spannungsbreite. Es kann ja nicht so sein, daß wir uns nichts mehr nehmen getrauen von der Natur. Es kann ja nicht sein, daß alles in Hülle und Fülle vorhanden ist und wir nichts mehr essen dürfen, daß wir sozusagen vor der vollen Schüssel verhungern. Das kann ja nicht der Weg in die Zukunft sein. Natürlich wird sich Österreich - dieses Tiermehlverbot für Rinder hat es in Österreich schon lange gegeben - diesen EU-Beschlüssen anschließen.

Die dritte Maßnahme, die wir setzen müssen: eine lückenlose Kontrolle. Und ich halte es für zielgerichtet, so wie es auch im Antrag steht, daß wir alle Tiere untersuchen. Die Krankheit hat etwas ganz besonders Tückisches, da man erst ab dem dreißigsten Lebensmonat mit einiger Sicherheit sagen kann, ob das Tier erkrankt oder angesteckt ist oder nicht. Erst ab dem dreißigsten Lebensmonat! Das heißt, wir werden nur ungefähr ein Drittel der Tiere, die geschlachtet werden, untersuchen können. In Kärnten werden ungefähr 40.000 bis 42.000 Tiere pro Jahr geschlachtet und etwa 14.000 werden wir untersuchen können. Nicht weil wir die anderen nicht könnten, sondern weil es dort nicht geht, weil es einfach kein wissenschaftlich abgesichertes Ergebnis gibt. Ich halte es auch für sinnvoll, daß die veterinärmedizinische Untersuchungsanstalt in Ehrenthal bei dieser Anzahl der Untersuchungen auch die entsprechende Ausstattung bekommt, um die Untersuchungen in Kärnten durchzuführen.

Es ist die Frage, was ist zu tun? Jedes Risiko bietet auch eine Chance. Unsere Chance besteht darin, den Marktvorteil - und es ist ein Marktvorteil, einwandfreies Fleisch zu besitzen - zu nutzen. Wir müssen unsere Herden weiterhin durch eine naturgemäße Haltung immunisieren. Man muß den Bauern Danke sagen für die Mühe, die alles das tun, um gesunde Tiere zu produzieren. Das ist ja entscheidend! Und wir müssen auch eine Marketingschiene eröffnen und

darauf hinweisen, daß wir kontrollieren, daß wir seuchenfrei sind und daß uns die Produktion hochwertigster Lebensmittel einfach ein Anliegen ist.

Einmal mehr glaube ich, daß der Feinkostladen Österreich Realität werden kann, wenn wir es gemeinsam wollen. Und ich bin dankbar für die Unterstützung, die praktisch ohne Unterschied jeder fraktionellen Einstellung hier in diesem Hause vorhanden ist. Sie können von mir erwarten, daß ich alle Schritte setze, die aufgrund des Standes des Wissens und auch der Expertenmeinungen notwendig sind, um unser Land zu schützen. *(Heftiger Beifall aller drei Fraktionen)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich komme zur Abstimmung dieses Dringlichkeitsantrages. Wer mit diesem einverstanden ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich bitte um die Verlesung des nächsten Antrages.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B. Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 64 K-LTGO

1. Ldtgs.Zl. 375-1/28:

Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 64 K-LTGO von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, die Veterinär Med. Untersuchungsanstalt Ehrenthal hinsichtlich der Gebarung der letzten drei Jahre dahingehend zu überprüfen, ob die öffentlichen Landesmitteln entsprechend den Grundsätzen der Rechtsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit verwendet wurden.

Insbesondere mögen in diesem Zusammenhang

Mag. Weiß

auch die dort durchgeführten Einäscherungen von jährlich rund 130 bis 150 Haus- und Heimtieren dahingehend überprüft werden, wer diese aufgrund welcher rechtlichen Grundlage durchführt; wie hoch die Kosten der Einäscherung sind; welche Mitarbeiter damit beschäftigt werden; wer die Erhaltungs-, Betriebs- und Anlagenkosten übernimmt; wie hoch die jährlichen Einnahmen sind und ob sämtliche Einnahmen ordnungsgemäß aufgezeichnet und verbucht werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren, da es sich um einen Geschäftsordnungsantrag handelt, möchte ich gleich darüber abstimmen lassen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, der möge ein Handzeichen geben! - Das ist einstimmig so beschlossen! Es wird entsprechend vorgegangen. Der Antrag ist damit erledigt. Ich bitte, weiter zu berichten.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

C. Anträge von Abgeordneten

1. Ldtgs.Zl. 57-23/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes dem Kärntner Landtag vorzulegen, in welchem die Errichtung und Sanierung von Pflege-, Alten- und Wohnheimen ermöglicht wird. Gleichzeitig sind die Budgetansätze im Sozialbereich so aufzustocken, daß eine Finanzierung der Annuitäten aus den Tagessätzen sichergestellt ist.

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinde und ländlicher Raum**

2. Ldtgs.Zl. 354-1/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß Vereine Kärntens, die in derselben (überregionalen) Spielklasse aktiv sind, auch Landesförderungen in gleicher Höhe erhalten.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

3. Ldtgs.Zl. 369-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Gesundheitsreferent wird aufgefordert, eine AIDS-Aufklärungskampagne in Kärnten zu unterstützen.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

4. Ldtgs.Zl. 370-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Dienststellen der Landesregierung nach Möglichkeit behindertengerechte Zu- und Aufgänge erhalten.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

5. Ldtgs.Zl. 371-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß Familien-, Sozial- und Gesundheitstage nach Möglichkeit flächendeckend in ganz Kärnten durchgeführt werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

Mag. Weiß

6. Ldtgs.Zl. 372-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß das Siegel „A“ für österreichische Qualitätswaren bei Lebensmitteln nur dann Anwendung finden darf, wenn die Wertschöpfung der Produkte zur Gänze in Österreich erfolgte.

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinde und ländlicher Raum**

7. Ldtgs.Zl. 373-1/28:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei ihren geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit besonders den Bezirk Wolfsberg zu fördern.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus und Technologieausschuß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mit der Verlesung des Einlaufes haben wir die heutige Tagesordnung erledigt. Ich möchte mitteilen, daß in der heutigen Sitzung, zu der wir eigentlich keine Debatte vereinbart gehabt haben, 47 Wortmeldungen erfolgten. Ich darf die Damen und Herren Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß im Anschluß im Finanzausschuß die Berichterstattung für die Budgetvorlagen stattfindet. Im Vorraum unseres Buffets erfolgt die Internet-Präsentation für den Landtag. Wer Interesse hat, kann dort kurz hineinschauen. Wir sind demnächst im Internet. Auch die Klubs sind dort angeschlossen. Ich schließe damit die 21. Sitzung des Kärntner Landtages.

Ende der Sitzung: 16.02 Uhr